

## Die schwedische Bombe

40 Jahre geheim, 1985 aufgedeckt, in der BRD verschwiegen

Entsetzt reagierte die Welt auf Hiroshima und Nagasaki, aber nicht alle Welt. Geheimdienste forschten nach Informationen über die neue Waffe, Militärs forderten sie für ihre Streitkräfte, Regierungen entwarfen strategische Konzeptionen für das Nuklearzeitalter. Auch in zwei Ländern, die gewöhnlich einen ganz anderen Ruf genießen, Schweden und Schweiz, wünschten die verantwortlichen Politiker gleich nach Kriegsende eigene Atomwaffen. Sogenannte zivile Atompro-



Taktiker Palme

gramme, die scheinbar die Konstruktion eigener Atomkraftwerke bezweckten, sollten in Wahrheit Waffenplutonium erzeugen. In Schweden führte die Einsicht in früher geheime Dokumente vor drei Jahren zur detaillierten Aufklärung des gesamten Geschehens. Von Anfang an wurde die Nukleartechnologie von militärischen Forschungen begleitet.

Mitte der sechziger Jahre waren die technischen Voraussetzungen vorhanden. 1972 wurde das Programm mit zehn unterirdischen, simulierten Atomtests abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die schwedische Bombe in den Augen der Strategen an Bedeutung verloren. Zahlreiche Interviews mit ehemaligen Beteiligten bestätigten diese Darstellung. Allein Olaf Palme schwieg beharrlich. Er, der von seinem Vorgänger Tage Erlander einmal als „Kopf des Atomgeschäfts“ bezeichnet worden war, hatte es 1969 und danach verstanden, die mißtrauisch gewordene Öffentlichkeit zu beruhigen, indem er die unverändert fortgesetzten Arbeiten an der Bombe als „Schutzforschungen“ ausgab: Ein typisch sozialdemokratisches Atomprogramm. Vorbild auch für einen Kanzler der Bundesrepublik, Helmut Schmidt.

S. 7-9



Die größten Kritiker der Elche sind ... selber welche

## Hauen und Stechen

Der grüne Parteibildungsprozeß

Am 17. Juni hätte die Friedenspfeife geraucht werden sollen. Die Grünen veranstalten einen „Perspekti-

von grünen Frauen in enger Zusammenarbeit mit feministischen Gruppen erarbeitet wurde, wird

beim grünen Streit das Anliegen der Frauenbewegung, einen Beitrag zur stärkeren gesellschaftli-

chen Achtung der außer- und innerrechtlichen Vergewaltigung zu leisten. Eine von der Frauenbewegung getragene parlamentarische Initiative ist mit der Fraktionsverweigerung gescheitert.

Während die grünen Kritiker der Fraktion Erinnerungen an die SPD-Entwicklung der Jahrhundertwende beschwören, berufen sich die Abgeordneten auf ihre „Gewissensfreiheit“. Was wiederum die „taz“-Realos Max Thomas Mehr und Klaus Hartung zum Kampf gegen linkes Linientendenzen und für die Freiheit des Individuums im und um den Bundestag herum auf den Plan rief.

— Wir interviewen zum grünen Streit Regina Michalik vom Bundesvorstand  
— Um was geht es bei ein oder zwei Jahren für Vergewaltiger?  
— Wir dokumentieren Offene Briefe und Antworten.  
— Wir stellen vor: Grüne Lebensschützer.  
— Wir informieren: Wer hat welche grünen Perspektiven?

Seite 4-6

## Rheinhausen

Was hat's gebracht? Wie weiter?

Das Ende war daneben: Die Besiegung der Niederlage der Rheinhauser Stahlarbeiter im Kampf für den Erhalt ihres Hüttenwerks hat böses Blut erzeugt. Diejenigen, die am 1. Mai das Verhandlungsergebnis mit

Krupp im Namen der Belegschaft paraphierten, behaupten, es war nicht mehr drin. Ihre Kritiker werfen ihnen vor, bereits mit der Beendigung des Aprilstreiks den Kampf abgewürgt zu haben. Das böse Wort vom „Verrat“ fällt schon mal in der Auseinandersetzung.

Wir interviewten Rheinhauser Aktivisten für den ak:

Theo Steegmann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der dreiköpfigen Verhandlungsdelegation schildert die Entwicklung bis zum Abschluß, versucht erste Resümees und begründet das Vorgehen der letzten Wochen.

Dietmar Hauschke und Wolfgang Kolditz, Vertrauensleute bei Krupp, aktive Mitorganisatoren der verschiedenen Aktionen der Rheinhauser, kritisieren scharf die Führung des Kampfes und die IG Metall.

Gerd Pfisterer, Krupp-Betriebsrat, war von Kampfbeginn an für den Vollstreik und für eine andere Kampfführung.

Seite 11-15

## Kein Friede mit Palästina

Der Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, sagt Uri Avnery im AK-Gespräch, sei die „Geburt einer Nation, eines Staates“. Avnery äußert sich des Weiteren zu der „Erkenntnisstimmung“ der jüdischen Israelis, die Existenz eines palästinensischen Volkes anzuerkennen, was auch weite Teile

der Friedensbewegung beeinflusse. — Die israelische Friedensbewegung ist ebenfalls Thema des Gesprächs mit Gideon Spiro von „Jesch Gwul“, eine Gruppe von Wehrpflichtigen, die den Einsatz im Libanon und in den besetzten Gebieten verweigern. Seite 21-27

### Antifa

Bilder vom Aufmarsch Kühnens und seiner FAP am 1. Mai im Ruhrgebiet, Volksfront gegen Neonazis in Göttingen. Bonn: Ralf Tegethoff — Einzeltäter? Seite 17-19

### DKP

Wir dokumentieren Texte der Bremer Parteidebatte. Helmut Krebs aus Karlsruhe fragt: Wie weiter DKP? Wir berichten über die Nöte der DKP mit der „taz“. Seite 35-38

### Sicherheitsgesetze

Zimmermanns Entwurf liegt vor, die FDP hat erwartungsgemäß doch zugestimmt. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wird faktisch außer Kraft gesetzt. Seite 10



ven-Kongreß“. Doch friedlich geht es zur Zeit bei ihnen nicht zu. Der Staub, den die Anzeige von relevanten Teilen der Partei gegen die eigene Bundestagsfraktion (Mehrheit) aufgewirbelt hat, dürfte sich bis dahin kaum gelegt haben. Zum zweitenmal nach Otto Schilys Drohung wird über Spaltung der Grünen geredet.

Die Diskussion um einen oppositionellen Gesetzentwurf zur Bestrafung von Vergewaltigern, der

zum innergrünen Machtkampf. Die Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion weigert sich standhaft, die Beschlüsse der Parteibasis und der Basis sozialer Bewegungen, auf die sich die Grünen in ihrer Gründungszeit so gerne beriefen, anzuerkennen. Realo-, klerikale und Spießbürgerargumente in der Behandlung des Umgangs mit der Bestrafung von Vergewaltigern haben zur Mehrheitskoalition in der Fraktion geführt. Auf der Strecke bleibt



# Engholms bayerische Verhältnisse

Un ich sach noch zum Käpt'n: Obacht, Klippe! Da isser schon auf Grund gelaufen.

Anstand hat stattgefunden, und die BürgerInnen des nördlichsten Bundeslandes haben die Moral-Wahl „mit Bravour bestanden“. Ungezählt sind die verbalen Blumensträuße, die die Politiker und die Medien nach Schleswig-Holstein schickten. Befriedigung allüberall, bei Heiner Geißler wie bei Willi Hoss, bei der „FAZ“ wie bei der „taz“. Das Alte ist vergessen, ein neuer Anfang ist gemacht, und gesiegt hat: unsere gute, bewährte, funktionstüchtige parlamentarische Demokratie. Unsere funktionstüchtigen großen Volksparteien. Unser funktionstüchtiges großes Nachrichtenmagazin. Unser guter, großer, funktionstüchtiger Staat.

Die hübsche Affäre ist bewältigt, der Schmutz bereinigt, der Schurke beendigt, der Schlusstrich gezogen. Aus dem immer und immer wieder gedruckten und gesendeten Worten klingt das millionenfache Bedürfnis nach Verdichtung. Diesem unheimlichen, aber nicht unbekannten Effekt mit seinen Selbstverstärkungsmechanismen verdankt Engholm seinen „Erntesieg“. Man muß es sagen, auch wenn der Effekt diesmal der SPD zugute kam.

Der neue Ministerpräsident, Streber, Saubermann. Vater einer intakten Familie und wie die anderen Werbemittel lauten, mit denen man eine bürgerliche Wahl gewinnt, hat viel von „Aufklaren“ gesprochen, daß seine Anhänger wahrscheinlich daran glauben, weil ihnen die modernen Suggestivtechniken nicht bekannt sind. Man kann sich an den Nebel so gewöhnen, daß man ihn nicht mehr wahrnimmt. In Wahrheit ist nur wenig aufgeklärt, weder wie Waterkanigale ins Rollen kam, noch wie der Hauptakteur starb. Die Akte Burschel ist ja noch nicht einmal geschlossen. Was wir erleben, ist



nicht anderes als, juristisch ausgedrückt, die massive Einmischung der Politik in ein schwebendes Verfahren.

Am wenigsten ist aufgeklärt, was der SPD am direktesten nützte: Warum Pfeifer auf einmal beschloß, seinen Auftraggeber aufhellen zu lassen. In diesem von Geheimdienstmethoden und folglich auch von Geheimdiensten rundvollen Spiel hat die SPD profitiert. Wer davon profitiert hat, ist davon abhängig. Engholm scheint nicht daran zu denken, das private, diskrete, geheime Management öffentlich zu machen, das es in dieser Sache jenseits der Sphäre der Medien und Parlamente ganz sicher gegeben hat, ganz sicher auch unter irgendeiner Mitwirkung der SPD. Schlussfolgerung: Er macht sich von den Geheimdiensten abhängig. Jedes politische Kleinkind weiß das, und jedes politische Großkind fällt wieder darauf herein.

Dies sind keine abstrakten, dies sind konkrete Verdächtigungen. Engholm hat den ehemaligen stellvertretenden Leiter des Bundesamts für Verfassungsschutz, Peltz, als seinen Bürochef bestellt, sicher

ein guter SPD-Mann. Und ebenso sicher ein guter VS-Mann. Der Profi besetzt nun eine intime Machtposition in der Kieler Staatskanzlei, die der Amateur Pfeifer nicht hatte. Auch deswegen: bayerische Verhältnisse.

Wie das kleine, aber nicht unbedeutende Beispiel zeigt, können schlechte Akteure durch gute Akteure, korrupte Parteien durch moralische Parteien oder rechte Politiker durch linke Politiker abgelöst werden, ohne daß sich an den Strukturen etwas ändert. Veränderung würde zu nächst einmal und gerade in diesem Fall bedeuten offenzulegen, wie der Staat, um mit Marx zu sprechen, als besondere und feindliche Formation der Gesellschaft gegenübertritt und sie bis ins Alltägliche hinein überwacht, manipuliert, steuert. Bei aller herrschenden Sprachvernebelung zwischen Schleswig-Holstein und Bayern wollen wir eine solche Offenlegung nicht als „Aufklaren“ bezeichnen. Lieber schon: Glasnost.

Grüne SH:

## Von einer Niederlage in die nächste

Bei der Geschichte der GRÜNEN Schleswig-Holstein fallen drei Besonderheiten auf:

1. vollzog sich der Einigungsprozeß der GRÜNEN Partei — gemessen an anderen Landesverbänden — erst relativ spät: nämlich kurz vor der Landtagswahl 1983;
2. gibt es eine deutliche Kluft zwischen den Wahlergebnissen bei Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen einerseits, bei Landtagswahlen andererseits; klassisches Beispiel die „Doppelwahl“ im März 1983, wo den GRÜNEN innerhalb einer Woche ein Drittel der Wahlstimmen verloren ging;
3. gab es bis zur letzten Wahl im Mai 88 eine Landes-SPD mit — gemessen an der Bundes-SPD — linkem Profil und Image in Daueropposition und mit guten Chancen zur Regierungsübernahme (1979 fehlten einer SPD/FDP-Koalition gerade 700 Stimmen zur Ablösung der CDU).

Die kurze Geschichte der GRÜNEN in Schleswig-Holstein ist auch eine Geschichte von Wahlniederlagen: 1979, als bundesweit grüne, bunte und alternative Listen zum Sturm auf die Parlamente antraten, kandidierte die streng ökologisch-antikommunistische GLSH. Die Truppe von B. Springmann brachte es auf 2,4%. Die linken Kräfte sammelten sich in der LDU, die sich aber mit

dem Motto „Stoltenberg muß weg“ und unter Hinweis auf die dafür notwendige Stärkung der SPD nicht zur Kandidatur gestellt hatte (1). Von der Gründungsversammlung des GRÜNEN Landesverbands im Januar 1980 an sollte es noch über drei Jahre dauern, bis die Querelen mit den Öko-Rechten der GLSH beigelegt werden konnten. Nach heftigen Auseinandersetzungen auf den Parteitage kam es dann doch noch unter dem Druck der bevorstehenden Landtagswahl 1983 und der 5%-Klausel zur Fusion. Dennoch scheiterte die frisch gebackene Partei auch diesmal mit 3,6%. Die Frage einer möglichen Zusammenarbeit mit der SPD spielte innerparteilich keine polarisierende Rolle. Mit großer Mehrheit wurde eine Tolerierung nicht ausgeschlossen, aber auch nicht als un-

Grüne SH:

## Von einer Niederlage in die nächste

Bei der Geschichte der GRÜNEN Schleswig-Holstein fallen drei Besonderheiten auf:

1. vollzog sich der Einigungsprozeß der GRÜNEN Partei — gemessen an anderen Landesverbänden — erst relativ spät: nämlich kurz vor der Landtagswahl 1983;
2. gibt es eine deutliche Kluft zwischen den Wahlergebnissen bei Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen einerseits, bei Landtagswahlen andererseits; klassisches Beispiel die „Doppelwahl“ im März 1983, wo den GRÜNEN innerhalb einer Woche ein Drittel der Wahlstimmen verloren ging;
3. gab es bis zur letzten Wahl im Mai 88 eine Landes-SPD mit — gemessen an der Bundes-SPD — linkem Profil und Image in Daueropposition und mit guten Chancen zur Regierungsübernahme (1979 fehlten einer SPD/FDP-Koalition gerade 700 Stimmen zur Ablösung der CDU).

Die kurze Geschichte der GRÜNEN in Schleswig-Holstein ist auch eine Geschichte von Wahlniederlagen: 1979, als bundesweit grüne, bunte und alternative Listen zum Sturm auf die Parlamente antraten, kandidierte die streng ökologisch-antikommunistische GLSH. Die Truppe von B. Springmann brachte es auf 2,4%. Die linken Kräfte sammelten sich in der LDU, die sich aber mit

dem Motto „Stoltenberg muß weg“ und unter Hinweis auf die dafür notwendige Stärkung der SPD nicht zur Kandidatur gestellt hatte (1). Von der Gründungsversammlung des GRÜNEN Landesverbands im Januar 1980 an sollte es noch über drei Jahre dauern, bis die Querelen mit den Öko-Rechten der GLSH beigelegt werden konnten. Nach heftigen Auseinandersetzungen auf den Parteitage kam es dann doch noch unter dem Druck der bevorstehenden Landtagswahl 1983 und der 5%-Klausel zur Fusion. Dennoch scheiterte die frisch gebackene Partei auch diesmal mit 3,6%. Die Frage einer möglichen Zusammenarbeit mit der SPD spielte innerparteilich keine polarisierende Rolle. Mit großer Mehrheit wurde eine Tolerierung nicht ausgeschlossen, aber auch nicht als un-

Die SPD — nach der Hessenwahl 82 gab Brandt die Parole von den neuen „Mehrheiten links von der Union“ aus — veränderte spätestens ab 1985 ihre Haltung zu „Rot-Grün“. Der seitdem erfolgreiche Kurs lautete: das Thema Rot-Grün nicht breittreten, statt dessen inhaltlich in die Offensive gehen und den Kampf um Mehrheiten führen. Diese Veränderungen haben die GRÜNEN bis heute nicht reflektiert. Das zeigen auch ihre Strategie-Debatten in Schleswig-Holstein. Geradezu tragisch wirkte dies dann im Wahlkampf zur Septemberwahl 87 (3).

Nach mehreren Schlächten zwischen Koalitionen und Linke konnte auf der Flensburger LDK im April 87 ein Tolerierungsbeschluß mit zwei Knackpunkten durchgesetzt werden — allerdings als Kompromißantrag (keine Mehrheit fand ein Tolerierungskonzept mit mehreren Forderungen und einkalkuliertem Bruch). Mit diesem Beschluß setzte das Rückzugsgedächtnis der Linken in den GRÜNEN ein, die fortan hauptsächlich auf der strategisch-taktischen Ebene bemüht waren, den Koalitions-Vormarsch wenigstens zu bremsen. Im September-Wahlkampf (der inhaltlich besser geführt wurde als der letzte zur Mai-Neuwahl) reduzierte sich der GRÜNE Landesverband selbst auf die Rolle des Mehrheitsbeschaffers („Ohne Grün bleibt alles schwarz — 37 Jahre CDU sind genug“) — doch genau dies stürzte sie ins Desaster (bzw. dies ist der hausgemachte Anteil an der Niederlage). Nach übereinstimmender Analyse der Wahlforschungsinstitute war die SPD u.a. erfolgreich, weil sie einerseits sich frühzeitig und glaubwürdig von einer Zusammenarbeit mit den GRÜNEN distanziert hatte (Integration nach Rechts) und andererseits grüne Themen positiv besetzen konnte. Die Quittung brachte das Wahl-

ergebnis vom 13. September: konnten in den BT-Wahlen vom selben Jahr noch satte 8% eingefahren werden und saßen die GRÜNEN zu dieser Zeit schon längst in fast allen Kommunalparlamenten, mußte die Partei mit nur 3,9% eine herbe Niederlage einstecken.

Wurde anfänglich die Ursache für diese Schlappe (die ja die Existenz dieser Partei, die sich fast ausschließlich über ihre Parlamentsarbeit definiert, in Frage stellte) noch in der fehlenden Abgrenzung zur SPD gesehen, dominierte schon bald der Mythos von der Nicht-Vermittelbarkeit des Tolerierungskonzeptes, und am Ende dieses Prozesses stand eine Koalitionsaussage (4). Fatal nur — wie gesagt —, daß die Gretchen-Frage weder im September 87 (außer für die CDU und die rechte Presse) noch vor

dem Ergebnis vom 13. September: konnten in den BT-Wahlen vom selben Jahr noch satte 8% eingefahren werden und saßen die GRÜNEN zu dieser Zeit schon längst in fast allen Kommunalparlamenten, mußte die Partei mit nur 3,9% eine herbe Niederlage einstecken.

Wurde anfänglich die Ursache für diese Schlappe (die ja die Existenz dieser Partei, die sich fast ausschließlich über ihre Parlamentsarbeit definiert, in Frage stellte) noch in der fehlenden Abgrenzung zur SPD gesehen, dominierte schon bald der Mythos von der Nicht-Vermittelbarkeit des Tolerierungskonzeptes, und am Ende dieses Prozesses stand eine Koalitionsaussage (4). Fatal nur — wie gesagt —, daß die Gretchen-Frage weder im September 87 (außer für die CDU und die rechte Presse) noch gar bei der Anti-Barschel-Neuwahl im Mai 88 irgendeine Rolle spielte! Vielmehr führte die Fixierung auf die Frage der Zusammenarbeit mit der SPD zur Behinderung bei der Entwicklung eigenständiger linker Positionen — auch innerhalb des GRÜNEN Landesverbands selbst. So wurde beispielsweise versäumt bzw. den Realos überlassen, die inhaltlichen „Schmerzgrenzen“ im Falle einer Zusammenarbeit zu benennen bzw. den Streit darüber zu führen. Die GRÜNEN haben sich damit bisher die Chance vergeben, eigenständiges Profil durch eine Kritik an einer SPD zu entwickeln, die sich mit Engholm deutlich nach rechts entwickelt hat.

Bleibt abzuwarten, was die GRÜNEN aus ihrer Geschichte der Wahlkiederlagen schlußfolgern. Die Rahmenbedingungen — so analysiert das auch der Landesvorstand in einer Presseerklärung zum Wahlausgang — sind in der Tat etwas positiver geworden. Zum einen hat die Strategie-Debatte um die Zusammenarbeit mit der SPD ihr natürliches Ende gefunden, der Landesverband präsentiert sich jetzt wie nie zuvor; dies könnte gerade für den Rest der Linken bei den GRÜNEN die Chance bedeuten, die so nötige inhaltliche Debatte über die Zukunft ihrer Politik zu führen. Wenn allerdings jetzt schon wieder auf die kommende Europawahl und Bundestagswahl geschaut wird, dann ist eine Neuaufgabe der Diskussion der letzten Jahre vorprogrammiert.

br./Kiel (Mitarbeit: es.)

- Anmerkungen:  
1) Interview mit Lars Hennings / AK 151, Zur Geschichte der SH-Grünen; siehe auch AK 286, S. 8.  
2) MOZ 23. 1983, S. 41/42  
3) AK 286, S. 8  
4) AK 291, S. 40

## § 218 — bundesweite Aktionen gegen das Beratungsgesetz

Am 8. Juni wollen CDU und FDP einen Regierungsentwurf für ein Beratungsgesetz ins Kabinett einbringen. Ende dieses, Anfang nächsten Jahres soll das Beratungsgesetz dann verabschiedet werden. Die Initiative Frauenbegehren-Selbstbestimmung beschloß für den 8. Juni bundesweite Protestaktionen.

Nachdem im März ein vorläufiger Referentenentwurf für ein Beratungsgesetz in die Öffentlichkeit gelangt war und weitreichende Ablehnung erfahren hatte (s. AK 293, April 88), legte Ministerin Sühnath Ende April einen zweiten Entwurf vor. Dieser unterscheidet sich jedoch kaum vom ersten und enthält nur einige Zugeständnisse an die FDP. Sowohl an der umstrittenen „Länderklausel“ als auch an dem Beratungsziel hält der Entwurf fest. Danach soll die Beratung mit dem Ziel erfolgen, „die Bereitschaft der Schwangeren zur eigenverantwortlichen Annahme des ungeborenen Lebens zu wecken, zu stärken und zu erhalten“. Die FDP hatte eine abgeschwächte Formulierung vorgeschlagen, bei der eine „Entscheidungshilfe zugunsten des Lebens“ mit Hilfe materieller und immaterieller Angebote geschaffen werden sollte.

Nach wie vor bleibt ein gewisser Spielraum bestehen, der den einzelnen Bundesländern Maßnahmen zur Verschärfung der Beratung in die Hände legt. Zwar wurde der Passus, daß die Länder weitere Anerkennungsvoraussetzungen für die Beratungsstellen bestimmen können, gestrichen, aber das Verfahren zur Anerkennungsvoraussetzung obliegt den Ländern. Darüberhinaus sollen bestehende schärfere Länderregelungen, die z.B. die räumliche Trennung von Beratung und Indikation vorschreiben, wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, weiter gelten.

Geblienen ist außerdem die auch von der FDP kritisierte Verpflichtung der Ärztinnen und Ärzte, einmal jährlich an einer „Fortbildungsveranstaltung“ teilzunehmen. Zwar droht den Ärztinnen kein Bußgeld, wenn sie an der „Fortbildungsveranstaltung“ nicht teilnehmen, dafür müssen sie dann aber mit standesrechtlichen Verfahren von Seiten der Ärztekammer und der zuständigen obersten Landesbehörde rechnen. Die Bußgeldandrohung gilt allerdings, wie schon im ersten Entwurf festgelegt, für einen Verstoß gegen die jetzt vorgeschriebene „Trennung von Beratung und Indikationsfeststellung“. Geblienen ist in dem Entwurf auch die Verschärfung der Meldepflicht, d.h. Ärztinnen sollen die Abbrüche nur noch dann melden, aber das Verfahren zur Abgrenzungsvoraussetzung obliegt den Ländern. Darüberhinaus sollen bestehende schärfere Länderregelungen, die z.B. die räumliche Trennung von Beratung und Indikation vorschreiben, wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, weiter gelten.

Geblienen ist außerdem die auch von der FDP kritisierte Verpflichtung der Ärztinnen und Ärzte, einmal jährlich an einer „Fortbildungsveranstaltung“ teilzunehmen. Zwar droht den Ärztinnen kein Bußgeld, wenn sie an der „Fortbildungsveranstaltung“ nicht teilnehmen, dafür müssen sie dann aber mit standesrechtlichen Verfahren von Seiten der Ärztekammer und der zuständigen obersten Landesbehörde rechnen. Die Bußgeldandrohung gilt allerdings, wie schon im ersten Entwurf festgelegt, für einen Verstoß gegen die jetzt vorgeschriebene „Trennung von Beratung und Indikationsfeststellung“. Geblienen ist in dem Entwurf auch die Verschärfung der Meldepflicht, d.h. Ärztinnen sollen die Abbrüche nur noch dann über die Krankenkassen abrechnen kön-

nen, wenn sie einen Nachweis über die Meldung der Abbrüche erbringen.

Bestehen blieb außerdem die Passage, wonach weitere Personen zum Beratungsgespräch hinzugezogen werden können. Dies soll allerdings nur auf „Wunsch“ der Schwangeren geschehen. Die Formulierung „mit Einwilligung der Schwangeren“ wurde nach Einwänden der FDP gestrichen.

Neu aufgenommen in den Gesetzentwurf ist die Verpflichtung der Beratungsstellen, eine sogenannte „Nachsorge“ ins Beratungsangebot aufzunehmen, weil, so die Begründung, Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch angeblich unter „Belastungen“ leiden.

Daß die CDU, trotz weitreichender Proteste gegen das Beratungsgesetz, Ende April einen zweiten Entwurf veröffentlichte, mischt deutlich, daß sie ein Beratungsgesetz auf jeden Fall durchziehen wird. Und die FDP wird zustimmen. Offen ist z.Z. lediglich noch, inwieweit in den Formulierungen an den Koalitionspartner FDP noch Zugeständnisse gemacht werden. So soll lt. „Spiegel“ vom Mai z.B. am „Beratungsziel“ noch etwas rumgefummelt werden. An der Substanz des Beratungsgesetzes ändert das allerdings nichts.

Die Initiative Frauenbegehren-Selbstbestimmung, in der neben den Grünen und den § 218-Gruppen die Jusos, die FI 6, Oktober und DKP-nahe Gruppen vertreten sind, beschloß darum, daß am bzw. um den 8. Juni bundesweit vielfältige Aktionen gegen das Beratungsgesetz und den § 218 stattfinden sollen. Die Aktionen reichen von Besetzungen der CDU-Büros bis hin zu örtlichen Demonstrationen (am 11. Juni in Westberlin) und Kundgebungen (ebenfalls am 11. Juni in Hamburg). Darüberhinaus ist am 14. Juni während des CDU-Parteitages eine Aktion geplant. Vor der Rhein-Main-Halle, wo der Parteitag stattfindet, soll ein „Denkmal“ errichtet werden. Zu dieser Aktion rufen neben der Initiative Frauenbegehren-Selbstbestimmung diverse Frauen- und Organisationsgruppen aus Wiesbaden und Frankfurt auf. Treffpunkt ist um 16.30 Uhr am Luisenplatz in Wiesbaden.

Damit die örtlichen dezentralen Aktionen gegen das Beratungsgesetz und den § 218 von den Medien nicht vollends verschwiegen werden, sollen alle Informationen über geplante Aktionen gesammelt und dann der Presse bekanntgegeben werden. Bis Dienstag, den 8. Juni (14.00 Uhr) können die Aktionen bei der Initiative Frauenbegehren-Selbstbestimmung bekanntgemacht werden: Tel. 0228/692021 (Bundeschäftsstelle der Grünen).

Am 11. Juni in Westberlin und Kundgebungen (ebenfalls am 11. Juni in Hamburg). Darüberhinaus ist am 14. Juni während des CDU-Parteitages eine Aktion geplant. Vor der Rhein-Main-Halle, wo der Parteitag stattfindet, soll ein „Denkmal“ errichtet werden. Zu dieser Aktion rufen neben der Initiative Frauenbegehren-Selbstbestimmung diverse Frauen- und Organisationsgruppen aus Wiesbaden und Frankfurt auf. Treffpunkt ist um 16.30 Uhr am Luisenplatz in Wiesbaden.

Damit die örtlichen dezentralen Aktionen gegen das Beratungsgesetz und den § 218 von den Medien nicht vollends verschwiegen werden, sollen alle Informationen über geplante Aktionen gesammelt und dann der Presse bekanntgegeben werden. Bis Dienstag, den 8. Juni (14.00 Uhr) können die Aktionen bei der Initiative Frauenbegehren-Selbstbestimmung bekanntgemacht werden: Tel. 0228/692021 (Bundeschäftsstelle der Grünen).

Sy.

## DIALOGUE

حوار  
דיאלוג

Eine Tagung zum „Israelisch-palästinensischen Dialog“ veranstaltet das Westberliner Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz am 4. und 5. Juni im Internationalen Kongress Centrum bzw. in der Technischen Universität.

Uri Amery (Tel Aviv, Publizist, ehemaliger Knesset-Abgeordneter, stellvertretender Vorsitzender der Progressiven Friedensliste) und Musa Budeiri (Jerusalem, Dozent an der Bir Zeit-Universität auf der Westbank) werden über die Entwicklung des Dialogs sprechen. Über einzelne Projekte werden im Laufe der Tagung berichtet: Hanan Ashrawi (Ramallah, Dozentin an der Bir Zeit-Universität); David Kuttab (Jerusalem, Journalist u.a. bei Al-Fajr und Middle East International); Jael Loran (Tel Aviv, Publizistin, Mitglied des Israelisch-Palästinensischen Schriftsteller- und Künstler-Komitees, angeklagt wegen eines Treffens mit PLO-Vertretern in Ru-

mänien); Suhair Mani (Nablus, Dozentin, Mitarbeiterin im Kinderhilfswerk „Dar-at Tifl al-Arabi“); Rayna Moss (Tel Aviv, Journalistin, aktiv in palästinensisch-jüdischer Frauenarbeit und im Komitee „Nieder mit der Besatzung“); Lea Ismel (Jerusalem, Rechtsanwältin, hat in zahlreichen Verfahren Palästinenser vertreten); Natan Zach (Haifa, Dichter, Dozent an der Universität Haifa). — Am Abend des 5.6. wird der palästinensische Musiker und Verfasser politischer Lieder Mustafa al Kurd einen Liederabend geben.

„Wir wünschen uns“, schreiben die Organisatorinnen, „unterhalb der Ebene offizieller Politik und jenseits ideologischer Schlagabtausches, Verbindungen zu schaffen und zu fördern.“

Anmeldungen zur Tagung (Teilnahme ist nur mit Anmeldebestätigung möglich!) beim Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Zeughausstraße 20, 1 Westberlin 36 — Tel. 030-612 6074/5

### Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst P.O.M.A. Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.



Bankenaktionstag:

## Boykottiert Apartheid!

Anlässlich der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank am 27.5. in Hamburg veranstalteten die Anti-Apartheid-Bewegung, kirchliche und linke Gruppen wieder einen Bankenaktionstag in zahlreichen Städten. In der Hansestadt wurden die Aktionäre schon am Eingang des Congress Centers von 200 Demonstranten empfangen, die die Beendigung der Finanzgeschäfte mit und in Südafrika forderten. Und so mancher Aktionär, der die Informationsmaterialien der Apartheid-Gegner morgens wütend zurückgewiesen hatte, bekam sie beim Aufbruch von fortschrittlichen Taxifahrern erneut unter die Nase gehalten. Um der Forderung nach Kontenkündigungen bei den Großbanken Nachdruck zu verleihen, wurde der Schalterbetrieb vor und in vier ausgewählten Innenstadt-Filialen der Dresdner nachmittags durch Blockaden praktisch verhindert. Zum Abschluss zogen etwa tausend Demonstranten durch die Stadt, um vor dem CCH den ANC-Vertreter Dr. Victor Kadalie, Dorothee Sölle, Ingrid Schuster (Hauptvorstand HBV) und Karl Heinz Roth zu hören.

## „Hinter dem ersten deutschen Tank kam sofort die Dresdner Bank“

Rede von Karl Heinz Roth auf der Demonstration

Dieser Refrain aus einem Lied der tschechischen Widerstandsbewegung ist zum Markenzeichen für die Aktivitäten der Dresdner Bank im sogenannten Dritten Reich geworden.

Aber die Dresdner Bank war mehr als die dreiste finanzielle Institution zur Plünderung und Ausbeutung der von den Nazitropen besetzten Gebiete.

Sie war innerhalb des Reichs führend bei der „Arisierung der Wirtschaft“, der gewaltsamen Enteignung von jüdischem Eigentum und jüdischem Einkommen. Die Dresdner Bank war von Anfang an an der nazistischen Hochrüstung und Kriegsvorbereitung beteiligt (Aufbau der Luftwaffe, der Reichswerke Hermann Göring). Im ständigen Kampf mit der Deutschen Bank und der Commerzbank um die Führungsrolle im Finanzsektor übernahm sie politisch wie wirtschaftlich besonders riskante Operationen.

Besonders hervorzuheben ist, daß es Manager der Dresdner Bank waren, die 1938/39 und dann noch einmal 1942/43 den SS-Konzern sanierten. Der SS-Konzern beutete die KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter aus. Als Rationalisierungsexperten der Dresdner Bank moderne betriebswirtschaftliche Methoden in die Zwangsarbeitsstruktur der SS einführen, begann das Massensterben der Häftlinge. Die „Vernichtung durch Arbeit“ geht zu einem erheblichen Teil auch auf das historische Bilanzkonto der Dresdner Bank.

Daneben haben sich die Direktoren und Prokuristen der Dresdner Bank überdurchschnittlich lautstark für die Subversionen- und Rassendoktrin des Nazismus eingesetzt. Ihre Auslandsabteilung stellte überall auf der Welt das Netz ihrer Niederlassungen und Vertretungen der Auslandsorganisation der NSDAP, dem Auswärtigen Amt und den Nachrichtendiensten, von Wehrmacht und SS zur Verfügung. Das gilt besonders für Süd- und Südwestafrika. Überall finden sich Spuren der Auslands- und der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Dresdner Bank, wo über die Einbindung des Südländischen Afrika in die Weltmachtstrategie des „Dritten Reiches“ verhandelt wurde. Die eigenen Profitinteressen kamen dabei allerdings nie zu kurz. In den meisten Fällen war die Dresdner Bank an den Konsortien beteiligt, die in den dreißiger Jahren die bilateralen Handelsgeschäfte Nazideutschlands mit der südafrikanischen Union abwickelten: Manganerz, Vanadium und Industriediamanten wurden bilateral gegen Lokomotiven und Junkersflugzeuge getauscht. In Südwestafrika unterstützte die Dresdner Bank in den dreißiger Jahren den verstärkten Landankauf durch deutsche Farmer. Sie stand an vorderster Front bei dem Versuch, das Mandatsgebiet Südwestafrika auf wirtschaftlichem Weg wieder zu deutschem Kolonialbesitz zu machen. Die Pläne der Dresdner Bank zur Gründung einer Deutschen Kolonialbank mit Niederlassungen

vor allem im südlichen Afrika lassen sich bis ins Jahr 1937 zurückverfolgen. Sie waren ein Konkurrenzprojekt zur Deutschen Bank, um ihr die bisherige Führungsposition gegenüber der „Deutschen Gruppe Kolonialwirtschaftlicher Unternehmen“ (DEKO-Gruppe) streitig zu machen.

Aber die Dresdner Bank verfolgte auch im Fall südlichen Afrika nie rein wirtschaftspolitische Ziele. Sie sorgte mit ihren Niederlassungen und Spenden für enge Kontakte mit jener Mischelite der weißen „Afrikaner“, die sich während des zweiten Weltkriegs auf die vollständige Durchsetzung ihrer rassistischen Herrschaft vorbereiteten. Ihre Manager sind mit dafür verantwortlich, daß der „Ossewabrandwag“ von Rensburgs und die Wiedervereinigte Nationale Partei Malans von den Nazis eine rassistische Herrschaftstechnik erlernten, die sich dann drei Jahre nach der Zerschlagung der Nazidiktatur in der Apartheidgesetzgebung und der Homeland-Politik durchsetzte. Die rassistische Selektion mit ihren verblöfenden Anleihen bei der nazistischen Judengesetzgebung und der sogenannten Volkstumspolitik gegen das „alawische Unternehmertum“ in den besetzten osteuropäischen Gebieten wurde von den Apartheid-Rassisten durch eine übergeordnete Arbeitspolitik im Sinn der „Deutschen Arbeitsfront“ funktionstüchtig gemacht. Nun konnten die multinationalen Konzerne verstärkt investieren.

Bis heute hat sich kein Vertreter der Dresdner Bank zu dieser ungeheuerlichen Kontinuität von Nazismus und Apartheid selbstkritisch geäußert. Die Dresdner Bank hat im Gegenteil die Früchte der Kontinuität geerbt, und mit ihr die übrigen Kommandozentren der westdeutschen Wirtschaft.

Aber auch wir Linke haben bis heute kaum wahrgenommen, wie unanisch westdeutsche Wirtschaft.

Aber auch wir Linke haben bis heute kaum wahrgenommen, wie unangefochten der BRD-Imperialismus bis heute die Früchte einer Subversionsstrategie im südlichen Afrika ernten konnte, die in den dreißiger und frühen vierziger Jahren die strategischen Weichen stellte. Umso bedeutender ist der heroische Widerstand der südafrikanischen schwarzen Arbeiterklasse, ihrer militanten Gewerkschaften und ihrer Widerstandsbewegungen einzuschätzen. Er fordert uns zur konkreten Solidarität heraus. Die skizzierten Kontinuitätsstränge rassistischer Herrschaft müssen lückenlos aufgedeckt werden. Der Analyse müssen revolutionäre Taten folgen, auch in unserem Land. Wir dürfen die schamlosen Operationen des westdeutschen Finanz- und Industriekapitals im südlichen Afrika nicht länger tatenlos hinnehmen.

Freiheit für Azania und Namibia!

(Rede auf der Abschlusskundgebung der Hamburger Demonstration „Kein Geld für Apartheid“ am 27.5.88. Karl Heinz Roth ist Arzt und Historiker, er arbeitet heute in der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts.)



Sitzblockade vor der Dresdner Bank-Filiale in Hamburgs Renommiertstraße Jungfernstieg

Foto: H. Wojahn

## „Uran-Krimi“ unter Aufsicht des Bankenchefs

Norman Paech auf der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

(...) Ende 1980 erwarb die Dresdner Bank über ihre Luxemburger Tochter, die Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG — Dresdner Bank International, 51% des Kapitals der SWABANK in Namibia. Die Dresdner Bank besitzt im Management der SWABANK Schlüsselpositionen. Die Verbindungen der SWABANK zur Dresdner Bank sind äußerst eng.

Meine Damen und Herren, mit ihrem Einfluß in die SWABANK ergab die Dresdner Bank ein Engagement in einem Land ein, das militärisch besetzt und illegal verwaltet wird, nämlich durch Südafrika.

Wie Ihnen bekannt sein sollte, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits am 27. Oktober 1966 mit ihrer Resolution 2145 (XXI) das Mandat Südafrikas über das damalige Südwestafrika beendet und die Regierung Südafrikas aufgefordert, sich jeder Maßnahme zu enthalten, die den internationalen Status Südwestafrikas verändern könnte. Die Generalversammlung gab dem Gebiet den Namen Namibia zurück und setzte den „Rat der Vereinten Nationen für Namibia“ ein, der die Unabhängigkeit Namibias vorbereiten sollte.

Da Südafrika sich weigerte, sich aus Namibia zurückzuziehen, wurde es 1969 und 1970 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehrfach nachdrücklich wegen der Illegalität der Besetzung verurteilt, alle Handlungen in Bezug auf Namibia für nichtig erklärt und alle Staaten aufgefordert, jegliche Kooperation mit

Namibia für nichtig erklärt und alle Staaten aufgefordert, jegliche Kooperation mit Südafrika mit Bezug zu Namibia zu unterlassen (Res. des Sicherheitsrates 269 vom 12. August 1969 und 276 vom 30. Januar 1970). (...)

Dies in Erinnerung zu rufen, meine Damen und Herren, scheint mir notwendig, um deutlich zu machen, daß die Völkerrechtswidrigkeit der südafrikanischen Besetzung und aller Aktivitäten in Namibia vor dem Kauf der SWABANK durch die Dresdner Bank juristisch zweifelsfrei und international allgemein bekannt war. (...)

Eine wichtige Geschäftssparte der SWABANK, meine Damen und Herren, ist die Außenhandelsfinanzierung. Erst der Ausbau durch die Dresdner Bank ermöglichte der SWABANK, sich auf diesem Feld zu betätigen. Der „Rat der Vereinten Nationen für Namibia“, die einzige rechtmäßige Instanz für die Verwaltung des Territoriums, verhängte schon 1974 ein Verbot, Rohstoffe aus Namibia ohne seine Zustimmung abzubauen, zu exportieren und/oder zu verarbeiten; Rohstoffexporte aus Namibia sind nach dem „Dekret Nr. 1“ des UNO-Rates für Namibia also rechtswidrig. Über die SWABANK ist die Dresdner Bank an der Finanzierung illegaler Rohstoffexporte aus Namibia beteiligt.

Darüber hinaus hat die Dresdner Bank einen weiteren Fuß im illegalen Rohstoffabbau und -export aus Namibia: Sie ist, wie Sie, meine Damen und Herren, dem „Alternativen Geschäftsbericht 1987“ über die Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch die Dresdner Bank“ detailliert entnehmen können, kapitalmäßig und personell eng mit der Metallgesellschaft AG, Frankfurt, verflochten. Eine Tochter dieser Metallgesellschaft wiederum, nämlich die Uranengesellschaft mit beschränkter Haftung, ebenfalls Frankfurt, ist 51%ige Teilhaber

an der Rössing Uranium Limited, Rössing betreibt bei Swakopmund in Namibia die weltgrößte Uranmine.

Die Bundesrepublik Deutschland bezieht — trotz des UNO-Verbotes — etwa ein Drittel ihres Uranbedarfs aus Namibia. Auffälligerweise begann die Dresdner Bank ihr Namibia-Engagement bei der SWABANK, kurz nachdem der Uranexport in die Bundesrepublik so richtig in Schwung kam.



Foto: H. Wojahn

1987, meine Damen und Herren, hat der UNO-Rat für Namibia eine holländische Firma, URENCO, wegen Verletzung des Dekrets Nr. 1, insbesondere wegen illegalen Verarbeitens von namibischen Uran verklagt. Die Dresdner Bank ist an URENCO indirekt beteiligt, von der Klage mittelbar also auch betroffen. Wie die Wochenzeitung „The Namibian“ am 4. März 1988 berichtete, deuten Anzeichen darauf hin, daß die Anwälte von URENCO erhebliche Schwierigkeiten mit einer Antwort auf die Klage des UNO-Rates für Namibia haben. Ich frage den Vorstand: Welche Konsequenzen haben Sie für das Namibia-Engagement der Dresdner Bank angesichts dieses Prozesses gezogen?

Meine Damen und Herren, der „Uran-Krimi“ geht aber noch weiter: Einer der Anteilseigner dieser holländischen URENCO ist die Uranit GmbH in Jülich; einen wesentlichen Kapitalanteil der Uranit wiederum hält die NUKEM GmbH, Hanau, „treuhänderisch“. Bekanntlich wurde NUKEM Anfang 1988 wegen dubiosen Geschäftsgebarens die Betriebsgenehmigung entzogen.

Unternehmen der NUKEM-Gruppe beteiligten sich an der sogenannten „Umetikettierung“ südafrikanischen bzw. namibischen Urans in Uran angeblich anderer Herkunft. Damit halfen sie, Embargo-Beschlüsse einer Reihe von Ländern gegen südafrikanisches und namibisches Uran zu umgehen; so enthielte der Luxembur-

ger Abgeordnete Jupp Weber im April 1988, daß NUKEM 1987 südafrikanisches Uran in angeblich „nigerianisches“ Uran umlagte und nach Finnland verkaufte; dort jedoch ist die Einfuhr südafrikanischen und namibischen Urans verboten. Die selbsten Phasen des Geschäfts wurden über die NUKEM Luxemburg (NULUX) abgewickelt. Seine Unterlagen, so der Abgeordnete Jupp Weber, „bestätigen den Verdacht, daß NULUX immer dann eingeschaltet wurde, wenn Geschäfte von NUKEM in der Illegalität abgewickelt wurden“. Weber stellte Strafanzeige gegen NULUX.

Meine Damen und Herren, jetzt schließt sich der Kreis: Denn die Dresdner Bank ist mit 10% an der NULUX, der Luxemburger Tochter von NUKEM beteiligt. Die Anzeige gegen NULUX betrifft also auch die Dresdner Bank. Ich frage deshalb den Vorstand: Hat sich die Dresdner Bank am die dubiosen Geschäfte von NULUX nicht gekümmert? Wie ist die Bank ihrer Aufsichtsfunktion nachgekommen? Warum sind bis heute keine Konsequenzen gezogen worden?

Ähnliche Fragen ergeben sich auch bezüglich NUKEM selbst. Die Dresdner Bank ist mit den Muttergesellschaften der NUKEM kapitalmäßig und personell eng verflochten. Wie Sie, meine Damen und Herren, dem „Alternativen Geschäftsbericht 1987“ entnehmen können, saß der Dresdner Bank-Vorstandssprecher während der Zeit der dubiosen NUKEM-Geschäftsberichte bei drei der vier Anteilseigner der NUKEM als Mitglied im Aufsichtsrat. Herr Dr. Rötter, wie haben Sie ihre Aufsichtsfunktion wahrgenommen?

Selbst, Herr Dr. Rötter, wie haben Sie ihre Aufsichtsfunktion wahrgenommen?

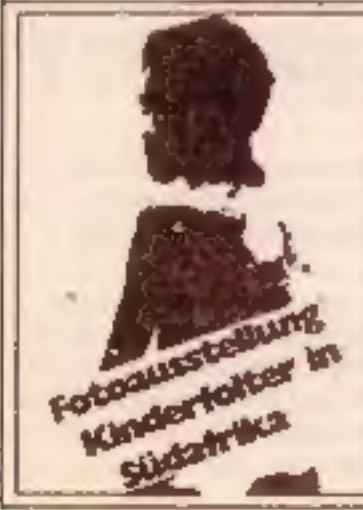
Ein weiterer deutlicher Indikator für das sehr innige Verhältnis der Dresdner Bank zu NUKEM ist, daß Manfred Stephany, einer der NUKEM-Geschäftsführer, im Beirat Hessen der Dresdner Bank saß. Stephany mußte nach dem Bekanntwerden der zahlreichen NUKEM-Skandale als erster aus der NUKEM-Spitze seinen Hut nehmen.

„Die Dresdner Bank mußte über die Geschäftstätigkeit der NUKEM-Gruppe und über die Anteilseigner also bestens informiert gewesen sein. Derartig enge personelle und kapitalmäßige Verflechtungen lassen auf intensive Kredit- und Dienstleistungsbeziehungen der Dresdner Bank schließen. Dieser Schlußfolgerung des „Alternativen Geschäftsberichts 1987“, meine Damen und Herren, kann ich mich nur anschließen. Die Dresdner Bank steht der Atomindustrie vom Anfang der Nuklearkette in Namibia bis zur Weiterverarbeitung unter anderem in Hanau zur Verfügung. Mehr noch: Bei der Dresdner Bank laufen zahlreiche Fäden der Atomindustrie zusammen, sie trägt ein hohes Maß der Mitverantwortung für die Geschäfte der Atomindustrie. Und sie steckt mitten drin im Nuklear-Sumpf rund um NUKEM.

Meine Damen und Herren, das Namibia-Engagement der Dresdner Bank ist nicht nur aus politischen und ethischen Gründen zu verurteilen. Wie gerade die Nuklearkomponente dieses Engagements und die besondere völkerrechtliche Situation Namibias zeigt, ist es juristisch in vielfacher Hinsicht mehr als fragwürdig.

(Kritische Aktionärsrede auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank am 27.5.88 im Hamburger Congress Centrum. Norman Paech ist Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und Mitglied im Vorstand der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen.)

### SÜDAFRIKAS KRIEG GEGEN KINDER



POSTERSERIE: „Südafrikas Krieg gegen Kinder“, überarbeitete und erweiterte Neuauflage (13 Bild- und 3 Textafeln im DIN A3-Format) — Unkostenbeitrag: 10,- DM  
Diese Posterserie eignet sich besonders gut zum Aufhängen bei Veranstaltungen, Sitzungen, Konferenzen, bei Infoständen etc., um auf die Grausamkeit und Brutalität aufmerksam zu machen, denen Kinder unter Apartheid ausgesetzt sind.

BROSCHÜRE: „Südafrikas Krieg gegen Kinder“ Massenverhaftungen, Mißhandlungen, Folter und Mord — das Apartheidregime hat den Kindern des Landes den Krieg erklärt! Wir dokumentieren diese Verbrechen in dieser Broschüre auf 56 Seiten. — Unkostenbeitrag: 2,- DM

ANC-Vertretung in der BRD  
Postfach 1901 40 — 5300 Bonn 1





Wir müssen versuchen, das Thema Vergewaltigung über andere Mittel und Wege als über unsere Bundestagsfraktion in die Öffentlichkeit zu bringen. Derzeit überlegen wir, gemeinsam mit autonomen Frauen eine Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen zu machen.



## Dokumentation

### „Das Würgeisen der Spaltung um den Hals“

Offener Brief von Joschka Fischer, Iris Blaul u.a.

Liebe Leute,

haben euch mittlerweile alle guten Geister verlassen? Oder welche bösen Geister sind denn nunmehr in Teile der höchsten Würdenträger unserer Partei gefahren? Ihr wollt jetzt, genauer: am 26. Mai 1988, gegen die eigene Bundesstagsfraktion mit einer öffentlichen Zeitungsanzeige in der Frankfurter Rundschau zu Felde ziehen. Überschrift:

Die grüne Bundesstagsfraktion vertritt ihre Parteibasis nicht mehr. Es ist traurig, tief traurig, aber leider wahr, daß Teile des grünen Bundesvorstandes wegen des Streites um die Höhe der Mindeststrafe für Vergewaltigung in der Ehe — zwei Jahre sagt die Partei, ein Jahr die Fraktion — die Partei bestenfalls an den Rand der über den Rand der Lächerlichkeit hinausführen werden, schlimmstenfalls aber auf den politischen Friedhof. Wer von uns hätte das jemals auch nur zu denken vermocht, daß die Grünen wegen der Höhe einer Mindeststrafe in einem oppositionellen Gesetzentwurf im Bundestag, der, weil er ein Oppositionsentwurf ist, lediglich Fiktion bleiben wird, von Teilen des eigenen Bundesvorstandes politisch in die Spaltung und damit ins Jenseits befördert werden würden? Wohl kaum jemand, denn der schwärzeste Alptraum über die Zu-

kunft unserer Partei vermochte den jetzt von euch praktizierten Unfug nicht zu phantasieren.

Scheinbar bedenkenlos legt Ihr unserer Partei gegenwärtig das Würgeisen der Spaltung von Partei und Bundesstagsfraktion um den Hals — und warum, so fragen wir uns, das alles? Weil die Bundesstagsfraktion nicht blind kuscht? Weil da Abgeordnete (Frauen und Männer) anderer politischer Auffassung sind? Weil sie sich auf ihr Gewissen in dieser Frage berufen? Weil sie also Eurer Meinung nach abgehoben haben und die Basis nicht mehr vertreten?

In der Auseinandersetzung um ein oder zwei Jahre Mindeststrafe bei Vergewaltigung in der Ehe stehen sich bei vielen Grünen — und nicht nur in der Fraktion — zwei Grundüberzeugungen entgegen: Einerseits die Gleichbehandlung von gleich verurteilten Straftaten; Vergewaltigung in der Ehe ist kein minderschweres Delikt, ist der bisher schon bestraften Vergewaltigung gleichzusetzen, ist daher genauso zu bestrafen und d.h. zwei Jahre Mindeststrafe. Andererseits die ungrüne Ablehnung jeglichen Sühneprinzips, der Abschreckungswirkung von Freiheitsstrafen, der herrschenden Mentalität von Einsperren und Vergessen. Daher ein Jahr Mindeststrafe mit Bewährungsmöglichkeit. Wohlgedacht: Mindeststrafe. Und wohlgedacht auch: Bei-

de Positionen sind für Verschärfung der Bestrafung.

Was, zum Teufel, taugt inhaltlich an diesem für alle Grünen ernstzunehmenden Konflikt zwischen zwei Grundüberzeugungen für die von Euch betriebene Spaltung in Bundespartei und Bundesstagsfraktion? Warum formuliert Ihr genau an dieser Frage, bei der es gute Gründe sowohl für die eine als auch die andere Auffassung gibt (viele von uns werden in dieser Frage innerlich nur 49 zu 51 Prozent Entscheidungen treffen können), einen Beschluß- und Fraktionszwang, den Ihr jetzt mit öffentlicher Bloßstellung der gesamten Partei mittels Zeitungsanzeige endgültig durchsetzen wollt, und den wir bei anderen Parteien in der Vergangenheit immer aufs schärfste gegeißelt haben? Welcher Zucken bricht unserer Partei eigentlich aus welcher Krone, wenn wir feststellen, daß Parteitagsmehrheit und Fraktionsmehrheit angesichts dieses Konflikts grüner Grundüberzeugungen in der Frage der Mindeststrafe nicht gleich sind, eine Übereinstimmung nicht herstellbar ist und die Fraktion in ihrer Abstimmung daher frei entscheiden soll? Keiner. Im Gegenteil entspricht ein solches Verfahren zumindest den in der Vergangenheit formulierten Grundsätzen des grünen Demokratieverständnisses, das auf dem Versuch gründete, die Argumente der innerpar-

teilichen Gegenseite zumindest zu verstehen und nicht herabzuwürdigen zum Verrat. Ihr erinnert uns in diesem Streit an Feuerwehrleute, die beim Löscheinatz mit Kerosin statt mit Wasser löschen. Ihr seid gewählte Mitglieder und Sprecherinnen und Sprecher und Bundesgeschäftsführer der Bundespartei. In dem vorliegenden Konflikt wäre es eure wichtigste Aufgabe, Lösungen für den Konflikt in der Fraktion und zwischen den beiden Positionen in der Partei zu suchen und zu finden. Es wäre eure verdammte Pflicht und Schuldigkeit, Schaden von der Partei abzuwenden und sie in der Öffentlichkeit nicht endgültig zu demoralisieren. Wie soll unsere Partei das eigentlich alles aushalten?

Ihr hingegen schwingt die große Disziplinierungskeule gegenüber der Bundesstagsfraktion. Daß dabei das gesamte Projekt die Grünen zu Bruch und Scherben gehen könnte, scheint Euch in selbstversunkener Sektensinnlichkeit nicht mehr zu kümmern, uns kümmert es aber noch sehr wohl. Kommunal und in vielen Bundesländern stehen die Grünen eigentlich hervorragend da, aber wie oft könnte man weiter unten in der Partei vor Wut in das Parteiprogramm beißen, wenn Ihr in Bonn mit dem Stiefel in sekundenschnelle zerdeppert, was in den Ländern und Kommunen in jahrelanger Sacharbeit mühselig mit den Händen aufgebaut worden ist. Wir erinnern uns noch zu gut an den umjubelten Satz von Christian Schmidt anlässlich seiner Sprecherwahl: „Ich will die Sozialdemokratie schwächen und die Grünen stärken.“ Und was ist daraus geworden? Wir taumeln seit dem Parteitag in Duisburg von Niederlage zu Niederlage, die programmatische Weiterentwicklung wurde immer wieder hinausgeschoben, der Strategiekongreß halb-

herzig vorbereitet (manche im BuVo hätten ihn wohl am liebsten abgesagt), die sozialdemokratischen Enkel bedienen sich munter an grüner Programmatik (man darf gespannt sein, wann unser Grundrentenmodell oder unsere Kritik am Berufsbeamtentum von welcher Enkelin oder welchem Enkel entdeckt wird), eine Öffnung zu neuen Wählerschichten hat nicht stattgefunden, alle Wählerschichten kehren uns den Rücken, Mitgliederschwund allüberall, und dazu eine Mehrheit im Bundesvorstand, die das alles offensichtlich in Ordnung findet. Die von euch beklagte Politikunfähigkeit ist leider die bittere Realität der Partei auf Bundesebene, ja schlimmer noch: Wir sind heute kaum noch als protestfähig zu bezeichnen. Nur fragt Euch mal, wer diese Partei als Bundesvorstand in dieses Desaster geführt hat. Habt Ihr die Grünen gestärkt? Wohl kaum, und nun seid Ihr gerade dabei, der Partei den Rest zu geben.

Wir verlangen von Euch: Zieht sofort die Anzeige zurück. Hört auf mit der Spaltung von Bundespartei und Bundesstagsfraktion. Beendet endlich den Abmarsch in das selbstgewählte Sektenghetto, damit die Partei wenigstens eine Chance hat, aus ihrer existenzbedrohenden Krise bis 1990 herauszukommen.

Joschka Fischer, Iris Blaul, Alla Kowalski, Rupert von Puttlitz, Daniela Wagner-Pätzhold, Herbert Reeh, Priska Hinz, Chris Boppel, Fritz Hertle, Margareta Wolf, Wolf Schwarz, Evi Schönhut-Kell, Dagmar Zoh, Marie-Louise Winter, Anita Schindwein, Martina Schmiedhofer, Anette Stuck-Heine, Georg Dieck, Bernd Messinger, Reinhold Weist, Dirk Treber, Elke Cezanne, Wenzel Mayer (alle Grüne Hessen)

### „Die Fraktion verstößt gegen Parteitagsbeschlüsse“

Offene Antwort von Regina Michalik, Christian Schmidt u.a.

Lieber Joschka, liebe Iris,

nun habt Ihr uns einen tiefschmerzhaften Brief geschrieben, aber leider seid Ihr einfach schlecht informiert. Die Diskussion dreht sich nicht um die Mindeststrafe bei Vergewaltigung in der Ehe, sondern um die Mindeststrafe für alle Vergewaltigungsdelikte. Die Reform der Paragraphen 177/178: Strafbarkeit aller Vergewaltigungsformen (oral, anal etc.). Strafbarkeit auch der Vergewaltigung in der Ehe, ersatzlose Streichung des minderschweren Falls, die Mindeststrafe von 2 Jahren sollte beibehalten werden. Dieses Reformpaket wurde zunächst in der Frauenbewegung diskutiert, dann im ADG formuliert. Das gesamte ADG wurde in über 200 Veranstaltungen mit Grünen und autonomen Frauen und Männern debattiert und dann von der ersten Bundesstagsfraktion in den Bundestag eingebracht.

Wenn nun die zweite Bundesstagsfraktion entgegen der jahrelangen Debatte, entgegen Beschlüssen der Bundesversammlung und des BHA vorschlägt, die Mindeststrafe für alle Vergewaltigungen (wohlgedacht) auf ein Jahr zu senken, dann bedeutet das nicht nur einen Bruch von Parteibeschlüssen, sondern ein absolut negatives Signal für die gesamte öffentliche Diskussion.

Die Frauen aus diversen Frauenprojekten, z.B. Notrufgruppen, die auf der Fraktionsitzung anwesend waren, haben zu Recht gesagt: Wenn die Grünen die Herabsetzung der Mindeststrafe für Vergewaltigung vorschlagen, dann tragen sie dazu bei, daß die gesellschaftliche Achtung für die Gewalttaten nicht größer wird, sondern Vergewaltigung

sogar noch stärker als bisher als Kavaliersdelikt betrachtet wird.

Wir wissen natürlich alle, daß der grüne Gesetzentwurf nicht im Bundestag angenommen wird. Aber für die öffentliche Debatte ist es wichtig, welche Positionen die Grünen vertreten, und deshalb ist es auch absolut schädlich, wenn die Bundesstagsfraktion, wie sie jetzt beschlossen hat, gar nichts einbringt, weil sie sich damit aus der gesellschaftlichen Diskussion verabschiedet. Nach jahrelangen Totschweigen hat es die Frauenbewegung geschafft, das Tabuthema Vergewaltigung auch CDU/CSU, FDP und SPD aufzuzwingen. Dort wird z.Zt. über verschiedene Referentenentwürfe diskutiert und beschlossen, wobei zu befürchten ist, daß selbst die geringfügigen Verbesserungen und Vorschläge wieder klinkheimlich in den Papierkorb wandern werden. In dieser Situation leisten wir uns, uns politisch handlungsunfähig zu machen, anstatt das Thema mit politischem Druck in der Öffentlichkeit zu behalten.

Und nun zum Thema innerparteiliche Demokratie und Gewissensfreiheit: Die Bundesversammlung ist das oberste Organ der Grünen, die Bundesstagsfraktion ist wie der Bundesvorstand an ihre Beschlüsse gebunden. Wenn nun die Bundesstagsfraktion dermaßen eklatant gegen das grüne Prinzip der Basisdemokratie verstößt, dann meint Ihr, sollte die Partei wehrschweigen? Es ist doch gerade Aufgabe der Bundesvorstandsmitglieder und hauptamtlichen, für die Umsetzung der Bundesversammlungsbeschlüsse zu sorgen und die Meinung der Partei in der Öffent-

lichkeit klar zu machen. Stillschweigen, nichts tun, den Beschluß der Bundesversammlung zu boykottieren — das ist Bruch mit grünen Prinzipien, und offenbar empfinden zahlreiche Einzelunterzeichnerinnen und unterzeichnenden Gruppen auch so.

Es geht nicht darum, daß Fraktion und Partei eine andere Meinung haben, sondern darum, daß die Fraktion mehrmals gegen eindeutige Parteibeschlüsse verstößt hat — und nicht wegen Gewissensgründen, sondern mit der Argumentation „Wir lassen uns von dieser Basis nicht unter Druck setzen“. Gleichzeitig behauptet die Fraktion arrogant, die Basis habe nicht genügend und nicht inhaltlich diskutiert. Dies ist aus dem Munde der Fraktion eine Frechheit, denn allein der Widerstand aus Partei und Frauenöffentlichkeit hat sie überhaupt dazu bewogen, sich über diese zentrale Frage Gedanken zu machen. So hat sie im November 87 nach einer nur vierstündigen Debatte ihren eigenen ursprünglichen Entwurf geändert und erst später begonnen zu argumentieren, als von außen Protest und inhaltliche Gegenargumentationen kamen. Die sog. Expertenanhörung hat erst stattgefunden, nachdem der BHA sie einstimmig aufgefördert hat, den ursprünglichen Entwurf einzubringen, sie dagegen verstoßen hat und es wiederum Proteste gab.

Und meint ihr denn im Ernst, eine Anzeige gefährdet die Grünen? Was sagt Ihr dann, mit solch scharfem Maßstab, zu der Äußerung von Willi Hoss, er würde in Schleswig-Holstein auch die SPD gewählt haben? Da warten wir



immer noch gespannt auf eure Protestresolution. Der Aufruf, SPD zu wählen, ist offenbar legitim, die Beschlüsse der Bundesversammlung dagegen parteischädigend, oder was?

Die Anzeige hat die Funktion, den Mitgliedern ein Sprachrohr für ihren berechtigten Protest zu bieten. Im übrigen ist die Anzeige keineswegs vom Bundesvorstand ausgegangen, sondern war Beschluß der Frauenversammlung unmittelbar nach der letzten Fraktionsitzung.

Und geradezu perfide ist Euer Vorwurf an den Bundesvorstand, er sei mit dem Wahlausgang in Schleswig-Holstein zufrieden. Nicht der Bundesvorstand, sondern Otto Schily war es, der den Wahlausgang mit den Worten kommentiert hat: „Ich bin sehr zufrieden mit dem Ergebnis.“

Zu euren übrigen Vorwürfen nur eins: Wir machen eben keinen Unterschied zwischen Bundesversammlungsbeschlüssen. Deshalb wird der Strategiekongreß ebenso sorgfältig vorbereitet, wie wir versuchen, endlich den Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen. Hört auf mit der Legendenbildung, eine Anzeige könne die gesamte Partei kaputt machen. Wenn es hier überhaupt um Spaltung geht, dann um die Abspaltung der Bundesstagsfraktion von ihrer Basis.

Mit grünen Grüßen:  
Regina Michalik, Christian Schmidt, Eberhard Walde, Christa Merkel, Rita Werkmeisterin, Anne Schulz (alle Bundesvorstand Die Grünen)

## Experten Hausfreunde Vergewaltiger

Mariehuse Beck-Oberdorf:

„Gemessen an dem Wissen darüber, was sich in den Knästen abspielt und daß es irgendwo ja auch menschenunwürdig und menschenverachtend ist, daß es das in unserem System überhaupt gibt, daß Leute sich das Recht herausnehmen, andere zu kassieren und irgendwo hinter Mauern zu stecken. (...) Und daraus kommen wir nicht raus. In dem Moment, wo wir uns hinsetzen (...) und unsere Entwürfe (machen), basieren wir dann da mit, daß Menschen andererseits wieder die Lebensgrundlage entzogen wird durch das Verharmen in Knäste. (...) Weil die Vergewaltigung so viele Männer in der Gesellschaft tendenziell betrifft und damit auch so viele Frauen, und weil Sexualität so fließend in den Bereich von Aggression und Gewalt übergeht, von Männern gegenüber Frauen, in unseren Beziehungen, also angefangen da, wo es wirklich körperliche Gewalt gibt bis hin, daß die Frau weiß, ich kann mir nicht noch mal leisten, mich dem Mann

zu verwehren, weil dann die Beziehung endgültig kaputt ist oder so und dann verläßt er mich. Das ist ja eine unglaubliche Grausame. Weil wir das alles spüren, glaube ich. Und im Grunde genommen uns gedanklich schon so bewegen, daß wir tendenziell auch unsere Partner oder die Männer, mit denen wir leben, schon mit einem Bein in den Knast schicken, weil sie uns sexuelle Gewalt antun oder vielen Frauen sexuelle Gewalt antun. Ich glaube deswegen hoch die Frage der Entkriminalisierung so unglaublich hoch.“

Waltraud Schoppe:

„Ich habe damals gesagt, die Lebensrealität von Frauen könnte auch so aussehen, daß z.B. eine Frau, die eine Anzeige gemacht hat, (...) daß eine Frau während des Prozesses dann doch nicht will, daß der zu Ende geführt wird. Das muß doch als Möglichkeit für eine Frau bestehen. (...) Wenn ihr sagt, so ist die Lebensrealität von Frauen nicht, wie kommt es denn, daß in allen Ländern, wo die Vergewaltigung in der Ehe unter

Strafe gestellt ist, dennoch die Anzeigen von Ehefrauen sehr gering sind. Das liegt doch daran, daß offensichtlich Ehefrauen, die vergewaltigt werden und des öfteren vergewaltigt werden, dennoch immer offensichtlich die Hoffnung auf Versöhnung haben und daß es auch nicht nur der Druck ist von Männern, daß es oftmals auch bei Frauen diese Hoffnung auf Versöhnung ist, die dazu führt, daß Frauen sich das über Jahre gefallen lassen.“

Dora Finner:

„Eine Feministin hat zu mir gesagt, die Männer müßten du behandeln wie ein Hund und dann schmeißt du sie weg. Diese Einstellung — hier sind Feministinnen viel mit schuld an der ganzen Sache, was damit zusammenhängt mit der Vergewaltigung usw. Auch hier möchte ich sagen, sind die Frauen, auch die Feministinnen aufgefordert, eine Verantwortung zu tragen. Ich möchte noch mal was anschneiden, was auch die Pornographie anbelangt. Wer kauft

denn am meisten diese Blätter? Sind das nicht die Frauen (...) überwiegend sind es Frauen, die die Blätter mit nach Hause nehmen, wenn sie einkaufen, wo wir Frauen abgebildet sind, ganz oder teilweise nackt. (...) Dann möchte ich noch eins anschneiden. Wie sieht es denn aus in einer Ehe, wenn sich die Frau plötzlich einen Hausfreund anschafft? Ja, sie lachen vielleicht, aber das gibt es sehr viel. Der Hausfreund ist gemein, der Ehemann eben nicht und somit gibt es Vergewaltigung in der Ehe.“

Zum Abschluß aus aktuellem Anlaß noch ein Zitat aus einem TAZ-Kommentar von Maria Neef-Uthoff, das als gelungenes Fazit der hier erörterten Positionen verstanden werden kann:

„Die Mindeststrafe von zwei Jahren für Vergewaltiger nach diesen Auseinandersetzungen weiterhin zu fordern, heißt, aber all das, was man von der Zurückung im Knast weiß, hinwegzulegen. Mit blindem Blick und Eiseskälte“ (TAZ 26.5.88)

Aus dem Protokoll der ExpertInnen-Anhörung der Grünen Bundesstagsfraktion vom 23.2.1988 bzw. aus der nachfolgenden Diskussion hier einige Auszüge. (Alle Rednerinnen sind grüne Bundesstagsabgeordnete. Das Protokoll gibt das gesprochene Wort wieder.)



# Hauen und Stechen — oder: Eine Partei wird erwachsen

„Hört auf mit der Spaltung von Bundespartei und Bundestagsfraktion, beendet endlich den Abmarsch in das selbstgewählte Sektenghetto“, fordern die heissen Reale von der Mehrheit ihres Grünen-Bundesvorstands. Wenn es hier überhaupt um Spaltung geht, dann um die Abspaltung der Bundestagsfraktion von ihrer Basis“, grollt diese zurück. Die grünen Flügel flattern wieder in alibekannter Manier. Doch macht Beteiligten wie Zuschauern der grünen Streik, einst die fünfte programmatische Säule der Partei, immer weniger Spaß. Die Partei ist den Kinderschulen und der Pubertät entwachsen, sie wird erwachsen. Und so benimmt sie sich auch, ganz wie die Alters: auf Parteitagen links blinken, in den Parlamenten rechts fahren. Sicherlich, die Idee der Hinker mit der Anzeige gegen die Fahrer war noch mal sehr grün. Doch was kommt danach? Erstens heftiges Gezeter und Spaltungsgerede (worauf keiner der Beteiligten denkt, solange der Rubel noch rollt); zweitens ein perspektivloser Perspektivkongress, anzüglichweise am Tag der deutschen Einheit und genauso anzüglich in Godesberg; und drittens die Sommerpause. Danach parlamentarische business as usual.

„Die Grüne Bundestagsfraktion vertritt ihre Parteibasis nicht mehr“, verkündete auf Seite 4 der „Frankfurter Rundschau“ eine Anzeige von grünen Kritikern der Fraktionsmehrheit. Diese weigert sich seit Monaten beharrlich, den von Frauengruppen und Grünen gemeinsam erarbeiteten und mit klaren Mehrheiten in der Partei verabschiedeten Gesetzesentwurf zur Bekämpfung von Vergewaltigung innerhalb wie außerhalb der Ehe mit einer Mindeststrafe von zwei Jahren im Bundestag einzubringen. Gegen das Votum der Gruppen aus der Frauenbewegung, der eigenen Partei — zuletzt im März dieses Jahres in Ludwigshafen — und ihrer Gremien (z.B. der Bundestagsaußenkommission) setzt die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten ihr übergeordnetes „Gewissen“ und entscheidet sich in geheimer Abstimmung gegen den Parteibeschluss. Ein Blick hinter die Kulissen der Gewissen enthält die Dummhaftigkeit geheimer Abstimmung gegen den Parteibeschluss. Ein Blick hinter die Kulissen der Gewissen enthält die Dummhaftigkeit dieserart Gewissenfreiheit. Im wesentlichen drei Motive vereinigen die Ablehner: die Realo-Hoffnung auf ein gemeinsames Bündnis mit SPD und CDU-Frauen bei geringerem Strafmaß für Vergewaltiger; die grassierende, christlich — meist katholisch — motivierte Ethik, die einseitig auf die Täter angewandt wird, und nicht zuletzt einfach nur reaktionäre Spielbürgerlichkeit, die halt wiederläutet, was „Volk mit gesundem Menschenverstand“ zum Thema sagt und denkt: zur Vergewaltigung gehören mindestens zwei.

Reale und „laz“-Obermuffles spielen sich im grünen Konflikt gegenseitig die Hölle zu. Klaus Hartung, der bereits beim antikerikanischen Papst-Plakat der grünen Frauen den Spruch von der „Frauen (mit) und ihrem „Unfehlbarkeitsdogma“ prägte (lat. 16.4.87), setzte sich groß in Rose. Zwei Positionen „grüner Moral“ würden

beim Streik um ein oder zwei Jahre Mindeststrafe für Vergewaltiger kollidieren: die Ablehnung „männlicher Amoral“ ebenso wie die „staatliche Gewalt als Lösung gesellschaftlicher Probleme“ (lat. 21.5.88). Fehlt eigentlich nur noch die Beschwörung der Gewaltfreiheit den Opfern gegenüber. Der Gute Mensch aus der Watzstraße — unbeirrt — veredelt die blödesten Motive: „Wenn es überhaupt eine Gewissenfrage gibt, dann hier“. Dramatische Begründung für die Ablehnung des imperativen Mandats, das Kläuschen da ausgesetzt sehen will, „wo sich das Gewissen rührt“.

Und wo rührt es sich zum Beispiel? „Ich bin immer von meinem Gewissen ausgegangen“, begründete Willi Hoss seinen freimütigen Umgang mit „stimmungsbahngängigen“ Parteitagsbeschlüssen und voller Selbstvertrauen in die eigene unerschütterliche Gewissenhaftigkeit (lat. 14.5.88). Ergo hätte er als Schleswig-Holsteiner SPD statt Grüne gewählt, weil die nicht gesichert mit Engholm koalieren würden, erklärte er öffentlich sein Demokratieverständnis. Solches Gewissen meint nichts anderes, als sich von jeglicher Einbindung in demokratische Beschlussfassung loszumachen, wenn diese unbehagen werden könnte.

Wo man sich nicht an Beschlüsse halten will, wird der eigene Heroismus gehudelt („freie Entscheidung des Gewissens“, so die bündnisseigenen Hesse-Reale; „mutiger Schritt der Fraktion“, so Maria Neef-Uthoff in der lat. 26.5.88) und mit den scheinbaren Motiven der anderen, mit deren Sucht nach dem „Sektenghetto“ konfrontiert. Da veranstalten die Grünen ein Hearing zum Beratungsgesetz, zur Verschärfung des Abtreibungsverbots, schon entdecken vier grüne Bundestagsabgeordnete ihr Gewissen und attackieren ihre innerparteilichen Gegner mit Argumenten der rechts-katholischen Lebensschützer, mit Tötungsverurteilen und Nazivergleichen (siehe das Papier „Schwangerschaftsabbruch ist Tötung“). Prompt meldet sich „lat.-Grüftl Max Thomas Mehr zu Wort: Jene katholischen Minderheitler hätten hehre Motive, seien voll „Sensibilisierung gegenüber allen“ Thomas Mehr zu Wort: Jene katholischen Minderheitler hätten hehre Motive, seien voll „Sensibilisierung gegenüber allen“, Eingriffen in die Natur“. Demgegenüber stünde die mehrheitliche „Sucht nach traditioneller Politik, nach Vereinheitlichung einer Parteilinie“ (lat. 22.4.88).

Dass der grüne Streik nur noch unfruchtbar ist, bestreitet kaum jemand. Es agieren verschiedene Parteien in einer und ziehen in verschiedene Richtungen, eine Einigung in relevanten Fragen erscheint unmöglich. Mit dem Grünen Perspektivkongress Mitte Juni sollte der Versuch gemacht werden, wieder eine gemeinsame Ebene zu finden. Die Chancen dafür dürften nach der Vergewaltigungs-Auseinandersetzung noch mehr gesunken sein. Seit der Hessewahl im April 1987 zeichnet die Partei nur noch Wahlniederlagen, nicht man mal vom Baden-Württemberg-Ergebnis ab. Wendet Lafontaine von den Grünen für „grün“ gehaltene Verzichtpositionen rechts,

spricht die Partei drei- bis mehrstimmig. Das muß nicht immer schlecht klingen, nur erzeugt das eindeutig dann Dissonanzen, wenn Rainer Trampert scharf dagegen polemisiert, Willi Hoss den Vorschlag scharfstens begrüßt und die „Mitte“ (Ralf Fücks) weder „Klassenkampfpapieren“ noch Marktwirtschaft sagt, sondern den besseren, sozialeren, von alternativer Vernunft geleiteten Lafontaine meint. Nun macht mal Politik dazu.

Der Perspektiven-Kongress, der heratenden und nicht Beschluß-Charakter hat, war von der Mitte unter dem zukünftigen Titel „Grüner Aufbruch 88“ durchgesetzt worden. Alle sich für relevant haltenden grünen Strömungen sollen nach den Vorstellungen der grünen Mitte ihre Grundstapositionen der Parteibasis zur Abstimmung stellen. Bislang haben allein die Leute vom Grünen Aufbruch erste Teile eines Papiers vorgelegt. Das literarisch hochinteressante Papier, das maßgeblich aus der Feder von Antje Vollmer stammt, entzieht sich mir nahezu jeder politischen Bewertung.

„Eine ökologische, gewaltfreie, basisdemokratische, soziale Partei hat alles Interesse daran, daß sich die Entdemokratisierungstendenzen mit der ihnen zugehörigen Formierung einer autoritären, möglicherweise diktatorischen, militaristischen, undemokratischen Gesellschaft nicht durchsetzen. Ihr Leitbild muß eine zivile, an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und ihrer wachsenden Politikfähigkeit orientierte Gesellschaft sein. Was heißt das konkret für die nächsten Aufgaben der GRÜNEN Partei?“ (Weiß ich ehrlich gesagt auch nicht, hr.) (aus: Manifest Grüner Aufbruch 88)

Mit meinem herkömmlichen linken Polit-Instrumentarium bin ich nicht in der Lage, der aufgeblähten Sprechblasensammlung aus dem Reich des „Querfeldeis“ (so ein häufiger benutzter Begriff) mehr abzugewinnen als Beleidigungen (von denen dieser Artikel schon einige

enthält) und iserprezierende Wertungen, die auf dasselbe hinauslaufen. Noch nicht genug verstanden?

Vielleicht kann man das Programm so ausdrücken: nicht links, nicht rechts, sondern — nein, auch nicht vorn, das ist vorbei — sondern quer, einfach quer längs der Pole.

„Der Dualismus zwischen Parteibasis und Parteispitze, zwischen Fraktion und Partei und der zwischen den Flügeln verstärken sich gegenseitig.“

(Manifest Grüner Aufbruch 88)

Leichter hat man's da schon mit den Reale, die angeblich auch an einem Manifest arbeiten. Hubert Kleinert behauptet, daß darin auch seine Vorstellungen einer „ökologischen Marktwirtschaft“ Eingang finden werden. Im Unterschied zu der Mitte sind seine Vorstellungen, die er in zwei Interviews zum Besten gegeben hat (Stern, 28.4.88 und FR, 14.5.88), alles andere als originell, aber verständlich. Er will eine „ökologische Zukunft des Kapitalismus“, eine Mischform zwischen staatlich vermittelter Ordnungspolitik und marktwirtschaftlichen Elementen“ (Stern). Diesem Öko-Keynes (oder „Schiller“) fallen dann so originelle staatliche Steuerungs-Instrumentarien wie „Ökologie als Kostenfaktor“, Gesetze, Verursacherprinzip, Steuern, Abgaben etc. ein, wie wenn der Mensch auch das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt“ gelesen hat. Doch nicht nur das, auch Biedenkopfs „Die neue Sicht der Dinge“ scheint ihn inspiriert zu haben. Was das für die Grünen heißt? „Wir müssen unser Verhältnis zum Unternehmertum mal offen diskutieren. Ich bin da für eine gründliche Entrümpelung.“ Ansonsten scheint der grüne Finanzexperte seinem SPD-Kollegen nachzueifern, klar und zupackend. Schluß mit „jungwärtigen Diskussionsrunden“, dieses „Dauerpalaver kann doch nicht das sein, was wir uns mal unter Basisdemokratie vorgestellt hatten. Wir brauchen klare Kompetenzverteilungen und Konzentration auf die wichtigsten politischen Themen.“ (FR) So Kleinert, hr.

Gewaltfreiheit bei den GRÜNEN:

Gewaltfreiheit bei den GRÜNEN:

## Ein neuer Vorstoß der „Mitte“

Schon seit einigen Wochen steht der Punkt „Gewaltfrage“ auf den Tagesordnungen der Sitzungen der grünen Bundestagsfraktion, aber die Mehrheit der Parlamentarierinnen sieht offenbar keinen Entscheidungsbedarf.

Das sehen ein Teil der grünen Bundestags-Mitglieder um die MdLs Ludger Vollmer, Antje Vollmer, Erika Trenz, Uwe Häser, Peter Sellin, Inma Hillerich, Hias Kreuzeder sowie einige Fraktionsmitarbeiterinnen ganz anders, denn sie legen der Fraktion ihre Thesen „zur Gewaltfrage“ vor und sehen darin ein Kompromissangebot zwischen den streitenden Flügeln. Herausgekommen ist dabei allerdings ein Thesenpapier, das nicht nur bedenkenlos von jedem Reale unterzeichnet werden könnte, sondern auch von inneren Widersprüchlichkeiten und Peinlichkeiten nur so strotzt.

Da heißt es zum Beispiel in Punkt 1, daß das grüne Verhältnis zur Gewalt „ein für allemal geklärt“ und ein „unveränderbar festgeschriebener Grundwert grüner Politik“ sei. Einen Satz später heißt es dann jedoch zur angeblichen Unveränderbarkeit, daß die Gewaltfreiheit „auf dem Hintergrund eines sich ständig verändernden politischen Umfelds und neu auftauchender politischer Phänomene ständig neu interpretiert und angewendet werden“ müsse. Das festgeschriebene Dogma wird so im gleichen Atemzug wieder relativiert.

Während in Punkt 1 die grüne Gewaltfreiheit noch als ihre Gesinnung („Grundwert“) beschrieben wird, lautet die Definition in Punkt 6, daß die Gewaltfreiheit „Ausdruck einer bestimmten historisch-kulturellen Situation“ sei. Das wiederum widerspricht der grünen Gesinnungsethik und darüber hinaus den real existierenden Gewaltverhältnissen nicht nur in diesem Staat, sondern weltweit. Dem grünen Glaubensbekenntnis opfert ein Teil der „Mitte“ im nächsten Schritt also auch noch die Analyse der Wirklichkeit und verleiht den angeblich zivilisierten Verhältnissen hierzulande die Weihen einer „historisch-kulturellen“ Situation.

Im nächsten Schritt versucht sich die „Mitte“ in der Aufzählung eines Tabukataloges darüber, was gewaltfreie Aktionsformen sind und was nicht. Verurteilt wird das „Mittragen“ von Waffen „oder Gegenständen, die der Verletzung von Menschen dienen sollen“, wie Schlag- und Schußwaffen, Brandsätze und die berühmten Zwillen. Der „spontane Stein-

wurf eines/r Betroffenen geht so gerade noch durch, ohne damit jedoch das generelle Steinschmeißen als Aktionsform zu legitimieren. Nach diesem grünen Verhaltenskatalog ist das Einwerfen von Schaulustenscheiben „sinnlos“, Sabotageaktionen wie das Zuzauern von Sprengkammern oder die Beschädigung von Volkszählungsbögen „können Bestandteil gewaltfreien Widerstandes sein“. Sabotageaktionen, die Menschen verletzen, werden abgelehnt. Und das Umsägen von Strommasten? Absoluter Tabu, denn solch eine Aktion würde die Versorgung der Bevölkerung mit „Grundbedürfnissen“ infrage stellen.

Offenbar haben diese grünen VerfasserInnen gar nicht gemerkt, daß sie damit der erweiterten Rechtsprechung des § 129 a folgen („Angriffe auf öffentliche Versorgungseinrichtungen“). Im übrigen widersprechen sie damit auch dem Gewaltfreien Martin Luther King, der als Aktionsform ein New York ohne Strom propagierte. Einmal ganz abgesehen davon, daß sich die AutorInnen des Thesenpapiers mit Verweis auf die Versorgungsfähigkeit der Bevölkerung der klassischen staatlichen wie unternehmerischen Argumentation angeschlossen haben — beim legendären Druckerstreik war die Pressefreiheit in Gefahr —, widersprechen diese Grünen damit auch all ihren eigenen Berechnungen über Atomstrom und Energie-Überkapazitäten. Außerdem folgen diese Teile der „Mitte“ der staatlich-verordneten Auffassung, wonach jede Form von Sachbeschädigung auch die Ausübung von Gewalt beinhaltet. Die versuchte Aufstellung grüner, allgemeingültiger Regelungen über legitime Widerstandsformen führt jegliche effektive Form von Widerstand und Protest ad absurdum und ordnet sich somit auch den vorgeschriebenen staatlichen Spielregeln unter.

Auf der anderen Seite erkennen diese Grünen „das Recht des demokratischen Staates an, Straftaten zu verfolgen“, wenn dies aber im nächsten Satz „gegen eine staatliche Politik, die Straftatbestände erst schafft oder ausdehnt, um politische Konflikte durch Polizeieinsatz und Strafrecht für sich zu entscheiden“. Auch hier widerspricht die zweite Aussage der ersten, und im Konkreten lehnen die Grünen nur die Vermummungsverbote sowie die „passive Bewaffnung“ ab. Weder das gesamte Instrumentarium der sogenannten „Sicherheitsgesetze“ wird kritisiert, noch darüber hinausreichende Strafrechtsbestände und Verbote wie etwa Berufsverbote, Einschränkung des Streikrechts, das KPD-Verbot von 1956 usw. „Wir Grünen haben es nicht nötig“,

nicht Hans Apel.

Beide vorgestellten Positionen — Reale und Mitte — sind die Zukunft der Grünen. Man könnte sie vergessen, wäre da nicht die Macht des Institutionellen: 60 Stiftungsmillionen wollen verbraten sein, hunderte kommunale bis zentrale Parteimittelpunkte harren des ökologischen Ausbaus. So lange das haltwegs anhält, werden die Grünen auch noch für das eine oder andere ansprechbar sein. Je mehr nicht vorhersehbarer Wahlschub von außen, desto mehr. Im Kleinen so wie im Großen. Die Kleinert haben möglicherweise noch eine andere Zukunft, in der SPD, wenn's schiefgehen sollte. Doch die Konkurrenz ist groß.

Für die Linken Grünen sieht's allerdings schwarz aus. Gerücheweise verlautet, daß sie noch zwischen einem eigenen gequälten Text für die Godesberger Perspektiven und der vollen Konzentration auf die Fußball-Europameisterschaft schwanken. Mal im Ernst: Wer will mit den beiden maßgeblichen Politikansätzen der Grünen Perspektiven und Strategien entwickeln, die auch noch was bringen? Ist die FR-Anzeige, die fast schon ohnmächtige Anklage gegen die Fraktionsmehrheit, möglicherweise das an Perspektive, was die Grünen den Linken noch bieten können? Im Sinne linker Veränderungsstrategie ist nichts weiter in Sicht. Die gesellschaftliche Innovationskraft der Grünen ist so ziemlich dahin, derzeit hat sie — wie üblich mit Verspätung — die DPK erreicht. Was da möglicherweise zu den Grünen fließt, muß nicht unbedingt deren linken Flügel stärken. Punktuell wird die politische Tagespraxis, die Arbeit in den Parlamenten und die Konzentration auf einzelne Kampagnen den linken Grünen immer noch Beschäftigung für lohnenswerte und gut laufende Einzelaktivitäten bieten. Und für die Errichtung innerparteilicher Dämme dürfen die Konjunkturerwartungen eher günstig sein.

hr.

### Dokument

## Schwangerschaftsabbruch ist Tötung

Es ist doch ungewöhnlich, wenn gerade im Bereich der Grünen, die sich sonst so vehement gegen jede Gefährdung des Lebens, beispielsweise durch die Umweltbelastung, wenden, eine Veranstaltung stattfindet, in der keine der geladenen Personen gegen die Tötung ihr Wort erhebt. Gemeint ist die Tötung ungeborenen Lebens.

Die Tatsache, daß sich mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle und der Einnistung in der Gebärmutter bereits menschliches Leben entwickelt hat, wird von denen, die für sich in Anspruch nehmen, für die Frauen einzutreten, mit großem Aufwand an Wortschöpfung verdrängt: der Fötus wird zum Zellklumpen, zum Gebärmutterinhalt. Die krampfhaft Bemühung um Verschönerung zur Unterdrückung jeder Gefühlsregung ist greifbar; kein Gewissen darf sich regen, die Wahrheit darf nicht zur Sprache kommen, eine Wertung der Abtreibung als Tötung meiden die sonst mutigen Kämpferinnen für die Rechte der Frauen ängstlich.

Wenn über Abtreibung gesprochen wird wie über einen alltäglichen, normalen Vorgang, wenn es als selbstverständliches Recht einer Frau angesehen wird, sich fast bedenken- und gewissenlos für oder gegen die Fortführung einer Schwangerschaft zu entscheiden, wenn diejenigen, die sich für die Bewahrung des ungeborenen Lebens einsetzen, als Rassisteninnen und Frauenfeindinnen beschimpft werden, mutet es an, als wären wir wieder in Zeiten, in denen es viele gab, die zu Tötung von menschlichem Leben schweigen mußten aus Furcht vor öffentlicher Diskriminierung und Schlimmerem.

Paßt es da zusammen, wenn einerseits viele Grüne die ethischen Rechte gegenüber den Kindern möglichst zurückdrängen wollen, andererseits aber von denselben Leuten die totale Verfügungsgewalt einer Mutter gegenüber ihrem ungeborenen Kind gefordert wird?

Sicher ist das von der Bundesregierung geplante Beratungsgesetz in seiner derzeitigen Form nicht hilfreich und abzulehnen. Sicher ist auch der § 218 StGB nicht geeignet, Schwangerschaftsabbrüche zu lösen und Müttern zu helfen. Sicher aber ist ein politisches Vorgehen, das Tötungen verharmlost, nicht mit einer lebensbejahenden, verantwortlichen Politik vereinbar. Eine solche Politik sollte sich vielmehr zum Anwalt des wehrlosen, unschuldigen Lebens machen, sie sollte sich dafür einsetzen, daß schwangere Frauen nicht mehr in Zwangslagen kommen, die eine Abtreibung nahelegen.

Wer sich gegen die Vergewaltigung der Natur durch Gentechnik und andere industrielle Einflüsse wendet, wer sich für die Wiederherstellung natürlicher Vorgänge und Kreisläufe einsetzt, kann nicht gleichzeitig den gänzlich unnatürlichen Vorgang einer Abtreibung propagieren als Selbstbestimmungsrecht von Menschen gegen einen naturgemäßen Vorgang.

(...)

Dore Flinner, Charlotte Gerbe, Hajo Seibold, Eckhard Stratmann, Bundestagsabgeordnete der Grünen, am 19.4.88

D./Westberlin



# Die schwedische Atombombe

„Wie erstmals 1985 enthüllt werden konnte, wurde in Schweden ab 1945 über beinahe drei Jahrzehnte hinweg ein extensives Atomwaffenprogramm durchgeführt. Zwischen 1958 und 1968 wurde das Programm unter Führung einer kleiner Gruppe von Spitzenpolitikern vorangetrieben. Eindeutig ignoriert wurde eine ganze Serie von Parlamentsbeschlüssen, mit denen eine Atomwaffenforschung untersagt wurde bzw. der Aufschub einer Entscheidung über die Entwicklung von Atomwaffen festgelegt wurde. Von 1968 bis zum Zeitpunkt der Programmbeendigung, 1972, wurden die Forschungsaktivitäten trotz des ausdrücklichen schwedischen Verzehs auf Atomwaffen und trotz der Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags im Jahre 1970 fortgesetzt. (...) Die Details über das schwedische Atomwaffenprogramm wurden erstmals in einer ausführlichen Enthüllung der Technik-Zeitung „Ny Teknik“ im April 1985 aufgedeckt. Diese Enthüllung basiert auf Dokumenten, die bis kurz zuvor unter Geheimhaltung standen sowie auf Interviews mit Schlüsselpersonen, die in das Atomwaffenprogramm involviert waren. Der Artikel der „Ny Teknik“ liefert ein Fallbeispiel von unschätzbarem Wert über eine geheime Atomwaffenforschung und enthüllt Schritt für Schritt, wie diese Programme durchgeführt und nach außen getarnt worden sind. Von größter Bedeutung sind die Enthüllungen darüber, — wie hochwertige Atomwaffen-Designs ohne regelrechte Atomtests entwickelt werden konnten, — wie wohlüberlegt ein ziviles Atomprogramm für militärische Ziele aufgelegt wurde, — wie mit irreführenden Erklärungen zur Atompolitik die fortlaufende Atomwaffenforschung verschleiert wurde.“

Dies schrieb bereits 1986 die US-amerikanische Carnegie-Stiftung in ihrem Jahrbuch 1985 über die Weiterentwicklung von Atomwaffen. (1)

Der folgende Bericht über die heimliche schwedische Atomwaffenforschung basiert auf der ca. 100-seitigen englischsprachigen Übersetzung des Artikels „Baut eine Bombe“ von Christer Larsson, veröffentlicht am 25.4.1985 in der schwedischen Wochenzeitschrift „Ny Teknik“. Die Übersetzung wurde vom wissenschaftlichen Dienst des US-amerikanischen Kongresses angefertigt.

Ein zweiter Teil dieses Artikels wird sich im nächsten AK mit einigen Analogien und Schlussfolgerungen bzgl. des

## Betretenes Schweigen

Was in den USA als Enthüllung von „größter Bedeutung“ und „unschätzbarem Wert“ firmiert, war den Publizisten und Zeitungslektoren der BRD bisher keine Erwähnung wert.

Wann wurden etwa vom „Spiegel“ — einer Zeitschrift mit eigenem Korrespondenten in Stockholm — die Recherchen der „Ny Teknik“ stillschweigend übergangen?

Liegt das daran, daß hier eine sozialdemokratisch geführte Regierung des jahrzehntelangen Betrugs an Öffentlichkeit und Parlament überführt wurde?

Liegt das daran, daß die öffentliche Erörterung des schwedischen Beispiels beinahe zwangsläufig eine ganze Reihe unbequemer Fragen über die Zielsetzung des BRD-Atomprogramms provoziert?

Die schwedische Regierung ist bisher immerhin die einzige in Westeuropa, die eine Reihe extrem belastender Geheim-Dokumente zur Atomwaffenfrage der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Dies deutet darauf hin, daß man sich dort mittlerweile von der Atomwaffenoption tatsächlich verabschiedet hat. Für diese Hypothese spricht ebenfalls, daß Schweden — trotz einem umfangreichen Atomprogramm — inzwischen definitiv auf die WAA-Technik verzichtet und seine — in der französischen WAA La Hague lagernden — Plutoniumbestände verkauft hat.

Etwas anders sieht es bekanntlich in einem Land aus, dessen Repräsentanten beinahe wöchentlich beschwören, eine Atomkraft weder zu sein, noch werden zu wollen. Kaum jemand dürfte es überraschen, daß die schwedischen Plutoniumbestände in La Hague prompt von der Bundesrepublik aufgekauft wurden.

Hierin liegt die besondere und aktuelle politische Relevanz des schwedischen Beispiels. Zum einen zeigen sich dort — gerade im Detail! — eine Reihe verblüffender äußerer Parallelen mit der Atompolitik in der Bundesrepublik, eines Landes also, das die militärische nukleare Option nach wie vor hinter dem Deckmantel ziviler Interessen voranzutreiben sucht.

Zum anderen ist Schweden ein Denkmahl für diejenigen, die die Behauptung einer bundesdeutschen Atomwaffenpolitik vorsehnen als „Verschwörungstheorie“ abtun oder ins Lächerliche ziehen: Im Beispiel des sozialdemokratischen Schweden wird wieder einmal die Phantasie durch die Wirklichkeit überboten.

BRD-Atomprogramms auseinanderzusetzen.

„Unser Ziel war, alle militärischen Vorbereitungen zu treffen, um in der Lage zu sein, in der kürzest möglichen Zeit mit einer industriellen Atomwaffen-Herstellung in Schweden beginnen zu können. Es war — kurz gesagt — die Aufgabe der Atomenergiebehörde, das zivile Atomprogramm dementsprechend anzupassen.“

So äußerte sich 1985 der ehemalige Oberbefehlshaber der schwedischen Armee, Sig Synnergren.

Das schwedische Atomwaffenprogramm wurde 1945 in Gang gesetzt. 1965 erreichte es seinen Höhepunkt. 1972 wurde es mit 10 unterirdischen Testexplosionen in Urvik außerhalb Stockholms, bei denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

Der schwedischen Bevölkerung und denen jeweils kleine Mengen reines Waffentplutoniums verwendet wurden, beendet.

gramm“ festgelegten militärischen Ziele getrimmt.

Darüberhinaus existierte innerhalb der Atombehörde eine kleine Gruppe von Spezialisten, die heimlich aus dem Militäretat finanziert wurde. Ihre Aufgabe war es, sicherzustellen, daß die als friedlich deklarierten Reaktoren den militärischen Erfordernissen genügen.

Im Detail gestaltete sich die zivil-militärische Zusammenarbeit wie folgt:

Am 1.9.1950 wurde in einem (von „Ny Teknik“ als Faksimile dokumentierten) Geheimabkommen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Atombehörde und dem FOA vereinbart. Darin wurde die Vermeidung unnötiger Doppelarbeit festgelegt und geregelt, daß im Krisenfall der gesamte Bereich der Atombehörde den Verteidigungserfordernissen zu unterstellen ist. Nach einer sechsmonatigen Abwägungsphase erhielt dieses Abkommen den Segen der schwedischen Regierung.

Am 22.4.53 wurde in einem FOA-Dokument — unter Berufung auf eine Studie des späteren IAEA-Generaldirektors Eklund — die Beschleunigung der Atomwaffenentwicklung mittels eigener Schwerwasser-Produktion sowie mithilfe von Plutoniumimporten aus Großbritannien gefordert. Im selben Jahr begann das FOA Untersuchungen zur Wasserstoffbombe durchzuführen.

1954 wurde in Kvantorp eine Urananlage sowie Schwedens erster Reaktor R1 als Prototyp für ein Schwerwasser-Reaktorprogramm in Betrieb genommen. (2)

1956 beschloß das schwedische Parlament (für rein friedliche Zwecke versteht sich) einen geschlossenen Brennstoffkreislauf von der Schwerwasser-Produktion bis zur WAA zu etablieren. In Wirklichkeit war dieses Programm eine exakte Kopie der vorher im Eklund-Bericht entwickelten Richtlinien über die Voraussetzungen der Atomwaffenproduktion.

## Praktiker Eklund

1950 übernahm der spätere Generaldirektor der „Internationalen Atomenergie-Organisation“ (IAEO), Sigvard Eklund, die Forschungsabteilung der „zivilen“ Atombehörde.

Eklund war seit 1945 an führender Stelle im Atomwaffenbereich der FOA engagiert. Diese und keine andere Tätigkeit setzte er ab 1950 im Rahmen der „zivilen“ Atombehörde fort.

In der Weltöffentlichkeit war Eklund als IAEA-Chef von 1961 bis 1981 die Personifizierung einer strikten Trennung von militärischer und friedlicher Atomenergie. In Wirklichkeit aber personifizierte er wie kein Zweiter die wechselseitige Durchdringung von „Atoms for war“ und „Atoms for peace“.

1952 initiierte Eklund als Forschungschef der zivilen AbA eine Geheimstudie. Der Titel: „Über die Voraussetzungen einer Atomwaffenproduktion in Schweden“. Diese Studie zielte auf eine Produktion von 10 Atomwaffen der Nagasaki-Klasse innerhalb von 10 Jahren. Gefordert wurde darin ein Natururan-Schwerwasser-Programm, da diese Reaktoren eine hohe Plutoniumausbeute mit den Möglichkeiten weitgehender Autarkie kombinieren würden. Ganz wie in Schweden starteten die folgenden Länder ihr jeweiliges Atomprogramm mit Schwerwasserreaktoren auf Natururanbasis: BRD (Kfz Karlsruhe), Schweiz, Argentinien, Indien, Pakistan ...

Einschlägige Interessen?

1957 erhielt das FOA seitens der schwedischen Regierung grünes Licht für den Import und die Bearbeitung von 10 Gramm metallischem Waffentplutonium aus britischen Beständen. (3)

## 1957: Waffenforschung verboten

1957 ging der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, General Swerdlund mit der Forderung nach schwedischen Atomwaffen in die Offensive.

Im Riksdag, dem schwedischen Parlament, wurde dieses Anliegen zurückgewiesen — jegliche Atomwaffenforschung wurde untersagt. Doch was bedeutet schon eine parlamentarische Entscheidung? Im kleinen Kreis der Eingeweihten scherte man sich darum nicht: Noch im selben Jahr gab das Verteidigungsministerium bei Swerdlund einen genauen Kosten- und Zeitplan für die schwedische Atomwaffenproduktion in Auftrag.

„Nein danke!“ erklärte das Parlament. „Vorwärts marsch!“ der innere Zirkel des

Atomstaats: Der (sozialdemokratische) Ministerpräsident, seine (sozialdemokratischen) Minister für Verteidigung, Finanzen und Wirtschaft, die Armeeführung und die Führungskader von FOA und AbA.

Als Anfang 1958, im Rahmen der Debatte um den Verteidigungsetat, die schwedischen Militärs die Atomwaffe berücksichtigt haben wollten, trat ihnen erneut der schwedische Verteidigungsminister entgegen und bekräftigte das Verbot für jegliche nukleare Waffenforschung. In seinem Schreibtisch befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits die Neufassung des „L-Programms“, in der die Errichtung folgender Anlagen gefordert wurde:

— Fertigstellung eines militärischen Plutoniumlabors bis 1962

— Herstellung des für die Atomwaffe benötigten Plutoniums im Atomkraftwerk



„Atomgeneral“ Swerdlund

R3/Agesta

— Wiederaufarbeitung des Plutoniums bis Anfang 1965 in Urvik und Errichtung diesbezüglicher Kapazitäten zur Abtrennung von täglich 30 g Waffentplutonium mithilfe von 50 Handschuhboxen.

Ebenfalls 1958 wurde ein Atomtestgelände ausgewählt und von der Verwaltung der Luftwaffe aufgekauft. Der radioaktive Fall-Out bei einem Atomtest wurde vorausberechnet.

## Ein Atomkraftwerk wie jedes andere

## Ein Atomkraftwerk wie jedes andere

Agesta war ein Schwerwasserreaktor mit einer thermischen Leistung von 90 MW. Er wurde 1963 fertiggestellt und war bis 1974 in Betrieb. Innerhalb der schwedischen Öffentlichkeit war man sich über die Funktion dieses Reaktors völlig im Klaren: Er sollte Strom und Wärme für die Vororte Stockholms produzieren. Die Medien bezeichneten die 7-8 kg Plutonium, die jährlich in den Brennelementen anfallen sollten, als ein unerwünschtes Nebenprodukt. Tatsächlich verteilte es sich genau umgekehrt: Die Plutoniumgewinnung war der Hauptzweck der Anlage, der Strom das Nebenprodukt.

— So wurde der Reaktor als Bunker in einen aufgesprengten Gebirgskeil hineingebaut, um auch im Kriegsfall die Plutoniumproduktion zu ermöglichen.

— Zur Gewinnung von Waffentplutonium wurden die Brennelemente zwei bis dreimal so oft gewechselt, als unter ökonomischen Gesichtspunkten geboten war. — Aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums wurden die ausschließlich militärisch bedingten Kosten gedeckt: 1 Mio. Kronen, um je 1 kg Plutonium abzutrennen und um Spezialschlächter zur Kühlung der Brennelemente im Gebirge anzulegen, 50-60 Mio. Kronen, um das mit politischen Restriktionen belegte Schwere Wasser aus den USA durch Schweres Wasser anderer Herkunft zu ersetzen. (4)

Neben Agesta wurde 1958 eine weitere Reaktor mit dem Namen R4/Marviken konzipiert. In einem geheimen Arbeitsbericht mit der Überschrift „Plutoniumproduktion in Marviken K“ wurde im Detail die militärische Optimierung des Reaktors hinsichtlich des Brennstoffs, der Aufarbeitung und der Betriebsalternativen untersucht. Beim FOA existierten Pläne, diesen Reaktor vollständig der militärischen Kontrolle zu unterstellen. Der für das AKW Marviken vorgesehene Brennelementwechsel bei laufendem Betrieb (zur Erzeugung von Waffentplutonium) widersprach jedoch jeglichem ökonomischen Kalkül. Entsprechende Einwände des in der AbA für die Finanzkalkulation zuständigen Ministers wurden „elegant“ ausgeräumt: Man schickte ihn auf eine 7-wöchige Studienreise nach Jugoslawien und beauftragte ihn anschließend mit anderen Tätigkeiten. Das AbA war fest in der Hand einer kleinen, militärisch orientierten und aus militärischen Mitteln finanzierten Gruppe. (5)

Unabdingbare Voraussetzung für das neue Reaktorprojekt war die Erschließung des nationalen Uranvorkommens bei

Ranstad. Die Abhängigkeit von Uranimporten galt als gleichbedeutend mit bindenden Verpflichtungen zur ausschließlich friedlichen Nutzung des Urans.

Das Problem bestand nun darin, die Notwendigkeit der nationalen Uransicherung auch der Öffentlichkeit plausibel zu machen. Eine im Auftrag des Parlaments erstellte vergleichende Kostenanalyse ergab immerhin eine Uranverwertung um 70%, falls auf Uranimporte verzichtet würde. Auch die Atomindustrie sah keinen Grund, ausländische Kontrollen zu scheuen und setzte sich infolgedessen für die preiswertere Lösung ein.

Und dennoch: Über interne Seilschaften konnten die Leiter des Waffensprogramms in den zuständigen Gremien eine Entscheidung zugunsten der nationalen Uransicherung durchsetzen. Das Erstaunen der Atomindustrie war groß. Als Begründung mußten einige vage Hinweise auf nationale Notreserven herhalten. Die Zustimmung der Regierung zum heimischen Uranabbau folgte auf dem Fuß.

Last not least wurden zwischen 1945 und 1958 in den Labors des FOA umfangreiche Forschungsarbeiten über das Design von 2 Atomwaffen-Typen der Nagasaki-Klasse abgeschlossen. Die schwedische Atombombe hatte demnach ein Gewicht von 650 bzw. 350 kg. Sie war aerodynamisch konstruiert: Das gewichtere Modell sollte bei einem Durchmesser von 0,6 m dreieinhalb Meter lang sein. Ein von der Carnegie-Stiftung vorgenommener Vergleich veranschaulicht, daß dieses Design wesentlich fortgeschrittener war als das der Nagasaki-Bombe. Die Bombe, die 1945 mit einem Schlag die Großstadt Nagasaki zerstört hatte, war 5.000 kg schwer, 10 m lang und hatte einen Durchmesser von 5 m.

## Das sozialdemokratische Atomwaffen-Komitee

Nach entsprechenden Appellen führten die Militärs hatte die konservative Opposition in Schweden bereits 1955 eigene Atomwaffen, zumindest aber den Beginn entsprechender Forschungsarbeiten gefordert. Auch die Liberale Partei war für eine eigenständige Atomwaffenforschung. Die Sozialdemokratie war gespalten: es gab einen knallharten Flügel zugunsten eigener Atomwaffen und auf der anderen Seite — insbesondere bei den sozialdemokratischen Frauenorganisationen — eine scharfe Ablehnung jeglicher nuklearer Option. Vor diesem Hintergrund setzte die sozialdemokratisch geführte Regierung alles daran, die Öffentlichkeit über die real existierende Atomwaffenforschung zu täuschen.

grund setzte die sozialdemokratisch geführte Regierung alles daran, die Öffentlichkeit über die real existierende Atomwaffenforschung zu täuschen.

1955 erklärte der schwedische Verteidigungsminister, der es besser wußte, daß man seitens der Regierung jegliche Atomwaffenforschung ablehne, solange eine Entscheidung über die Anschaffung dieser Waffen nicht getroffen sei. Als 1957 der Chef des FOA in einer Rede wahrheitsgemäß von der Möglichkeit einer eigenen Atomwaffenproduktion bis 1964 berichtete, folgte das Dementi des Verteidigungsministeriums auf dem Fuß. 1958 erklärte die schwedische Regierung erneut, daß eine Atomwaffenforschung weder existiere noch vorgesehen sei. (6) 1959 polarisierte sich die öffentliche Diskussion. In den großen schwedischen Zeitungen wurde lautstark für Schwedens NATO-Mitgliedschaft und Schwedens Atombewaffnung geworben. Die Gegenmobilisierung der sozialdemokratischen Frauenliga und der Aktionsgruppe gegen die schwedische Bombe, AMSA, war zunehmend erfolgreich. L. Meinungsumfragen war zwischen 1957 und 1959 die Zahl der Atomwaffengegner von 36% auf 51% angewachsen. Bei den Atomwaffenbefürwortern war der Anteil von 40% auf 29% gesunken. Innerhalb der sozialdemokratischen Regierungspartei hatte sich der Widerspruch zwischen Atomwaffengegner und -befürworter in einer Weise zugespitzt, daß selbst die Spaltung der Partei in den Bereich des Möglichen rückte.

Schwedens Ministerpräsident Tage Erlander ließ nunmehr die entgegengegesetzten Parteienflügel in einem speziell dafür eingerichteten „Atomwaffen-Komitee“ nach einem Kompromiß suchen.

Unter der Regie von Olaf Palme faßte das Komitee einen Beschluß, der sich als Absage an die konkrete Entwicklung einer schwedischen Bombe darstellte. In Wahrheit wurde dem Projekt nur ein anderer Name gegeben: „Schutzforschung“. Daraufhin lautete die öffentliche Auseinandersetzung rasch ab. Alle Welt ging spätestens nach 1959 davon aus, daß den Atommachtambitionen nunmehr endgültig eine Absage erteilt worden sei. Gleichzeitig wurde — von der Öffentlichkeit unbemerkt — unter dem Deckmantel der „Schutzforschung“ das Atomwaffenprogramm aggressiver vorangetrieben als jemals zuvor. Während man also der Öffentlichkeit weiterhin ein rein friedliches Atomprogramm vorkaupte, hatte die schwedische Atomwaffenforschung in Wirklichkeit einen Stand erreicht, der Frankreich dazu veranlaßte, bei den schwedischen Forschern um Hilfe nachzusuchen. ... Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

## 1959-1965: Die Tarnung wird perfektioniert

Das französische Atomwaffenprogramm war Anfang der 60er Jahre durch intensive US-Exportkontrollen ernsthaft bein-

det. Die Anfrage der französischen Atomwaffenforscher bezog sich auf eine spezielle Bestrahlungsmaschine („flash X-ray machine“), mit der durch festes Material hindurch die sich im Zehntausendstel einer Sekunde abspielenden Vorgänge bei der Plutonium-Kompression und

der Initiierung des Neutronenschwells aufgezeichnet werden können. Eine derartige Anlage stand in der schwedischen A-Waffenabteilung in Grindsjon bei Stockholm, wo Atomtests simuliert und Designstudien betrieben wurden.

Frankreich war bereit, für entsprechende Blaupausen erkleckliche Summen zu zahlen. Schweden interessierte sich jedoch mehr für zusätzliches Waffenplutonium und erhielt vom französischen CEA über diverse Schleichwege 100 Gramm. Zum gleichen Zeitpunkt versicherten schwedische Regierungsmitglieder auf Anfrage des Parlaments, daß man das beschlossene Atomwaffen-Herstellungsvorbot strengstens überwache.

Tatsächlich bestand die wesentliche

fentlichkeit über den Rest der Welt erfolgt selbstverständlich immer erst an letzter Stelle.“

Aus diesen Worten wird deutlich: Wann immer in einer Regierungserklärung der ausschließlich friedliche Charakter der Atomforschung beteuert wurde, war dies für die Kader in den Atomwaffenlabors eine Bestätigung dafür, daß eigentlich das Gegenteil gemeint war. Jeder zusätzliche Schritt zur Abschottung des Atomwaffenprogramms bekräftigte diese Wissenschaftler nur in der Auffassung, jetzt in eine noch entscheidendere Phase des Programms einzutreten.

Ein wichtiges Instrument zur Verschleierung der tatsächlichen Vorgänge war der Verweis auf die „legale“ Schutz-

aus den Reaktoren Agesta und Marviken bestimmt. 10 Mitarbeiter des FOA waren in die Vorarbeiten für diese WAA eingebunden und ein ziviles Interesse an dieser Anlage war weit und breit nicht zu erkennen. Dennoch behauptete 1985 der damalige Projektleiter Olaf Hørmønder:

„Ich bekam niemals irgendeine Information, wonach dieses Projekt militärisch interessant sein könnte.“

Als 1964 die ökonomische Dimension des Projekts und seine ganze Absurdität publik wurden, mußte es gestoppt werden. Dennoch kaufte die Atombehörde 1966 für das WAA-Projekt (vermutlich in der Hoffnung auf eine Finanzierung durch den Verteidigungsetat) eine Fläche von 230 Hektar. Um die rebellierende Bevölkerung an der Westküste zu beruhigen, schickte die Atombehörde damals einen ihrer Experten, Herrn Erik Svenke, nach Sannas. Auch er sprach von einer Investition für die Zukunft, ohne ein Wort über die militärischen Hintergründe zu verlieren. 20 Jahre später erst sah sich der damalige Direktor der Atomfirma gegenüber „Ny Teknik“ zu der Erklärung genötigt, daß die WAA in Sannas aus militärischen Gründen errichtet werden sollte. (7)

1965 waren seitens des FOA alle wesentlichen Waffen-Vorbereitungen abgeschlossen. Es fehlte lediglich die politische Entscheidung und eine ausreichende Menge an Plutonium für den ersten Sprengsatz.

Das AKW Agesta lief auf Hochtouren. Aus den Agesta-Brennelementen abgetrennte Plutonium unterlag aufgrund der Verwendung schwedischen Urans keinen Kontrollen.

Die Plutonium-Labors in Urvik waren seit 1963 in Betrieb. Hier waren 50 Militärforscher und -techniker mit verschiedenen Atomwaffen-Arbeiten (u.a. Testexperimente mit nichtradioaktiven explosiven Substanzen) befaßt.

In Grindsjon, südlich von Stockholm, wo Olaf Palme als Abteilungsleiter beschäftigt war, hatte man die Atomwaffen-Elektronik studiert und entwickelt. Hier wurden ebenfalls kleine aber maßstabgetreue Tests durchgeführt, bei denen das Plutoniummetall durch andere Metalle ersetzt wurde. (8)

Alle geographischen, technischen und finanziellen Vorbereitungen für eine Serie unterirdischer Tests waren abgeschlossen.

Mit anderen Worten: 1965 war Schweden unmittelbar davor, Atommacht zu werden. Innerhalb von 6 Monaten konnte nun ein erster Sprengkörper der Nagasaki-Klasse hergestellt sein. Diese Einschätzung hatte auch das Londoner Institut für Strategische Studien, das Schweden 1965 in die höchste Risiko-Kategorie einordnete. Gerade zu diesem Zeitpunkt begann seitens der Militärs eine Überprüfung des strategischen Werts von schwedischen Atomwaffen, in deren Folge in mehreren Etappen das schwedische Atomwaffenprogramm abgebrochen wurde. 10 unterirdische Atomtests unter Verwendung kleiner Mengen an Waffenplutonium sollten jedoch noch zur Ausführung gelangen. (9)

1971-72:

## 1971-72: 10 schwedische Atomtests

Das schwedische Atomwaffenprogramm wurde mit 10 fortgeschrittenen Testexplosionen abgeschlossen. Die Sprengsätze enthielten geringe Mengen an Waffenplutonium sowie konventionellen Sprengstoff. Die Sprengsätze wurden 1971 und 1972 gezündet.

1968 hatte Olaf Palme die Regierungsgewalt von Tage Erlanger übernommen. Im selben Jahr hatte die schwedische Regierung den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. 1970 wurde dieser Vertrag vom schwedischen Parlament ratifiziert. Die Nukleartests wurden vom FOA durchgeführt und vom staatlichen Strahlenschutzinstitut sowie der „Staatsaufsicht für Explosives und Brennbare“ gebilligt. Testdirektoren waren die FOA-Sektionschefs Torgbjørn Karlen und Rolf Sönderkvist. Das extra für diesen Zweck geprellte metallische Waffenplutonium kam aus dem FOA-Labor in Urvik. Jede Plutoniummenge wog 5-10 Gramm. Sie wurden angefertigt mit Plutonium-Rohmaterial aus dem Bereich der (zivilen) Atombehörde. Die Plutoniumtests wurden in einem unterirdischen, gummi- und stahlgepanzerten Raum in Urvik bei Stockholm ausgeführt. Der gasdichte Raum stand unter Druck und war mit ferngesteuerten Kontrollen ausgestattet. Die Detonationen wurden mit speziellen Instrumenten aufgezeichnet, die anzeigen, was bei der Plutoniumkompression passiert.

Wie der Testleiter Rolf Sönderkvist 1985 erklärte, hatte die Regierung selbst 1972 das Plutoniumprogramm durch keine Hindernisse gebremst: „Daß es dennoch 1972 abgebrochen wurde, liegt daran, daß wir das Interesse daran verloren hatten.“

Fortsetzung nächste Seite

## Taktiker Palme

Nach übereinstimmender Auskunft mehrerer ehemaliger Regierungsmitglieder war Ende der 30er Jahre Olaf Palme — damals bereits die rechte Hand von Erlanger — der unumstrittene Anführer des sozialdemokratischen Pro-Atomwaffenflügels. Es lag mit in seiner Verantwortung, die womöglichsten Stimmen bei den Sozialdemokraten zu versöhnen, ohne die heimliche Atomwaffenforschung zu gefährden. Der nach einjähriger Anstrengung im Atomwaffen-Komitee einstimmig verabschiedete Kompromiß sah vor,

1. die Entscheidung über die Produktion von Atomwaffen aufzuschieben d.h. auch weiterhin die Atomwaffenforschung zu verbieten,

2. die Forschungsarbeiten zur Verbesserung des Schutzes gegen die Auswirkungen von Atomwaffen im Rahmen der FOA-Nuklearabteilung hingegen auszubauen.

Eine besondere Passage im Kompromißpapier diente der Beruhigung derer, die — zu Recht! — befürchteten, daß der neue Begriff „Atomwaffenforschung“ nur die Chiffre für ein Atomwaffenprogramm abgibt. Darin heißt es:

„Obwohl eine effektive Schutzforschung nebenbei auch wichtige Kennt-

nisse über die Atomwaffenherstellung hervorbringt, schafft dieses Wissen keine ausreichende wissenschaftliche Basis für schwedische Atomwaffen. Denn hierfür sind sorgfältige Studien und Kalkulationen in bestimmten Bereichen notwendig, wie auch Laborexperimente und Tests mit spaltbarem Material von Waffenqualität. In den kommenden Jahren wird eine derartige Forschung, die in weiten Teilen mit einer Expansion des zivilen Atomenergieprogramms verknüpft ist, nicht in Frage kommen. Selbstverständlich wird in diesem Zusammenhang davon ausgegangen, daß im Rahmen des zivilen Programms eine Plutoniumproduktion weder verhindert noch verzögert wird.“

Dieser Beschluß erweckte wahrheitswidrig den Eindruck, als habe es die „sorgfältigen Studien und Kalkulationen in bestimmten Bereichen“ oder die „Laborexperimente und Tests mit spaltbarem Material“ in der Vergangenheit niemals gegeben. Auf der anderen Seite wird in diesen Zeilen relativ offen erklärt, daß die Zeit für eine Atomwaffen-Produktion noch nicht reif sei, da im „zivilen“ Bereich die Voraussetzungen fehlten. Damit konnten auch die Militärs zufrieden sein.



„Innenausrüstung“ der Experimentierbombe, die später als „Fat Man“ über Nagasaki abgeworfen wurde

Anderung infolge der Auseinandersetzungen von 1959 in dem Tausch eines Buchstaben. Statt von „L-Programm“ war fortan nur noch die Rede von einem „S-Programm“ (Schutzprogramm). Während man unverändert das gleiche Ziel verfolgte, wuchsen unter dem neuen Etikett die finanziellen Zuwendungen und ebenso die Entwicklungsschritte. In einem 60-seitigen Militärreport von 1961/62 wurde das mit folgenden Worten legitimiert:

„Heutzutage ist es nötig, sich die Aktionsfreiheit in Atomwaffenfragen, die ungewöhnlich langfristiger Natur sind, durch Vortreiben eines Atomwaffenprogramms zu wahren. Nur so ist die Aktionsfreiheit für die Zukunft gesichert.“

Dieses Papier zirkulierte ausschließlich innerhalb der Militärführung, bestehend aus 4 Generalen, einem Ex-Admiral, dem FOA-Generaldirektor sowie einem Oberst. Auf diesem Zirkular basierten die Haushaltswünsche der Militärs, wobei die auf Atomwaffen bezogenen Passagen auf ein Maß verwässert wurden, das knapp oberhalb des offiziellen Sprachgebrauchs lag.

Hochinteressant in dem Report der „Ny Teknik“ sind die Aufzeichnungen

forschung. Zwischen 1959 und 1969 war innerhalb des Instituts für Verteidigungsplanung eine Direktive wirksam, derzufolge jedes wichtige interne Arbeitspapier mit einer Einleitung zu versehen ist, die — wie hergelehrt auch immer — eine Beziehung zur nuklearen Schutzforschung herstellt. Da der regierungsamtliche Definitionsrahmen über die nukleare Schutzforschung weitgefaßt war, konnte praktisch jede Atomwaffenaktivität mit diesem Begriff in Verbindung gebracht und dahinter versteckt werden.

Ein Beispiel hierfür liefert ein 20-seitiges wissenschaftliches Arbeitspapier mit der Überschrift „Diskussion des Modells einer Plutoniumbombe — Dimensionierungen in Abhängigkeit zur Größe des Lagers — Das Kühlproblem.“ Es wurde im September 1963 als Report Nr. AH 2224-255 des FOA fertiggestellt. Gemäß der o.g. Direktive des FOA formulierte der Autor Torgbjørn Karlen die Einleitung wie folgt:

„Um überhaupt über Verteidigungsmaßnahmen im Sinne einer Neutralisierung feindlicher Atomwaffen reden zu können, müssen wir eine Ahnung davon bekommen, wie ein potentiell feindliches Waffensystem vornehmlich kon-



„Little Boy“, am 6. August 1945 über Hiroshima abgeworfen

darüber, wie die über 300 direkt involvierten Wissenschaftler mit dem offenkundigen Widerspruch zwischen Regierungserklärungen und Regierungspraxis fertig wurden. Hierzu erklärte beispielsweise der damalige Leiter der Urvik-Plutoniumlabors, Lennart W. Holm:

„Die einzige Grundhaltung, an die ich mich erinnere, bestand darin, daß der endgültigen Fertigstellung der Atomwaffen eine geheime Regierungsentscheidung vorausgehen hatte. Das war das Bild, das man uns vermittelte. Im übrigen liefes bei uns genauso wie anderswo. Alle früheren Fälle basierten auf geheimen Entscheidungen. Die Aufklärung der Öf-

striert sein könnte. Im Zusammenhang damit macht dieser Report den Versuch, die Dimensionierungen und die Energieentwicklung in einer Plutoniumbombe abzuschätzen, die nach dem kugelförmigen Modell konstruiert wurde. Der Bericht basiert auf theoretisch und experimentell entwickelten Unterlagen, die im Laufe der letzten 10 Jahre im FOA erarbeitet wurden.“

Ausschließlich friedlichen Zwecken sollte selbstredend auch die WAA dienen, die 1960-64 für den Standort Sannas an der schwedischen Westküste projektiert wurde. Diese WAA war ausschließlich für die Behandlung der Brennelemente

## DOKUMENT Nr.1:

Auszug aus dem „MEMORANDUM ÜBER DIE VORLÄUFIGEN STUDIEN DR. EKLUNDS ÜBER DIE VORAUSSETZUNGEN EINER ATOMWAFEN-PRODUKTION IN SCHWEDEN“ des Instituts für Verteidigungsforschung von 1953.

„Unter dem Gesichtspunkt der Landesverteidigung erscheint es aus Sicht des FOA I höchst erstrebenswert, daß eine Grundsatzentscheidung über den Ausbau des Atomenergieprogramms in Schweden in der von Dr. Eklund angeführten Größenordnung gefällt wird. Es ist wahrscheinlich, daß es für die Atomenergie rechtzeitig auch andere Anwendungen als die militärischen geben wird — Anwendungen, zu deren Studium sich Eklund in erster Linie verpflichtet hatte.“

## DOKUMENT NR.2:

Institut für Verteidigungsforschung  
Abt. 2, Dnr H 2316-2092  
4. Juli 1958

15 Seiten  
Kopie Nr. 5

## Untersuchungsprogramm zur Schaffung der Grundlagen für die Herstellung atomarer Kerne

(...) Die planmäßige Völlendung des L-Programms hängt im wesentlichen von folgendem ab:

— die Gebäude am Testgebiet müssen bis spätestens zum 1.7.61 fertiggestellt sein, sodaß die speziellen Vorrichtungen noch vor dem 1.1.62 installiert werden und der Aufbau der Einrichtungen bis spätestens zum 1. Juli 1962 abgeschlossen werden kann.

— 30 kg Plutonium müssen nach dem 1.7.1962 bereitgestellt sein. Von den ersten 15 Kilo sollten pro Woche wenigstens 0,5 kg, besser aber 1 kg bereitgestellt werden können.

— 10 kg Plutonium mit Waffenqualität sind bis spätestens Anfang 1965 bereitzustellen

— eine Entscheidung über die Forschungsarbeiten gemäß L-Programm muß

— eine Entscheidung über die Forschungsarbeiten gemäß L-Programm muß bis zum 1.7.1958 in Kraft treten.

Es wurde die Möglichkeit untersucht, das Forschungsprogramm auf verschiedene Institutionen und Firmen aufzuteilen. In Zusammenarbeit mit der Atombehörde wird z. B. bereits eine Studie über mögliche Positionen von Kritikalitätstests in Stundsvik durchgeführt. Diese Studie wird schätzungsweise im Herbst 1958 fertiggestellt sein. Die metallurgischen Aufgaben sind derzeit schwer unterzubringen, weil der Plutoniumumgang extreme Anforderungen an Labor- und Schutzeinrichtungen stellt. Vermutlich wird es möglich sein, die Uranaufbereitung bei der Atombehörde durchführen zu lassen. Als Beispiel für Bereiche, die ebenfalls ausgelagert werden können, wäre die Entwicklung von Neutronen-Detektoren oder die Durchführung gewisser Routinearbeiten im Bereich des Gesundheitsschutzes zu nennen.

Wir müssen jede Gelegenheit in Erwägung ziehen, Teile des Forschungsprogramms auf andere Institute und Firmen aufzuteilen.

Wir können jetzt schon davon ausgehen, daß auf der Genfer Konferenz im September 1958 Forschungsergebnisse veröffentlicht werden, die für die oben erwähnten Studien bedeutsam sind. In welchem Ausmaß das geschieht und inwieweit es das dargelegte Forschungsprogramm beeinflussen wird, kann jedoch erst nach dieser Konferenz beurteilt werden.

## DOKUMENT NR.3:

## Auszüge aus Bomben-Konstruktionsplänen der FOA von 1963

Institut für Verteidigungsforschung, Abt. 4, Stockholm 80  
FOA 4 Report, AH 4123-445, März 1963

Vorarbeiten für eine Neutronenimpuls-Quelle

von L. Beckman, G. Dahlen, R. Jansson, S. Nilsson; 15 Seiten

Zusammenfassung: Es wird ein erster Entwurf für die Konstruktion einer Batteriebetriebenen Neutronen-Quelle beschrieben. Die Konstruktion besteht aus einer Zündfunken-Quelle mit nachfolgendem Beschleuniger-Rohr und Target sowie der notwendigen Ausrüstung, um beides, den Zündimpuls hin zur Ionenquelle sowie die Beschleuniger-Spannung zu erzeugen (...)

Kontinuierliche Entwicklung: Die fortlaufenden Entwicklungen zielen z.T. auf eine Steigerung des Neutronen-Zuwachses in dem Impuls und vor allem auf die Verkleinerung der Dimensionierung der Beschleuniger-Komponenten und der Elektronik. Es ist zu berücksichtigen, daß die hier beschriebene Konstruktion lediglich vorläufigen Charakter hat und noch beträchtlich komprimiert werden kann.

Hinsichtlich der Elektronik konzentrieren sich die Entwicklungsarbeiten in erster Linie auf die C1 und C2-Kondensatoren und den Puls-Transformator, also die massigsten Komponenten.



Fortsetzung von vorheriger Seite

# Schweiz will Supermacht werden

Das Interesse der Militärs an schwedischen Atomwaffen hatte sich bereits ab 1965/66 vermindert. Dies hing einerseits mit einer strategischen Neubewertung der Rolle der Atomwaffen zusammen, zum anderen aber auch mit den massiven Anstrengungen der USA, über die Einführung der Leichtwasserreaktoren die militärischen bzw. halb-militärischen Schwerwasser-Programme in Westeuropa zu stoppen.

Bereits seit 1963 operierten verschiedene US-Geheimdienste in Schweden. Über diplomatische Kanäle wurde die schwedische Regierung aufgefordert, die waffenorientierten Entwicklungen einzustellen. Die darüberhinaus initiierte aggressive Werbekampagne zugunsten der Einführung von Leichtwasserreaktoren hatte Mitte der 60er Jahre nicht unerheblich dazu beigetragen, daß der praktisch fertiggestellte Marviken-Reaktor fallengelassen wurde. (10)

1968 wurde das Atomwaffenprogramm auch personell geschlachtet. Von 300 FOA-Mitarbeitern blieben 30, die die Arbeiten im Bereich der experimentellen Atomwaffenentwicklung bis 1972 fortsetzten.

Vom schwedischen Atomwaffenprogramm waren 1969 allerdings noch 20,3 kg Waffenschwefel, eingebunden in den abgebrannten Brennelement des AKW Agesta, übriggeblieben. Dieses Plutonium war schwedischen Ursprungs. Es unterlag also keiner Kontrolle sondern war „freies“ Waffenschwefel, eingeplant für den ersten Sprengsatz des „L-Programms“.

Über die belgische WAA in Mol gelangte dieses Plutonium 1969/70 in die BRD. Ein Zufall?

ms., Hamburg — 25.5.88

## Anmerkungen:

1) vgl. L.B. Spector (Carnegie Endowment for International Peace), The Spread of Nuclear Weapons 1985. The new nuclear nations, Washington 1986, S. 85f.

2) Seine Leistung lag zwischen 100 und 525 kW, seine Plutoniumproduktion bei max. 0,5 Gramm pro Tag. Er war mit 3 Tonnen Uran aus Frankreich beladen, Norwegen hatte 5 Tonnen schwarzes Wasser geliefert.

3) Lt. Spector, a.a.O. S. 75 erklärte man in Großbritannien, Plutonium an Schweden ausschließlich unter dem Vorbehalt der friedlichen Verwendung geliefert zu haben.

4) Die USA informierten zur Leistungserhöhung des Agesta-Reaktors ab Mitte der 60er Jahre angereichertes Uran, welches freigelegt war, daß das mit diesem Uran gewonnene Plutonium ausschließlich friedlich verwendet werden dürfte. Die Verwendung von Teilen des Agesta-Plutoniums im militärischen „L-Programm“ war der Auslöser für eine US-Untersuchung, in deren Verlauf — so Spector — die US-Inspektoren zu friedgestellt werden konnten, was immer das für die Verletzung oder Nichtverletzung des schwedisch-amerikanischen Abkommens heißt. Im Mai 1965, unmittelbar nach der Enthüllung der „Ny Teknik“, stoppten die USA die Befehrung Schwedens mit nuklearem Brennstoff, um erst einmal zu prüfen, ob Material US-amerikanischen Ursprungs bei den schwedischen Atomkraftwerken von 1972 verwendet wurde. (Spector, a.a.O. S. 76)

5) 1964 wurde mit dem Bau des AKW Marviken begonnen. 1966 wandten sich die Militärs von diesem Projekt ab. 1968 begann sein Probebetrieb, 1970 wurde der Reaktor, angeblich aus Sicherheitsgründen, stillgelegt.

Ineb. 1970 wurde der Reaktor, angeblich aus Sicherheitsgründen, stillgelegt.

6) vgl. Jerome Garris, Sweden's Debate on the Proliferation of Nuclear Weapons, in: Cooperation and Conflict, Heft 8/1973, S. 189ff., sowie Martin Fehrm, Sweden, in: J. Goldblat, Non-Proliferation: The why and the wherefore, London 1985, S. 213ff.

7) In militärischen Kreisen war man sich ausgesprochen früh über die prekäre Situation der zivilen Atombehörde im klaren. Diese sollte mit Hochgeschwindigkeit eine Wiederaufarbeitungsanlage installieren, für die es weder friedlichen Motive, geschweige denn ökonomische Beweggründe oder plausible Zeitpläne gab. Bereits 1961 umschrieb ein Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums in einem internen Papier dieses Problem wie folgt: „Es ist sehr zweifelhaft, ob es unter den zivilen Gesichtspunkten möglich sein wird, nicht auf das Experiment der Ende 1963 in Belgien zur Verfügung stehenden WAA zu warten, die im Rahmen der europäischen nuklearen Zusammenarbeit betrieben wird. Falls es sich als notwendig erweist, das belgische Experiment abzuwarten, wird die soeben erwähnte Wiederaufarbeitungsanlage allerhöchstens 1968-69 fertiggestellt werden können.“

8) Die Explosionen wurden mit voll entwickelten Explosionslinien und elektrischen Auslösesystemen durchgeführt und aufgezeichnet. Dabei wurden verschiedene Varianten von Initiierung studiert.

9) Die Bezeichnung „Atomwaffentest“ ist insofern ungenau, als unter Verwendung von jeweils 5-10 Gramm Waffenschwefel bei den schwedischen Tests keine selbständige nukleare Kettenreaktion zustande kommen konnte. In diesen Tests ging es darum, mittels konventioneller Sprengstoffe Plutoniumtabletten auf Festkörper, vermutlich aus Uran, zu schleudern, um die Auswirkungen der Schockwellen auf das Plutonium zu untersuchen.

10) Im Unterschied zum Schwerwasserreaktor waren die Leichtwasserreaktoren (LWR) damals angewiesen auf niedrigangereichertes Uran US-amerikanischer Herkunft und standen somit unter der indirekten politischen Kontrolle der USA. Die Militärs reagierten in den ersten Jahren zweigleisig auf die LWR-Offensive. Zum einen wurde vorübergehend auf ein nur-militärisches Programm gesetzt und die Errichtung eines reinen Plutonium-Produktionsreaktors ohne Stromerzeugung (XO-Reaktor) ins Auge gefaßt. Andererseits wurde 1965 auf einer internen FOA-Tagung intensiv über die Möglichkeit einer Integration von Leichtwasserreaktoren in ein Waffensprogramm diskutiert. Eine große Rolle spielten hierbei Untersuchungen zur militärischen Verwendung von Reaktorplutonium. Entsprechende praktische Experimente mit Reaktorplutonium sollen 1965 in Urvsk durchgeführt worden sein.

Womit haben wir das verdient: Nicht nur durch amerikanische Atomwaffen aller Klassen auf eigenem Territorium, nicht nur durch sowjetische, die auf dieselben gerichtet sind, nicht nur an unserer Ost- wie auch — französischerseits — an unserer Westgrenze durch nukleare Sprengköpfe bedroht zu sein, nicht nur durch NATO und Warschauer Pakt, nicht nur durch Feinde wie Freunde als Zielgebiet der diverssten Marschflugkörper auserwählt zu sein, die ja samt und sonders auf die gute deutsche Erde zielen — nein, auch an der Südfrost lauert die Gefahr! Da heißt es die Zähne zusammenbeißen, internationalistisch bleiben und den neuesten Schock gefaßt zur Kenntnis nehmen: Die Schweiz ist stille Atommacht. Von wegen harmlos und neutral: Der Alpenstaat begnügt sich nicht damit, die Nummer Eins des Skisports und der Steuerhinterziehung zu sein. Nun erklärt sich, warum die Eidgenossen eifrig ihre Genfer Residenzen der Abrüstungsdiplomatie andienen. Aus abgrundtiefer Zynismus! Wenn die Großen erst denuklearisiert sind, kalkuliert man in Bern langsam, aber gründlich, dann wird die Schweizer Bombe endlich die weltweite Beherrschung des Uhren- und Schokolademarkts garantieren.

Ein 32-jähriger Historiker war es, dem der Coup gelang, das heimliche Bombenprojekt aufzudecken. Ende letzten Jahres ging Peter Hug mit den Informationen an die Öffentlichkeit, auf die er überraschend beim Studium in offiziellen Staatsarchiven gestoßen war. Seine Enthüllung fand die „Berliner Zeitung“ (1.12.87) mit dem Satz zusammen: „Am Anfang der Atomforschung in der Schweiz stand das Ziel, eine eigene Atombombe zu entwickeln. Das wäre heute noch möglich.“

Bereits 1946 rief der Schweizer Bundesrat eine „Studienkommission für Atomenergie“ (SKA) ins Leben, mit deren Leitung er den Physiker Paul Scherrer betraute. Im Artikel 3 der — damals geheimen — „Richtlinien für die Arbeiten der SKA“ findet sich der unmissverständliche Satz: „Die SKA soll über die Schaffung einer schweizerischen Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie beruhen, anstreben.“ (Die „WoZ“ vom 18.3.88 gibt zusätzlich an, daß diese Richtlinien vom Militärdirektorium festgelegt worden seien.) Am 5. Februar 1946 setzte der damalige Bundespräsident Karl Kobelt seine Unterschrift unter dieses Programm. Das hinderte ihn nicht daran, noch im gleichen Jahr das Parlament zu belügen, als es um die Bewilligung der Mittel für die Atomforschung ging. Kobelt: „Wir haben weder die Absicht, noch wären wir in der Lage, Atombomben herzustellen.“ (Zitate nach „Berliner Zeitung“ vom 1.12.87, falls nicht anders angegeben)

Die von der Stunde Null an eingegangene zivilitäre Verwicklung wurde nie aufgehoben. Peter Hug verweist insbesondere auf die Arbeiten des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR Würenlingen, heute Paul Scherrer-Institut) zur Herstellung und Handhabung von Plutonium. Mitte der sechziger Jahre seien die technischen Voraussetzungen für eine atomare Waffenoption realisiert worden. Auch in der politischen Diskussion um den Atomsperrvertrag pochte die Schweiz darauf, sich alle Möglichkeiten offenzuhalten. Die „Studienkommission für strategische Fragen“ schrieb am 14. November 1969 in einem Bericht über die „Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz“ unter Artikel 160: „Unabhängig von dem Entscheid über Beitritt oder Nichtbeitritt zum Nonproliferationsvertrag müssen wir uns die Option schaffen und offenhalten, im Notfall Atomwaffen herzustellen.“ 1974 bestätigte der Bundesrat diese Konzeption. Und erst sehr spät, 1977, ratifizierte die Schweiz den Sperrvertrag.

Auch an der Finanzierung des Atomprogramms, des größten und teuersten Technologieförderungsprojekts, das es in der Schweiz je gegeben hat, werden die Interessen deutlich, denen es diene. Von den nach Schätzung von Peter Hug insgesamt aufgetragenen 3,5 Milliarden Franken wurden „höchstens 100 Millionen“ von der Privatwirtschaft beigetragen. In kommerzieller Hinsicht war das Ergebnis katastrophal: Die eigene Schweizer Reaktorlinie endete 1969 mit einem Kera-

schmelzunfall im Versuchsreaktor von Lucens. Wie andernorts auch, schwenkte man um auf Leichtwasserreaktoren amerikanischen Typs. Noch 1962 hatten die Nordostschweizerischen Kraftwerke in schöner Offenheit erklärt, Atomkraft könne nur dann konkurrenzfähig werden, wenn ein Teil der Entwicklungskosten „auf andere Schultern abgewälzt“ werde. „zum Beispiel auf die Herstellung von Kernwaffen.“ Daß die Elektrizitätswirtschaft 1964 dann doch in die Atomenergie einstieg, kann wohl nur so erklärt werden, daß ihre Abwärtstendenzen sich mit den strategischen Konzeptionen des Bundesrats deckten.

## Ein schlechtes Dementi

Trotz der eindeutigen Belege, die der Historiker Hug präsentieren konnte, wurde seine Behauptung, die Schweiz habe sich gezielt in die Lage versetzt, bei Bedarf hier und jetzt und heute Atombomben zu bauen, offiziell natürlich dementiert. Das EIR beispielsweise ließ durch seinen Pressesprecher, Karl Buob, erklären, man könne zwar mit Plutonium umgehen und habe „theoretisch auch genügend“ davon, es fehlten aber die technischen Detailkenntnisse. Die Nuklearmaterialien würden der „strengen Kontrolle“ der IAEA unterliegen, und außerdem sei das



Plutonium „zu wenig rein und damit nicht waffenfähig.“ Dieses Dementi war nicht nur seltsam formuliert — man hat genügend Plutonium für die Bombe, aber es ist nicht waffenfähig? — sondern auch gelogen. Und es hatte kurze Beine.

Ein Vierteljahr später brachte die recht innige Verwicklung Schweizer Firmen und Institutionen in den Atomskandal rund um die Hanauer NUKEM/Transnuclear und das belgische Nuklearzentrum Mol eine Reihe von Informationen an den Tag, die das von Hug gezeichnete Bild bekräftigten. Das von Hug gezeichnete Bild legte, da war zum einen die nicht weiter überraschende Tatsache, daß Transnuclear seine Geldwäsche nach Fickschem Vorbild natürlich über schweizerische Konten abwickelte. Dann entdeckte man einige Personen aus der eigenen Atombranche auf den Schmiegelisten der Skandalfirma. Weiter kamen die Südafrikaner und Pakistangeschäfte diverser Schweizer Briefkastenfirmen mit Hauptsitz in Hanau, Düsseldorf, London oder Windhoek wieder einmal ins Gespräch. Und schließlich stritt man sich um mehrere Kilogramm Schweizer Plutonium, die in Mol scheinbar verschwunden waren. Bald stellte sich heraus, daß es sich keineswegs um irgendwelches beliebiges Reaktorplutonium handelte, sondern um eine „besondere Qualität“, um „besonders reinen und teuren Stoff“, um „besonders gutes Plutonium“, wie die Medien etwas schamhaft formulierten. Kurzum: es ging (und geht) um Waffenschwefel in Schweizer Besitz.

Im Kontext der Auseinandersetzung um die Pakistangeschäfte versuchte die konservative „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ, 18.2.88) eine erstaunliche Argumentation: Gegenüber Pakistan sei die Nonproliferationspolitik durchaus erfolgreich, was man daran sehen könne, daß dieser Staat schon seit zehn Jahren auf eine „islamische Bombe“ hinarbeite, ohne dieses Ziel bisher erreicht zu haben. Dabei sei dies doch relativ leicht, weil „jeder gut vorbereitete Staat aus reinem Plutonium, wie es bei kurz bestrahlten Brennelementen besteht, nicht aber bei mehrjährigem Abbrand in Kernkraftwerken, innerhalb von wenigen Tagen eine Bombe herzustellen vermöchte.“

Um einen solchen, gut vorbereiteten Staat handelt es sich offenbar bei der Schweiz, denn die „NZZ“ fährt unmittelbar fort: „In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß der im schweizerischen Würenlingen nach 1946 auf Grund eigener Anstrengungen entwickelte und gebaute, inzwischen längst stillgelegte Versuchsreaktor Diorit zur Pro-

duktion von waffenfähigem Pu-239 durchaus geeignet war.“ Wenn aber ein solcher Reaktor theoretisch geeignet ist, dann nutzt man das auch praktisch aus. Die „NZZ“ weiß von proliferationsrelevanten Spaltstoffmengen im EIR, inzwischen Paul Scherrer-Institut (PSI), zu berichten: „In Würenlingen sind 20 Kilo „eigenes“ Plutonium gelagert, das von 1966 an bei der Wiederaufarbeitung der Brennstäbe aus dem 1977 stillgelegten Versuchsreaktor Diorit in relativ reiner Form anfiel.“ Relativ rein und proliferationsrelevant: Über das Schweizer Waffenschwefelplutonium sollte man vier Wochen später noch Genaueres erfahren.

Anfang März berichtete die „Weltwoche“ (3.3.88), die „Berliner Zeitung“ (5.3.88) und die „WoZ“ (18.3.88) über Plutonium-Transfers zwischen Würenlingen, Mol, Karlsruhe und Hanau; auch die „NZZ“ (22.3.88) bestätigte den Sachverhalt. Demnach schickten die Atomforscher des EIR in den sechziger Jahren abgebrannte Brennelemente ihres Diorit-Reaktors in die Wiederaufarbeitungsanlage Eurochemie/Mol, die ja von einem westeuropäischen Konsortium aus dreizehn Staaten zur Entwicklung der WAA-Technologie gebaut worden war. Der Diorit-Reaktor, so erzählt man jetzt, war ein mit Schwerwasser moderierter Natururanreaktor — der „NZZ“ zufolge „am geeignetsten zur Herstellung von möglichst reinem Plutonium 239“. Die nach Mol transferierten Brennstäbe enthielten ca. 15 Kilogramm Plutonium mit ca. 90prozentiger Anreicherung, wie es „vorzugsweise beim Waffenhau verwendet“ wird (Berliner Zeitung, 5.3.88). „Solch reines Plutonium fällt fast ausschließlich in

Plutonium im Kofferraum und „technische Verunreinigungen“ im Kopf: Der Schweizer Rudolf Rometsch war bei der IAO verantwortlich für die Kontrolle der Spaltstoffbilanzen.

militärischen Wiederaufbereitungsanlagen an...“ (ebenda).

Von Eurochemie erhielt das EIR 1969 zunächst 2,3 Kilogramm mit noch höherer, nämlich 93prozentiger Anreicherung zurück. Bei dieser Charge hat es sich also auch nach den offiziellen Kriterien um Waffenschwefel gehandelt. Für den Rest hielt die Schweiz gewissermaßen ein Gebühre in Mol, das schließlich zu einem Streit mit den Belgiern führte, weil bei der Stilllegung von Eurochemie kein Plutonium solcher Qualität mehr vorhanden war. Angeblich sind weder die Akten über das Schweizer PU vorhanden noch wissen die Belgier, wohin es verkauft wurde. Bekanntgemacht wurde lediglich, daß 4,7 Kilogramm schon 1969 an die Hanauer ALKEM verkauft wurden (!) und daß das EIR 1984 noch einmal rund 3 Kilo von etwas schlechterer Qualität erhielt. Erst in diesem Jahr wurden die Schweizer Ansprüche abgegolten: mit 6 Kilo Plutonium, die mit Hilfe des neuen Nachversuchungsverfahrens aus festen Abfällen unter der Regie des Karlsruher Kernforschungszentrums in Mol gewonnen wurden.

## Transfer im Kofferraum, Chauffeur zur IAO

Selber schuld, wer mit seinem Waffenschwefelplutonium derart unvorsichtig umgeht...? Aber so blöde waren die Schweizer eben nicht. Sie wußten schon, warum sie Mol für ihre Zwecke wählten. Denn Eurochemie wurde bis 1969 von einem Schweizer geleitet, Rudolf Rometsch, welcher ein Nuklearfunktionär von beispiellosem Zugschnitt ist. Rometsch kam im Februar dieses Jahres in die Schlagzeilen, weil er am 28. August 1967 persönlich 4 Kilogramm Plutonium im Kofferraum eines Citroen von Mol nach Karlsruhe chauffiert hatte. Die zylinderförmigen Behälter, in denen der Stoff enthalten war, waren in einer Abstandshalterung, sog. „bird cage“ (Vogelkäfig), angebracht, was beweist, daß es sich um hochangereichertes Plutonium gehandelt hat (wenn die Plutonium-Mengen zu dicht zusammenkommen, kann eine kritische Masse und dadurch eine unbeabsichtigte Kettenreaktion entstehen). Sonst gab es keine Sicherheitsvorkehrung. Ein ehemaliger Mitarbeiter von Eurochemie, der diese Information preisgab, meinte dazu, einem Zusammenstoß hätte die Vorrichtung niemals standhalten können und bei einem Unfall hätte niemand über die katastrophenträchtige Ladung Bescheid gewußt (WoZ, 26.2.88).

Rometsch erwiderte auf die Vorwürfe, es habe sich um eine Pu-Menge gehandelt, die deutlich unter der kritischen Masse lag und ging naiflich in die Gegenoffensive: Von 600 Kilogramm Plutonium, die während seiner Zeit bei Eurochemie extrahiert wurden, sei die Hälfte auf diese einfache und vor allem natürlich billige Weise transportiert worden (Tages-Anzeiger, 24.2.88). Abgesehen von diesem erneuten Beweis für verantwortungslose und kriminelle Praktiken in der Atombranche ist in unserem Kontext etwas anderes bedeutsam: Selbstverständlich fährt der Chef einer WAA nicht jede Plutoniumfracht persönlich durch die Gegend. Sondern er wird dies bestenfalls bei besonders wichtigen und/oder besonders diskreten Anlässen getan haben.

Mit Rometsch hatten die Schweizer jemanden bei Eurochemie platziert, der offensichtlich bereit und in der Lage war, auch ganz speziellen Bedürfnissen nachzukommen. Viel wahrscheinlicher, als daß die Eidgenossen unter Oberaufsicht ihres eigenen Spitzenmannes um ihr bestes Plutonium geprellt wurden, ist die Annahme, daß es jenseits der offiziellen Kontrollen an die richtigen Adressen geschleust wurde, z.B. an militärische Adressen in der Schweiz. Der „Streit“ zwischen Würenlingen und Mol sollte nur nach außen die Bilanzen wieder stimmig machen. Denn ein Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung soll sicher Voraussetzungen für die Gewinnung von Waffenschwefelplutonium schaffen. Ebenso sicher ist es jedoch für schiedlich vorhandenes Waffenschwefelplutonium nicht mehr der passende Ort.

Angriff ist die beste Verteidigung. Nach dieser Devise bestätigte Rometsch die Schweizer Praxis, mit dem Diorit-Reaktor Waffenschwefelplutonium zu erzeugen, um sogleich zu kontrollieren, „auch andere Forschungsreaktoren hätten spaltbare Anteile über 90% gehabt, etwa der deutsche FR 2 in Karlsruhe“ (WoZ, 18.3.88), wofür wir dem Atomwaffner dankbar sind, denn das ist es, was der AK schon seit elf Jahren behauptet. Auch aus diesem Grund sind improvisierte Transporte von Mol nach Karlsruhe und Plutoniumdeals mit ALKEM ausgesprochen bemerkenswert. Rometschs bahnbrechende Entdeckung des Kofferraums als Transportmittel für den gefährlichen Stoff der Welt — eine Praxis, die alles, was über Transnuclear bekannt geworden ist, verblasst läßt — wurde passend belohnt. 1969 wurde er zum Leiter der Spaltstoffkontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in Wien ernannt (WoZ, 26.2.88). Er, der für ein Atomprogramm gearbeitet hatte, das von Anfang an in geheimen militärischen Interessen diente, war nun zuständig dafür, durch Kontrollen zu verhindern, daß Nuklearmaterialien aus zivilen Anlagen für militärische Zwecke abgezweigt werden. (Tages-Anzeiger, 24.2.88)

Typisch IAEA! Das Gelächter im Inneren Zirkel der internationalen Atomgemeinschaft muß enorm gewesen sein. Rometsch ist der Zufall treu geblieben. Als Präsident der Schweizer Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) sagt er heute: „Damals hat man noch mit normaler Vernunft gehandelt.“ (Tages-Anzeiger, 24.2.88)

Somit hat sich alles, was Peter Hug im letzten Dezember behauptet hatte, genau bestätigt. Der Diorit-Reaktor diene nur zum Schein der Entwicklung einer eigenen Reaktorlinie, tatsächlich jedoch der militärischen Plutoniumproduktion. Vor den IAEA-Kontrollen des Rudolf Rometsch hat man in der Schweiz und anderswo sicher ganz schreckliche Angst gehabt. Wie geplant, erzeugte und besitzt das Land mithilfe „zivilen“ Anlagen heute Waffenschwefelplutonium, welches sich höchstwahrscheinlich nicht nur beim EIR/PSI sondern auch an anderen, geheimen, wahrscheinlich militärischen Stellen befindet. Diese Stellen dürften auch das technische Know-how über das Funktionieren der Bombe haben, das man in Würenlingen — eine gewisse Arbeitsteilung gibt es zum Schluß dann doch noch zwischen zivil und militärisch — vielleicht tatsächlich nicht hat. Denn dieses „Detailwissen“ ist der leichtere Teil der Übung: „Die Hauptschwierigkeiten auf dem Weg zum Besitz von Atomwaffen liegen nicht in der Herstellung von Sprengkörpern, sondern in der Beschaffung der erforderlichen Spaltstoffe in geeigneter Reinheit.“ (NZZ, 18.2.88)

Seltene Töne in der „Neuen Zürcher Zeitung“, die ja nicht zu den Kritikern der Atomenergie gehört. Töne, die an Länder wie Südafrika erinnern. Das führende bürgerliche Blatt des Landes scheint zu einer neuen Offenheit überzugehen. Man scheut sich nicht mehr, die eigenen nuklearen Fähigkeiten zuzugeben. Man trumpt auf.

de.



# Der Rechtsstaat fordert heraus

## Die neuen Sicherheitsgesetze setzen Versammlungsrecht außer Kraft

Eine „ausgewogene und angemessene Antwort des Rechtsstaats auf die fortwährende Herausforderung durch den Terrorismus und die zunehmende Gewalt auf der Straße“ sieht Bundesjustizminister Engelhard in dem neuen Entwurf zur Verschärfung des Straf- und des Versammlungsrechts, den das Bundeskabinett am 18.5.1988 nach langem Hin und Her beschlossen hat. Als Anlaß, um das umfassende Paragrafenpaket auf den Weg schicken zu können, mußte diesmal allerdings Gewalt im Waid gehalten: Eine knappe Woche nach den tödlichen Schüssen an der Startbahn am 2.11.1987 hatten die Innen- und Rechtspolitiker der Unionsparteien den jetzt vom Kabinett gebilligten Gesetzentwurf im Kern fertiggestellt und propagandistisch im Volksbewußtsein als sinnvoll und notwendig verankert. Die daran anschließenden Querelen mit dem innenpolitischen FDP-Dreimännerbund Lötters-Baumhirsch verdienten nicht einmal den Namen „Auseinandersetzung“. Tatsächlich sind mit dem Gesetzespaket alle Wünsche, die die Unionspolitiker aktuell in der Strafrechtsverschärfung haben, erfüllt — lediglich den bereits kurz nach der Regierungsbildung 1982 verschärften Landfriedensbruchparagrafen 125 würden die Christsozialen Demokraten gerne noch einmal ein paar Grad restriktiver formulieren. Der wochenlang von Medien wie ZEIT und FR hochgelobte Einsatz der FDP als Garant der inneren Liberalität schlägt sich jetzt, nach Parteien-, Sonderpräsidentensitzungen und anderem rechtsstaatlichen Gedöns, gerade noch in einer Protokollnotiz nieder: Die FDP will, daß erkenntnisdienliche Materialien — wie Videoaufzeichnungen und Fotos — nicht „zum Nachteil friedlicher Demonstranten verwendet werden dürfen“. „In Unionskreisen der Bundesregie-

Auffällig still ist es um den Paragraphen 130b (Befürworten von Straftaten) geblieben. Immerhin war es dessen Vorläufer, der 88a (verfassungsfeindliches Befürworten von Straftaten) der als Zensurparagraf auf Druck einer linksliberalen Öffentlichkeit wieder aus dem StGB entfernt wurde. Die Abschaffung des 88a wurde u.a. mit seiner Wirkungslosigkeit begründet: Es kam zwischen 1976 und 1980 nur zu einer Handvoll Verurteilungen. Daraus haben die Autoren des 130b gelernt: Der neue Paragraph ist sehr viel weiter gefaßt. Wie der 88a nimmt er Bezug auf Straftaten nach Paragraph 126 Absatz 1 — allerdings umfaßt er alle dort aufgeführten Taten, nicht nur, wie der alte 88a, die Nr. 1-6. Vor allem ist der 130b aber schärfer als der 88a gefaßt, weil es ihm zufolge ausreicht, durch „befürwortende Schriften“ die Bereitschaft anderer zu Taten, die den öffentlichen Frieden stören, zu fördern. Im 88a war es noch notwendig nachzuweisen, daß die befürworteten Taten gegen den „Bestand oder die Sicherheit der BRD“ gerichtet sind. Diese Einschränkung war damals erst im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eingeführt worden, weil der Bundestag ansonsten eine „Überkriminalisierung“ und „unmögliche Beeinträchtigung der Meinungs- und Pressefreiheit“ befürchtete.

Ähnlich sieht es mit der geplanten Verschärfung des sogenannten Vermummungsverbots aus, die keineswegs „nur“ aus einer Erhöhung des Strafmaßes besteht. Dazu ein kurzer Blick zurück in die Geschichte des Versammlungsrechts: Am 18.7.1985 wurde, propagandistisch u.a. mit den „Krefelder Krawallen“ gegen US-Vizepräsident Bush begründet, das Versammlungsrecht durch Einführung des Paragraphen 17a verschärft. Er beinhaltete das Vermummungs- und Schutzbewaffnungsverbot, beides begriff-

Kasse gebeten. „Da wegen der Unbestimmtheit der Vorschrift potentiell ein sehr großer Kreis von Personen, u.U. Tausende, erfaßt werden kann, kann im Ergebnis mit diesem Vorgehen eine systematische Ausdünnung und Aussiebung der Demonstration, eine stundenlange Verzögerung für die noch durch das Sieb gekommenen und natürlich ein Abhalten vieler Menschen überhaupt erst sich zur Demonstration zu begeben (das Risiko ist nicht mehr abschätzbar) erreicht werden. Insbesondere kleinere Demonstrationen können so polizeilich/strafrechtlich völlig verhindert werden“, befürchteten die StrafverteidigerInnen in ihrer Stellungnahme.



Foto: M. Weyand

det werden soll, war nämlich im Bundeskabinett nicht mehrheitsfähig. Trotzdem bleibt natürlich ein erheblicher Unsicherheitsfaktor: Wer weiß schon, ob eine verbotene Veranstaltung, und damit auch der Aufruf dazu, doch noch erlaubt wird.

In engem Zusammenhang mit den Verschärfungen des Versammlungsrechts steht die Änderung des Paragraphen 112 Strafprozeßordnung. Damit wird der Haftgrund Wiederholungsgefahr auf den Tatbestand des schweren Landfriedensbruchs erweitert. Es geht wohlgerne um Untersuchungshaft, also um eine Zwangsmaßnahme gegen nach geltendem Recht Unschuldige. U-Haft darf in der BRD vom Prinzip her ausschließlich verhängt werden, wenn ansonsten die Gefahr besteht, daß sich die Angeklagten dem Verfahren durch Flucht oder Verdunklung entziehen. Neben der „Wiederholungsgefahr“ ist die einzige Ausnahme die Anklage nach 129a: Dabei kann immer U-Haft angeordnet werden. „Wiederholungsgefahr“ als Haftgrund dient nicht der Verfahrenssicherung, sondern hat präventiv-polizeiliche Überlegungen zur Ursache. Extensiv wurde „Wiederholungsgefahr“ als Grund für Untersuchungshaft im NS-Staat angewandt. In der BRD gibt es diesen Haftgrund ansonsten nur bei Mord, bestimmten Sexualstraftaten und einigen Drogendelikten. Da es häufig bei Landfriedensbruch-Prozessen gar nicht zu Verurteilungen kommt und wenn doch, dann nur selten zu Haftstrafen, wird die Haft wegen „Wiederholungsgefahr“ faktisch zu einer unzulässigen Vorwegnahme einer künftigen Strafe.

Fussanbass

## Ist der Ruf erst ruiniert, plaudert sich's ganz ungeniert

Um die „Affäre Nowakowski“ begreifen zu können, muß erst einmal etwas zu deren Vorgeschichte gesagt werden.

In der Zeit nach der 1. Mai Randalen in Kreuzberg 36 glänzte die Westberliner Lokalredaktion der „taz“ durch eine überwiegend diffamierende Berichterstattung über die Autonomen, was auf deren Seite verständlicherweise Wut und Verärgerung hervorrief. Ein Kommentar von Lokalredakteur Gerd Nowakowski im August letzten Jahres, worin er den Autonomen vorwarf, sie hätten sich mit DDR-Volkspolizisten verbündet, um Angehörige der Mün-Sekte zurückzusetzen, die an der Mauer auf Ost-Berliner Gebiet gegen den Kommunismus demonstrierten — was glatte Falschheit ist —, dieser Kommentar brachte dann das Fall zum Überlaufen. Nowakowskis Auto wurde, als er durch Kreuzberg fuhr, mit Steinen beworfen. Just am selben Abend brach im Keller unter Nowakowskis Wohnung Feuer aus. Für interessierte Kreise war die Sache sofort klar: Autonome hätten hier versucht, den „taz“-Redakteur auszurauben. Tatsache ist jedoch, daß der Vorwurf der Brandstiftung bisher durch keinerlei Beweise untermauert wurde.

Einige Wochen später dann ein weiterer Vorfall in Kreuzberg, der mit Nowakowski und der „taz“ nichts zu tun hatte: Eine Gruppe namens „Kübel“ kippete im Nobelrestaurant „Maxwell“, das als „Schicki-Micki“-Restaurant galt, mehrere Eimer Scheiße aus. In der Zeit danach geisterte durch die Presse („taz“ obgefäßen) die Behauptung, in SO 36 existiere eine autonome „Kiezmafia“, die von bestimmten Läden und Restaurants „Schutzgelder“ für die „Knastkasse“ erpresen würde — eine pure Fiktion (aber Fiktionen dieser Art müssen halt wahrgenommen werden, weil sie bestimmten Kräften für die innerliche Feindklärung nützen und andererseits Kreuzberg 36 den Touch eines wahrhaft „verrückten“ und so auf negative Weise anziehenden Bezirks verleihen).

Um den 18. Mai dieses Jahres herum kursierte in Kreuzberg ein Flugblatt mit dem Titel: „Kübel-Spätfolge: Nowakowski hat verschissen!“ (abgedruckt in der „taz“ vom 24.5.88). Darin wird Gerd Nowakowski vorgeworfen: „Am 23.9. (...) sah Gerd Nowakowski mitags bei den Bullen und plauderte eine halbe Stunde über die Vorfälle (gemeint sind: die Steine auf sein Auto sowie der Kellerbrand, Anm. cl.) und über sonstige aktuelle Themen wie die Kübelaktion (...) und über die Kiezküche in SO 36 u.a. Offiziell geladen war er als Zeuge im Maxwell-Verfahren. Bei dieser Vernehmung identifizierte er einen der Leute, die ihn am 10.8. angepöbeln hatten, nach Fotos und erging sich ansonsten in Vermutungen und Unterstellungen gegen einige andere aus dem Kiez, deren für die Bullen wichtigste Person er beim Namen nannte. (...) Daß Gerd Nowakowski dann auch noch unterstellt, die Ladenbesitzer seien „verunsichert“ und wollten deshalb nichts zu angeblichen Schutzgeldern sagen, womit er seinen eigenen Aussage-Mut unter Beweis stellt, ist das i-Tüpfelchen seiner Denunziation.“

Im folgenden weisen die Verfasser des Flugblatts darauf hin, daß irgendwelche Aktionen gegen Nowakowski aufgrund der Kräfteverhältnisse in der Stadt ein Hindernis für die Ermittlungen wären, aber für sie ist ebenso klar: „Wenn Nowakowski meint, im Kiez wohnen bleiben zu müssen, muß natürlich überlegt werden, wie vom Gegenteil zu überzeugen ist. Aber etwas Zeit sollten wir ihm lassen (...) von selbst nach Neu-Westend abzuwandern. Und seinen Wilker Haring (Abgeordneter der AL im Rathaus und Reals-Oberhauptling, Mitbewohner von Nowakowski — Anm. cl.) nimmt er am besten gleich mit.“

Die in dem Flugblatt enthaltenen Vorwürfe gegen Nowakowski wurden dann in den folgenden Tagen in persönlichen Gesprächen mit „taz“-MitarbeiterInnen, die z.T. im Besitz des Vernehmungprotokolls waren, bestätigt. Schließlich befaßte sich das „Nationale Plenum“ der „taz“, das am Pfingstweekende in Westberlin tagte, mit dem Fall Nowakowski. Eine linke Minderheit der „taz“-Belegschaft machte sich dafür stark, Nowakowski zu kündigen, weil bewiesen sei, daß er Menschen bei der Polizei denunziert hätte, aber ca. zwei Drittel der Anwesenden sprachen sich dagegen aus.

Ergebnis der Diskussion war dann eine gemeinsame Erklärung der „taz“, die zusammen mit einem Hintergrundartikel, besagtem Flugblatt und einer persönlichen Erklärung von Nowakowski (in der „taz“ vom 24.5. abgedruckt wurde, darin wird festgestellt, daß es das Recht aller Beschäftigten der „taz“ sei, zu gewaltsamen Angriffen gegen ihre Person auch gegenüber der Polizei auszusagen. Dabei dürfen aber keine aus der „journalistischen Arbeit“ herrührende(n) Informationen an die Polizei weitergegeben werden. Weil dies im Fall Nowakowski geschehen sei, wird „das Verhalten unseres Redakteurs in aller Deutlichkeit“ „mißbilligt“. Sollte sich ein derartiger Vorfall wiederholen, „sieht die taz darin einen Kündigungsgrund“. Im übrigen bietet die „taz“ jenen, die durch Nowakowskis Aussagen geschädigt werden könnten, ihren

Rechtsschutz an. Andererseits wende sich die „taz“ gegen alle Versuche, Mitarbeiter unter Druck zu setzen und anzugehen.

Tatsache ist: Nowakowski hat 1. unter Vorlage von Fotos eine der Personen identifiziert, die ihn im vergangenen August angepöbeln hatten (bevor die Steine auf sein Auto flogen) und denen gleichzeitig zur Last gelegt wird, mit anderen von den „Maxwell“-Geschäftsinhabern „Schutzgelder“ erpresen zu wollen; 2. über die Vorgänge rund ums „Maxwell“ Gerüchte und Vermutungen verbreitet und dabei ebenfalls für die polizeilichen Ermittlungen wichtige Personen namentlich identifiziert. ... daß mir bekannt ist, daß in der Kiezküche, die im SO 36' zuhause ist, eine Dokumentation über Geschäfte gewesen sein soll, die angeblich nicht in den Kiez passen würden. Ich selber habe diese nie gesehen. Im SO 36' verkehrt auch XY mit seinen Freunden (...) Nach weiteren Vorfällen in ihrem Zusammenhang befragt, kann ich nur noch erwähnen, daß mir bekannt ist, daß auch diese Gruppe im „unart“ erschienen sein soll, um dort Geld für die Knastkasse zu fordern.“ (Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll in: taz, 24.5.)

Damit ist die Sache aber noch nicht ausgestanden. Die Diskussion der „Affäre Nowakowski“ im „Nationalen Plenum“ der „taz“ sowie die dort verabschiedete Erklärung bezogen sich auf ein zu diesem Zeitpunkt bekanntes dreiseitiges Vernehmungsprotokoll. Inzwischen ist jedoch ein weiteres fünfseitiges Polizeiprotokoll aufgetaucht, das ebenfalls Zeugenvernehmungen bezüglich der Vorgänge um das „Maxwell“ zum Gegenstand hat. Aus diesem Protokoll, das dem Schreiber dieses Artikels vorliegt, geht klar hervor, daß Nowakowski in einem Punkt seiner persönlichen Erklärung in der „taz“ die glatte Unwahrheit gesagt hat. Er hatte dort behauptet, bezüglich des Feuers in seinem Keller Anzeige gegen Unbekannt erstattet zu haben. In dem fünfseitigen Protokoll heißt es dagegen: „In der Nacht des 11.8.1987, gegen 1.00 Uhr wurde im Keller unter der Wohnung des Nowakowskis Feuer gelegt. Dazu stellte er Strafantrag (...) Bezüglich des Brandes erklärte er, daß QZ dahinterstecken könnte, ohne dies allerdings konkretisieren zu können.“ Auch in diesem Punkt wurde also jemand von Gerd Nowakowski denunziert. Ob damit für die „taz“ endgültig die Schmerzgrenze erreicht ist, das muß sich herausstellen.

cl./KB Westberlin

fen“. In Unionskreisen der Bundesregierung äußerte man sich befriedigt darüber, daß die FDP-Minister nicht auf einer wesentlich härteren Protokollklärung bestanden hätten... auch Zimmermann sei dagegen, daß Aufnahmen der Polizei zum Nachteil friedlicher Demonstranten verwendet würden“, berichtete mit süffisanten Unterton selbst die FAZ (19.5.88).

Jetzt, da das Gesetz im Kabinett abgesegnet ist, werden die Regierungsparteien versuchen, es zum 1.1.1989 in Kraft treten zu lassen. Vorher muß es allerdings noch Bundesrat (was angesichts der bereits erfolgten Länderverträge unproblematisch werden wird) und Bundestag passieren. Die Bundestagsberatungen könnten, angesichts der Kritik an dem Gesetzentwurf, die sogar weit in konservative Juristenkreise reicht (z.B. Deutscher Richterbund, Deutscher Anwaltverein), allerdings noch zu Modifikationen führen: Sowohl bei der ersten Verschärfung des Landfriedensbruchparagrafen 1983-85 als auch bei der 1986 in die Diskussion gebrachten sogenannten Kronzeugenregelung mußte die Regierung nach den schlechten Noten, die ihre Entwürfe in den Anhörungen erhalten hatten, diese noch einmal verändern. Am Beispiel der Kronzeugenregelung, die jetzt nur unwesentlich modifiziert, aber fast unbeachtet mitgeschleppt wird, zeigt sich aber auch, daß selbst solche „Erfolge“ in der Regel nicht von langer Dauer sind.

Bemerkenswert an diesem neuen Artikelgesetz ist, daß nicht einmal mehr versucht wird, das Spektrum „terroristischer“ Straftaten auszuweiten oder mit schärferen Strafen zu bedecken. Es wird diesmal ohne großes Federlesen direkt zur Sache gegangen: Die Bewegungen und legalen Organisationen wird via Straf- und Versammlungsrecht klargemacht, daß ihr oppositioneller Ansatz insgesamt „latverdrängig“ ist. Folgerichtig wird sowohl die Diskussion über politische Oppositionsstrategien durch den neuen, allerdings nicht unbekannten Paragraphen 130b (Befürworten von Straftaten) eingeeignet, als auch bei Demonstrationen durch eine Ergänzung des Versammlungsrechts „bußgeldbewehrtes Kooperationsgebot“ die Zusammenarbeit mit der Polizei zur Pflicht gemacht. Legale und vor allem auf Massenzielende politische Arbeit soll durch den Gesetzentwurf der Kontrolle des Staatsschutzes unterworfen werden — dadurch werden die Spannungen innerhalb von Bündnissen verschärft. „Zugleich bergen die Vorschriften eine Propagandawirkung in sich, indem sie das straflose Wahrnehmen eines Grundrechts so in die Nähe von Kriminalität bringen, daß eine Differenzierung schon Juristen kaum und Laien erst recht nicht mehr möglich ist“, schreiben die Strafverteidigervereinigungen in ihrer äußerst umfassenden, materialsreichen Kritik an dem Gesetzentwurf (nicht veröffentlichtes Papier vom 17.2.88).

Schutzbewaffnungsverbot, beides begrifflich, die eigens für diese Gesetzesverschärfung erfunden worden waren. Gemeinsam ist den Begriffen ihre Unbestimmtheit: Was nämlich eine Schutzbewaffnung, was eine Vermummung ist, vermochten selbst die Gesetzestexte nicht so ganz genau zu definieren. Beispielsweise schafft es der Rechtsausschuß in seiner Sitzung vom 27. Juni 1985, Motorradhelme einmal als Beispiel für eine Schutzbewaffnung und einmal als Beispiel für keine Schutzbewaffnung anzuführen. Der in der Begründung des neuen Gesetzentwurfes unternommene Versuch, Vermummung als „zweckwidrige Verwendung von Kleidungsstücken unter Berücksichtigung der Gesamtumstände“ zu definieren, macht die Schwabelligkeit dieses Begriffes erst richtig deutlich. Neben der Unbestimmtheit der Begriffe kritisieren zahlreiche Juristen aber den Ansatz dieser Regelung: Da Vermummung und Schutzbewaffnung nicht selbst Straftaten darstellen, sondern nur bestraft werden sollten, weil den Vermummten und Schutzbewaffneten unterstellt wird, sie planten Straftaten zu begehen, stelle der 17a „einen unzulässigen Rechtsnachteil für böse Gesinnung dar“ (so der Gießener Strafrechtsprofessor Kühl in der NJW). Tatsächlich geht die Begründung zum Gesetzentwurf sogar noch weiter: „Die Nähe dieser Verhaltensweisen (Vermummung, Anm. d. Red.) zu den beim Umschlagen friedlicher in unfriedliche Versammlungen drohenden Rechtsgutverletzungen rechtfertigt, sie als sozialschädliches Unrecht mit Kriminalstrafe zu belegen.“ Das genau bezweifelt der namhafte, eher als konservativ einzustufende Grundgesetz-Kommentator Hoffmann-Riem, der zum Vermummungsverbot in Zusammenhang mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausführt: „Die sogenannte Vermummung darf nicht ohne weiteres als Beleg der Unfriedlichkeit gewertet werden. Angesichts der geschichtlichen Erfahrungen im Versammlungswesen kann das Interesse der Versammlungsteilnehmer schutzwürdig sein, nicht von der Staatsgewalt oder von Privatpersonen (z.B. dem Arbeitgeber) als Versammlungsteilnehmer identifiziert werden zu können. Dementsprechend darf der Staat auch nicht etwa die ‚Vermummung‘ generell verbieten.“ D.h. mit der neuen Verschärfung gestaltet der Gesetzgeber eine ohnedies von etlichen Juristen als verfassungswidrig angesehene Regelung noch repräsentativer.

Gleichzeitig mit der Strafbewehrung des Vermummungsverbots wird das Mitführen von Vermummungsgegenständen bzw. Schutzwaffen zu Demonstrationen zur Ordnungswidrigkeit. D.h. einen Schal oder ein Halstuch zu einer Demonstration nehmen kann künftig mit Bußgeldern geahndet werden, bei Strafenkontrollen werden dann künftig Motorradhelme nicht mehr nur beschlagnahmt, ihre BesitzerInnen werden auch noch zur





## Gespräche in Rheinhausen

Rheinhausen 18. Mai: Die Mühlwachen sind nur schwach besetzt. Müde und zerschlagen hängen Leinen und Tücher an den Fenstern. In der Frühmorgensonne „Rheinhausen muß leben!“ Am Grund zeichnete dieser Satz seit Dezember immer vielen Wohnzimmern. Heute ist dieses Plakat viel schwerer zu sehen. Oft ist es mit einem schwarzen Kreuz überklebt.

Wir für 1 ein Denkmal. An einer Stange hängt Hammer und Sichel. Notfalls kann man sich noch ein Schuppen drauf legen, hatte der Betriebsrat zu den Bruchsteinen mal verknüpft.

Morgen, wenn sich der Aufsichtsrat trifft, um die Schließung des Stahlwerks zu beschließen, gegen die rechtlich ist die Arbeitnehmerseite. Am 19. Mai wird der Betriebsrat eine Art Abschlusssitzung abhalten. Wie war später erfahren, daß Dietmar Hantschke, einer der Kollegen, den wir heute interviewen wollten, auf der Dinsburger IG Metall dort nicht sprechen. Dietmar ist Mitglied der Vertrauenskörperlung und seit November in vorderster Reihe aktiv. Wie sein Kollege, der Vertrauensmann Wolfgang Kahl, findet er schwere Worte für den Abbruch des letzten Streiks (7.4.14.4.88) und die Paraphierung (das Abzeichnen) des Verhandlungsergebnisses durch die Betriebsrats-Spitze am 3. Mai in Düsseldorf.

Doch scharfe Worte allein reichen ihrer Meinung nach nicht aus. Beide gehören zu einem Kreis von GewerkschafterInnen aus verschiedenen Stahl- und Metallbetrieben, die unter dem Motto „Das ist nicht das letzte Wort!“ zu einer Kundgebung am 14. Mai also noch vor der Aufsichtsratsitzung aufgerufen haben. Da „die Unzufriedenen“ weder im Betriebsrat noch im Bürgerko-

mittee vertreten sind, zeigen sie sich unzufrieden. In der Kundgebung am 19. Mai werden sie sich mit den Vertretern des Betriebsrates am 19. Mai treffen.

Als „die Unzufriedenen“ ihren Vorschlag am 6. Mai auf dem Bürgerkomitee vorgestellt hatten, war deutlich geworden: Weder Theo Steegmann noch Pfarrer Kelb wollten irgendeinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß der Kampf um die 5.000 Arbeitsplätze beendet ist.

Doch dieser Kampf wurde zu entschieden und zu lang geführt. Er hat zu viele Menschen, auch über Rheinhausen hinaus, aufgewühlt. Wie sollte sich die Lage da sofort beruhigen? Nach dem DGB-Duisburg sich entschieden hat, die 1. Mai-Kundgebung auf der anderen Rheinsseite, in Duisburg/Hamborn zu veranstalten (tobwohl bekannt war, daß die faschistische IAP am 1. Mai in Rheinhausen eine „braune Gewerkschaft“ gründen wollte), versichern die Unzufriedenen in Rheinhausen eine große Demonstration. Trotz eines großen Polizeiaufgebotes und massiver Kontrollen kamen 5.700 Menschen (laut Polizeiangaben) Dietmar Hantschke, der offizielle Leiter, wies 2.000 Menschen an, die aus Rheinhausen ca. 1.000 Menschen entgegen zu kommen. Gekommen waren viele ausländische Kollegen, Anarchisten, die MLPD und, und, und Dietmar berichtet auch, daß sich nur 100 KollegInnen aus Rheinhausen einfinden (u.a. die Spitze des Betriebsrates), um gemeinsam zu Mai-Kundgebung des DGB nach Duisburg/Hamborn zu fahren.

Für unseren Besuch heute haben wir uns einiges vorgenommen. Von den Vertretern der linken, betrieblichen Strömungen

vertraten wir die Stimmung in der Belegschaft und das Verhalten des Betriebsrates beurteilen. Ob und welche Leuten sie aus dem Kampf um Rheinhausen gezogen haben.

Nach dem Gespräch mit Dietmar und Wolfgang, treffen wir die Betriebsräte Gerd Pfisterer und Theo Steegmann.

Gerd ist seit 1987 im Betriebsrat. Er gehört außerdem der Vertrauenskörperlung des Werkes an. Gerd berichtet, daß er sich im letzten Kampfes-Ende November für die Vorbereitung eines unbefristeten Streiks eingesetzt hat. Das Verhandlungsergebnis hat er, zusammen mit vier anderen Betriebsräten, abgelehnt. In der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ hatten wir gefragt: Gerd Pfisterer gehöre aus der IG Metall ausgeschlossen. Wenn die IG Metall diese Forderung aufgreift, dann so verurteilt Gerd Pfisterer, werde man ihm wahrscheinlich „die Unterstützung oder die Mitgliedschaft in der MLPD werfen“.

Am späten Abend sitzen wir bei Theo Steegmann auf'm Sofa. Er wirkt erschöpft. Dem/r AK-LeserIn ist Theo durch ein Interview bekannt, welches wir Ende Januar mit ihm führten (AK 291, 8.2.88). Er ist stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und gehörte der Dreier-Kommission an, die nach der Beendigung des Streiks, unter den Fittchen von Johannes Rau, mit den Unternehmensvertretern das Auslaufmodell für Rheinhausen ausgehandelt hat. Was wir an diesem Abend vergaßen zu fragen, war warum Theo trotz seiner kritischen Bemerkungen zur Montanarbeidskommission für den Aufsichtsrat bei Krupp kandidierte. Seine Kandidatur war, wie wir inzwischen erfahren, erfolgreich.

Für den AK fragten und stritten  
as und uh

## „Eine Dynamik, aus der Du nicht mehr herauskommst“

Theo Steegmann im Gespräch zum Ergebnis von Rheinhausen

Als Rau im „Aull Rheinhausen“ die Verantwortung übernommen hat, habt ihr seine Bedingung akzeptiert und den Streik abgebrochen. Warum?

Als wir in den letzten Streik gingen, war uns im Prinzip nicht richtig klar, mit welchem Ziel. Es wurde verstärkt die Frage des unbefristeten Streiks diskutiert. Im Prinzip hatten wir uns ja schon im Dezember nach langen Diskussionen gegen einen unbefristeten Streik entschieden. Ein unbefristeter Streik ist eine Frage „Alles oder Nichts“. Daunter ist die Vorstellung, man könne die Unternehmung allein durch den ökonomischen und politischen Druck zwingen, das Konzept zurückzunehmen. Wir haben stattdessen von Anfang an eingeschätzt, daß ökonomischer und politischer Druck notwendig ist und daß die Taktik des unbefristeten Streiks dazu führt, daß wir vor die Wand laufen. Als wir jetzt nach sieben Tagen aufhören, war deswegen im Prinzip klar, daß in der Verlängerung des Arbeitskampfes keine Perspektive mehr bestand.

Ich denke auch, daß, wenn du in dem Kampf die ganze Zeit die Führung inne gehabt hast, du dann an einen bestimmten Punkt auch die Verantwortung hast. Du sagst: „Sei unser e-Messias, nach bring das Lichts mehr.“ Die andere Alternative ist sich hinzugeben und zu sagen: „weitermachen, weitermachen.“ Die Belegschaft vor die Wand läuft. Das führt zum Scheitern, und die Erfahrung haben wir selber mit der IG Metall und dem Betriebsrat gemacht. Die Belegschaft ist sehr zerrissen ist, und das auch so demonstrierend als Niederlage empfunden, daß auch hinterher mit dieser Belegschaft nichts mehr möglich ist. Und daß wir die Belegschaft noch brauchen, bei den Sachen, die jetzt noch anstehen, ist auch klar. Unglücklich war meiner Meinung nach die Art und Weise, wie der Streik abgebrochen wurde. Das, denke ich, war unser größter Fehler. Denn so wurde der Eindruck erweckt, als wollten wir hier in aller Hektik was abbrechen und in der Belegschaft irgendwas abgeben. Wo man unter Umständen noch auf der

hatte diskutieren können, war ob man an das Ende des Streiks gewisse Bedingungen knüpft.

Mit dem Abbruch des Streiks habt ihr das entscheidende Mittel aus der Hand gegeben, mit dem ihr in Verhandlungen hätte Druck machen können.

Meiner Ansicht nach war das kein Druckmittel mehr. Die Kunden von Krupp Rheinhausen haben in den letzten Monaten über 100.000 t von Mannesmann und Thyssen geliefert bekommen. Die Warmbreitbandstraße von Krupp in Bochum hatte im März die höchste Produktionsleistung seit ihrem Bestehen. Es war von daher völlig klar, daß drei Konzerne an der Stilllegung der Hütte interessiert waren. Unsere Einschätzung war, daß eine Belegschaft allein nicht ausreicht, um das zu kippen.

Würdest Du im Rückblick betrachtet sagen, daß der Betriebsrat von Rheinhausen sich gegenüber der unsolidarischen

Heilung, einmündigen Betriebsrat um portieren, in der ersten IG Metall Bochum. So, wenn könnte die der Belegschaft, die in der Belegschaft, in dem es heißt, man werde alles walzen, was man im Werk bekommt.

Das wußten wir ungefähr seit dem 18. Dezember. Es hat dann eine Aussprache mit dem Bochumer Betriebsrat gegeben und da haben sie uns ziemlich massiv deutlich gemacht, daß sie noch nicht einmündig sind. Kurzarbeit in Kauf zu nehmen.

Man hatte diesen Konflikt jetzt natürlich nicht lösen können und die anklagen können. Aber insgesamt hatten wir die Einschätzung, daß der ökonomische Druck auf die anderen Krupp-Stahlbetriebe sehr groß ist, da der Vorstand sie massiv erpreßt. So hat Cromme z.B. gegenüber dem Bochumer Betriebsrat erklärt, Rheinhausen bringt das ganze Unternehmen in den Konkurs. Aufgrund dieses Erpressungsmanövers war innerhalb des Krupp-Stahlbereichs, wenn auch nicht viel an Solidarität zu erwarten.

Wie nicht die grundsätzliche Einigkeit der IG Metall mit der laufenden Struktur-anpassung in der Stahlindustrie, wie sie sich u.a. in der „Frankfurter Vereinbarung“ niedergeschlagen hat, der entscheidende Hemmschuh?

Ich denke, vor Rheinhausen gab es in der IG Metall Spitze durchgängig die Meinung, daß man das sozial gelöst kriegen könne, indem aus zwei Unternehmen eins gemacht wird. Das ist betriebswirtschaftlich sinnvoll und wir begleiten das dann irgendwie. So wurde dort wohl gedacht. Als es in Rheinhausen dann knaßte, war der gesamte Apparat darauf im Prinzip nicht vorbereitet und hatte damit auch gar nicht gerechnet. Das ist ein Indiz dafür, daß es da eine ungeheure Distanz gibt von der realen Bewegung und dem was im Apparat der IG Metall gedacht wird. Von daher wurde auch nicht die Chance erkannt, die dann begibt, wenn man die Bewegung ausweitet. Am 10. Dezember und in der Tarifrunde hätte es Möglichkeiten gegeben, wo man die Bewegung weit über



Fortsetzung von vorheriger Seite

Rheinhausen hinaus hätte ausweiten können. Meiner Meinung nach war es ziemlich offensichtlich, daß der Apparat diese Möglichkeiten nicht nutzen wollte, sondern daß er sie abgeblockt hat.

Man kann jetzt natürlich die Theorie vertreten, daß die IG Metall von Bösewichten regiert wird und der Stahlindustrie ein Arbeiterverräter ist!

Eine andere Deutung des Verhaltens der IG Metall-Spitze wäre, daß es dort die Einschätzung gäbe, daß in der Stahl- und Werftenindustrie nur noch Rückzugstechnik geführt werden, da es sich um sterbende Branchen handelt und man auf die Modernisierung des Kapitalismus setzen muß. Rheinhausen war da jedoch ein Scheitelpunkt, wo die Einschätzung der IG Metall-Spitze meiner Meinung nach umgekippt ist. Denn Rheinhausen war in mehrfacher Hinsicht etwas Neues. Es war ein hochmodernes Hüttenwerk und es war keine Randzone der Stahlindustrie mehr. Hier konnte man also nicht mehr von Rückzugsgefechten sprechen. Mein Haupteindruck ist, daß die IG Metall im Augenblick relativ orientierungslos ist.

Die „Frankfurter Vereinbarung“ wurde ja in einer Zeit verabschiedet, als in Hütten und Oberhausen um den Erhalt von Standorten gekämpft wurde. Hat die IG Metall Führung damit nicht ganz deutlich gemacht, daß man von branchenweiten Kämpfen um den Erhalt von Standorten nichts, um Sozialplanpolitik dagegen viel wissen will? Und weiter: Kann man sich als linker Gewerkschafter heute überhaupt noch auf die „Frankfurter Vereinbarung“ beziehen?

Sozialplanpolitik ist ja das, was in der Stahlindustrie jahrelang gemacht wurde. Und im Prinzip hat die „Frankfurter Vereinbarung“ da nur eine Verlängerung der sehr guten Sozialplanpolitik gebracht. Das was neu war, war der Ausschluss von Massenentlassungen bis Ende 1989. Angesichts der Kämpfe, die in Hütten und Oberhausen gelaufen sind und unter dem Gesichtspunkt, daß die Stahlindustrie

Die „Frankfurter Vereinbarung“ deutet auf eine Abkehr der IG Metall von der reinen Sozialplanpolitik hin

montanindustriell ist, ist das eigentlich viel zu wenig. Das eigentlich Neue an der „Frankfurter Vereinbarung“, die Vereinbarungen über Ersatzarbeitsplätze, ist völlig unverhandelbar. Trotzdem bin ich der Meinung, daß die „Frankfurter Vereinbarung“ schon eine gewisse Umorientierung der IG Metall zum Ausdruck bringt. Die „Frankfurter Vereinbarung“, so denke ich, deutet auf eine Abkehr von der reinen Sozialplanpolitik hin.

Daß der Kampf um Rheinhausen nicht zu einem branchenweiten Kampf ausgeweitet werden konnte, ist, nach Meinung der IG Metall Vorstandsmitglieder Karin Benz-Overhage, Schuld der Rheinhausener. In einem „az“ Interview vom 13. Mai erklärte sie: „Daß ein branchenweiter Kampf nicht gelungen ist, hängt meines Erachtens mit der engen Definition des Kampfbereiches zusammen. Es muß uns zu künftig gelingen, übergreifende Kampfbereiche, die dann branchenweit mobilisierbar sind, also andere Konzepte struktureller Wandels, zu vertreten, daß sie für die Betroffenen auch ein Stück Hoffnung bedeuten.“ Sind die Rheinhausener demnach an ihrer Niederlage selbst Schuld, weil sie zu borniert um Erhalt ihrer Härte festgehalten haben?

Ausgangspunkt ist für uns nach wie vor die Forderung der IG Metall nach dem Erhalt aller Stahlstandorte. Die IG Metall hat da ja auch keine anderen Orientierungen vermittelt. Parallel dazu gibt es von der IG Metall die Forderung nach Beschäftigungsgesellschaften, was ich für einen äußerst sinnvollen Ansatz halte. Darin habe ich auch eine Chance gesehen einen standortübergreifenden Kampf zu führen.

Ich denke, man kann die anderen Belegschaften nicht mobilisieren mit der Forderung nach Erhalt des Stahlstandortes Rheinhausen. Da kann man bis zu einem gewissen Punkt Solidarität abverlangen. Aber letztendlich muß man Forderungen entwickeln, die für alle Belegschaften eine Perspektive bieten und da wäre die Forderung nach einer Beschäftigungsgesellschaft Duisburg zumindest für die drei Duisburger Stahlbelegschaften eine Alternative und eine übergreifende Klammern gewesen, unter der man den Kampf hätte organisieren können. Das ist aber von der IG Metall nicht getan worden. Ich frage mich warum?

Ab wann wart ihr im Betriebsrat der Meinung, daß die Forderung nach dem Erhalt der Standorte Rheinhausen nicht mehr durchsetzbar ist?

Der Walzwerkbereich ist langsam ausgetrocknet worden und zwar sowohl durch unseren Streik, als auch dadurch, daß Kunden abgesprungen sind und der Vorstand einfach die Antwort gegeben hat, daß keine neuen Kundenaufträge mehr entgegengenommen werden. Eine Verlängerung des Arbeitskampfes im Walzwerkbereich hätte zur gleichen Situation geführt. Aufgrund dieser Entwicklung sind wir Ende März zu der Auffassung gekommen, daß wir das ökonomisch nicht weiter durchhalten können. An diesem Punkt mußte ich dann, so meine ich, anfangen umzudenken. Obwohl, und das ist unser Problem, das nicht so klar vermittelt war.

Hat das Alternativkonzept, das ihr Ende März vorgelegt habt, eure Verhandlungsposition gegenüber dem Krupp-Vorstand verbessert?

Das Alternativkonzept hatte meiner Meinung nach einen durchaus zweischneidigen Charakter. Man begibt sich ja in eine betriebswirtschaftliche Logik, wenn man sagt, wir legen auch ein betriebswirtschaftlich besseres Modell vor. D.h., daß nur rentable Betriebe überleben können usw. Das Alternativkonzept war ein Spekulieren auf die betriebswirtschaftliche

Das Urteil wurde ich für zu pauschal halten. Man muß das im Konkreten diskutieren. Im Nachhinein betrachtet, gab es am 10. Dezember auf jeden Fall eine Situation, wo man hätte härter zuschlagen müssen. Vielleicht wäre in der Situation ein Bündnis mit den Hückingern (Mannesmann-Hückingen in Duisburg, Ann. AK) möglich gewesen. Nicht mit dem Hückinger Betriebsrat. Aber ich denke, man hätte sich in Hückingen vielleicht einfach vor die Tore stellen müssen und sagen: Jetzt kämpfen wir zusammen. Bei euch haue sie ja auch 2.000 Arbeitsplätze weg. Oder wenn mit den Dortmundern was gelaufen wäre. Dann man sagt: Ihr seid die Nächsten und jetzt kämpfen wir zusammen für ein gemeinsames Konzept. Das hätte diese Bewegung politisch noch einmal unheimlich vertieft.

Allerdings hätte die IG Metall da die Führung übernehmen müssen, denn du kannst ja nicht die einzelnen Betriebsräte da an die Wand stellen und anangeln und die öffentlich anscheißen. Das führt nur dazu, daß die Belegschaft sich letztendlich mit ihrem Betriebsrat solidarisiert. Nur wenn die IG Metall gesagt hätte: „Jetzt müßt ihr solidarisch sein!“ hätten die sich möglicherweise anders verhalten. Zur Vergesellschaftungsinitiative von Hans-Jürgen. Wir haben damals einge-

Warum habt ihr von Rau nicht verlangt, daß er sich zumindest auf den Boden zu re-Alternativ in epire stellt?

Wir haben dem Rau relativ deutlich gesagt, daß wir Bedingungen haben. Wir haben ihn gewarnt und haben ihm gesagt, die Unternehmensleitungen sind knochenhart, die gehen von diesen Bedingungen nicht ab. Wir haben bestimmte Vorbedingungen gestellt. Bis 1991/92 muß die Härte weiterlaufen mit einer gewissen Öffnungsausgleich, daß dann auch der Drei-Öfen Betrieb weitergeführt wird usw. Es sah so aus, als wenn sie sich darauf einlassen. Ich fand das war schon im Vorfeld ein sehr weitgehendes Zugewinn. Und es war in unserer Dreier-Kommission dann auch heftig umstritten, inwieweit das nicht von der Belegschaft als Auslaufmodell angesehen wird.

Die Zitiert ja das öftern einen eurer Vertrauensleute mit der These: Das Schließungskonzept sei nur zu kippen gewesen, wenn der politische Schaden größer ist als der mögliche betriebswirtschaftliche Nutzen. Wie hatte im Rückblick mehr politischer Schaden angerechnet werden können?

Nur dadurch, daß sich die Basis verteidert hatte, daß es eine Bewegung gegeben hätte, vielleicht so wie es in den vier Jahren in den Kohle-Leuten war. Also, wenn eine Stimmung im Ruhrgebiet entstanden wäre, für die Adenauer den Spruch entwickelt hat: „Wenn es an der Ruhr brennt, hat der Rhein nicht genug Wasser.“

Aber, wann kommt es genau zu diesem Punkt? Doch nur wenn es keinen anderen Ausweg mehr gibt. Muß man euch nicht den Vorwurf machen, daß ihr den Leuten mit der bedingungslosen Annahme der Rau-Vermittlung Aussagen vorwegkauft, daß die es unter diesen Bedingungen gar nicht mehr gut? Fangen die Leute nicht erst dann wirklich an zu kämpfen, wenn die Lage aussichtslos zu sein scheint?

Das sehe ich genau andersherum. Ich denke, die Leute hängen dann an zu kämpfen, wenn sie Hoffnungen haben. Hoffnungen und eine Aufbruchstimmung gab es im Dezember, wo jeder das Gefühl hatte, die Bewegung gewinnt so langsam, die kann alles. Im Dezember hat die Bewegung noch eine Power mit relativ viel Optimismus gehabt.

Über diese Power war doch wegen der Schließungskonzepten entstanden, also aus einer scheinbar aussichtslosen Situation heraus.

Gut, aber in den darauffolgenden Monaten waren wir in Rheinhausen schon ziemlich isoliert. Das hat mit der Dauer der Auseinandersetzung zu tun genommen. Da hastest du mehr und mehr das Gefühl, daß du alleine da stehst. Da war die Situation wirklich aussichtslos, fand ich.

Wenn du in so einer Vermittlung bist, bist du in einer Dynamik drin, aus der du nicht mehr rauskommst

Als ihr euer Verhandlungsergebnis auf der Betriebsversammlung am 3. Mai vor gestellt habt, war keine offene Diskussion darüber mehr möglich. Das Ergebnis der Betriebsversammlung war durch eure Paraphierung in Düsseldorf verfestigt.

Das ist irgendwie richtig. Wir haben hinterher im Betriebsrat lange darüber diskutiert. Selbst im engeren Kreis hat es beispielsweise mit Klaus Lölgen, unserem VK-Leiter, noch Rückdiskussionen darüber gegeben. Auch er hat diese Paraphierung verurteilt. Nur auf der anderen Seite hatten wir das Vermittlungsergebnis ja morgens im Betriebsrat, in der Vertrauenskörperschaft und der Jugendvertretung ganz offen diskutiert. Wir hatten die Frage diskutiert, ob wir noch eine Periode im Weiterkämpfen sehen. Im Betriebsrat ist die Situation dann gegen fünf Stimmen so beurteilt worden, daß keine Perspektive mehr da ist. Und ich finde, daß der Betriebsrat in der ganzen Auseinandersetzung ein solches Gewicht hatte, daß er diese Entscheidung fällen konnte. Ich habe da keine andere Alternative gesehen. Du kannst den Arbeitgebern nicht sagen: Ist ja schon, was ihr uns angeboten habt, aber jetzt diskutieren wir erstmal in der Belegschaft, ob die das akzeptiert oder nicht. Dann befürchten die Arbeitgeber natürlich, daß da nachverhandelt und nachverbessert wird.

Wenn du in so einer Vermittlung bist, bist du in einer Dynamik drin, aus der du nicht mehr rauskommst.

Finden du es nicht ein bißchen dürrig, daß ihr den Vorschlag eine Streikleitung zu bilden allein mit der Begründung abgelehnt habt, daß dieser Vorschlag von der MLPD kommt?

Eigentlich nicht. Ich denke, die MLPD hat sich in der ganzen Auseinandersetzung so verhalten, daß im Prinzip keine solidarische Auseinandersetzung mehr möglich war. Im Dezember haben sie eine Betriebszeitung rausgegeben, wo angegeben drin stand: Die Betriebsräte sind nicht in der Lage und nicht Willens, den Kampf um den Standort Rheinhausen zu führen. Die MLPD hat in den ganzen fünf Minuten systematisch versucht, ein Milieu zwischen Betriebsrat und Belegschaft aufzubauen. Der Vorschlag zur Bildung einer Streikleitung war nur der Versuch, mit der Streikleitung irgendwie die Führerschaft dieser Bewegung an die Hand zu kriegen. Die MLPD finde ich hat einen sehr starken Führungsanspruch und ist auch nicht in der Lage, mit irgend einem bei uns im Betrieb politische Bündnisse einzugehen. Selbst mit Kollegen wie Haasecke oder Kolditz nicht.

Glaubst du denn tatsächlich, daß die MLPD diese Streikleitung hätte dominieren können?

Wenn wir die Streikleitung gewählt hätten, glaube ich, das nicht. Unsere Überlegung in Bezug auf die Streikleitung war, daß wir deren Notwendigkeit nicht gesehen haben. Denn während des Arbeitskampfes hatte sich ein sehr direktes Verhältnis zwischen Betriebsrat und Belegschaft herausgebildet. Das „Handelsblatt“ hat in diesem Zusammenhang geschrieben, die Betriebsversammlungen in Rheinhausen hätten sich zu einer Art Parlament entwickelt.

Für einen der größten politischen Erfolge wurde ich es halten, wenn es gelänge, in der IG Metall eine offene Diskussion über unseren Kampf in Rheinhausen zu führen

Wenn mensch das Verhalten der IG Metall in der Auseinandersetzung um Rheinhausen mit dem Verhalten in Hütten und Oberhausen vergleicht, muß man mich fragen, weshalb werden, daß die IG Metall den Kampf um alle drei Standorte im Prinzip auf die gleiche Art geführt hat.

Die IG Metall hat den Kampf aber nicht nicht geführt. Wir haben den geführt.

Aber was hat euer Kampf deiner Meinung nach politisch bewirkt?

Ich denke, daß Rheinhausen unheimlich viele Fragen in Richtung IG Metall ausgelöst hat. Rheinhausen hat eine Diskussion ausgelöst, die meiner Meinung nach erstens auch nicht mehr kapitalstrukturell, sondern strukturell auszuweiten versucht worden. Die Organisationsform des Arbeitskampfes durchgefallen. Das ist tatsächlich gewesen. Und es lagensetzt auch eine Menge Leute an zu fragen: Warum das so gewesen ist. Da ist beispielsweise auch das thematisches Thema der Niederlage wichtig und daß bisher keiner versucht hat, das irgendwie als Kompromiß hinstellen, sondern daß gesagt wird: Das ist eine Niederlage. Denn ich finde, es kamst bei zukünftige Kämpfe nur lernen, wenn du aus einer Niederlage etwas lernen kannst. Und ich finde, das ist ja nun das, was der Organisation immer von den Stahlleuten vorgeworfen wurde: hat man das Ergebnis versucht als Erfolg hochzuheben und hat alle in ergewerkschaftliche Kritik, z.B. von Herbert Kaupp, zum Versäumen gebracht. Man hat sie einfach gekillt. Nirgendwo ist der Stahlarbeiterstreik in der Organisation aufgearbeitet worden. Für einen der größten politischen Erfolge würde ich es deshalb halten, wenn es gelänge in der IG Metall über unseren Kampf in Rheinhausen eine offene Diskussion zu führen.

Ist es nicht aber so, daß in der IG Metall weiterführende Diskussionen erfahrungsgemäß nur unter Druck stattfinden? Dieser Druck ist mit dem Ende des Kampfes jetzt aber erstmal weg.

Das sehe ich nicht so. In der IG Metall wird sehr viel diskutiert, manchmal zu viel. Ein Beispiel ist der „Zukunftskongress“, den die IG Metall im Herbst veranstaltet. Ich denke auch, daß die IG Metall da so und so in einem Diskussionsprozeß ist. Interessant fand ich in diesem Zusammenhang beispielsweise eine Äußerung von Siegfried Bleicher, der kürzlich erklärt hat, daß in der IG Metall eine neue Streikkultur eingeführt werden müsse.



Theo Stoßmann

Theo Stoßmann

Kompromißbereitschaft der Unternehmer. Im Nachhinein betrachtet, daher eher eine Fehleinschätzung, würde ich sagen. Das Alternativkonzept hängt aber auch mit der Verhandlungsstrategie von Crumme zusammen. Crumme hatte ja immer den Eindruck, er war als ob es in Rheinhausen nur um die betriebswirtschaftlichen Verluste geht. Wenn die weg wären, würde sich das alles anders darstellen. Im Nachhinein betrachtet, haben sie Crumme aber geholt, um die Härte platt zu machen. Auch die Optimierungsphase erklärt sich im Nachhinein aus dieser Abwärt. Es war, denke ich, relativ langweilig, daß die Rheinhausener zumachen wollten.

Das Alternativkonzept erklärt sich aber auch aus der Entwicklung des Arbeitskampfes selbst. Das Konzept wurde nach der Kanzlerrunde vorgelegt. Da war die Stimmung eigentlich schon relativ mies, weil die meisten KollegInnen erwartet hatten, daß in der Kanzlerrunde die Lösung zustande kommen werde. Obwohl wir immer auf das Gegenteil orientiert haben. In dieser Phase hat das Alternativkonzept eine sehr starke Innenwirkung gehabt. Man konnte nachweisen, daß der Grund für die Stilllegung der Härte nicht der ist, daß hier keine schwarzen Zahlen gemacht werden können, sondern daß der Grund für die Stilllegung ein anderer ist. Ob das mit dem Alternativkonzept allerdings ein richtiger Weg ist? Ich weiß es nicht.

Am 10. Dezember hätte man harter zuschlagen müssen

Wenn Du sagst, der ökonomische Druck war nicht mehr da, hastest ihr dann nicht wesentlich stärker versuchen müssen, politischen Druck zu entfalten? Damit meine ich die öffentliche Kritik an den Stahl-Betriebsräten, die auch mehr oder weniger offen in den Rücken gefüllt sind sowie die Verankerung der Vergesellschaftungsforderung in der aktuellen Diskussion. Wäre es nicht notwendig gewesen, auf diese Dinge einen Schwerpunkt zu legen, um damit zu einem politischen Bewußtseinswandel in den Betrieben beizutragen? Müßt ihr euch nicht vorwerfen lassen, daß ihr euch stattdessen zu sehr an den sozialpolitischen Zwängen orientiert habt?

schützt, daß es politisch sich in einer Situation in der die SPD und die IG Metall die Vergesellschaftungsforderung nicht aufgreifen, diese von unten her durchzusetzen.

Herbert Kaupp, der ehemalige Betriebsratsvorsitzende von Mannesmann Hückingen, hat in einem Interview mit der Zeitschrift „Rever“ die Meinung vertreten, daß die Vergesellschaftungsforderung als Forderung vertreten werden müsse, weil sich an dieser Front sonst nichts bewegt.

Da sehe ich aber auch genau das Problem drin. Das mit der Vergesellschaftungsforderung ist ja nun schon versucht worden 1982 bei Hoesch, in der Situation des Modernisierungspapiers, wo es eine gemeinsame Betriebsratlichkeit aller Stahlbelegschaften gab, da war das eine sehr populäre, gangbare Forderung. Aber ich denke, in der Situation, in der wir uns jetzt befinden, wo Hütten, Oberhausen und die Maxhütte hinter uns liegen in einer Situation also wo eine Belegschaft wieder relativ alleine kämpft, die Orientierung der Vergesellschaftung durchzusetzen, ich weiß nicht.

Die Forderung des AFA-Bundesvorstandes nach einem Moratorium für die Stahlindustrie war meiner Meinung nach realistischer, als jetzt zu sagen, wir wollen die Vergesellschaftungsforderung rein, in der Hoffnung, daß dann die Massen marschieren.

Habt ihr es Rau nicht ein bißchen zu einfach gemacht, als ihr ihm ermöglicht habt, sich ohne glaubwürdiges Dementi als der große Vermittler aufzuspielen, der dann sogar noch die Bedingungen, nämlich den Abbruch des Streiks, diktiert? Ihr habt ihm doch die Hand geschüttelt, die noch blutig war?

(Lachen auf beiden Seiten) Für mich war es völlig klar, daß das Ergebnis des Gespräches am 7. Januar abends war: Die sollen das Ding durchziehen. Ich denke aber nicht, daß Rau es gesagt hat. Ich denke, daß die Verhältnisse in der SPD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen so sind, daß die Kräfte auch innerhalb der SPD überwiegen, die sagen: Rheinhausen muß zugemacht werden. Denn Duisburg beispielsweise hat in dieser Partei absolut keine Lobby. Die Siegener haben dafür eine ungeheuer große Lobby.







## Streikabbruch vor Wahl der Streikleitung

Interview mit Gerd Pfisterer, Betriebsrat bei Krupp

*Du hast dich seit Beginn der Auseinandersetzungen, im Gegensatz zu der Mehrheit des Betriebsrates, der für eine flexible Kampfform war, für einen unbefristeten Vollstreik ausgesprochen. Warum?*

Im Dezember, als die Auseinandersetzung um die Frage der Kampfform begann, hatte das Unternehmen noch keine Möglichkeit sich zu einer flexiblen Kampfform zu verpflichten. Bereits nach zweiwöchigen Wochen standen sie vor der Situation, daß die Warmbreitbandstraße in Bochum stillstand. Und das hatte im Falle der Automobilindustrie, die ja keine Lagerhaltung hat, zu erheblichen Konventionalstrafen geführt. Es wäre auch nicht möglich gewesen, das kurzfristig auszugleichen. Dazu kommt, daß Krupp der einzige Vorlieferant für die deutsche Glasindustrie ist.

Sowohl zur wirtschaftlichen Seite eines Streiks, das Entscheidende ist jedoch die politische Wirkung. Zum einen die politische Wirkung innerhalb der Belegschaft. Es hat sich in den verschiedenen Phasen gezeigt, daß in dem Augenblick, wo die Kollegen wieder in der Produktion drin waren, sich das zersetzend auf die Kampfmoral und das Klassenbewußtsein ausgewirkt hat. Dagegen wurden in der Situation, wo man im Streik war, Ideen und Initiativen frei.

Der Vollstreik hatte gerade im Dezember als es die verschiedensten Aktionen und eine breite Öffentlichkeit gab, zu dem Druck geführt, der auch politische Signalwirkung gehabt hatte. Dies war die Grundlage, um Zugeständnisse zu erreichen.

Nachdem die ganze Bewegung im Dezember sowohl im Betrieb als auch durch die Medien einen Aufschwung genommen hatte, hat der Betriebsrat unmittelbar danach eine Vereinbarung mit dem Vorstand abgeschlossen, womit er praktisch die ganze Kiste zurückgenommen und auf den Verhandlungsweg gestellt hat.

Die Bedeutung des Streiks zeigte sich auch im April. Die Glasindustrie stand kurz vor dem Stillstand. Die ganze Bewegung in Rheinhausen auch durch die Medien war weit gar nicht mehr verschwunden.

Die Situation im April hatte sich auch dadurch verschärft, daß der Vorstand mit harten Konsequenzen drohte. Was war passiert, wenn es politische Kundgebungen gegeben hätte oder wenn Polizei in den Türen eingesetzt worden wäre? Dann hätte die ganze Auseinandersetzung sofort eine ganz andere Dimension angenommen und hätte die politische Auseinandersetzung auf eine Stufe gehoben, wo klar geworden wäre, daß hier eine Belegschaft nicht mehr nur um ihre Arbeitsplätze kämpft, sondern daß hier im Grunde genommen Klassenfronten gegenüber stehen.

*Der unbefristete Vollstreik wurde von der ganzen fünf Monate hindurch propagiert?*

Ja, allerdings müssen natürlich die politischen und organisatorischen Voraussetzungen da sein. Das muß in der Belegschaft auch durch diskutiert werden.

*Gib es deiner Meinung nach Möglichkeit an auch die IG Metall hier in die Pflicht zu nehmen?*

Die IG Metall kann sich einen Kampf nicht leisten, da das bundesdeutsche Sozialrecht das nicht erlaubt. Aber die IG Metall wollte auch gar nicht. Ein Beispiel dafür ist die „Frankfurter Vereinbarung“ oder das offene Geheimnis, daß im Juli von IG Metall Vorstand die Stilllegungspunkte mit Crumme abgesprochen haben soll. Da gibt es entsprechende Mitschnitte von Teilnehmern. Und zwar aus der gleichen Zeit, in der Crumme mit Krüwel über diese Dinge gesprochen hat. Es traut sich aber niemand das Gespräch zwischen Juch und Crumme zu veröffentlichen.

*Was ist dran an der Behauptung der Betriebsratsmehrheit, daß die Stimmung in der Belegschaft für einen Streikabbruch war?*

Es ist klar, daß man einen selbstständigen Streik nicht gegen die Mehrheit der Belegschaft führen kann. Es ist aber nicht richtig, was Theo Steegmann oder Manfred Bruckchen, wenn sie sagen, der Streik wäre ein zusammengebrochen. Man muß dabei sehr genau ihre Rolle und ihr Verhalten zu dem Streik untersuchen.

Es gab z.B. eine Auseinandersetzung darüber, ob die sieben Tage im April überhaupt ein Streik waren oder nicht. In den ersten Tagen gab es da so eine merkwürdige Sprachregelung, das sei nur eine Blockade und man mache nur Mann wachen an den Türen. Theo Steegmann und Manfred Bruckchen haben die Position vertreten, daß jeder in dem Betrieb darf, der will. Theo selber ist nach



Gerd Pfisterer, Betriebsrat bei Krupp

drei, vier Tagen an die Türe gekommen und wollte dies den Kollegen gegenüber durchsetzen. Der Betriebsrat hat weiter erklärt, man könne keinen Kollegen zwingen und wenn man jemanden zwingen bringe man eine Spaltung in die Belegschaft. Aber genau das Gegenteil ist ja der Fall. Wenn man die Kollegen reinläßt führt das zu einer Spaltung.

Es war z.B. so, daß an zwei Türen von Anfang an zugewacht worden ist und nur die Kollegen reingelassen sind, die zur Notbesetzung gehörten. An anderen Türen konnten die Kollegen rein und konnten, wie sie wollten. So was ist natürlich für einen Streik unheimlich zersetzend. Aufgrund dieser Situation haben die Kollegen von den Türen, die dicht waren, die Initiative ergriffen und sind an die anderen Türen gegangen und haben mit den Kollegen dort diskutiert. Das hatte wiederum zur Folge, daß sich die Situation an diesen Türen im Verlauf der sieben Tage dann stabilisiert und geleistet hat. Und zwar auch in Hinsicht auf eine Streikleitung.

Die Frage ist einfach, ob man sich den Fragen und Problemen der Kollegen z.B. mit dem Geld, stellt oder ob man bei den Kollegen rumgeht und erzählt, ab Sonntag geht das Geld aus. Wir also bei wem versucht wurde, gerade die Werte bei den Kollegen zu stärken.

*Warum hat sich die Spitze des Betriebsrates deiner Meinung nach für eine weiche Regelung im den Türen eingesetzt?*

Hintergrund dieses Verhaltens waren Absprachen zwischen dem Betriebsrat und der örtlichen Polizei. Die Polizei hatte verlangt, daß der freie Zugang zur Halle gewährleistet sein muß. Ihr will, daß es diesbezüglich entsprechende Gerichtsbeschlüsse gibt.

Durch die ständigen Absprachen von Betriebsratspitze und Polizei wurde die Sache im Grunde so gehalten, daß Schmitt davon hervor kam, die Polizei zu überzeugen.

*Aber war es nicht gerade so, daß Innenminister Schnoor selbst, von Anfang an auf Deeskalation gesetzt hat?*

Es ist richtig, daß sie sich in einem Widerspruch befinden. Es wäre das erste Mal nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen, daß Polizei gegen streikende Arbeiter eingesetzt worden wäre. Damit wäre nicht nur ihr sogenannter sozialer Frieden ausnahmslos erfüllt, sondern die Polizei wäre auch als ein Machsinstrument in Frage gestellt worden und vor allem die SPD, die sie ja jetzt versuchen aufzupunkieren hätte in so einer Situation große Schwierigkeiten bekommen.

*Wie war es deiner Meinung nach möglich, die Belegschaft auf die Raus Vermittlung zu orientieren und den Streik abzu brechen?*

Bruckchen, Steegmann und Laakmann haben den Kollegen gesagt, Raus könne es sich gar nicht leisten, daß er in die Vermittlung geht, ohne das da was Positives bei rumkommt. Die haben gedacht, daß Raus wegen dem Telefongespräch jetzt so unter Druck ist, daß er jetzt was Positives rausholen muß.

Außerdem wollte der Betriebsrat den Streik abbrechen, weil an fast allen Türen Sprecher gewählt worden waren und es am Freitag eine Streikleitung gegeben hätte (Donnerstag wurde der Streik abgebrochen, Ann. AK). D.h. die Initiative war vollständig auf die Belegschaft übergegangen.

Wie war die Stimmung auf den Abteilungs-

versammlungen am 9. und 10. Mai?

Dort herrschte einiges Schweigen. Meiner Meinung nach eine Form des Protests. Die Kollegen sind nicht geknickt, sondern gelähmt aufgrund des Trommel leutens, welches von von allen Seiten auf sie niedergeprasselt ist. Schon heute rechnet sich ab, daß ein wachsender Teil von Kollegen, wenn über den „gemeinen Kern“ hinaus, den Streikabbruch am Donnerstag als entscheidenden Fehler sieht.

Sicher, doch kommt es so, wie Anfang Mai in Rheinhausen, ist es besonders bitter. Was in diesem ungewöhnlichen Arbeitskampf als Ergebnis herauskam und wie es einer Belegschaft „abgebrochen“ wurde ist nicht einfach eine Niederlage im Kampf, daran haben sich Gewerkschafter hierzulande fast schon gewöhnt. Es ist zwar der übliche Ausgang sozialdemokratisch gewerkschaftlich geführter Rationalisierungsverhandlungen, in diesem Fall aber mit folksrechtlichen Elementen versehen. Widerstands als zusätzlicher Garnierung, wie Vanilleis mit Tonnage aus.

„Ihr habt ein stolzes Kapitel in der Geschichte sozialen Widerstands geschrieben.“ Ist der IG Metall Vorsitzende Stenckhler die Rheinhausener gönnerhaft gewesen. Vermutlich plant er für zukünftige Gewerkschaftsversammlungen die Rheinhausener als Trübsalgruppe einzuladen. Ansonsten werden sie der Dummheit geziehen, da sie „die Verteidigung verlorener Arbeitsplätze und die Verwirklichung neuer Arbeitsplätze offenbart bis in die Schlupfphase der Auseinandersetzungen“ nicht begriffen hätten. Dieser strategische Ansatz der IG Metall den im Stahlbereich außer auf dem Papier bislang niemand entdecken konnte, sei von den unmittelbar Betroffenen als Gegensatz mißverstanden worden, so Stenckhler auf der IG Metall Bezirkskonferenz am 19.5.88. Brutaler als in der jetzt angekauften Auswertungsbroschüre kann den Rheinhausenern, die mit viel Hoffnung und Engagement in die Auseinandersetzung gegangen sind — und diese auch auf andere Teile ausgestrahlt haben —, kaum vermittelt werden, was überflüssig und nebensächlich eigentlich ihr Kampf für den konkreten Ausgang gewesen ist. Und leider stimmt das auch. Nach dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen im Dezember hätte ab Januar Schluß gemacht werden können, das Ergebnis wäre in etwa das gleiche gewesen, wir wollen nicht um hundert Arbeitsplatzverschiebungen streiten. Ist das ein Argument gegen den Kampf? Nicht immer, aber spätestens wenn man die systematische Ritualisierung solcher Kämpfe im Rahmen der immer gleichen sozialen Konfliktlösung sieht, mußte da mal drüber geredet werden. Die Wit und Entauschung von Aktiven in Rheinhausen wird jetzt seitens der IG Metall verhohlet. Euer Kampfziel — Standorterhalt — ist ja nur „realistisch“ gewesen, heißt es da. Gemeint ist: Wir haben den Erhalt aller Standorte in eurer konkreten Situation zwar auch auf die IG Plakate gedruckt, aber in der „Frankfurter Vereinbarung“ haben wir den Unternehmen 35.000 Stahlarbeitsplätze weniger zugesagt. Standorterhalt oder abgeforderte Zugeständnisse, für einen muß man sich entscheiden, in der Tat. Und wenn gegenüber gilt das Wort eines Gewerkschaftsführers wohl mehr?

„Schwachstellenanalyse“ nannte Stenckhler die „Klarstellung eines realisti-

*Aber wie war es möglich, daß die Belegschaft sich von Raus hat um den Finger wickeln lassen?*

Ich würde sagen, das ist ein Pyrrhussieg. Ein Teil der Kollegen war skeptisch, ein Teil der Kollegen hat wirklich Hoffnung in Raus Vermittlung gesetzt und ein Teil hat gesagt, wenn nichts dabei rumkommt, können wir den Kampf ja wieder aufnehmen.

Jetzt ist es ihnen zwar gelungen den Streik abzuwürgen. Aber durch die Art und Weise, wie sie den Streik abgewürgt haben plus dem Ergebnis, was jetzt rausgekommen ist, haben sie zwar nach außen hin ihr Ziel durchgesetzt, aber ihre traditionelle Massenbasis ist schwer angeschlagen. In dem Bereich den ich betreue, dort arbeiten vorwiegend Facharbeiter, die ja traditionell den SPD-Stamm ausmachen, gibt es keinen Einzigen, der sagt, nächstes Mal wähle ich die SPD.

*Trotzdem gab es auf dem Bürgerkomitee am 6. Mai nur wenige Stimmen für deinen Vorschlag, „den unbefristeten Streik vorzubereiten und zu beginnen“.*

Es ist natürlich klar, daß jetzt, nach die von ganzen Erfahrungen, weiterzustreiken bedeutet hätte, daß du nicht nur gegen den Crumme streikst sondern daß du dich auch bewußt gegen Betriebsrat, gegen die SPD Landesregierung und gegen den IG Metall Vorstand gestellt hättest, alles was hier hinter organisieren müssen usw. Um jetzt nach dieser Situation weiter zu streiken, reichte das Bewußtsein und der Grad der Organisierung nicht aus.

*Wie schützt du deine eigene Arbeit als Betriebsrat während des Arbeitskampfes ein?*

Rheinhausen:

## Alles hat ein Ende ...

schon Kampfsiege auf der betrieblichen Ebene.“ Die einen wenden für ihre Verdienste befördert, so Manfred Bruckchen, den sie ins Europaparlament schieben wollen, der selbst möchte lieber in den Landtag. Die anderen betrieblichen Aktiven wollen jetzt Prigel bekommen und unter ihnen besonders die „Rackabursky“. Und so funktioniert es bei den meisten Firmen im Betrieb und in der Gewerkschaft. Die 1. Mai Demonstration wurde bewußt nicht in Rheinhausen abgehalten, obwohl die IAP provokativ dorthin aufrief, weil man der linken Opposition kurz vor der Vereinbarung mit Krupp kein Mobilisierungsfeld geben wollte. Der (von uns interviewte) Betriebsrat Pfisterer soll aus der IGM ausgeschlossen werden. Das (von uns ebenfalls interviewte) VK Leitungsmittel Dietmar Hauschke, eine imposante Erscheinung, dabei immer gut für viele Bilder in Gewerkschaftszeitschriften, (weil er immer vorne war), dürfte auf der letzten Kundgebung der Rheinhausener nicht reden, weil er in seiner Gewerkschaftskritik kein Blatt vor den Mund nimmt.

Die Gewerkschaft organisiert das Dampfblablabventil, die Betriebsaktivisten

## Die Rheinhausener Stilllegungsvereinbarung

Krupp Thyssen Stahl und Mannesmann Rohrewerke werden künftig auf dem Stahlsektor zusammenarbeiten. Für Rheinhausen bedeutet das Kappertationsmode.

Ab 1. Juli 1989 gründen Krupp und Mannesmann ein gemeinsames Unternehmen. Von den 5.600 Beschäftigten in Rheinhausen werden 2.150 hier einen Arbeitsplatz erhalten.

Von den übrigen Beschäftigten sollen — 700 bis zum 31.12.1990 im Einbaubereich in Rheinhausen verbleiben, ihre Zukunft steht Mitte 1990 erneut zu Verhandlung.

1.020 können in den vorerfüllten Ruhestand gehen, 380 Arbeitsplätze werden durch Abfindung und „Fluktuation“ freigegeben.

200 übernimmt Thyssen, 520 Bayer, 290 die Krupp Stahl AG.

Die als großer Erfolg von der IG Metall gerühmten neuen Arbeitsplätze sind vertraglich so niedergelegt. Beide Unternehmen sagen: „In durch eigene Anstrengungen und die Bemühungen um Dritte am Standort Duisburg Rheinhausen zu viele Arbeitsplätze zu schaffen, daß die Zahl der verbleibenden und der neuen Arbeitsplätze ab Ende 1990 mindestens 1.500 beträgt.“ Die Zahl 1.400 rechnet sich aus den 700 bis 1991 geschafften alten und 700 neu zu schaffenden Arbeitsplätzen. Bei dieser Vereinbarung handelt es sich entgegen den Behauptungen der IG Metall nicht um eine verbindliche Zusage (Stahl-Nachrichten 10), sondern genau um eine unverbindliche Absichtserklärung, wie bei der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und Beschäftigungsgewerkschaft in der „Frankfurter Vereinbarung“.

Meine Arbeit während des Kampfes kannst du vielleicht daran messen, daß in den Bereichen, wo ich Betriebsrat bin, die Kollegen nahezu bei allen wesentlichen Aktionen geschlossen dabei waren. In dem Streik im April waren sie die Aktivisten.

Im Januar wurde ich im Betriebsrat scharfsten kritisiert, weil ich von Anfang an ständig in dem Bereich geblieben bin. Alle anderen Betriebsräte haben nur ihre Schichten im Betriebsrat gemacht. Ich bin, wenn es notwendig war, zwei mal oder dreimal während einer Schicht bei den Kollegen vor Ort gewesen. Und zwar deswegen, weil ich genau wollte, daß es über die ganzen Entwicklungen unterschiedliche Meinungen unter den Kollegen gibt und daß sich immer nur ein Teil der Belegschaft an den Informationsgängen zum Betriebsrat beteiligt hat. Ich fand diese Art der Information sehr wichtig. Aber du hast immer die Situation gehabt, daß ein Teil der Kollegen nicht mitgegangen ist.

*Wie beurteilst du die Rolle der MLPD während der ganzen Auseinandersetzung?*

Ich kann nur sagen, daß die MLPD die einzige politische Kraft war, die sich im Vorfeld eine bestimmte Arbeit gemacht hat. Ich habe mit zu dieser Kampfbereitschaft geführt hat. Z.B. wurden im „Heften Eisen“, was die MLPD mitarbeitete, schon lange vorher bestimmt 1. Jahrbücher, wie die in Hattungen, verarbeitet. Während des Streiks kamen z.T. täglich „Heftes Eisen“ raus. Ohne zu übertreiben kann man sagen, daß es zu diesem sieben tagigen Streik nicht ohne die Arbeit der MLPD gekommen wäre.

übernehmen die Drecksarbeit und werden am Ende nicht mehr gefragt. Wer aufmuckt, wird diffamiert und diszipliniert. Das ist für uns Linke gewohnt normal und deshalb enttäuschend, weil es in Rheinhausen passiert. Die hoffnungslosen Ansätze in Rheinhausen eine andere Arbeitsorganisation zu schaffen, die in den Wochen und Monaten des Kampfes und besonders seinen Abbruch gut überleben. Zum Schluß wird nicht mehr diskutiert, sondern ein Vertrag parafert, vollendete Tatsachen geschaffen. Wer das nicht einseht, steht in der Sektorecke.

Die gewerkschaftlichen Träger in Rheinhausen, wie beispielweise Theo Steegmann, die sich nicht in SPD und IGM-Apparat eingebunden fühlen, haben eine große Chance verpaßt. Sie haben sich in der Schlupfphase bekommen wie ganz normale Gewerkschaftsfunktionäre. Sie haben die Einheit beschworen um den Kollegen ein Ergebnis unterzubringen. Dabei wäre Streik notwendig gewesen, um zur Einheit zu kommen. Es wäre keine offene Diskussion und Auseinandersetzung mehr geführt, sondern Initiative abgewürgt. Selbst wenn die Argumente für das Ende des Kampfes richtig waren, muß darüber diskutiert werden mit denen, die als Subjekte in diesem Kampf agiert haben. Sie wurden nur noch behandelt, das heißt den Verzicht, daß die Argumente doch nicht so gut waren, daß man letztlich die Kollegen für die Inszenierung von (Schaufel-) Kämpfen bestraft hat. Die Beschweigung, daß man es nicht nur mit Krupp, sondern mit Thyssen, Mannesmann und der Deutschen Bank zu tun hatte, und eine kleine Belegschaft da nicht gegenanstrengen könnte, was man sie jetzt allerorten von SPD bis DKP zu hören bekommt, ist ja wohl alles andere nur nicht sensationell. Im Ergebnis wird damit nur eine grifflige linke Formel für das Gefundene, was die IG Metall in ihren „Stahl-Nachrichten“ kategorisch mit „Mehr war nicht drin“ festgelegt hat (wobei sie nachweislich auch nie mehr gewollt hat). SPD, Raus und die IG Metall sind letztendlich viel zu gut weggekommen, auch das ist leider mitzuerkennen.

Es wird können, die Lehren von Rheinhausen in der Betriebslinken zu diskutieren. Zumal sich die Linke in Betrieb und Gewerkschaft als viel zu schwach erweist, denjenigen eine Unterstützung zu sein, die im sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Sumpf nicht untergehen wollen. Wo die Linke nicht integriert ist, ist sie zum mindesten sektiererisch und rückständig arbeitertümelnd wie die MLPD. Verläufe wie die in Rheinhausen können das Sektiererium eher befördern. Man wird das Gefühl nicht los, daß sich hier eine Lücke sozialistischer Politik auf tut. Und deswegen kann die SPD immer wieder relativ ungeschoren davonkommen.

hr.



# „Beschäftigungsgesellschaft“ Hit oder Nieten?

IG-Metall-Politik in den Krisenbranchen

Im Kampf um Rheinhausen sieht sich die IG Metall von ihren linken Kritikern, vor allem aber von der kämpfenden Rheinhauser Belegschaft dem Vorwurf ausgesetzt, die nötige Solidarität nur mangelhaft bis gar nicht zu organisieren. In der Tat ist die IG Metall meilenweit davon entfernt, dem branchenweiten Arbeitsplatzabbau den ebenso branchenweiten Kampf der Stahl-Belegschaften entgegenzusetzen. Stattdessen mühen sich Vorstandsmitglieder landauf, landab, den betrieblichen Funktionären ein neues Stichwort schmackhaft zu machen: Beschäftigungsgesellschaft.

In der Nummer 112 der vom IG-Metall-Vorstand herausgegebenen Schriftenreihe erschien im Februar 1988 ein „Memorandum“ der IG Metall unter dem Titel „Strukturpolitische Alternativen zur gesellschaftlichen Arbeitslosigkeit“. In der Schlussbemerkung fordert die IG Metall zur „Diskussion mit einer selbstbewußten Mitgliedschaft und mit einer kritischen Öffentlichkeit“ auf. Dieser Aufforderung wollen wir uns nicht entziehen.

## Konzeption

Nachdem nunmehr auch die SPD sich unter Anleitung von Oskar Lafontaine anschickte, solch unmoderne Begriffe wie Vonbeschäftigung aus ihrem Wortschatz zu streichen, sind es nur noch die DGB-Gewerkschaften, die als relevante gesellschaftliche Institution in diese Lücke ihre Fahnen schmücken. Erreicht werden soll dieses altmodische Ziel der Vonbeschäftigung durch „unternehmerische Initiative und staatliche Intervention“. Da aber weder Unternehmer noch Staat das Ziel der Vonbeschäftigung verfolgen, begeben sich DGB und IG Metall auf den gefährlichen Pfad, wobei es aber nicht um einen Funktionswandel der Gewerkschaften geht — „Ersatzarbeitsplätze“ oder „Neuentwicklung“ wollen sie nicht werden.

Die von DGB und IG Metall angepeilten Initiativen sind in wesentlichen die Arbeitszeiterkürzung und, allgemein gesprochen, Strukturpolitik. Im Vordergrund steht dabei das DGB-Beschäftigungsprogramm für Arbeit und Unterhalt in einem geforderten Volumen von mindestens 20 Milliarden Mark pro Jahr.

Dieses im DGB 1981 beschlossene und 1985 weiterentwickelte Investitionsprogramm wurde von der IG Metall in ihrem „Beschäftigungsprogramm Kuste“ auf die Krisenregion im Norden weiter konkretisiert. Für das Montan-Revier befindet sich ein entsprechendes „Zukunftsinvestitionsprogramm“ in der Erarbeitung.

Diese strukturpolitischen Programme sollen aus Bundesmitteln finanziert werden. Mit den gegenwärtigen Regierungsparolen ist dies völlig ausgeschlossen, ob eine andere Bundesregierung zumindest Elemente dieses Ansatzes aufnehmen wird, muß die Zukunft erweisen.

In der praktischen Politik versucht die IG Metall seit einiger Zeit, unterhalb der gesamtwirtschaftlichen und regionalen Wirtschaftspolitik (vornehmlich auf der Ebene der Berufsbildung) einzelne Pflöcke einzuschlagen. Sie versucht dies auf der Ebene Branchen- und Betriebspolitik. Insbesondere in der Stahlbranche lautet dabei das im Vordergrund stehende Stichwort „Beschäftigungsgesellschaft“. Der Anspruch, den die IG Metall damit verknüpft, besteht in dem „Ziel, einen konstruktiven Beitrag zur sozialen Sanierung der Stahlreviere zu leisten und den Existenzkampf der Stahlbelegschaften mit einer zukunftsweisenden Perspektive zu verbinden“. Die Beschäftigungsgesellschaften sind die Antwort der IG Metall auf „den unvermeidlichen Abbau vorhandener Arbeitsplätze“, auf den „unumgänglichen Strukturwandel“, der mit diesem Instrument „sozial entschärft“ werden soll. Eine Aufforderung zum Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen sucht man in diesen konzeptionellen Überlegungen vergeblich.

Was sollen die Beschäftigungsgesellschaften leisten, und wie? Hierzu ist IG Metall: „Ihr kurzfristiges Ziel ist es, für die von Entlassung bedrohten Stahlarbeiter das Arbeitsverhältnis und das Einkommen zu sichern, neue Qualifikationen zu vermitteln und soziale Zusammenhänge zu erhalten. Das mittelfristige



„Erzähl noch so einen“

Ziel ist es, den Übergang aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis zu einem zukunftsicheren Ersatzarbeitsplatz zu ermöglichen. Die drei Stufen, in denen das geschehen soll, veranschaulicht das nebenstehende Schaubild.

Rechtlich und finanziell sollen die Stahl-Beschäftigungsgesellschaften vor allem von den Stahlkonzernen getragen werden. Aus öffentlichen Mitteln sollen zusätzlich Kurzarbeitergeld, Personalkostenzuschüsse, Forschungs- und Entwicklungsgelder sowie Investitionshilfen kommen, gegebenenfalls auch Kapitalbeteiligungen.

## Dilemma

Die IG Metall sieht ihre neuen konzeptionellen Überlegungen als Fortentwicklung ihrer bisherigen Politik in Krisenbranchen, also der „sozialen Abfederung“ durch Abmildern und Sozialpläne. Diese Sozialpläne sind aber etwas, die mit dazu beigetragen haben, die Arbeitslosenquote in den Stahlsachen des Ruhrgebiets mittlerweile bei 15-20 Prozent liegt.

In der vielzitierten „Frankfurter Vereinbarung“ vom Sommer 87 verständigten sich die Wirtschaftsvereinigungen Eisen- und Stahlindustrie und die IG Metall über weitere „notwendige Struktur- und Anpassungsmaßnahmen“, konkret: Die Vernichtung von weiteren ca. 34.000 Arbeitsplätzen. Für dieses Stillhalten erhielt die IG Metall als Gegenleistung zwei Zusagen: Die Stahlkonzerne verzichten bis

zum 31. 12. 89 auf die „ab notwendig angesprochenen betriebsbedingten Kündigungen“, dies wird bislang eingehalten. Darüber hinaus bekam die IG Metall zum erstenmal die Linterschrift von Stahl-Bossen unter eine Vereinbarung, in dem die Worte „Ersatzarbeitsplätze“ und „Beschäftigungsgesellschaft“ enthalten sind. Nach gemeinsamer Auffassung sei es notwendig, diese IG Metall-Konzeption „zu berücksichtigen“.

Das Dilemma der IG Metall besteht nunmehr darin, daß sie sich den Stahlkonzernen gegenüber im Wort sieht (Abbau von Arbeitsplätzen), andererseits aber fürchten muß, um einen Teil der Gegenleistungen zu werden (Beschäftigungsgesellschaften). Hoffte sie noch im Herbst, einen Durchbruch erreichen zu können, brachte sie der Kampf um Rheinhausen in eine fatale Situation. Die Rheinhauser forderten den Erhalt ihrer Hütte und erwarteten von ihrer Gewerkschaft, daß sie den branchenweiten Kampf führe um alle Standorte: „Rheinhausen ist überall“. Dies konnte die IG Metall ernsthaft nur tun unter Bruch der dem Kapital gegebenen Zusagen, bekanntlich stand die IG Metall jedoch zu ihrem Wort. Stattdessen sollte gerade Duisburg den Durchbruch in Richtung Beschäftigungsgesellschaft bringen. Insbesondere nach der Bonner Montan-Konferenz schien auch die Unterstützung (politisch und finanziell) aus der Politik gesichert zu sein. In der Presse wurden Modelle vorgeschlagen, deren weitestgehendes die Fortsetzung eines Freibriefes in Duis-

burg darstellte. Gerade dies aber setzte die Schließung der Hütte voraus.

Der Krupp-Konzern selbst bot eine außerordentlich zynische Variante von Beschäftigungsgesellschaft an: 1.000 Arbeitnehmer sollten begrenzt weiterbeschäftigt werden mit dem Abbruch der Hütte und der Sanierung des Geländes. Dies konnte auf die Stahlarbeiter nur als Provokation wirken. So war die IG Metall in der Rheinhauser Belegschaft mit einem immer stärkeren Mißtrauen konfrontiert. Für die Kruppianer waren Beschäftigungsgesellschaft und Ersatzarbeitsplätze ein ungedeckter Wechsel, und sie forderten von ihrer Organisation, für die bestehenden Arbeitsplätze zu kämpfen. Nach dem Ende des Kampfes in Rheinhausen mußte IGM-Vorstandsmitglied Karin Benz-Overhage das dramatische Auseinanderklaffen zwischen Vorstandspolitik und den Ansprüchen der im Kampf stehenden Belegschaft zugeben: „Es hat Phasen der Auseinandersetzung gegeben, in denen die Forderung nach Ersatzarbeitsplätzen als Verrat an der Hütte aufgefaßt wurde.“ (Interview in der TAZ, 13.5.)

## Perspektiven

Die Stahlarbeiter, aber auch das Revier insgesamt sind mit der Situation konfrontiert, daß die Stahlkonzerne (neben anderen Branchen) die Krise nach ihren Bedürfnissen zu bewältigen suchen. Und das heißt nach betriebswirtschaftlichem Kalkül: vor allem Kosten senken, also Beschäftigte. Die Größenordnung, um die es dabei geht (Stieglitzler rechnet inzwischen mit ca. 45.000) läßt erwarten, daß in allerhöchster Zeit weitere Standorte dran sind. Allein schon angesichts dieser Größenordnungen erscheint es nicht gerade überzeugend, Beschäftigungsgesellschaften dagegenzuhalten. Nicht jedoch das Konzept als solches ist das größte Problem, sondern die damit

verbundene Akzeptanz des Arbeitsplatzabbaus. Unterhalb dieser Schwelle ist das Kapital nicht einmal zu ernsthaften Verhandlungen bereit. Die Rechnung der Konzerne sieht anders aus: Nach den bisher gültigen Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen bedeutet jede Entlassung eine bestimmte Summe an Sozialplan-Kosten. Die Gewerkschaftsforderung nach Beschäftigungsgesellschaften würde zusätzliche Kosten für unbestimmte Dauer bedeuten, zumal wenn, wie gefordert, die Konzerne dauerhaft Verantwortung eingehen würden. Allenfalls denkbar sind Modelle wie das in Hamburg für die Werft Blohm + Voss/Ross, wo der Löwenanteil der Kosten aus öffentlichen Mitteln stammt. Mit einem einmaligen Zuschuß von 2,5 Mio. Mark ist Blohm + Voss aus allen weiteren Verpflichtungen entlassen. Wenn der Arbeitsplatzabbau dafür ohne schlagzeilen-trächtige und teure Arbeitskämpfe abgewickelt werden könnte, erscheint dieser Preis angemessen. Nach diesem Modell gingen Kämpfe letztlich nur noch darum, ob der Preis, um im Beispiel zu bleiben, bei 2,5 oder 3 Mio. Mark festgesetzt wird. Dafür, daß die Gewerkschaft auf ihren grundsätzlichen Widerstand gegen Arbeitsplatz-Abbau und Standortschließungen verzichtet, sind diese Zusatzkosten auch betriebswirtschaftlich gut angelegt.

In der Stahlindustrie — und das ist ein Teil der Botschaft aus Rheinhausen — gibt es keine Alternative zum branchenweiten Kampf um eine Gesamtlösung, sprich Vergesellschaftung. Erst unter diesen Bedingungen macht das Konzept der Beschäftigungsgesellschaften dort, wo die Marktentwicklung einen Abbau von Kapazitäten erzwingt, einen Sinn. Ohne diese Voraussetzung bleibt es das, was die bisher realisierten Modelle sind: ein kostengünstiges Rettungsnetz, aber keine kapazitätsregulierende

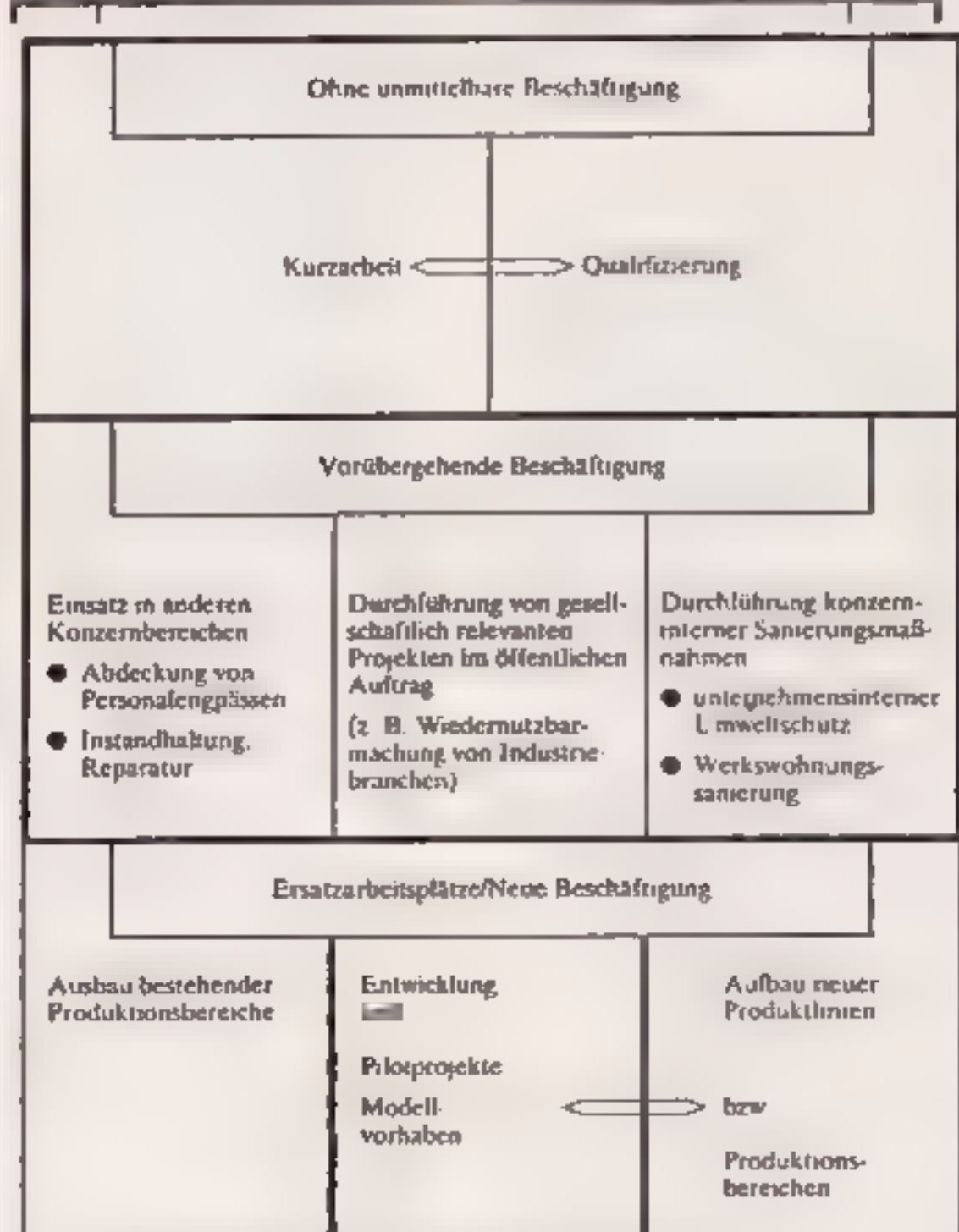
## Beschäftigungsgesellschaft konkret

**Maxhütte** — Nachdem die Maxhütte im April 87 Kündigungen angekündigt hatte, war Ende Januar 88 der sozialistische Parteisekretär des Konzerns Maxhütte neu verabschiedet worden. Von den 3.500 Beschäftigten sollten bis 1991 2.000 aus dem Unternehmen ausscheiden, das Werk in Maxhütte 2.000 Beschäftigten geschlossen werden. Alternativpläne der IG Metall und des Betriebsrates landeten ebenfalls auf dem Schrottplatz. Die Forderung nach einer Beschäftigungsgesellschaft erst nach einem Streik Ende Januar nach Bekanntgabe des Konzeptes konnte das Eingehen nachgegeben werden. 340 Kollegen aus dem Werk Maxhütte stellten unter der Obhut des Konkretenverwalters in einer Beschäftigungsgesellschaft für zwei Jahre Arbeit finden.

**Hattungen** — Der Branchenführer Thyssen legte in den letzten Jahren Schließungspläne in zwei Schritten vor. In Herbau 2.000 bis 3.000 Arbeitsplätze, in Hattungen 2.000 bis 3.000. Auf Beschäftigungsplätzen vernünftigerweise bis März 1987. Obwohl die Betriebsräte in Hattungen dem Aktionär bundesweite Forderungen

Arbeitsplätze war in Rheinhausen durch den Streik der Belegschaft. Die Werft Blohm + Voss/Ross in Hamburg ist ein Beispiel für die Vergesellschaftung. Die Belegschaft der Werft hat sich entschlossen, die Hütte zu schließen, wenn die Forderungen der Gewerkschaft nicht erfüllt werden. Die Werft Blohm + Voss/Ross ist ein Beispiel für die Vergesellschaftung. Die Belegschaft der Werft hat sich entschlossen, die Hütte zu schließen, wenn die Forderungen der Gewerkschaft nicht erfüllt werden.

**Blohm + Voss/Ross** — Die Werft Blohm + Voss/Ross in Hamburg ist ein Beispiel für die Vergesellschaftung. Die Belegschaft der Werft hat sich entschlossen, die Hütte zu schließen, wenn die Forderungen der Gewerkschaft nicht erfüllt werden. Die Werft Blohm + Voss/Ross ist ein Beispiel für die Vergesellschaftung. Die Belegschaft der Werft hat sich entschlossen, die Hütte zu schließen, wenn die Forderungen der Gewerkschaft nicht erfüllt werden.



— Beschäftigung innerhalb der Beschäftigungsgesellschaft  
— Beschäftigung außerhalb der Beschäftigungsgesellschaft

Quelle: Schriftenreihe der IG Metall, Nr. 112

ihre Aktion bundesweite Publizität erhielt war es dem dortigen Betriebsrat und der IG Metall nicht gelungen, die schrittweise Schließung des Hüttenwerkes zu verhindern. Trotz Frankfurter Vereinbarung ließ Thyssen sogar lange Zeit die Dienstleistung, welche Leistungen nach dem Sozialplan für die zu Entlassenden zu verweigern. Die Verhandlungen über einen Interessensausgleich waren nach drei Verhandlungen gescheitert. Der Hattinger Betriebsrat hatte die Versprechungen von Thyssen und Co. neue Arbeitsplätze zu schaffen beim Wort genommen und versucht dies im Interessensausgleich festzuschreiben. Der Abbau von ca. 3.000 Arbeitsplätzen sollte vertraglich an die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen gebunden sein. Der Vorstand lehnte die Vorschläge ab. Thyssen hat zwar auf Konkrete nach der Frankfurter Vereinbarung eine Kommission zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingerichtet, doch dort, wo konkrete Forderungen auf dem Tisch liegen, wie in Hattungen soll Personalabbau und Schließung weiterhin über Fluktuation, Sozialplan und Verwertung abgewickelt werden. Bis heute bindet die IG Metall vergeblich eine Beschäftigungsgesellschaft.

**Rheinhausen** — Noch dramatischer als die Erfahrung mit dem Thyssen-Konzern ist die Situation in Rheinhausen. Auch Krupp hatte im März vergangenen Jahres Massenkündigungen angekündigt. Nach Protesten und langen Verhandlungen mit der Gewerkschaft stimmte der Betriebsrat einem „Optimierungskonzept“ zu, das den Abbau von 2.000 Arbeitsplätzen vorsah. Da gleichzeitig Betriebsvereinbarungen abgeschlossen wurden, die Weiterqualifizierungsmaßnahmen, die Zusage für neue Arbeitsplätze sowie die Bildung einer entsprechenden Arbeitsgruppe für den Krupp-Konzern enthielten, galt gerade der Krupp-Konzern als derjenige mit der größten Lernbereitschaft und land entsprechend lobende Erwähnungen in Steinkühlers Öffentlichkeitsarbeit. Leider dauerte diese für die IG Metall so hoffnungsvolle Situation gerade fünf Wochen und wurde dann durch die Schließungspläne in Rheinhausen gegenstandslos.

Gerade die Schließung eines ganzen Standortes und der Verlust von bis zu 5.000

Maßnahmen sollen die Kollegen in die Beschäftigungsgesellschaft übernommen werden für maximal zwei Jahre. Sie erhalten ca. 80% des letzten Verdienstes aus Geldern vom Arbeitsamt (63%) und aus einem Wirtschaftsförderungsfonds des Hamburger Senats. Rest bis zu 90,5%. Die Werft Blohm + Voss, Eigentümer von Ross, beilegt sich einmalig mit 2,5 Mio. DM, die von 2 Mio. DM durch Sachmittel wie Maschinen, Werkzeuge usw. Der Name Blohm + Voss oder Ross darf im Namen der Beschäftigungsgesellschaft nicht auf-tauchen. Bedingung ist, daß die Gesellschaft keine eigenen Entwicklungen oder Produkte vermarktet darf, sondern sie an deren privaten Interessenten zur Verfügung stellen muß. Ob es jemals zu Entwicklungen kommt, ist mehr als fraglich. Bedingungen, die dies ermöglichen und vertraglich irgendwo festgeschrieben. So scheint es eher realistisch, daß hier für zwei Jahre eine Art Leihfirma etabliert wird, wo private und senatsnahe Firmen bei Personaleng-pässen entsprechende Arbeitskräfte be-stellen können.

Zur Zeit scheint selbst diese Variante fraglich. Der SPD-Koalitionspartner FDP vertritt sich seit Abschluß der Betriebsvereinbarung im Januar 88, entsprechende Gelder im Hamburger Senat zu bewilligen. Die FDP ist der Meinung, die betroffenen Kollegen müßten sich mit ihren Abfindungsprämien an der Beschäftigungsgesellschaft beteiligen.

Angesichts dieser Entwicklung ist es schon erstaunlich, daß selbst dieser Typ Beschäftigungsgesellschaft von der IG Metall noch zum Modellfall erklärt wird. So war es innerhalb der Bezirksleitung der IG Metall, die den Betriebsrat drängte, die Vereinbarung wegen ihres Mode-scharakters zu-schicken. Dieser hatte nämlich erhebliche Bauchschmerzen, keine Forderung war spröde auf zehn Jahre und für 400 Kol-legen ausgelegt, selbstverständlich ohne Vermarktungsauftrag.

Lachender Dritter ist Blohm + Voss. Das Unternehmen hat damit die Schließung einer Werft, die noch vor fünf Jahren 4.500 Beschäftigte zählte, lautlos über die Bühne gebracht.

26.



1. Mai in Kreuzberg —

# Kampftag der Bullen

Im Vorfeld von Demonstrationen oder anderen Aktionen lassen Polizei und veröfentlichte Meinung in der Regel keine Gelegenheit aus, um gegen „Chaoten“ und „Randahler“ zu hetzen. Gerade vor dem 1. Mai in Kreuzberg war alles ganz anders. „Präventive Deeskalation“ — so lautete diesmal die Strategie. Und „Seit ein Jahr versuchen wir mit wachsender Erfolg bei unseren Polizeibeamten Verständnis für den Problembereich SO 36 zu wecken. Dazu gehört die Vielfalt des Kiez und die dahinter stehende soziale Problematik.“ Unbedarften Leuten drängt sich hier eher ein Vergleich mit Redebeiträgen von Horst-Eberhard Richter und Petra Kelly während eines Seminars zum Abbau von Feindbildern und Ängsten auf als Ausführungen von Westberliner Polizeipräsident Schertz bzw. Landespolizeidirektor Kittlaus.

Sinnfälliger Ausdruck dieser „soften“ Polizeistrategie war ein Plakat, das für den 1. Mai zum „Revolutionären 1. Mai-Demo“ nachgebildet war. Lautete in Demoauftrag das Motto „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark“ (ein Spruch, der angeblich von Rosa Luxemburg stammt), ergänzt durch Parolen wie „Gegen Patriarchat und Kapital kämpfen wir international“, so hieß es im Bullenplakat „Demo ohne Zoff im großartigen alles andere ist Quark“ und „Meinung sagen, Spaß haben“, schließlich ganz konkluderend: „Akzeptanz statt Misanth.“ So fand die Gewaltfreiheit der Idee der Friedensbewegung einen widerwärtigen Widerschein in der Westberliner Polizeidomäne.

Die Umsetzung dieser Deeskalationsstrategie wurde auf die Staatsgewalt eigene, vertrackte Art und Weise realisiert. In der Tat gab es weder auf der Demo noch auf dem Straßenfest, noch am Abend des 1. Mai „Zoff“ — sowohl alles „großartig“ im Sinne der Polizei — aber „alles andere“, was sich in der Nacht vom 1. zum 2. Mai in den Straßen Kreuzbergs rührte wurde zu „Quark“ gewunden. Mit Platzwunden, Gehirnerschütterungen, Augenverletzungen, schweren Blutergüssen und Rippenbrüchen wurden die Opfer der „präventiven Deeskalation“ in die Krankenhäuser eingeliefert. Die genaue Zahl der Mißhandlungen ist, wie so oft, unvollständig. Einzig die Mißhandlungen konnten schon einen Tag nach der Prügelei auf einer ordentlichen Liste der eigenen Opfer aufgeführt werden. Es handelte sich dabei um 43 Verletzte, die — wenn überhaupt — nur einer ambulantem Behandlung bedurften. Es handelte sich also um eine bewußte Entstellung des Begriffs „Verletzung“.

Die Polizei, die in einem Atemzug mit den in den Krankenhäusern liegenden wirklichen Repressivinspielen in den Tagesberichten erwähnt zu werden, eine Rechnung in Auftrag von BZ bis zur Das Unbegreifliche des Schreckens soz. sagen.

Die Anzahl der durch Bullenknüttel Verletzten wird vom Kreuzberger Ermittlungsausschuß (EA) mit über 100 Personen angegeben. Die Zahl dürfte eher als Minimumgrenze Gültigkeit haben, wenn mensch in Betracht zieht, daß von 21.15 bis ca. 3.00 Uhr am nächsten Morgen der Bezirk von 2000 Polizisten terrorisiert wurde und zwar fast durchgängig unter Schlagstockeinsatz. Dazu kommt, daß die berühmte Schlägerbande EBLZ von Anfang an im Einsatz war. Diese, unmittelbar dem Innenminister unterstellt Sonderinheit war kurz nach dem 1. Mai 1987 gegründet worden und besonders für den „Kiezkampf“ vorgesehen. Noch im Jahr der Gründung hatte sie mit einem beispiellosen Prügeleinsatz in Wackerdorf ihren ersten Auftritt im Bundesgebiet. Das läßt befürchten, daß die ernsthaft Verletzten weit über der gesicherten Minimumgrenze von 20-30 Personen liegen. Das Kreuzberger Urban-Krankenhaus, die Hauptaufkangstation für Polizeiopter, gab diesmal keine Informationen nach außen. Damit sollten die eingelieferten Polizeiopter vor dem weiteren Zugriff des Staats geschützt werden. Eine Maßnahme, die aus den bitteren Erfahrungen des letzten Jahres heraus getroffen wurde als Personen, die während des Reagan-Besuchs in Kreuzberg von der Polizei zusammengeschlagen worden waren, aus der Untat station des Urban-Krankenhaus heraus festgenommen wurden.

Da die Polizei eine gemeinen Einsatz fuhr (prügeln und greifen) ist neben den Verletzten die Zahl der Festgenommenen zu betrachten. Die Gesamtzahl wird mit 134 angegeben, unter denen sich laut Polizeiauskunft 75 Personen befanden hätten, die als Straftäter verdächtig werden. Davon wiederum wurden 25 Personen wegen schwerer Körperverletzung, schwerem Landfriedensbruch und Widerstands gegen die Staatsgewalt unter Anklage gestellt. Sechs Personen wurden in U-Haft genommen, von denen noch vier einsitzen (Stand: 26.5.)

## Nacht der langen Messer

Es sei gleich vorweg gesagt: Wer nun mit einem Achselzucken zur Tagesordnung übergeht, in der Meinung, dieser 1. Mai wäre eine normale Kreuzberger Wanda gewesen oder einige Hardcore-Autonomie hätten durch gezielte Provokationen den Knüttel Einsatz der Polizei mitwilling und zu Lasten der „normalen“ Leute vom Zaun gebrochen, liegt völlig falsch. Die Polizei hat am 1. Mai absichtlich, ohne erkennbaren äußeren Anlaß und nach genau ausgetüfteltem Schlachtplan eine Nacht der langen Messer inszeniert.

Natürlich habe die Erinnerung an die denkwürdigen Ereignisse des 1. Mai 1987 für eine erwartungsvolle Stimmung im Vorfeld gesorgt. Hinzu kommt, daß auf diversen Flugblättern, Graffitis und Klipschen eine Wiederholung dieses Volksbegehrens für 1988 in Aussicht gestellt wurde. Aber so sehr der Szene, vom Antikamp über den Spont bis zum vergnügungssüchtigen Zuschauer der Szene nach einem Revival stand, so bewußt war auch allen der Widerspruch zwischen den eigenen Sehnsüchten und ihrer praktischen Umsetzbarkeit. Denn schon die Ereignisse um den Reagan-Besuch im Juni 1987 hatten im wörtlichen Sinne schlagend unter Beweis gestellt, daß die Polizei keine weitere Schluppe wie die vom 1. Mai 1987 hinnehmen würde.

Ein Bündnis der diversen politischen Gruppen und Gruppen (links von der AL) entschied sich deshalb für die Mobilisierung zu einer möglichst großen, möglichst radikalen aber auf freien Demos, der „ersten revolutionären 1. Mai-Demo“ in Kreuzberg. Parallel dazu sollte auf dem Lausitzer Platz das übliche 1. Mai-Fest des etablierten linken Spektrums stattfinden — jenes Fest, das im Jahr zuvor von der Polizei angegriffen worden war, was die „siegreiche“ Randa le erst auslöste.

Die Demonstration, für die unter dem aufmunternden Motto „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark“ aufgerufen wurde, war auf alle Fälle ein beeindruckender Erfolg. Denn wenn gelingt es schon mal einem linksradikalen Bündnis unter vollständiger und bewußter Umgehung der traditionellen Linien einen mächtigen Haufen zusammenzubringen. Und die 6000-8000 Leute, die am 1. Mai angetrieben waren, überstiegen alle Erwartungen. Die Demonstration verlief friedlich, aber powervoll und wurde gegen 16 Uhr nach einem vorbeiziehenden Antikamp-Redebeitrag für aufgelöst erklärt. Die Mehrheit der Demonstration blieb im Viertel, die meisten zogen zum Fest auf dem Lausitzer Platz.

Die Polizei hatte sich bis in den Nachmittag hinein wie versprochen zurückgezogen. Im Hintergrund geblieben. Um 16.30 Uhr verstieß die Polizei gegen die Abmachungen, die sie im April mit den Veranstaltern des Festes am Lausitzer Platz getroffen hatte und erschien mit etlichen Wannen am Heerbachplatz, mitten im Viertel. Zur Begründung mußte der „harte Kern“ der Autonomen herhalten, der sich dort angeblich versammelt habe. Diese Behauptung falsch war, veranlaßte die Polizeiführung nicht zum Rückzugsbefehl, der Heerbachplatz blieb besetzt. Doch diese deutliche Provokation führte zu keinerlei Reaktionen seitens der mehrere Tausend zählenden Menge, die sich auf den Straßen aufhielt. Die festliche Stimmung auf dem Lausitzer Platz und in den angrenzenden Straßen blieb bis zum Abend ungebrochen. Auch das Mai-Fest, das einige Leute gegen 20.30 Uhr auf dem Lausitzer Platz entdeckten, schien die Situation nicht zu verändern, denn es brannte eine Dreiviertelstunde ohne von Polizei oder Feuerwehren als Gefahr wahrgenommen zu werden. Dennoch wurde die dringend gebotene Löschung dieses Feuers zum Anlaß genommen, die Leute auf dem Lausitzer Platz zu überfallen. Enttäuscht daran ist, daß das Feuer, nachdem die Polizei den Platz menschenleer geprügelt hatte, noch fast eine Stunde lang weiterbrannte.

Seit diesem Überfall auf den Lausitzer Platz um 21.15 Uhr beschaffte sich die Polizei damit die Menschen durch das Viertel zu jagen. Immer mit einer Prügelgarde als Vorhut und mindestens einem Dutzend Wannen hinterher. Aus den Polizeiaussprechern wurden die Treibjagden mit Ur-Berliner Humor garniert („Jetzt machen wir Euch Beene“, „Jetzt könnt Ihr mal das Laufen lernen“). Die leergekämmten Straßen wurden dann abgeriegelt, für Anwohner gab es nur noch den Weg hinaus. Der Rückweg in eine abgeriegelte Straße war praktisch nur noch denen möglich, die ihren Wohnsitz im abgeriegelten Bereich beweisen konnten und nicht mal dann mit Sicherheit. Bis gegen Mitternacht war der ganze Bereich zwischen Kottbuser Tor und Lausitzer Platz von der Polizei besetzt und über weite Strecken unpassierbar. Da die Polizei aber in ständiger Bewegung war und mal diese, dann jene Straße abspernte, hielten die Treibjagden auch nach der faktischen Totalbesetzung an. Eine Unterscheidung zwischen Passant oder Zuschauer und „Störer“ wurde dabei nicht getroffen. Wer nicht davonrannte, mußte damit rechnen, zusammengeschlagen zu werden.

zischen Kottbuser Tor und Lausitzer Platz von der Polizei besetzt und über weite Strecken unpassierbar. Da die Polizei aber in ständiger Bewegung war und mal diese, dann jene Straße abspernte, hielten die Treibjagden auch nach der faktischen Totalbesetzung an. Eine Unterscheidung zwischen Passant oder Zuschauer und „Störer“ wurde dabei nicht getroffen. Wer nicht davonrannte, mußte damit rechnen, zusammengeschlagen zu werden.

## Gegenwehr

Eine bemerkenswerte Gegenwehr der Bejagten fand nicht statt. Diejenigen Kreuzberger, die Erfahrungen in militanter Gegenwehr haben, waren in dieser Nacht — wenn überhaupt — nur als sehr zurückhaltende Beobachter des Geschehens in Erscheinung getreten. Die Autonomen waren mehrheitlich zu dem Ergebnis gekommen, daß an diesem Abend nichts zu holen sei. Trotzdem wurden vereinzelt kleine Gegenwärtigkeiten und angriffende Bullen geworfen und immer wieder mal der Versuch unternommen, Gerümpel auf der Straße anzuzünden. Viel weiter gedieh der „Barrikadenbau“ nicht, weil spätestens nach zehn Minuten ein Raumpanzer der Polizei das Material beiseite räumte. Zu keinem Zeitpunkt hatte sich eine größere Gruppe von Leuten gesammelt, um gemeinsam etwas gegen die Prügelhorden zu unternehmen. Alle militanten Handlungen blieben vereinzelt, zu fallig und wirkungslos. Die Behauptung des Staatssekretärs des Innenministeriums zum Beispiel, es sei wieder mit Schweregeplätzen und Morddrohungen auf Polizeistämme geworfen worden, mußte zwei Tage später vom Sprecher des Innenministeriums demontiert werden.

## Nur eine Übung?

Wäre die Frage, was die Herrschenden mit dieser Knüttelorgie bezweckt haben mögen. Die gängige These des etablierten linken Spektrums lautet: Hier sollte „unter realistischen Bedingungen“ eine „Übung“ für die zu erwartenden Polizeieinsätze anläßlich der IWF/Weibank Tagung im September durchgeführt werden. Daß solche Erwägungen seitens der Herrschenden auch oder unter anderem eine Rolle gespielt haben, liegt auf der Hand. Hatte doch der Innenminister wenige diesen Zusammenhang ausdrücklich zugegeben.

Es wäre aber grundfalsch zu unterstellen, der Polizeieinsatz vom 1. Mai sei lediglich eine im Grunde „unwesentliche“ Trockenübung für den „zeitgeistlich“ bedeutsamen Einsatz im Herbst gewesen. Mit dieser Begründung bleibt nämlich die Frage unbeantwortet, warum bei einem Polizeieinsatz, der nur eine Übungs-funktion gehabt haben soll, mit derart massiver und vor allem willkürlicher Brutalität vorgegangen wurde. Schließlich konnte am 1. Mai ja gerade der „harte, militante Kern“, der vielleicht während der IWF/Weibank-Tagung in Erscheinung treten könnte, gar nicht getroffen werden, weil er nicht in Erscheinung getreten ist.

Die These vom Übungscharakter des 1. Mai-Einsatzes unterläßt es, ihn in einen Zusammenhang mit den seit geraumer Zeit betriebenen Strategien zur Befriedung von SO 36 zu stellen. Bekanntlich wird nicht erst seit dem 1. Mai 1987 mit großem Aufwand versucht, den „sozialen Kraken“ (Kewenget) Bezirk zu befrieden. Das ist im konkreten, das südöstliche Kreuzberg soll von Altbauanierung, Ansiedlung von Nobelrestaurants und Geschäften des „gehobenen“ Bedarfs für den links-liberalen Milieustand attraktiv gemacht werden. Soziale Durchmischung heißt das Zauberwort.

Das Dilemma bei jeder sozialen Befriedungspolitik liegt jedoch darin, daß das Ziel, die Beherrschung, um die es jeweils geht, möglichst rücklos ins System eingegeben und auf Systemloyalität verpflichtet zu werden, nur dann der sozialen Befriedungspolitik eigenen Mitteln nie vollständig zu erreichen ist. Das legt im Zweifelsfall den Rückgriff auf andere Mittel aus dem Arsenal der Befriedung nahe vor allem den offenen Terror.

Die Besonderheit von SO 36, im Gegensatz zu vergleichbaren westdeutschen Szene-Vierteln liegt unter anderem darin, daß die Akzeptanz des sozialen Befriedungskonzepts ziemlich niedrig ist. Das drückt sich zum Beispiel darin aus, daß die linksradikale „Szene“ nicht wie anderswo ein total isoliertes Getto-Dasein führt, sondern inmitten von Leuten Politik machen kann die militante Aktionsformen überwindend tolerieren oder miteilen, ohne selber linksradikal oder militärisch zu sein.



Foto: Andreas Schoelzel

Diese Situation erscheint aber in den Augen der herrschenden Eingemeinder als potentes Versagen, zumindest aber als Strukturdefekt ihrer sozialen Befriedungspolitik. Ein Defekt, der, weil's anders nicht geht, mit repressiven, also oft gewalttätigen Methoden beseitigt werden muß. Für die These, daß mit dem Bulleneinsatz vom 1. Mai 88 die Kreuzberger „Szene“ und ihr „Sympathisantenstumpf“ gezielt demoralisiert werden sollte, spricht, daß nicht nur Leute mit autonomen Outfit damit rechnen mußten, gradenlos verprügelt zu werden, sondern praktisch jeder, der sich auf der Straße befand, potentiell Opfer polizeilicher Maßnahmen war. Ein Vorgehen, das seine Empörung in der Total-Abriegelung des gesamten Viertels im Juni 87 hatte, als der Bezirk als Ganzes nicht etwa nur die politischen Störkräfte durch Vorbeugehaft genommen wurde. Die Polizeiaktionen der Mainacht 1988 waren in der Tat nur zu vermeiden gewesen, wenn alle Leute das Lausitzer Platz-Fest in einem Akt „freiwillig“ antizipierender Gehorsams am frühen Abend in kleinen Gruppen verlassen hätten, um sich sportstreichs in ihre Kneipen oder Wohnungen zu verkrüppeln.

Den Zweck der gezielten Demoralisierung der Szene und ihrer Sympathisanten verfolgten auch die Demütigungskaktionen der Polizei in den Wannen und auf der Wache. Es war eine stillschweigend voraus-

gesetzte Übereinkunft jedes politischen Kampfes, selbst der popeligsten Randalen, daß sich dessen Intensität nach der jeweiligen Stärke des Gegners bemittelt. Ist der Gegner von der Polizei festgenommen, ist der Kampf zu Ende, der Gegner wird in Gewahrsam genommen und den Ermittlungsbehörden übergeben. Im Unterschied dazu entzündet sich der (besonders für den Faschismus typische) Demütigungswille gerade an bereits besiegt und wehrlosen Opfern, das — wie am 1. Mai geschehen — zum Beispiel gezwungen wird, sich in der Wanne unter Verhöhnungen der Bullen auszuziehen, wobei, ihm nach die Brille zerstreut wird. Ein Beispiel auch dafür, daß gewisse, für spät kapitalistische Mäce ausübende unverzichtbare, Elemente faschistischer Herrschaftstechnik, im Rechtsstaat BRD bzw. Westberlin fortleben und bei Bedarf jederzeit abrufbar sind.

Der niederschmetternde Effekt von Polizeiaktionen in der Qualität des 1. Mai liegt in der Erzeugung einer allgemeinen Angst vor einer terroristischen Staatsgewalt. Dadurch sollen die vielen „stillen Sympathisanten“ im Interesse der eigenen körperlichen Unversehrtheit dazu bewegt werden, sich von der militanten „Szene“ zu distanzieren, die wiederum selber von der Sinnlosigkeit jeder Gegenwehr schlagend überzeugt werden will.

cl/jw, KB Westberlin

## Revolutionäre 1. Mai-Demo

Die „1. revolutionäre 1. Mai-Demo“ in Kreuzberg war eine Bündnisakte ohne gemeinsamen Aufruf und ohne ein inhaltlich abgestimmtes Konzept. Das vermittelte den Eindruck eines politischen Gemischwarenladens, dessen Bezug zum Kampftag der Arbeiterklasse manchmal nur schwer herzustellen war. Die auf der Demonstration und in den vorher kursierenden Aufrufen angesprochenen Themen reichten von eher staatsfeindlichen Problemen wie Mietwucher oder Verarmung von Großteil der Bevölkerung, bis hin zu internationalen Solidarität (Palästina, Kurdistan, Türkei) und den Perspektiven des Widerstands (z.B. IWF-Kampagne, Mietboykott, Wlba).

Allerdings hat die Mehrheit der Aufruf-Gruppen durchaus versucht, auch zum Thema Arbeiterklasse und DGB Stellung zu nehmen. Im Aufruf der Stadtteilgruppen, der unter anderem auch vom ASIA der Freien Universität mitgetragen wurde, heißt es: „Wir sehen den 1. Mai als internationalen Kampftag, an dem wir zusammen mit vielen ausländischen Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung demonstrieren wollen.“ Wir fühlen uns vom DGB nicht vertreten, der lediglich in sozialpartnerschaftlicher Manier das kapitalistische System mit reformiert für ein Bomben vom Suas und den Unternehmern dafür sorgt, daß jeglicher Widerstand von unten in den Betrieben in geordnete Bahnen gelenkt und damit auch völlig wirkungslos wird.“ Wir wollen das kapitalistische System nicht reformieren, wir wollen es bekämpfen und abschaffen.“

Gescheitert sind die Antikamp mit ihrer „Plattform für eine 1. Mai-Demo“ die schon Ende März kursierte und das Bündnis unter strenger Antikamp-Hege-monie stellen sollte. „In der Diskussion um die 1. Mai-Demo geht es für uns um einen Prozeß, der den Widerstand in die

ser Stadt zusammenführt, aber nicht über eine formale Einheit in der Vielfalt, sondern über eine Einheit, die sich über ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Strategie, d.h. über die Entwicklung von Angriffslinien für den Widerstand, herstellt.“ Zu Ziel und Strategie heißt es im gleichen Papier: „Wenn es uns gelingt, hier in der Metropole zur realen Gegenmacht zu werden, wenn der Widerstand in allen Bereichen an Schärfe und Breite gewinnt und wenn wir im Herzen der Bestie die Projekte antarktisieren, mit denen die Imperialisten die Angriffe auf die Völker der Welt planen, so ist unser nationaler Beitrag zur Weltrevolution, und das auch Gruppen zu unserer eigenen Befreiung.“

Weil es dann aber doch zur gescheiterten „Einheit in der Vielfalt“ gekommen ist, ist der größte Teil der Antikamps aus der Demo-Vorbereitung ausgefallen. Der kleinere Teil sicherte sich trotzdem seinen Redebeitrag, in dem unter anderem der heroische Kampf des kurdischen Volkes unter Führung der revolutionären PKK abgefeuert wurde — und was sich in zehn Minuten sonst noch an gefährlich-naivem Revolutionschwachsinn verzapfen ließ.

Die Abkehrung der DGB Politik und die Absicht, dem DGB am 1. Mai eine eigene Demonstration entgegenzusetzen, hat das Bündnis aber nicht zu einer Konkurrenzveranstaltung verleitet. Die Westberliner DGB-Demonstration begann nämlich schon um 9 Uhr und ging gegen Mittag zu Ende. Die Kreuzberger 1. Mai-Demo begann um 13 Uhr in Termin, der es potentiellen Interessenten, die auf der DGB-Demo nicht erschienen sind, ermöglichte, anschließend in Kreuzberg weiterzumachen. Dafür wurde von ca. 50 Unterstützern des Kreuzberger Projekts mit Flugblättern während der DGB-Demo geworben. Der Vorwurf von einigen Linken, die Kreuzberger Demo sei nichts als eine sekundäre Gegenveranstaltung gegen die Mai-Aktivitäten des DGB gewesen, ist also unhaltbar.



Göttingen: Volksfront gegen Neonazis

Demonstration gegen FAP-Zentrum unter Teilnahme von DGB, ASTA, KB und Autonomen

2.000 Menschen demonstrierten am 7.5.88 gegen das FAP-Zentrum im 300-Einwohnerdorf Mackenrode in der Nähe Göttingens. Aufgerufen hatte ein antifaschistisches Bündnis aus DGB-Kreisverband, Stadt- und Kreisschulerrat, Autonomen, Grünen, ASTA, KB und anderen. Die Demonstration richtete sich gegen die staatliche Duldung des Hauses des FAP-Funktionärs Karl Polacek als Versammlungsort und Ausgangspunkt für zahlreiche faschistische Überfälle.

Ein großer Schwarzer Block mit mehreren hundert Leuten in der Mitte der Demonstration, darüberhinaus zahlreiche verarmte und passiv bewaffnete AntifaschistInnen bestimmten das Bild der Demonstration. Viele AusländerInnen, aber auch viele GewerkschafterInnen (z.T. mit kompletter Fam.I.) waren zudem dabei. Ergebnis des ungewöhnlichen Aktionsbündnisses war eine erfolgreiche Demonstration mit kämpferischem Charakter — ein Sturm auf das FAP-Zentrum war allerdings von allen Gruppen von vornherein in der Planung aufgrund der erwarteten Bullenpräsenz als aussichtslos betrachtet worden. Klar war aber innerhalb des Antifaschistischen Bündnisses für alle Gruppen, also auch für den DGB, Verarmung und Selbstschutz wird toleriert, eben als ein Schwarzer Block, gegen eventuelle Angriffe von Seiten der Polizei oder der Faschisten auf die Demonstration wird man sich selbst schützen. Die Polizei wird nicht über sich erheben lassen, sondern hofft auf nach Göttingen zu fliehen.

Gerade vor dem Schwarzen Block wurde als die Einführung der Abgrenzung per se betrachtet. Die Autonomen, die seit Bestehen des Bündnisses den entscheidenden Anteil der Arbeit trugen, teilten diese „Geschäftsbedingung“ auf einem mit „Keine Panik“ überschriebenen Flugblatt den übrigen Demonstrierenden mit, in dem sie den defensiven Charakter des Blocks herausstellten: „Uns ist vor allem wichtig, daß weder die Nazis noch die Bullen unsere Portraits für ihre Schwarzen Listen bzw. Kartieren bekommen und daß wir eventuell Übergriffe geschützt sind.“ Um den defensiven Charakter, den unser Block haben wird, nochmals zu betonen, steht in der ersten Zeile: „Wir unterstützen, werden wir in der Mitte des Demozugs gehen.“

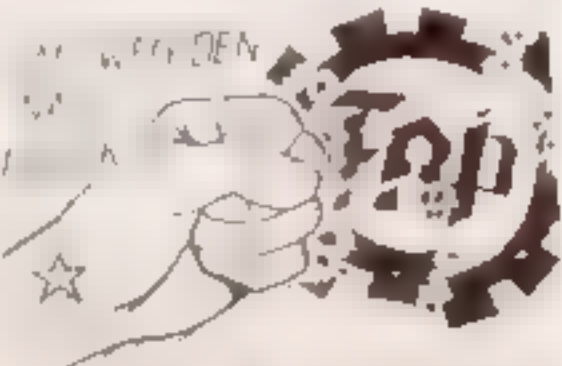
Das Ziel des Antifaschistischen Bündnisses war, so dicht wie möglich an das FAP-Zentrum heranzukommen. Das dies politisch durchgesetzt werden konnte, liegt sicherheitlich an der bundesweiten mangelnden Zusammensetzung des Bündnisses. In einer Erklärung des Koordinationsausschusses nach der Demonstration heißt es dann auch: „Wir haben Zeichen gesetzt. Wir haben die Faschisten in ihren Schlupflöchern aufgesucht und ihnen den vielfachen Widerstand der Region gegen die menschenverachtende Politik der FAP vorgeführt. Und wir haben bewiesen, daß wir trotz unterschiedlicher politischer Einschätzungen und Aktionsformen zu großen gemeinsamen Aktivitäten zusammenfinden können ohne diese Vielfalt einzuschränken oder Kräfte auszugrenzen. Dieser gemeinsame Kampf ist angesichts der faschistischen Gefahr in Südniedersachsen nötig.“

Die Mobilisierung von 2.000 DemonstrantInnen muß als großer politischer Erfolg gewertet werden, gemessen an Göttinger Verhältnissen, aber auch angesichts der von rechtsextremistischen, Polizei und Presse herbeigesehten

Ausschreitungen. Daß es nicht zu Schächten kam, ist ausschließlich dem Verhalten der DemonstrantInnen zu danken. An Provokationen hat es nicht gefehlt. Trotz eines angeblich von der Polizei angeordneten „Hausarrestes“ für die ca. 30 angereisten Nazis, gelangten zwei von ihnen an den Rand der Abschlussschließung, um zu provozieren. („Da hilft nur noch Zyklon B“) Als einige DemonstrantInnen sie vertrieben, wurden sie von einem Bullen mit gezogenem, in Kopfhöhe gerichteter Pistole bedroht.

DGB mit Rückgrat

Seit einem Jahr, genauer seit dem 20.4.87, sucht der Göttinger DGB das Bündnis mit linken Antifaschisten. Damals hatte der Skandal auf junge Türken in Northem die Gewerkschafter alarmiert. Die Zusammenarbeit mit der radikalen Linken führte — wie zu erwarten — schnell zu Angriffen durch den Landesbezirksvorstand des DGB. Seit längerem wird schon geprüft, ob der Göttinger DGB gegen die Satzung verstößt (siehe dazu: Arbeiterkampf Nr. 292). Doch der Göttinger Kreisverband reagiert nicht wie üblich mit Rückzug, sondern mit offensivem Eintreten für seine Bündnispolitik. So konnte bei der diesjährigen Mai-Kundgebung des Göttinger DGB ein autonomer Vertreter des Antifaschistischen Bündnisses reden — schon platziert vor dem Beitrag des Landesbezirksvorsitzenden, während der Vorwurf der Gewerkschaft der Polizei auf den alljährlichen Erbsensuppenverkauf beschränkt blieb. Sowas freut einen schon.



Auch im Vorfeld der Demonstration fiel der DGB — trotz massiver Hitze in der Presse — nicht von dieser offensiven Linie ab, auch nicht, als im Rahmen einer Serie von Distanzierungen die Kreisgruppe der GdP die Demo in der Lokalpresse zum „ungeeigneten Instrumentarium, dem Rechtsextremismus zu bekämpfen“ erklärte und stattdessen in dieser Frage „der Polizei insgesamt (...)“ die Verantwortung zuschrieb. Der DGB hat ein volles Verstehen ausgesprochen (Göttinger Arbeiterkampf Nr. 298). Und auch ein von der Göttinger Staatsanwaltschaft gegen die DGB-aktiven eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen Bloßlegung einer kriminellen Vereinigung konnte den DGB nicht einschüchtern.

Jusos gehen — die SPD integriert

Die SPD, die das Bündnis seit seinem Bestehen faktisch ignoriert hatte, hielt sich im Vorfeld der Demonstration von öffentlichen Distanzierungen zunächst zurück und versuchte, innerhalb des DGB zu integrieren und die Gegner des Bündnisses zu formieren. Am Vorabend der Demonstration äußerte sie dann doch noch — anläßlich eines Ratsantrages der GdP zur Unterstützung der Demonstration — tiefste Zweifel am „friedlichen Verlauf“ (GT, 7.5.88) und verurteilte die geplante Aktion.

Die Jusos, die bis dahin aus der Beobachterposition die Aktivitäten des Bündnisses verfolgt hatten, hatten schon kurz vorher übereinstimmend nicht nur die Unterstützung der Demonstration zurückge-

zogen, sondern auch ihren Austritt aus dem Bündnis erklärt. In einem bundsinternen Papier erklärten sie die anderen Organisationen letztlich zu prügelfähigen Chaoten und die „Strategie der direkten Konfrontation“ zum kurzfristigen Aktionismus, mit der „der Weg in die gesellschaftliche Isolation deutlich vorgezeichnet (scheint)“.

Doch schon einen Tag nach dem erfolgreichen Verlauf der Demonstration, ohne die von der SPD erschnitten Randle, nach der man den DGB von den linken Kräften hätte reingewaschen können, sah die Welt mit einem Mal ganz anders aus. Sinkt nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“ drängten sich SPD-Unterorganisationen inklusive der Jusos um die Mitarbeit im Antifaschistischen Bündnis, getragen von der der SPD eigenen arroganten Hoffnung, daß kein Verrat zu groß ist, um nicht wieder mit offenen Armen empfangen zu werden.

Dieses Mal ging das Kalkül nicht auf. Der linksradikale Flügel im Bündnis hat den Austritt der Jusos begrüßt und eine weitere Zusammenarbeit entschieden abgelehnt. Und auch der DGB hat kein großes Interesse an einem Bündnispartner, der bei der nächsten Belastungsprobe dem Bündnis wieder in den Rücken fällt. Dem DGB wäre es zwar lieber gewesen, wenn man SPD-Kräfte hätte integrieren können. Doch der DGB wurde vor die Entscheidung gestellt, sich zwischen den linksradikalen Kräften, die die bisherige Arbeit getragen haben und der SPD, von der auch der DGB keine aktive antifaschistische Politik erwartet zu wählen. Nach einigem Schwanken entschied sich der DGB für die radikale Linie. Auf dem Bundestreffen am 16.5.88 konnten sich von daher alle darauf verständigen, daß man den Austritt der Jusos dankbar zur Kenntnis nimmt.

Weiterer Nazi-Terror und juristische Klagen

Auch dieses Jahr feierten die Nazis wie der zünftig den „Führergeburtstag“ in Südniedersachsen. Hatte man sich im letzten Jahr Northem ausgesucht, so fiel dieses Jahr die Wahl auf Bad Harzburg. Hier lieferten sich Skins mit AntifaschistInnen schwere Auseinandersetzungen. Schließlich konnten die Skins vertrieben werden.

Für Göttingen hatten sich die Nazis den 8. Mai als Kampftag ausersehen. An diesem Tag spielte Eintracht Braunschweig in Göttingen. Mit Hilfe der

Braunschweiger Fußball-Fans wollte man das Göttinger Jugendzentrum in Innenstadt angreifen. Unter dem Eindruck der machtvollen Demonstration in Mackenrode haben die Nazis davon aber Abstand genommen.

Dafür versuchten sie aber an diesem Tag in Braunschweig, das besetzte Haus an der Böcklerstraße anzugreifen.

Sind die Nazis von ihrem Ziel, „das rote Göttingen zu erobern“, nach wie vor weit entfernt, so scheinen sie sich der weitaus ersten auf das Machbare zu besinnen. Auf der Straße haben sie keine Chance, dafür aber vor Gericht. So

konnten die Nazis per einstweiliger Verfügung die Ausgabe der ASTA-Zeitung „Göttinger Nachrichten“ stoppen, die auf ihrer Rückseite ein Aufrufplakat für die Demonstration in Mackenrode abgedruckt hatte. Auf dem Plakat ist eine Fotomontage abgedruckt. Es zeigt das FAP-Zentrum, aus dessen Dach Flammen schlagen. Gericht und Nazis sehen darin gemeinsam einen Aufruf zu Straftaten. Der NPD-Funktionär Freiler und FAP-Kassenwart Polacek wollen des halb den ASTA verklagen.

He, und Re., KB Göttingen



„Ein Hoffnungsträger für andere Politik“

Interview mit Thomas Malkowski (DGB)

Ein Aktionsbündnis, wie wir es derzeit in Göttingen vorfinden, steht in seiner Breite von Gewerkschaftern bis Autonomen und seinem Erfolg fast einmalig da. Was hat Euch als Gewerkschafter dazu bewogen, das Bündnis mit dem linksradikalen Spektrum zu suchen?

Vorweg. Dies ist ein ungewöhnliches Interview. Es wird wahrscheinlich in einem Kontext zu den Ereignissen in und um Mackenrode erscheinen, den ich nicht kenne und nicht verantworte. Daher zunächst eine Klärstellung: Es gibt Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften bzgl. des KB, die ich für richtig halte. Auch teile ich weder die Ansichten noch das politische Programm des KB. Trotz dem finde ich, daß der Kampf gegen reaktionäre und faschistische Tendenzen in dieser Gesellschaft alle — salopp gesagt — „Gutmeinenden“ ins Gespräch und in die gemeinsame Aktion bringen muß. Das gilt gleichermaßen für das Interview wie für die Arbeit im Antifa-Bündnis, an der auch der KB seinen Anteil hat.

Eure Frage unterstellt, die Gewerkschaften hätten schon das „linksradikale Spektrum“ (seufz!) herangezogen — dem ist nicht so. Man muß sich die konkrete Situation vor Augen halten: Die ländlichen Regionen werden mehr und mehr zum Exerzierplatz für alte und neue Nazis. Feme-Morde, Sprengstoffanschläge, Turkenhate, paramilitärische Aufmärsche, Wahlerfolge... Auch in den Dörfern und Gemeinden rund um Göttingen blüht der radikale Sumpf. Wer den trockenlegen will, muß vielfältigen Widerstand leisten. Man kann über den Stellenwert der Widerstandsformen unterschiedlicher Meinung sein, aber ich persönlich weigere mich, den Kampf gegen organisierte Faschisten zu einer Sache von Ausgrenzungsstrategien oder Theoriezirkeln verkommen zu lassen. Ich will hier nicht ausufern. Man kann die Antwort auf Eure Frage auch kurz

fassen: Wir haben uns praktisch in Notwehr mit dem Anwalt der faschistischen Gefahr in Südniedersachsen beschäftigt und dabei Bundesparagrafen gefunden, die wir nicht hinnerlückig gewesen haben. So einfach ist das.

Gibt es innerhalb der Gewerkschaften Auseinandersetzungen um diese Bundesparagrafen?

Wer das Spektrum der Gewerkschaften kennt, weiß, daß das bisher Geäußerte — gebührend gesagt — nicht unumstritten ist. Die Bündnisfrage ist ja ohnehin das meiststrapazierteste Thema zahlreicher Kongresse und Anträge. Was schon für die Friedensbewegung und den DGB galt — „halb zog sie ihn, halb sank er hin“ — nimmt im Antifa-Bereich fast hysterische Züge an. Ich will mich über Einzelheiten nicht auslassen. Nur soviel: Auch die Gewerkschaft der Polizei gehört zum DGB. Im Großen und Ganzen ist die Politik der Gewerkschaften in Göttingen eine aktionsorientierte und glaubwürdige. Natürlich ist alles versucht worden, uns vor diesem Bündnis zu „bewahren“. Herausgekommen ist: Die Beschlußlage gibt unsere Mitarbeit her und der Erfolg der bisherigen Arbeit im Bündnis gibt unserem Ansatz recht. Sehr zum Leidwesen des sozialpartnerschaftlichen Flügels im DGB.

Wie schätzt Du die weitere Perspektive des Antifaschistischen Bündnisses Göttingen ein?

Es wird wohl auch zukünftig zu immer neuen Nagelproben für das Antifa-Bündnis kommen. Da gibt es einerseits eine Menge politischer Kräfte, die das Bündnis gern über den Schnabel nehmen würden. Zweitens wird versucht, die Zusammenarbeit z.B. mit den Autonomen zu kriminalisieren. Gerade an dieser Ecke kann gewerkschaftliche Mitarbeit im Bündnis viel Gegendruck erzeugen.

Dieser Punkt wird gern mißverstanden. Die Gewerkschafter vollziehen im Bündnis keinen Dressurakt an den Autonomen. So wie es wohl nicht vorkommen wird, daß Göttinger Betriebsräte kurz mal eine Nazi-Wohnung abfackeln, so wenig ist zu erwarten, daß die Göttinger Autonomen demnächst nur noch mit Öl zweigen wedeln. Da gibt es auch gegenseitig keine Mißwünsche. Aber ich finde es bedeutend, daß in Mackenrode eine Demo stattgefunden hat, auf der der „schwarze Block“ Schatzvorkommen getroffen und auch die Bereitschaft zur Gegenwehr demonstriert ist. Und daß die Polizei reingekommen ist und gefezt hat. Für diese „karmatischen“ Verhältnisse ist sicher die Arbeit der Gewerkschafter im Bündnis verantwortlich, und das ist begrüßenswert. Die Gefahr der Spaltung, die eine Linker Bewegung bei einem so hochsensiblen Ding wie diesem Antifa-Bündnis besonders gegeben.

Ich persönlich sehe in diesem Bündnis einen Hoffnungsträger für eine andere Politik. Hier arbeiten Organisationen und Gruppen zusammen, die sich sonst politisch nicht auf Feil gucken können — sicher auch aus handfesten Interessen heraus. Wenn es uns gelingt, werden Massengelenke zu ersicken noch in einen Debattierclub abzufallen, können wir einen erfreulichen Beitrag zur politischen Kultur leisten. Ich habe diesen Punkt für sehr bedeutend, weil er über die konkrete antifaschistische Zusammenarbeit hinaus auch Struktur schafft, die wir als gesellschaftliches Widerstandspotential (ich meine damit alle beteiligten Gruppen) dringend brauchen.

Als nächster konkreter Schritt bietet sich an, eine „antifaschistische Woche“ in Südniedersachsen im September vorzubereiten. Wenn alle Gruppen mit ihren Aktionsformen mitmachen, kann das ganz schön bunt gegen rechts werden.





Informationen Bonner Initiative  
„Bewusstseins gegen Neofaschismus“  
c/o Hartmut Meyer ASIA in Bonn  
Nassaustr. 11, 5300 Bonn 1



Kühnen und FAP:

## Aufmarsch im Ruhrgebiet

Zum diesjährigen 1. Mai war von der FAP im Ruhrgebiet eine Kundgebung sinnigerweise in Rheinhausen angekündigt worden. DGB und das örtliche Antifa-Spektrum protestierten und mobilisierten daraufhin nach Rheinhausen, der FAP wurde ihre Unternehmung untersagt. Was folgte, war jedoch nicht — wie die DVZ meldete — ein eher hilfloses Herumirren versprengter Faschisten, vielmehr hatten die FAP-Organisatoren rechtzeitig einen Ausweichort in Bottrop-Kirchheilen angemietet, wo eine Veranstaltung — getarnt als Verlobungsfeier — stattfand (Haus Beckendahl). Die rund 50 Versammelten waren aus allerorts gekommen, darunter auch aus der DDR. Autokaravane aus Hamburg, München, Frankfurt, Offenbach und aus den Niederlanden. Das Outfit reichte von Skin-Köpfen à la Borussia über das u.a. vom Frankfurter Kreis um Nazi-Müller bekannte Militärdress bis hin zu den Bierhäuten und Schlips-und-Kragen-Gestalten gesetzten Alters. Als besonderer Gast wurde ein Altkamerad aus den Niederlanden begrüßt.

Speziell zum 1. Mai widmeten sich die Redner vor allem der angeblich zwei Wochen zuvor in Frankfurt aus der Taufe gehobenen „Nazi-Gewerkschaft“ „Fronte gegen DGB und andere Rote“. Da fehlte natürlich Altkamerad und „Gewerkschafter“ Busse nicht, der seit Jahr und Tag im neofaschistischen Milieu eld sein Unwesen treibt (u.a. als „Volkssozialist“). Sozusagen Stargast war Ex-ANS-Chef Michael Kühnen, der nach Verbot seiner Truppe und Absetzen seiner Gefängniszeit bemüht ist, die entglittenen Fäden wieder zusammenzuflicken. Sein langjähriger Mitstreiter Worch war ebenfalls zur Stelle. Ausgestartet mit „Front National“ Anstecknadeln bekamen die Journalisten wissen: „Wir werden uns in Zukunft ganz legal und demokratisch verhalten. Das ist unsere Strategie.“ Auf Vorwurf des Neonazismus formulierte er wie gehabt: „Al-



Im Hintergrund vor dem Foyer der Kirche Spézy



Michael Kühnen

les muß ja nicht schlecht sein. Es kann auch sein, daß es früher nicht rigoros angepackt wurde. Aber ich habe mit Faschismus nichts zu tun. Ich bin Nationalsozialist.“ Im Anschluß an die Bottroper Versammlung, die schließlich von ca. 30 Bottroper und Oberhausener Antifaschisten beobachtet wurde (eine Attacke der Nazis wurde von der ebenfalls beobachtenden Polizei gerade noch

gebrems), fuhren Kühnen, FAP und Gefolge nach Düsseldorf weiter, wo sie es ein paar hundert Meter bis zum Reeserplatz schafften, bis der als „Marsch auf Rheinhausen“ angekündigte Aktionstag angesichts von begleitender Polizei und inzwischen sich einstellender Düsseldorfer Antifaschisten endete.

R., Antifa-Kommission/Hamburg



Gewerkschafts-Vorsitzener Busse links

In letzter Zeit sind — siehe u.a. nebenstehenden Artikel aus Bonn — wieder verstärkt Nazi-Umtriebe aus dem Umkreis der alten ANS, der FAP und ähnlicher Gruppen zu registrieren. Stützpunktvätern der Militärentzweie wie Kühnen und Busse machen sich hier zu schaffen. Sozusagen in guter, alter Antifa-Tradition soll dem unsererseits wie der genaueste Beachtung geschenkt werden. Wir sind also an der Zusammenstellung und dem Austausch von dienstlichen Informationen

lehaft interessiert. Zur weiteren Arbeit sind wir auch in der Lage, unsere Kenntnisse über detaillierte Kenntnisse zu liefern. Was die FAP Aktion am 1. Mai in Bottrop/Düsseldorf angeht, sind wir interessierten Antifaschisten im übrigen gern eine Sammlung gut gelungener Fotos (drei Beispiele nebenstehend) zur weiteren Verwendung (gegen DM 3,- in Briefmarken).

Antifa-Kommission KH Hamburg

## Wer versteckte Aldo Moro?

Zum 10. Todestag des DC-Politikers — kein Nachruf

10. Juli statt der Ermordung Aldo Moros durch die Rote Brigaden. Gelegenheit für die Democrazia Cristiana (DC) ihren einstigen Vorgesetzten noch ein letztes Mal zum Nutzen der Partei in die Tagespolitik einzufügen zu lassen. So erlebte Italien an Moro eine Reihe makabrer Gedenkfeiern, Karamschtag und schließlich Ausprägung Moro, zu Lebzeiten nicht als „Mörder“ sondern als „Märtyrer“ (10 Jahre nach seinem gewaltsamen Tode von „den“ geliebt. Auch in der KPD deren Sekretär Alessandro Natta die gleichen „Märtyrer“-Schemata in unserm Jahrhundert. (1) Daß KPD und DC mit ihren „Märtyrern“ der stummen Helden der Nachtverbrechen (2) der „Märtyrer“ Moro de facto zum Tode verurteilt ist, ist kein Thema für kirchliche Nachrufe (wohl aber der Kampf gegen den Terrorismus, Ministerpräsident und DC-Vizepräsident Carlo De Mita, Hauptredner der zentralen Gedenkfeier in Montecitorio führt die „Lektion Moro“ in gewissermaßen zusammen: „Das Denken dieses unermüdeten und toleranten Mannes — mit Nachden und weitsichtig, macht die Erinnerung an seinen Tod noch lebendiger einen Tod durch die Hand von Verrätern der Republik, gegen die es niemals Widerstand noch Beendigung des Kampfes geben darf.“ (3)

KPD und Gewerkschaften führen den gleichen Kampf an der Basis, in den Betrieben. Vier Wochen nachdem die Roten Brigaden (BR) den christdemokratischen Senator Roberto Ruffoli per Gewerkschaftsentscheid hatten, scheiterte ihr sein Jahren erster Versuch der Massenagitation vor fünf Mai an der Großbetriebe an der Wachsamkeit der Gewerkschaftsfunktionäre von CGIL, CISL und UIL. Die vor den Fabriktoren hinterlegten BR-Uhrläder, abgepackt in „acht gelben Tüten“ wurden gefunden und sicher gestellt. Die drei Gewerkschaften machten eiligst den Mitarbeiter der BR Aktion: „Die BR konnten und wollten keinen Kontakt mit den Arbeitern herstellen. Es handelte sich um eine Propaganda-Aktion von außerhalb der Betriebe und weit entfernt von den Arbeitern“ (3).

Die antiterroristische Einheitsfront der „bleiernen Jahre“ („gli anni di piombo“) hält auch heute noch. Kritik an der Politik des Staates nach der Moro-Entführung gibt es natürlich auch, wenn auch vor allem an Randerscheinungen. Der „Espresso“, nicht nur äußerlich dem „Spiegel“ ähnlich, greift in einem Kommentar die „Perversionen“ und den „Konformismus“

des Jahres 78 an. „Man mußte (damals) sagen, daß das Vaterland in Gefahr war und wer das nicht sagte, war ein Verräter, wer es zu schreiben wagte, war ein Komplize der Roten Brigaden.“ Auf dem nationalen Presseretten ging man so weit, die Notwendigkeit der Selbstzensur zu thematisieren (4).

Die ungeklärten Umstände des Mordes an Moro sind in großen Presseveranstaltungen angekündigt. So schreibt z.B. die „Repubblica“: „Auch zehn Jahre lang bleiben noch einige ungelöste Fragen zu den Ermittlungen und der Schritten der P2 der Geheimdienst liegt weiter über dem Fall.“ So entstehen Fragen nach den Ratseln der Via Gradoli (5), nach Moros Gefängnis nach der Bedeutung der Briefe „Les Salamancas“ (6).

Gerade diese ungeklärten Fragen lassen den Politischen Prozess der „Moro-Entführung“ nicht als abgeschlossene Angelegenheit erscheinen. Die Frage, ob die Roten Brigaden die Ermordung Moros rechtfertigen können, ist ein Thema, das die Jahre 78 ohne Verluste überstanden haben. 1988 dürfte die Sache dann weitgehend vergessen sein.

### Wer war Aldo Moro?

1963 konnte die Sozialistische Partei (PSI) in den Anfangsjahren der italienischen Nachkriegsrepublik von der DC scharf bekämpft, erstmals in die Regierung einzutreten. Die Koalition des militärischen Antikommunismus (unter Einschluss

von Sozialdemokraten und Republikanern) hielt bis 1968. Ministerpräsident war Aldo Moro.

Die späten sechziger und frühen siebziger Jahre brachten der KPI stetige Stagnation (1976-77-78) die Arbeiterbewegung konnte von den Sozialisten nicht wie gewünscht befruchtet werden. Die Democrazia Cristiana und ihr Strategie Aldo Moro reduzierten ihren plakativen Antikommunismus und stellten eine Regierung der „nationalen Solidarität“ in Aussicht, die die KPI einbeziehen sollte. Die KPI, in den darauffolgenden Jahren kommunistisch nach rechts gedrückt und unter Enrico Berlinguer auf den „historischen Kompromiß“ mit der Christdemokratie eingeschwenkt, interpretierte diese vage Ankündigung als Angebot von Ministerwechseln. Das Ausland reagierte besorgt: „Die CIA und Teile des NATO-Militärapparates halten Aldo Moro für das italienische Pferd des Kommunismus“, schreibt der „Espresso“ im Rückblick und stellt diese grandiose Fehleinschätzung richtig: „... Moro war es, der aus ehemaligen Stalinisten verlässliche Mitarbeiter der Regierung machte“ (7).

Am Morgen des 30. März 1978, wenige Stunden vor der Parlamentsabstimmung über die Regierung der „neuen Mehrheit“ unter Giulio Andreotti (DC) wird Aldo Moro, der Architekt dieser „neuen Mehrheit“ auf offener Straße entführt. Chauffeur, Leibwächter und Eskorte werden erschossen.

### Chronologie der Entführung (8)

- 17.1. Die KPI fordert die Einhaltung einer harten Linie ohne jegliche Verhandlungen mit den Entführern. Andreotti und die Parteisekretäre der „neuen Mehrheit“ bestätigen diese Linie.
- 18.1. „Comunicato n. 1“ der Roten Brigaden bringt ein Foto Moros im „Volksgefangnis“.
- 21.1. Die Regierung beschließt eine Reihe „antiterroristischer“ Sondergesetze.
- 29.1. Moros Frau und Innenminister Cossiga erhalten Briefe von Moro, weitere Briefe an die Familie, an den Papst, an Andreotti und an die DC folgen.
- 30.1. Andreotti gibt die Devise aus, alle derzeitigen wie künftigen Briefe Moros seien akzeptiert.
- 31.1. Moro gibt in einem weiteren Brief an seine Frau Ratschläge zur Sprengung des Blocks der Nichtverhandlung. Der Brief wird von der Polizei abgefangen und geheimgehalten, die Familie steht un-



Moros Leiche

ter Kommunikationssperre. 28.4. Das „comunicato n. 8“ der BR schlägt 13 Gefangene zum Austausch vor. 29.4. In seiner Eigenschaft als DC-Präsident beruft Moro den Nationalkongress der DC ein. Dem wird seltzungswidrig nicht gefolgt. 1.5. Die Sozialisten unterstützen den von Moro als Möglichkeit angebotenen Austausch „einer gegen einen“ KPI und DC wenden sich dagegen. 5.5. Die BR kündigen den „Witzzug der Eskorte“ an. 9.5. In der Via Gaetano, mitten in Rom und in nächster Nähe der Parteizentren von KPI und DC, wird Moros Leiche gefunden.

### ... und ihre Folgen

Bis 1981 sind dutzende „mutmaßliche“ BR-Mitglieder verhaftet. Im Moro-Prozess wird 12mal lebenslanglich Zuchthaus verhängt. Auch anderen Teilen der radikalen Linken wird der Prozess gemacht. Gegen Professor Totò Negri, Vordenker der „Autonomia operaia“, wird die absurde Anklage erhoben, „Gehirn“ des gesamten italienischen Terrorismus und Anführer der Moro-Entführung zu sein. Linke Intellektuelle wie Alberto Moravia und Leonardo Sciascia werden der geistigen Mitherrschaft bezichtigt. Nutznießer des „Anschlags auf das Herz des Staates“ sind neben den Christdemokraten, die vom Mitleidseffekt profitieren, die Sozialisten, die drei Wochen vor Moros Tod aus dem Block der Nicht-

verhandlung ausgeschieden waren. Der KPI wird ihr engagiertes Eintreten für den starken Staat und die Bereitschaft ihren (vermeintlich) besten Freund zu opfern nicht gedankt. Nach Verlusten bei den folgenden Regionalwahlen (bei gleichzeitigen Gewinnen der PSI) werden sie für die Regierungsbildung nicht mehr gebraucht. Der „historische Kompromiß“ ist gescheitert.

1983, nach fünfjähriger Untersuchungsarbeit, legt die aus DC und KPI bestehende Mehrheit der parlamentarischen Moros-Kommission ihren Abschlußbericht vor. Motiv und Ziel des Anschlags liegen danach auf der Hand: „Mit der Entführung Aldo Moros beabsichtigten die Roten Brigaden nicht nur, die Democrazia Cristiana zu treffen, sondern auch und vor allem das von Moro getragene politische Projekt zum Einsturz aller politischen Kräfte in die Führung des Landes.“ Giuseppe D'Alema (KPI) sieht die Sache noch brennender: „Mit Moro wurde die Schlüsselfigur entgebracht, die den Kommunisten die Regierungsübernahme verschaffen wollte.“

Für Tino Anselmi dagegen, Präsident der P2-Kommission, so wohlhabend wie der Schatten der Loge P2 über dem Fall: „Auch PSI-Senator Luigi Cossutta schließt einen über die Roten Brigaden hinausgehenden Täterkreis nicht aus. Zu den offensichtlichen Fäulnis- und Schlamperien bei der Fahndung macht er düstere Andeutungen: „Nach der einfachen Deutung war es Schwäche, Desorganisation, Unfähigkeit. Aber es kann auch anders gewesen sein, beabsichtigt geplant.“

Fortsetzung nächste Seite



Aldo Moro als Gefangener der „Roten Brigaden“



Fortsetzung von vorheriger Seite  
Eine verwegene Hypothese

Werner Rauh, hierzulande hauptsächlich als „Jaz“-Korrespondent bekannt, hat 1984, nach fünf-jähriger Recherche, ein Buch zur Moro-Entführung herausgebracht mit dem ziemlich reißerischen Titel „In höherem Auftrag. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro“. Dieses Buch listet nicht nur all die Ungereimtheiten um die Entführung auf und läßt mittelbar Betroffene in Interviews zu Wort kommen. Es bietet auch einiges Lesenswerte zu Hintergründen (und Abgründen) der italienischen Politik. Zur Sache selbst, dem „kalkulierten Mord in höherem Auftrag“ entwickelt Rauh eine verwegene Hypothese.

Obwohl Moro mitten in Rom gefangen gehalten worden sein muß, wurde das „Volksgefängnis“ bis heute nicht gefunden. „Schon bald nach der erfolglosen Suchaktion der ersten Tage galt es nicht mehr nur als Geheimnis, daß alle die Kontrollen von tausenden römischen Wohnungen und Millionen von Passanten deshalb nicht zum Ziel kamen, weil man an dem Ort, wo Moro wirklich war, nicht suchen durfte. Von dieser Sorte aber gab es, zieht man den Sitz des Staatspräsidenten und die verschiedenen Ministerien ab, nur zwei Möglichkeiten in Rom: das Vatikan und die auswärtigen Botschaften und Konsulate, daneben auch noch die Wohnungen hoher Diplomaten.“ Werner Rauh ist überzeugt, daß Moro ab Mitte April in der israelischen Botschaft gefangen gehalten wurde. Zum einen habe es bereits Anfang der siebziger Jahre Kontakte der israelischen Geheimdienste Mossad zu den Roten Brigaden gegeben. Zum anderen habe Moro in seinen Briefen entsprechende Andeutungen gemacht. „Und nicht beachtet wurden die immer dringenderen Hinweise Moros in seinen Briefen seit der zweiten Hälfte des April — also nach seiner Verlegung an einen anderen Ort — auf diejenigen, die ihn in Händen hatten, und als die er am Ende niemand anderen ausgemacht hatte als israelische Kräfte.“

Auch ein israelisches Motiv liefert Rauh: Nach dem Bruch Ägyptens mit der Sowjetunion und ersten Kontakten zwischen den USA und Ägypten habe die israelische Regierung fürchten müssen, „daß hier ein grundlegender Wandel in der Politik stattfand, der durchaus die eigene harte und expansive Politik gefährden konnte. Die von Politikern und Geheimdienstleuten ausgeatheteten Gegenstrategien waren denkbar einfach — und um so wirkungsvoller. Die USA, so die Erkenntnisse, konnten sich die arabische Karte nur leisten, weil sie sich in Westeuropa absolut sicher fühlten. Wenn daher die Abwendung der USA von Israel rückgängig gemacht werden sollte, so ging das nur, wenn man Mittel fand, die Amerikaner wieder zum Antikommunismus Israels zurückzulenken.“ Israel wäre demnach an der Destabilisierung des Mittelmeerraumes gelegen gewesen, nicht zuletzt an der Destabilisierung Italiens. „Wenn die USA auf ihre Mittelmeerflotte vertrauen wollten, mußten sie irgendwo sichere Stützpunkte haben — und die la-

sische Stützpunkte haben — und die letzten Jahre zwischen Genua und Palermo, vor allem bei Gaeta und Neapel, Italien, das erkannte Israel, war der Schlüssel. Eine politische Instabilität würde beträchtliche Probleme für die Allianz und die USA bringen.“

Um Mißverständnissen vorzubeugen — das ist die Hypothese von Werner Rauh. Daß sie ebenso plausibel wie unglaublich scheint, hat sie mit allen Spekulationen über andere mögliche Mörder gemein. Mitgeteilt haben 1978 in Italien viele die CIA, die italienischen Geheimdienste, Aldo Moro, Geheimnisse P2, die US-Regierung und der bundesdeutsche MAF. Zu beweisen ist derzeit weder das eine noch das andere.

Daß die „Wahrheit“ demnächst herauskommt, wagt auch Werner Rauh nicht zu hoffen. Die u.a. von dem DC-Politiker Flaminio Piccoli im Spiel gebrachte mögliche Amnestie (oder Strafnachlaß) für politisch motivierte Täter sieht er auch als taktischen Schachzug zur Verhinderung weiterer Enthüllungen. „Gerade Christdemokrat Piccoli wird nicht müde, dunkel anzudeuten, daß „da möglicherweise jemand noch gewisse Geheimnisse aus jenen 55 Tagen Entführungszeit kennt und sie zum passenden Zeitpunkt herauslassen wird.“ Ein Gnadenerweis könnte da wohl den Mund plauderwüchtiger Brigadisten wirkungsvoll stopfen.“ (9)

Jb. Hamburg

Anmerkungen:

- 1) „Jaz“ 9/5/88
- 2) „La Repubblica“ 10/5/88
- 3) „La Repubblica“ 13/5/88
- 4) „L'Espresso“ 15/5/88
- 5) In der Via Gradoli wurde am 18.4.78 eine konspirative Wohnung der BR entdeckt, bei der Suche nach den Entführern half dieser Fund (angeblich) nicht weiter.
- 6) „La Repubblica“, 5/5/88
- 7) siehe Anm. 4)
- 8) nach dem Buch von Werner Rauh: „In höherem Auftrag. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro.“ Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate sind ebenfalls diesem Buch entnommen.
- 9) siehe Anm. 7)

# Aufstand in Kanaky

## Europäisches Parlament wäscht Hände in Unschuld von Dorothee Piermont (Europaabgeordnete der GRÜNEN)

Seit dem 22. April vergeht fast kein Tag, an dem die Zeitungen nicht über den Aufstand der Kanaken in Neu-Kaledonien berichten, einem französischen ozeanischen Territorium im Südpazifik.

Vor 135 Jahren wurden die Kanaken von Frankreich kolonisiert, in Reservaten zusammengepfercht, ihres Landes durch weiße Siedler beraubt, durch bis dahin unbekannte Krankheiten und brutale Repression ihrer Revolten von 1878 und 1917 von 60.000 auf 27.000 dezimiert und durch eine bewußt gesteuerte französische Besiedlungspolitik zur Minderheit im eigenen Lande gemacht.

Die Kolonialjustiz degradierte sie zu Menschen zweiter Klasse, auf die zwischen 1982 und 1986 ungestraft 47 Attentate verübt werden durften, z.B. vorbereiteter Mord aus dem Hinterhalt an zehn Kanaken, dessen bekannte Täter im Oktober 1987 freigesprochen wurden! Seit mehreren Jahren werden kanakische Dörfer und Sämme wie im Algerienkrieg von „nomadisierenden“ Militärs taglich und stündlich aussonnert und unter Druck gesetzt, 11.000 Militärs und Polizisten gegen 70.000 Kanaken! Zum Vergleich: Im Gazastreifen stehen 600.000 Palästinensern 10.000 israelische Soldaten gegenüber.

Jetzt beraubt das neue Statut vom Januar 1988 — das 14. in wenigen Jahren —, dessen Gremien am 24. April gewählt werden sollten, sie auch noch ihres bislang respektierten zivilrechtlichen Sonderstatus.

Das kanakische Volk steht damit vor der Alternative, entweder für sein Überleben, seine Identität, seine volle Selbstbestimmung zu kämpfen oder abzugeben, und wie die australischen Aborigines, neuseeländischen Maories und nordamerikanischen Indianer zur „exotischen“ Minderheit im eigenen Land zu werden. Doch „wir werden nicht die letzten Mohikaner des Pazifik sein“, warnte kürzlich J.M. Tjibaou, Präsident der provisorischen kanakischen Regierung und der kanakischen Befreiungsfront FLNKS.

Eine Gruppe von Kanaken, bewaffnet mit Buschmesser, Stöcken und Jagdgewehren, nahm daher auf der Insel Ouvéa eine mit modernsten Waffen ausgerüstete Gendarmerie ein und machte 27 Gendarmen zu Gefangenen, die in einem unterirdischen Labyrinth versteckt wurden. Drei Gendarmen kamen bei dem entstehenden Handgemenge um, ein weiterer erlag kurz darauf seinen Verletzungen, 12 der gefangenen Gendarmen wurden nach wenigen Tagen freigelassen. Sieben Mitglieder der Elite Scharfschützen GIGN (vergleichbar un-

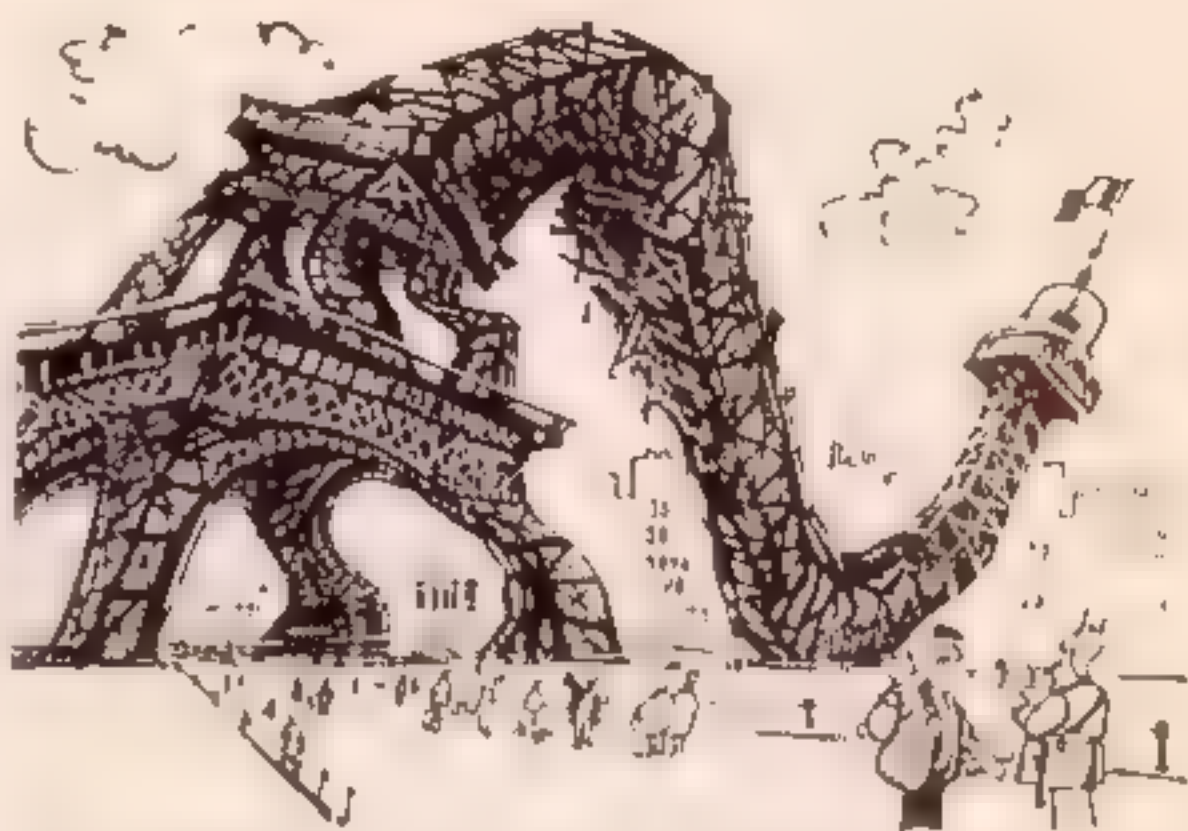
terer GSG 9) sowie ein Staatsanwalt kamen als weitere Gefangene später hinzu.

Ziel der Aktion: die französische Regierung zu bewegen, das neue Statut zurückzunehmen, die Militär- und Polizeikräfte abzubauen und um den UNO-Prinzipien für die Selbstbestimmung der kolonisierten Völker entsprechendes Referendum über die Unabhängigkeit gemeinsam vorzubereiten.

Doch die französische Regierung verhandelte nicht. Stattdessen wurden militärische und polizeiliche Elitetruppen mobilisiert, die am 5. Mai 1988 die Höhle stürmten. Weder während der zwei Gefechtsrunden noch während der zwischen ihnen liegenden 5-stündigen Pause wurde auch nur einem der Gefangenen von den Bewachern ein Haar gekrümmt. Sie wurden sämtlich gesund und sicher „befreit“, 19 Kanaken dagegen wurden unter höchst dubiosen Umständen ermordet, z.B. drei Bewacher, nachdem sie sich bereits ergeben hatten, ein weiterer junger Mann, der für Gefangene und Bewacher Verpflegung gebracht hatte, jedoch dem Kommando nicht angehörte. Erschauernd war es nur Tote, keine Verletzten... Zwei Militärs des Sturmkommandos kamen im Gefecht um.

„Es ist unser Stolz und unsere Ehre, keine einzige Gessel getötet zu haben“, erklärte nach Bekanntwerden der Schlichterei Djimo Ounne, Vertreter des FLNKS in Frankreich. Die damals noch amtierende französische Regierung, die drei Tage vor dem 2. Wahltag zum französischen Staatspräsidenten dieses Massaker veranstalten ließ, um Wähler Le Pen zur Stimmenabgabe für den bisherigen Premierminister Chirac zu gewinnen, hatte wohl einen anderen Ehrbegriff, für sie hatte Überseeminister Pons erklärt: „Es geht hier um die Ehre Frankreichs, die Ehre der französischen Armee und die Ehre der nationalen Gendarmerie.“ Was wiegt demgegenüber das Leben von 19 Kanaken, die Chirac kurz zuvor mit den Worten „die Barbarei dieser Menschen, wenn man sie überhaupt als solche qualifizieren kann“ zu Unter-Menschen abgestempelt hatte?

Doch wäre es zu einfach, selbsteigentlich Frankreich als kolonialistische Unterdrückermacht an den Pranger zu stellen. Die Europäische Gemeinschaft, die Bundesrepublik und Komplizen. Die über den Globus verstreuten Reste des französischen Kolonialreiches, insbesondere Französisch-Polynesien, wo die französischen Atomwaffen getestet werden, und Guyana, von wo u.a. die europäische Gemeinschaftsstrukturik Arane in den Weltmarkt geflohen wird und in den Augen derjenigen, die wirtschaftlich technologisch und auch natürlich auch



„Die Neuseeländer haben in der Normandie einen ganz normalen Atomversuch gemacht.“

militärisch-atomar langfristig eine 3. Supermacht (West II) zu gestalten, unabdingbare Voraussetzung einer solchen Vision. Nicht nur im eigenen Interesse sondern auch im Interesse seiner EG-Komplizen, d.h. um die Voraussetzungen einer „Großmacht Westeuropa“ nicht infragezustellen, hält Frankreich an Neu-Kaledonien mit Zäunen und Klauen fest. Würde es unabhängig, so würden auch die anderen überseeischen Gebiete bald fallen, heißt es von französischen Politikern immer wieder. Aus dieser Logik heraus stimmten die EG-Staaten am 2. Dezember 1986 der Wiederaufnahme Neu-Kaledoniens in die UNO-Liste der zu entkolonisierenden Länder und Völker nicht zu (8 stimmten dagegen, Großbritannien, Griechenland, Irland, Dänemark enthielten sich), nachdem darüber vorher in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit diskutiert worden war (Antwort auf meine schriftliche Anfrage Nr. 2608/86). Von bundesrepublikanischer Seite war dazu zu erfahren: „Das Auswärtige Amt hält die von Frankreich vorgebrachten Gründe für stichhaltig.“ (Schreiben des Staatsministers Möllemann vom 22.1.87). Und ausführlicher: „Wir unterhalten zu Frankreich so etwas, was die angelsächsischen Länder als „special relationship“ bezeichnen würden. Die Einigung mit Frankreich, das Bündnis mit Frankreich ist das Kernstück der europäischen Einigung... Frankreich hat die Neukalidienfrage dazu erklärt, von vita-

len, von lebenswichtigem Interesse zu sein. Und wenn unsere Verbundenen ein Problem zu einer vitalen... Frage erklären, dann halten wir das für überaus wichtig und dann sehen wir uns gehalten, mit unserem Verbundenen zu stimmen“ (Vortrag eines Vertreters des Auswärtigen Amtes bei der 14. Jahrestagung der Deutsch-Pazifischen Gesellschaft am 16.5.1987). Gegenüber der deutsch-französischen Achse als „Kernstück der europäischen Einigung“ kommt den von Frankreich vorgebrachten „sachlichen“ Argumenten, die der Vertreter des Auswärtigen Amtes vorher häufig aufzählte, offenbar eher eine Alibi-funktion zu.

In sie selbst betreffenden Menschenrechtsfragen folgen die EG-Staaten bekaunlich lieber dem Leitsatz „Eine Hand wäscht die andere“, als die Erfahrung „wer tritt, wird zurückgetreten“ zu machen. Doch nicht nur deshalb hat sich das Europäische Parlament zum ersten Male geweigert, bei seiner Plenarsitzung im Mai 88 die Situation in Kanaky zu diskutieren und auf Frankreich im Sinne einer Lösung, die die Kanaken der Unabhängigkeit näherbringt, einzutreten. Seine Drahtzieher im Erweiterten Präsidium, die diese Entscheidung gefällig haben, haben damit auch die Türen für eine Entwicklung der EG zur 3. Supermacht offengehalten. Um diese Entwicklung zu legitimieren, sitzen sie schließlich, auch wenn das den meisten Wählern nicht bekannt ist, in diesem Parlament

# Le Pen und das kolonialistische Erbe

Interview mit Claude Bourdet

Dorothee Piermont, DIE GRÜNEN, sprach für die Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament mit Claude Bourdet, ehemaliges Mitglied des Rats der Résistance, Mitbegründer der linkssozialistischen PSL und des MIDPL, über den Erfolg des „Front National“ und seines Führers, Jean-Marie Le Pen, in Frankreich. Bourdet hat sich in den siebziger Jahren auch gegen die Rechtsentwicklung, jenseits des Rhein engagiert und war Mitglied des Russell-Tribunals über Menschenrechtsverletzungen in der BRD.

In Dänemark und Norwegen vereinigen rechtsradikale Parteien beinahe 10% der Stimmen auf sich. Le Pens „Front National“ schockte am 24. April 1988 beim 1. Wahlgang für die französische Präsidentschaft die französische Öffentlichkeit und die Nachbarländer mit 4,4 Mio. Wählern und 14,4% der Stimmen. Sind innerhalb Millionen Franzosen faschistisch?

Nein. Man muß z.B. ganz klar sehen, daß in den dreißiger Jahren die Sympathisanten und Wähler des italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus zu Anfang nicht alle Fanatiker des Rassismus oder des Nationalismus waren. Faschismus und Nazismus haben sich in zwei Ländern entwickelt, in denen eine allgemeine Geistesverwirrung herrschte und darüberhinaus, hinsichtlich des Nazismus, in einem von der Krise

1929-30 geschüttelten Land. In beiden Ländern hatten zahllose Arbeitslose den Eindruck, daß die parlamentarische Demokratie ihr Schicksal ignorierte und daß die linken Parteien keine besseren Antworten auf ihre Probleme hatten als das Zentrum. Der erbarmungslose Kampf zwischen Sozialisten und Kommunisten in Italien, vor allem aber in Deutschland, machte nicht nur eine massive Antwort auf die neue extreme Rechte unumgänglich, er verantrieb und entmutigte auch viele Arbeiter und Angehörige der Mittelschichten. Wenn so viele junge Italiener und Deutsche von den Schwarz- oder Braunhemden angezogen wurden, dann war das aus Gründen, die denen sehr ähnlich sind, aus denen heraus sich so viele Franzosen heute dem Front National zuwenden.

Wie ist diese Entwicklung in Frankreich zu erklären?

Zunächst darf man nicht vergessen, daß es solche Entwicklungen schon in den dreißiger Jahren gab mit den Feuerkreuzern, der Patriotischen Jugend, der Liga der „Action Française“, dem PPF (Parti Populaire Français) von Doriot, und dann unter dem Vichy-Regime mit ähnlichen und weiteren Gruppierungen. Und vergessen wir nicht, daß Zehntausende junger Franzosen in Organisationen, von denen einige ebenso kriminell waren wie die SS, mitgearbeitet haben. Was ich sagen will, ist, daß Frankreich in der Vergangenheit gegenüber dem, was ihm heute widerfährt, nicht unheimlich war.

Gibt es Verknüpfungen zwischen der heutigen französischen extremen Rechten und dem französischen Faschismus vor 1944, d.h. vor dem Ende der deutschen Okkupation?

Dazu ist zweierlei zu sagen. Zunächst haben der Widerstand gegen die deutsche Okkupation, der Sieg der Alliierten, der Zusammenbruch der Achsenmächte Deutschland und Italien, der nationale Hahn gegen alle, die von nah oder fern kollaboriert hatten, für eine gewisse Zeit die Erinnerung an die ehemalige Stärke des französischen Faschismus selbst verschwunden lassen und damit nicht nur vier Jahre Okkupation und „nationale Revolution“ sondern auch die Vorkriegs-Pogrome ausgelöscht. Der Geist der Résistance löste sich dann in den Nebeln der Vergangenheit auf.

Später dann tauchte das ideologisch-psychologische Rüstzeug des Faschismus, Rassismus, Brutalität, kurzgefaßter Nationalismus, wieder auf und wurde im Verlauf der Kolonialkriege zu einer offiziellen Doktrin. Sicher waren die Verantwortlichen für die Massaker in Indochina, Madagaskar und Algerien mehrheitlich keine Faschisten. Aber die Rechtfertigung von Folter und Auslöschung „feindlicher“ Dörfer stellten den letzten Sieg des französischen und weltweiten Faschismus dar. Es ist nicht erstaunlich, daß der Faschismus jetzt unter der Leitung eines ehemaligen Militärs aus dem Algerienkrieg, Le Pen, wieder ans Tageslicht getreten ist. Der Bumerang des Algerienkrieges trifft uns darüberhinaus auf verschiedene Weise durch die Zehntausende von Soldaten und Offiziere, die moralisch zerstört wurden durch die schmutzige Arbeit, die man sie hat tun lassen, durch die Millionen Algerienfranzosen, die sieben Jahre lang gedrängt wurden, jede Verhandlung, jede Verständigung mit dem Algerien zu verweigern, und die dann mit dem Ende des Algerienkrieges katastrophentypisch dort alles stehen und liegen ließen, um nach Frankreich zurückzukeh-

ren, wo ihre — verändliche — Verbitte rung eine Quelle der Unterstützung für alle rechtsextremen Bemühungen, jetzt Le Pen, wurde.

D.h. der 1944 scheinbar liquidierte französische Faschismus ist dank des kolonialistischen Republikanismus allmählich wieder auferstanden. Die Teilung der Linken und die strukturelle Krise des Kapitalismus mit ihrem Gefolge unendlicher Arbeitslosigkeit haben eine abgelenkte, ebenso wie die Fiktion der Linken und die Krise 1929-30 damals in Deutschland.

Was ist zu tun, um das weitere Anwachsen faschistischer Kräfte in Frankreich zu bremsen? Kann die EG durch „Modernisierung“, „Rationalisierung“ und bessere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt die braune Pest stoppen?

Zunächst ist es nötig, zwischen den Kräften der Linken, so wie sie nun einmal sind, wieder eine gewisse Einigkeit aufzubauen, gleichzeitig aber die Anstrengungen fortzusetzen, diese Linke sowohl außerhalb als auch in den traditionellen Parteien zu erneuern.

Aber es muß auch endlich Schluß sein mit dem Gerede, daß der Bumerang 1992 alle Probleme lösen würde. Ganz im Gegenteil. Der große europäische Markt kann sich geradezu perfekt mit einem neuen Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Herausforderung einer „Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten“ verbinden. Statt jetzt ständig „Europa“ zu bloßen, sollte man lieber alle Möglichkeiten suchen, um die französische Bevölkerung wieder an die Arbeit zu bringen; auch wenn das bedeutet, das „allerheiligste“ Ziel, die europäische Einigung, hinauszuschieben.







Um Aynery Ms. Friend, the Enemy London  
Zed Books 1940. 340 S. Pb. BRD-Preis ca.  
25,- DM

Um Aynery Mein Freund der Feind Deutsch  
von Barbara Bortfeldt Vorwort von Bruno  
Krensky und ein Nachtrag 1928 vom Autor  
Bonn J.H.W. Dietz Nachf. 1938 424 S. Hc.  
19,80 DM



Fortsetzung von vorheriger Seite

nige Leute sich für Verhandlungen mit der PLO ausgesprochen haben, ein beachtlicher Fortschritt, aber insgesamt ist

im Fernsehen, wie die Kinder im Flüchtlingslager in Deheische und Balata mit Steinen gegen schwerbewaffnete israelische Soldaten auftraten, verwundet werden, erschossen werden. Sie fragen sich

Sie sprachen von zwei Lagern der Friedensbewegung

Es gibt neben Peace Now noch ein anderes viel kleineres, aber radikaleres Lager. Das sind Gruppierungen, die auf verschiedene Weise auf das palästinensische Problem eingehen, die Friedensprogramme haben und sich mit der Realität auseinandersetzen. Ich würde dazu die

war ein Riesenskandal! Die Leute von Peace Now haben sich dreimal bekreuzigt, sie hätten nichts damit zu tun, sie seien dagegen, eine nicht zu entschuldigende Außenseiterrolle ... Ich habe damals in einem Artikel gefragt: Wollt ihr vielleicht Frieden machen mit Holland oder mit Dänemark? Wenn ihr außerstande seid zu dulden, daß die palästinensische Fahne bei einer Demonstration gezeigt wird —

#### Will Peace Now Frieden machen mit Holland oder Dänemark?

Kommunisten, Rakach, zählen — mit einer Einschränkung, sie unterstützen die Palästinenser natürlich nur solange wie es auch Moskau tut, als Moskau die Palästinenser noch boykottiert hat, hat Rakach die Palästinenser auch boykottiert, das war 1967, 1968, 1969. Aber heutzutage gehört Rakach zum radikaleren Lager der Progressiven Friedensliste gehört dazu und viele neue Elemente, die nicht partengebunden sind aber eine Rolle spielen (Dr. Ichikow, Jewch Gwul).

Insgesamt handelt es sich hier um zwanzig, dreißig neue Gruppen seit dem Beginn des Aufstandes, die für Auslandsjournalisten scheinbar nicht respektabel genug sind, um darüber zu berichten. Aber sie haben sehr eindrucksvolle Initiativen entwickelt. Zum Beispiel haben hundertfünfzig Fotografen eine Ausstellung gemacht über die Besetzung. Zwei der wichtigsten Dichter Israels haben sich gegen einen in Israel geplanten Dichterkongress gewandt, sie haben dazu aufgerufen, sich nicht an dem Kongress zu beteiligen, der Kongress wurde annulliert. Hundert Psychologen, Sozialarbeiter etc. haben sich gegen die Besetzung ausgesprochen. Von der Libanongrenze bis Jerusalem wurde ein Marsch durchgeführt mit vier Kundgebungen auf dem Weg. In Tel Aviv haben fünfundzwanzig der berühmtesten Popstars Israels an ei-

mit wem wollt ihr Frieden machen?

In dem von Ihnen skizzierten radikaleren Lager der Friedensbewegung arbeiten auch Kräfte, die sich ausdrücklich als Nicht- oder auch als Antizionisten bezeichnen. Welche Möglichkeit zur politischen Einflußnahme haben diese Kräfte?

Sie haben in Israel keine Chance, die öffentliche Meinung für sich einzunehmen. Die öffentliche Meinung ist zionistisch.

#### Man wird gehaßt, weil man die Sicherheit der Leute antastet ihre innere Sicherheit

oder glaubt jedenfalls, zionistisch zu sein. Man kann sich fragen, was Zionismus heute ist, was er bedeutet. Es gibt ja keine richtige Diskussion darüber in Israel. Zionismus ist so eine Art Staatsreligion mit Dogmen und Symbolen. Aber wichtig ist, daß 99% der Israelis darauf bestehen, daß sie Zionisten sind. Und daher wird jemand, der heute oder in den nächsten Jahren Nichtzionismus oder Antizionismus predigt, keine Chance haben, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ich sehe auch keine Notwendigkeit, sich vom Zionismus generell abzugrenzen. Man kann als Zionist sagen, daß der Zionismus, der sehr viele gute Sachen geleistet hat, auch seine negativen Seiten ge-

ern, bis ein größerer Teil der Israelis umstände sein wird, Selbstkritik zu üben. In Teilen der neuen Friedensbewegung haben wir hier und da auch schon eine solche selbstkritische Haltung, gleichzeitig mit der Herausbildung neuer Dogmen, ein dogmatischer Antizionismus.

Aber ich will erklären, warum es auch für Friedenskräfte so schwer ist, sich mit diesen Problemen abzugeben. Denken Sie einmal an so etwas wie Gestaltpsychologie. Was wir hier wollen ist die Gestalt eines Volkes zu beseitigen und eine neue Gestalt zu instalieren. Dasselbe Problem gibt es auf der palästinensischen Seite. Das sind sehr schwierige Sachen. Die instinktive Reaktion normaler Menschen gegenüber einer Veränderung ist, soet was nicht zu wollen, abzulehnen. Denn sie haben eine Gewalt, sie fühlen sich sicher darin, sie haben eine geordnete Welt von Begriffen. Und jetzt kommt jemand und nimmt ihnen die Landkarte aus der Hand oder gibt ihnen eine neue Landkarte und sagt: Märschier mal weiter. Man wehrt

sich instinktiv dagegen, und dann, der die Veränderung fordert, wird mit Mißgefühl begegnet. Man fragt sich manchmal, warum man gehaßt wird. Es gibt eine ganz einfache Erklärung dafür: man wird gehaßt, weil man die Sicherheit der Leute antastet, die Sicherheit von innen. Plötzlich wird verlangt, daß sie über Sachen nachdenken und sie anzuweisen, die für sie der Handlungsrahmen sind.

Welche Chancen hat angesichts dieser vielfältigen und massiven Sperren überhaupt eine Stellungnahme oder Kritik, die aus dem Ausland kommt, speziell aus Deutschland?

Dr. Ichikow

Ich würde sagen, daß jede Kritik an Israel helfen kann, wenn sie so aufgeföhrt wird in Israel, daß sie von Leuten kommt, die israelisch sind. Wenn die Kritik aus Kanada kommt, die man als anti-semitisch bezeichnen kann oder die sich als Antizionismus ausweist, ist die Kritik aber Antisemitismus. Denn das ist der Hauptfehler.

Das Beste, was die Friedenskräfte in der Welt überhaupt tun können, das ist den direkten Dialog zwischen Israelis und Palästinensern auf jede mögliche Art zu fördern. Wir haben ein Gesetz, daß Kontakte mit der PLO verboten ist. Es gibt aber zwei Ausnahmen, es ist Israel erlaubt, PLO-Leute im Rahmen einer akademischen oder wissenschaftlichen Konferenz zu treffen. Dasselbe gilt für Pressekongressen unter der Bedingung, daß Vertreter internationaler Medien anwesend sind. Also zwei Ausnahmen kann man sich erlauben, wie mancherorts in zwei Monaten zu Araber nach Hamburg kommt, eine arabische Journalistenkonferenz, die so eine internationale Pressekonferenz durchgeheißt.

In diesem Sinne können deutsche Friedenskräfte eine ganze Menge tun. Je mehr Israel je mehr PLO-Leute treffen hat, das bedeutet automatisch einen guten Effekt. Sie kommen nach Hause, erzählen es im Fernsehen, im Radio, in der Presse — das ist auf der einen Seite ganz so wichtig wie auf der anderen.

Das Gespräch wurde geführt von Dr. K. und Dr. — Hamburg

#### Insgesamt ist Peace Now beinahe inaktiv

Peace Now beinahe inaktiv

Diese Demonstration, von der Sie gerade sprachen, diente ausdrücklich der Unterstützung des sogenannten Friedensplans von US-Außenminister Shultz.

Sie haben noch nicht einmal gewagt, eine Demonstration zu machen, die offiziell unter der Parole „Beendet die Okkupation“ stand, sondern die Parole war „Beendigung der Shultz-Initiative“. Wenn es um die Shultz Initiative geht, ist es klar, man ist gegen Schamir und für die Arbeitspartei. Wenn man gegen die Besatzung ist, ist es nicht mehr klar — denn wo steht Rabin?

Worum ging es denn bei dem Shultz Plan? Meiner Ansicht nach war er primär innenpolitisch motiviert. Das heißt Reagan war ziemlich bankrott, hat überhaupt nichts geleistet in acht Jahren. Sie wollten beweisen, daß er noch etwas entwickeln kann, etwas Dramatisches, was in Zeitungen und im Fernsehen gut aussieht. Ich nehme an, es war die Hauptmotivation — denn warum haben sie es jetzt getan, nicht ein Jahr früher? Zweitens nehme ich an, daß die SOS-Telegramme von König Hussein, von Muबारak gewirkt haben, denn die Intifada ist eine Gefahr für alle arabischen Regimes, besonders für König Hussein. Denn stellen Sie sich mal vor, Sie sind ein Palästinenser in einem Flüchtlingslager bei Amman, und plötzlich sehen Sie jeden Tag

dann, Warum wir nicht? Wenn die gegen die israelischen Soldaten kämpfen, warum können wir nicht gegen die jordanischen Soldaten kämpfen? Der neue Nationalstolz, das neue Selbstbewußtsein kann sehr leicht von der Westbank auf die östliche Seite, nach Jordanien, überschlagen. Und ich nehme an, daß König Hussein SOS-Telegramme an Amerika geschickt. Drittens kann ich mir auch vorstellen, daß es eine Hilfe war für die israelische Regierung, um der palästinensischen Bevölkerung vorzumachen, daß ein politischer Prozeß im Gange ist. Wenn es so war, dann ist das genaue Gegenteil bewirkt worden, denn die palästinensische Bevölkerung hat sich gesagt: acht Jahre hat man sich nicht um uns gekümmert und sobald wir einen Aufstand anfangen, kommt der amerikanische Außenminister schon angerannt. Und viertens sollte vielleicht auch Peres gegen Schamir geholfen werden. Aber auch hier wurde das Gegenteil erreicht, es war ein großer Sieg für Schamir und hat sein Prestige in Israel nur erhöht.

Der ganze Plan war Unsinn. Es sah so aus, als ob jemand in das Archiv des Außenministeriums gegangen ist, ein paar Akten herausgezogen und was zusammengebastelt hat. Zwei Monate nach Beginn des Aufstands mit einem Programm zu kommen, daß für die PLO überhaupt keinen Raum läßt, in dem klar gesagt wird, wir wollen keinen Palästina-Staat — das ist Unsinn.

## Ein unvermeidlicher Streit Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina



Nie seien sich die deutschen Linken so einig wie gegen Israel, pflegt der israelische Journalist Henryk Broder zu behaupten, der darin eine Spure des „jungen Antisemitismus“ sieht. Die Tatsachen sehen anders aus. Mit kaum einem internationalen Thema tun sich die deutschen Linken so schwer wie gerade mit dem Konflikt Israel/Palästina. Ausdruck davon ist die seit Jahren durchweg mangelnde Beteiligung an Demonstrationen und Solidaritätsaktionen, sei es während des Libanonkriegs 1982 oder derzeit aus Anlaß des Aufstands in den besetzten Gebieten. Bei keinem anderen Konflikt scheuen sich so viele Linke einen eindeutigen, parteiischen Standpunkt zugunsten der Entrechteten und Unterdrückten wenigstens verbal zu bekunden. Es dominiert eine auf Kosten der Opfer gehende „Objektivität“, die den Konflikt nicht von seinem eigenen Wesen her, sondern aus der besondern Optik der deutschen Schuld am jüdischen Volk betrachtet und interpretiert.

Auf der anderen Seite steht ein minoritärer Extremismus, insbesondere unter Autonomen und „Antimperialisten“, der weder die realen Bedingungen des israelisch-palästinensischen Konflikts noch die spezifische Belastung jeder Solidaritätsarbeit zum Thema in diesem Land berücksichtigt. Dieser Extremismus wird durch seine Isolation und durch die praktische Passivität des größten Teils der Linken noch bestärkt. Andererseits wird es fast unmöglich sein, die Solidaritätsbewegung zu verbreitern, solange sie in ihrem Erscheinungsbild wesentlich von sektiererischen Positionen mitgeprägt wird.

Wir dokumentieren Texte aus Hamburg, Bremen und Freiburg sowie über die Auseinandersetzung bei den GRÜNEN, die folgende Fragen behandeln: Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische, aber nicht für das jüdische Volk? Ist Antizionismus linker Antisemitismus? Worin kann ein palästinensisch-israelischer Dialog bestehen? u. a. m.

126 Seiten DIN A 5, Preis: 8,- DM.

der berühmtesten Popstars Israels an einer dieser Zwischenkundgebungen teilgenommen, diese Popstars haben durch ihre Teilnahme an dieser für Israel extremen Demonstration (es wurde das „Ende der Besatzung“ gefordert) viel riskiert. Und während dieser Kundgebung haben drei palästinensische Mädchen die Nationalhymne gesungen. Hatten sie das in Rußland — auf der Westbank — getan, dann wären sie aufgrund des Gesetzes zur Bekämpfung von Terror verhaftet worden.

Wir haben alle möglichen solcher neuen Initiativen, aber sie sind nicht stark genug, um als eine neue Friedensbewegung aufzutreten, die den Kampf gegen die Besatzung führen kann.

Wo steht der von Ihnen mitbegründete israelische Rat für israelisch-palästinensischen Frieden?

Der Friedensrat war immer der radikalste Wegweiser von Anfang an. Er hat ein ganz klares detailliertes Friedensprogramm gehabt und hat es noch heute. Dieser Rat ist in einer gewissen Weise, obwohl er in der israelischen Politik ganz unwichtig ist, ein Wegweiser, weil er ein klares Programm aufgestellt hat, mit Grenzen, Jerusalem usw. usw. Dieses klare Programm hat es anderen ermöglicht, die ein klares Programm wollen, sich in dieser Richtung zu bewegen. Bei einer Demonstration von Peace Now Ende der sechziger Jahre hat einer das Emblem unseres Friedensrates, die gekreuzte Fahne Israels und Palästinas, auf einer selbstgemalten Puppe mitgeführt. Das kam am nächsten Tag in die Presse und es

Allerdings sind unsere Politiker und Massenmedien bisher außerstande, überhaupt zurückzutreten auf eine Kritik möglich ist.

Außerande? Können oder wollen Politiker und Massenmedien nicht?

Beides. Für Politiker wäre es sehr schwer eine Kritik an den Verhältnissen zu führen, es wäre Selbstmord. Wo findet man in der Welt Politiker, die bewußt unpopuläre Sachen sagen? Mit den Massenmedien verhält es sich ebenso. Es wird dau-

## Trotzkisten zu Palästina

Der palästinensische Aufstand war eines der Themen, mit denen sich das Internationale Exekutivkomitee des Vereinigten Sekretariats (VS) der trotzkistischen Vierten Internationale Ende März befaßte. Das VS fand dabei heraus, daß der Aufstand nicht nur die Solidarität der Palästinenser in Israel selbst gefunden hat, sondern auch „zu einer tiefen Spaltung innerhalb der zionistischen Bewegung geführt“ habe. Die erste Feststellung ist banal, die zweite phantastisch. Beides zusammen reichte dem VS aus, um seinen Unentscheidungsanspruch zu verkleiden: „Diese Merkmale des Aufstands stehen de facto im Widerspruch zur Forderung nach einer „internationalen Konferenz“, wie sie bekanntlich von sämtlichen Organisationen der PLO, von allen arabischen Staaten sowie von der UdSSR und China beauftragt wird. Dieses Projekt, d. h. eine internationale Nahost-Konferenz, steht nach Meinung des VS „im Gegensatz zum Recht auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, auch desjenigen im Gazastreifen und im Westjordanland.“

„Eine internationale Konferenz“ kann nur ein Diskurs zum Ziel haben, die Schaffung einer palästinensischen Bankrottiers unter der doppelten Kontrolle des zionistischen Staates und der habschenschen Monarchie. Die einzige Lösung, die den Forderungen der palästinensischen Aufständischen, und insbesondere ihrer jugendlichen Avantgarde entspricht, ist die des sofortigen, vollständigen und bedingungs-

losen Rückzugs der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten von 1967. Nur diese Lösung entspricht dem Recht auf Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung in Westjordanien und im Gazastreifen.“

Realpolitisch ist das ein absurder Streit, da Israel weder zum Abzug aus den besetzten Gebieten noch zur Unterstützung einer internationalen Konferenz aller Betroffenen (einschließlich der PLO) bereit ist. Tatsache ist andererseits, daß sich nach vielen Mühen buchstäblich alle Fraktionen der PLO darauf geeinigt haben, das Verlangen nach einer solchen Konferenz zu unterstützen, um politisch eindeutig zu machen, daß es nicht die Palästinenser sind, an denen eine Friedenslösung scheitert. Die Spezialposition des VS kann sich also auf keinen Teil des PLO-Spektrums stützen, und auch die Berufung auf die palästinensischen Massen ist eher demagogischer Natur als in den Tatsachen begründet. Hier bekundet sich eine Neigung zu abgehobenen sektiererischen Mänteln, die in einem Mißverhältnis zum Ernst der Kämpfe steht.

Kopfschütteln muß auch die Mitteilung auslösen, daß auf der VS-Tagung darüber gestritten wurde, „ob man die Forderung nach Anerkennung der PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes aufstellen soll.“ Hier scheint sich wieder einmal das erstaunliche Talent der Trotzkisten zu bewähren, sich scheinbar

ganz radikal zu geben, aber am Ende haargenau zu den gleichen praktischen Schlußfolgerungen zu kommen wie beispielsweise die SPD oder auch der Realflügel der Grünen. Lesker wird nicht erreicht, wenn sich die Trotzkisten alternativ als Vertreterin der Palästinenser vorstellen könnten, oder ob man den Palästinensern das Recht auf eine legitime Vertretung überhaupt absprechen möchte.

Kaum weniger bizarr ist auch der Streik im VS, „ob die Forderung nach einem eigenständigen palästinensischen Staat, wie sie in der jetzigen Bewegung sehr stark erhoben wird, einen Schritt in Richtung Schwächung der Stellung Israels bedeutet, oder im Gegenteil die Anerkennung des Staates Israel in seiner gegenwärtigen Form, d. h. als zionistischer Staat.“ — Dieser Streit könnte auf der VS-Tagung nicht entschieden werden. „Einigkeit bestand allerdings darin, daß Palästinenserstaat nicht gleichbedeutend sein kann mit PLO-Staat.“

Das VS mißt sich Urteile über Fragen an, die selbstverständlich nur vom palästinensischen Volk selbst beantwortet werden können. Soweit es die Autorität der PLO angeht, haben die palästinensischen Massen diese Antwort in ihrem Kampf unmißverständlich gegeben. (Ale Zlata aus „Inprekorr“, Mai 1988)

Kt., Hamburg



## „In den besetzten Gebieten existiert heute Chile“

## Interview mit Gideon Spiro von der Bewegung Jesch Gwuul („Es gibt eine Grenze“)

Gideon Spira ist in Israel ein bekannter Friedensaktivist und betätigt sich nach seiner Entfernung aus dem Staatsdienst als freier Journalist. Er war in Israel der erste Beamte, der wegen seiner kritischen Haltung 1986 aus dem Erziehungsministerium entfernt wurde.

Gideon Spiro ist auch im Varnun-Solidaritätskomitee aktiv, um auf das atomare militärische Potential Israels aufmerksam zu machen. Wir sprachen mit ihm über den Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, über die reaktionären Entwicklungen in der israelischen Gesellschaft über die Aktivitäten der israelischen Friedensbewegung und über die Perspektiven einer politischen Lösung der Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern. Gideon Spiro beschreibt das Friedenslager in Israel als sehr klein. Die größte Gruppe, "Frieden jetzt", ist mittlerweile fast zu einer Vororganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei geworden (Israel steht bereits im Zeichen des Wahlkampfes — im November dieses Jahres, oder unter Umständen schon früher, soll gewählt werden).

„Friede jetzt“ beschränkt sich auf einige allgemeine Forderungen des Protestes gegen die Besetzung von Westbank und Gazastreifen, sie sieht ihre Rolle vor allem in der Unterstützung des Schutz-Friedensplanes“

Wesentlich konsequenter Vorstellungen haben Gruppen wie „Jesch Gwul“ eine Bewegung von Reservemilitärs, die dazu aufrufen, den Dienst in den besetzten Gebieten zu verweigern, und die Gruppe „Ha Schana ha Zit“ (Das einundzwanzigste Jahr), die hauptsächlich die schlimmen Folgen der israelischen Besatzungspolitik für die Palästinenser wie auch für die israelische Innenpolitik aufzeigt.

Einer weiteren Gruppe, „Das ist Kibuch“ („Nieder mit der Besetzung“), ist mit ihrer klaren programmatischen Grundlage (Forderung nach Rückzug ~~der Besetzer~~ die Grenzen von 1967, Zweistaatenlösung, Verhandlungen mit der PLO), die Rolle einer linken Friedenskoordination zugewachsen.

„Ludeen, wie stellt sich dir der Aufstand in den besetzten Gebieten dar?“

Man kommt hier in Israel leicht in die Gefahr in Richtung rechte Tendenzen zu rutschen, selbst wenn eine heute rechtlicher als einmalig ist. Dieser Konflikt hat keine spezifischen Bedingungen, aber auch dann gelten die universalen Prinzipien. Ein gewisser Vorbehalt sollte auch in Israel die Niederdrückten haben das Recht einen Aufstand gegen die Niederdrückten zu machen. Das haben wir gegenüber den Engländern auch gemacht. Es zeigt sich, daß es Wahnsinn ist, ein anderes Volk unendlich lange regieren zu wollen.

Die Frage Okkupation oder offizielle Anerkennung ist ja bewußt offengehalten worden.

Meiner Meinung nach sind die Leute, die für Annexion sind, dafür nur ideologisch, praktisch nimmt das keiner ernst. Die Gebiete zu annektieren, das würde bedeuten

**1975-1976** **6** **4** **3** **2** **1** **0** **1** **2** **3** **4** **5** **6** **7** **8** **9** **10** **11** **12** **13** **14** **15** **16** **17** **18** **19** **20** **21** **22** **23** **24** **25** **26** **27** **28** **29** **30** **31** **32** **33** **34** **35** **36** **37** **38** **39** **40** **41** **42** **43** **44** **45** **46** **47** **48** **49** **50** **51** **52** **53** **54** **55** **56** **57** **58** **59** **60** **61** **62** **63** **64** **65** **66** **67** **68** **69** **70** **71** **72** **73** **74** **75** **76** **77** **78** **79** **80** **81** **82** **83** **84** **85** **86** **87** **88** **89** **90** **91** **92** **93** **94** **95** **96** **97** **98** **99** **100** **101** **102** **103** **104** **105** **106** **107** **108** **109** **110** **111** **112** **113** **114** **115** **116** **117** **118** **119** **120** **121** **122** **123** **124** **125** **126** **127** **128** **129** **130** **131** **132** **133** **134** **135** **136** **137** **138** **139** **140** **141** **142** **143** **144** **145** **146** **147** **148** **149** **150** **151** **152** **153** **154** **155** **156** **157** **158** **159** **160** **161** **162** **163** **164** **165** **166** **167** **168** **169** **170** **171** **172** **173** **174** **175** **176** **177** **178** **179** **180** **181** **182** **183** **184** **185** **186** **187** **188** **189** **190** **191** **192** **193** **194** **195** **196** **197** **198** **199** **200** **201** **202** **203** **204** **205** **206** **207** **208** **209** **210** **211** **212** **213** **214** **215** **216** **217** **218** **219** **220** **221** **222** **223** **224** **225** **226** **227** **228** **229** **230** **231** **232** **233** **234** **235** **236** **237** **238** **239** **240** **241** **242** **243** **244** **245** **246** **247** **248** **249** **250** **251** **252** **253** **254** **255** **256** **257** **258** **259** **260** **261** **262** **263** **264** **265** **266** **267** **268** **269** **270** **271** **272** **273** **274** **275** **276** **277** **278** **279** **280** **281** **282** **283** **284** **285** **286** **287** **288** **289** **290** **291** **292** **293** **294** **295** **296** **297** **298** **299** **300** **301** **302** **303** **304** **305** **306** **307** **308** **309** **310** **311** **312** **313** **314** **315** **316** **317** **318** **319** **320** **321** **322** **323** **324** **325** **326** **327** **328** **329** **330** **331** **332** **333** **334** **335** **336** **337** **338** **339** **340** **341** **342** **343** **344** **345** **346** **347** **348** **349** **350** **351** **352** **353** **354** **355** **356** **357** **358** **359** **360** **361** **362** **363** **364** **365** **366** **367** **368** **369** **370** **371** **372** **373** **374** **375** **376** **377** **378** **379** **380** **381** **382** **383** **384** **385** **386** **387** **388** **389** **390** **391** **392** **393** **394** **395** **396** **397** **398** **399** **400** **401** **402** **403** **404** **405** **406** **407** **408** **409** **410** **411** **412** **413** **414** **415** **416** **417** **418** **419** **420** **421** **422** **423** **424** **425** **426** **427** **428** **429** **430** **431** **432** **433** **434** **435** **436** **437** **438** **439** **440** **441** **442** **443** **444** **445** **446** **447** **448** **449** **450** **451** **452** **453** **454** **455** **456** **457** **458** **459** **460** **461**

Viele Israeli werden sagen: Wo waren die Palästinenser vor hundert Jahren? Meine Antwort ist: Ich weiß nicht, wie sie vor hundert Jahren waren, aber ich weiß, wo sie heute sind. Heute existieren sie und weil sie existieren, muß man auch die Konsequenzen ziehen. Das heißt, die Palästinenser haben das Selbstbestimmungsrecht auch das Recht auf einen unabhängigen Staat, wenn sie so wollen, das heißt Verhandlungen mit ihren Repräsentanten, also das schärfste Wort PLQ.

Jetzt sagen die Israeli-Mit-Terroristen reden wir nicht. Da sag ich immer, daß jeder Führer einer Befreiungsorganisation aus den Kolonialmächten als Terrorist beurteilt wird. Viele Präsidenten in Afrika waren mal Terroristen, auch Shapur, der heutige israelische Premierminister war mal ein Terrorist als die Engländer hier in Palästina regierten. Jetzt hämmert er mit Argumenten, die typisch kolonialistisch sind und die es doch vor 40 Jahren von den Engländern selbst gehört

Die PLO ist allen Anzeichen nach die Repräsentanz der Palastinenser. Ob wir

...wollen, also nicht die Schwächsten vorziehen. Die Palastinsener: Ob wir wählen oder nicht ist überhaupt nicht wichtig. Wir können die Führung eines Landes nicht wählen. Es ist das anvertraut. Braucht man nicht die Führung zu wählen, aber man muß mit dieser Führung leben. Und weil die PLO wirklich stark ist, ist sie auch der Kandidat für die Verhandlungen.

ist in Israel leider noch nicht die  
Meinung, das ist die Meinung  
kleiner Minderheit. In Israel ist  
damit gleich Verräter und Linker  
wenn ich nach Europa komme. Ist  
ich, daß ich gar nicht so radikal  
war die Margaret Thatcher hat die  
Spitzen der Selbstbestimmungsrechts  
kämpfer anerkannt

das ist heute leider die Lage im I-  
und ich habe Angst daß wir mehr  
ehr in ein „Algerien-Syndrom“ ein-  
d.h. ein immer größeres Blutbad  
ist nicht, wie lange das noch gehen  
und welche Massaker und Kriege  
stattfinden werden bis man hier zu  
fassung kommt, daß keine militä-  
Lösung des Konfliktes möglich ist  
eine militärische Lösung kann den  
Untergang dieses Gebietes bedeu-  
wegen der Atomwaffen Israels  
er chemischen Waffen der Araber

ken jetzt den massenhaften Terror  
ruelischen Armee in den besetzten  
en, wir sehen, wie breite Teile der  
schen Gesellschaft dem zustim-  
regelrecht applaudieren. Wie  
du die weitere Entwicklung der is-  
chen Gesellschaft ein?

laube, wenn es so weiter geht, beste große Gefahr, daß Israel seine Kräfte verlieren wird, auch innerer alten Grenzen Israels. In den Gebieten existiert heute Chile. Randel in den besetzten Gebieten wie mit. Sicher mit Korrekturen, die aber und kurz machen muß, aber im genauso. Ich habe vor ein paar Tagen Film über Chile gesehen, da man die gleichen Bilder. Auch die Regelung ist die gleiche, sie sprechen Aufrechterhaltung von Law und hier wie dort, und daß man nicht error nachheren dürfe.

fürchte, wenn diese Situation so weitergehen würde, werden die diktatorischen Maßnahmen immer mehr in der israelischen Gesellschaft Wurzeln schlagen. Es bestehe Gefahr, daß wir innerhalb des

demokratischen Prozesses eine rechtliche Initiative bekommen. Man muß versucht sein, diesen Vergleich hier zu machen, aber ich glaube, in gewisser Hinsicht kann man eine Parallele ziehen zur Weimarer Republik. Auf der einen Seite hat nicht in Israel Demokratie, auf der anderen Seite sieht man schon die Kräfte, die diese Demokratie begraben werden, und diese Kräfte stehen nicht abseits. Sie sind bereits in der Regierung drin, z.B. Schimon. Wenn diese Kräfte die Macht bekommen, sagen wir mal bei den nächsten Wahlen, werden sie wahrscheinlich gegen die linken Kräfte genauso brutal vorgehen wie heute gegen die Palastinenser.

Wir haben auch schon von einzelnen Zensurmaßnahmen gegen die israelische Presse gehört.

Das geht vorläufig nur gegen Kommunisten und Araber, aber das kann man das be ruhigste Sprachrohr von Niemöller ziti eren. Als sie die Kommunisten hielten habe ich geschwiegen, als sie die Sozial demokraten hielten ... usw. Ich glaube i ch was davon merken wir heute schon. Wenn bei Wahlen morgen diese Kombination von religiösen Fundamentalkräften, plus rassistischen Kräften, plus Rechtsradikale die Macht ergreifen und gegen die op positionellen Kräfte vorgehen, wie sie ge gen die Palästinaer vorgehen, dann ist die Demokratie zu Ende gegangen. Dann müssen wir alle politische Flüchtlinge werden oder in den Untergrund gehen. Das ist nicht mehr nur eine Phantasie, das ist eine akute Gefahr. Die Besatzung bringt die schwarzen, reaktionären Kräf te innerhalb der Gesellschaft heraus, hier wie anderswo. Wer eine Politik führen will, die unter anderem auf biblische un gütliche Versprechungen zurückgegriffen handelt, eigentlich nach dem Prinzip der "Chomeneismus" von Iran. Ich glaube, wir haben jetzt unseren jüdischen Chomeneismus, diese Mischung aus religiösem Fanatismus, plus säkulaarem Chauvinismus ist das richtige Menu für Faschismus. Wie jede Gesellschaft die solche kennzeichnen hat, haben auch wir (immer diese Sozialdemokraten die Verständnis haben gegenüber solchen Sachen und die die Gefahr überhaupt nicht so wahrneh men, wie wir es tun). Die auch befechtet, daß man den Arabern gegenüber muslim durchgreifen muß. Rabbiner, Sozial demokraten ebenso, als Vorkämpfer der Sozialistischen Internationa ... e ... mit den ...

utalisten Methoden gegen die Präst  
nser vor. Er dient heute leider als In  
rument der rechten Radikalen

innst du mal vorziehen, die Reaktion  
zu anderen Inseln zu beschreiben. Wie  
sieht es aus im Lager der Linken? Wie  
sieht es aus mit der Friedensbewegung?  
Wie sieht es aus mit einer Bewegung ge-  
gen die brutale Behandlung des Aufstun-  
des in den besseren Gebieten

Die Friedensbewegung in Israel ist gespalten, wie überall die Linken gespalten sind. Bei uns vielleicht noch mehr, weil es hier gesagt wird auf zwei Jüden drei Parteien haben. Jeder ist ein General und jeder hat die genaue Beschreibung, wie die Lösung stattfinden will).

Die erste Frage ist, wo fängt überhaupt die Friedensbewegung an, das wird auch unterschiedlich definiert. Beginnen wir mit „Frieden jetzt“ und gehen weiter nach links. Wir können sagen, daß vielleicht 90 % der Bevölkerung nicht sehr glücklich sind mit der Besatzung. Aber die haben nicht eine Alternative, sondern verschiedene. Da fängt die Schwierigkeit an „Frieden jetzt“ und alle anderen Friedensgruppen sind gegen die Besatzung und glauben, die Besatzung läuft rumruß. Aber das heißt noch nicht, daß alle diese Gruppen für Verhandlungen mit der O.S. sind oder daß sie für Rückzug auf die Grenzen von 1967 sind. Jemand kann gegen die Besatzung sein und zugleich gegen die Besatzung sein und zugleich gegen einen dritten Staat zwischen Israel und Jordanien. Sie sagen dann, man müsse die besetzten Gebiete an Jordanien zurückgeben und zu irgendeiner jordanisch-palästinensischen Einheit kommen. D.h., nicht Rückzug genau zu den Grenzen von 1967, sondern man müsse die jordanischen nördlichen Jerusalemer Gebiete der ganz schwierigen Probleme, wo der seine emotionale Haltung hat. Auch die, die säkular sind, die keine religiösen Ambitionen haben, werden sagen, Jerusalem ist ein Sonderfall und wir wollen auf keinen Fall Jerusalem zurückgeben. Die konkreten die Forderungen sind also kleiner die Gruppen. Es gibt diese gemeinsamen Aussagen, daß die Besatzung schlecht ist und daß man eine politische Lösung suchen muß. Aber muß man sich darüber verhandeln werden? Man diskutieren mit den Palästinensern, gar nicht der PLO? Da fangen die Schwierigkeiten schon an.

Gruppen wie „Frieden jetzt“, die sehr groß sind, können Tausende von Leuten zu Demonstrationen auf die Straße bringen. Für eine allgemeine Stellungnahme gegen die Besatzung gegen Brutalität sind heute viele Leute unter einem Dach. Aber wenn wir von der Gruppe Jesh Gvuul für Verweigerung des Dienstes in den besetzten Gebieten sind und wir schon eine viel kleinere Gruppe. „Frieden jetzt“ ist beispielsweise gegen eine Verweigerung des Dienstes in der Westbank. Ich gehöre zu der Gruppe Jesh Gvuul, weil wir denken, daß es nicht unsere Aufgabe ist, ein anderes Volk zu unterdrücken. Das hat nichts mit der Verteidigung des Staates zu tun, zu der wir uns nach wie vor bereit erklären. Wir wollen nicht an Aggressionen gegen andere teilnehmen. Wir glauben, daß als Soldat es nicht meine Aufgabe ist, Polizeiarbeit zu machen, die einen ganz klaren Charakter von Unterdrückung hat, die nichts mit der Verteidigung des Staates zu tun hat, die nach unserer Meinung auch auch gegen die demokratische Struktur des Staates richtet und gegen internationale Konventionen verstößt. Wir glauben, jeder Soldat mit demokratischem Bewußtsein darf an Aktionen, die im Wesen antidemokratisch sind, nicht teilnehmen. Der zivile und militärische, blind jeden Befehl ausführende Gehorsam muß gerade bei uns sehr, sehr vorsichtig gesehen werden. Wir sind der Meinung, daß jemand, der die allgemeine Deklaration der Menschenrechte, die auch Israel akzeptiert hat, und jemand, der die israelische Unabhängigkeitserklärung ernst nimmt, die auch demokratische Inhalte hat, und jemand der mit demokratischem Bewußtsein als Soldat in einem demokratischen Staat leben will, die jetzige Unterdrückungspolitik Israels nicht mitmachen darf und will. Wenn die Regierung versteht, daß sie kein Menschenmoral auf so eine Politik hat, können wir sie vielleicht auch dazu bringen, daß sie aufhört. Nehmen wir das Beispiel Vietnam. Einer der Faktoren, der dazu beigetragen hat, daß der Krieg aufgehört hat, waren die Verhandlungen mit Amerika, die gesagt haben: „Halt mit, wir wollen gut.“ Wir versuchen darzustellen, daß die Verweigerung ein Teil des letzten demokratischen Mittel ist. „Frieden jetzt“ sagt das nicht demokratisch. Wir sagen jeder Soldat hat auch eine persönliche Verantwortung für das, was er tut.

Was ist deine Einschätzung einer Perspektive des Zusammen- oder Nebeneinanderlebens der israelischen Gesellschaft und des palästinensischen Volkes?

Meine Perspektive ist nicht sehr optimistisch, obwohl der Aufstand den Status quo verändert hat. Das ist klar, so kann es nicht weitergehen, aber der Aufstand hat bisher jeden Teil der jordanischen Gesellschaft in seinen Positionen nur bestärkt. Wenn heute Wahlen stattfänden, würden die rechten Kräfte zur Mehrheit kommen. Vorläufig hat die Okkupation noch keinen richtigen großen Preis von der israelischen Gesellschaft verlangt. Wenn der Region nicht von außen, von den Großmächten USA und Sowjetunion, eine Lösung der Probleme aufgezwungen wird, bin ich nicht sehr optimistisch. Wie ich schon gesagt habe, die Atomwaffen, die Israel hat und die chemischen Waffen von arabischer Seite machen die Perspektive sehr, sehr dünnkel.

Ein Teil des Hauptproblems ist, daß hier zwei Völker leben, die einander nicht als legitim ansehen. Wir haben noch nicht die Legitimation des palästinensischen Volkes akzeptiert und die Palästinenser haben glaube ich, auch noch nicht unsere Legitimation anerkannt. Obwohl schon viele Palästinenser so reden und auch ganz klare Andeutungen gemacht haben, daß sie bereit waren, mit Israel zu verhandeln. Zu einer offiziellen Erklärung der PLO ist es aber noch nicht gekommen. Die Palästinensische Nationalcharta sieht bis heute noch die Auflösung des Staates Israel vor, obwohl sie praktisch eine andere Politik machen. Das wird von den Rechts hier sehr gut ausgenutzt, als ein Beweis, daß die Palästinenser eigentlich keinen Frieden wollen, sondern Israel von der Landkarte abzuverdrängen wollen. Diese Angstpolitik wirkt sehr gut. Man hört dies auch von verschiedenen palästinensischen Kreisen.

*Du siehst keine Möglichkeit für einen gemeinsamen, binationalen Staat für beide Länder?*

Niem. auf keinen Fall. Man kann nicht hundert Jahre Heimlichkeit plötzlich überspringen. Das ist Unsinn, so etwas gibt es nicht. Nach 20 Jahren Okkupation und vier Monaten Aufenthalt in der Haft gegen uns so stark, da muß erstmal eine lange Periode der Trennung stattfinden. Zwei



## Kinder im Gazastreifen

Man soll und darf nicht Israel und das Dritte Reich vergleichen. Aber das Prinzip des totalen Gehorsams ist im Eichmann-Prozess 1960 sehr klar geworden. Du hast Israel gegenüber Eichmann gesagt: „Es gibt auch so etwas wie einen ungesetzlichen Befehl, und wenn du einen ungesetzlichen Befehl ausföhrst, dann hast du persönliche Verantwortung, du kannst dich nicht rechtfertigen mit dem Argument: Ich habe einen Befehl bekommen.“ Wir glauben nicht, daß es eine Parallele zwischen hier und Eichmann gibt, aber dieses Prinzip akzeptieren wir. Wir sind eine kleine Gruppe. Wir haben angetragen während des Libanonkrieges 1982, als wir gesagt haben, das machen wir nicht mit, und jetzt versuchen wir das selbe Prinzip in der Westbank. Mit der Westbank ist es viel schwieriger, die Lage ist auch ganz anders als während des Libanonkrieges. Wir haben die Masse nicht mit uns, auch nicht die Masse der Friedensbewegung. Wir sagen, solange Sharon und Shamir wissen, daß diese guten Leute mit humanistischem Gewissen weiter dienen, können sie ruhig schlafen. Aber wenn Tausende von Leuten die irrenden Konflikte haben mit dieser Arbeit, diese Konflikte politisch aufarbeiten und sagen: „Wir werden nicht gehen“, wird das die ganze Lage in Israel ändern.

Völker, die nebeneinander leben, ohne Liebe, aber mit einer politischen Lösung. Wenn ich jetzt von einer politischen Lösung spreche, bin ich mir sehr klar, daß ich nicht von einer Versöhnung spreche. Versöhnung kann nur dann stattfinden, wenn eine lange Zeit die zwei Völker in zwei Staaten nebeneinander in Koexistenz leben. Genauso wie in Europa die Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen nicht gleich nach dem Krieg angefangen hat, sondern das ist ein Prozeß, der heute, nach 40 Jahren, noch in Gang ist!

Ich glaube, die Palästinenser, die von einem säkularen Staat sprechen, meinen das eigentlich nicht so, die sind nicht ganz ehrlich. Das heißt eigentlich, daß sie auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser verzichten, wenn sie jetzt von einem säkularen Staat sprechen, also einen Staat akzeptieren, in dem heute die Juden in der Mehrheit sind, weil auch mit den besetzten Gebieten wir 60% der Bevölkerung sind. Es stimmt, daß auf lange Sicht demographisch sie eines Tages die Mehrheit bekommen werden, aber heute sind sie es noch nicht. Sind sie bereit, das zu akzeptieren? Nein, so meinen sie den säkularen Staat nicht. Der säkulare Staat

Fortsetzung nächste Seite

Ich glaube, daß die Besetzung Israel in eine Sackgasse geführt hat. Einerseits will Israel die Rechte der Palästinenser nicht anerkennen und behauptet, die Palästinenser seien eine Erfindung der arabischen Länder. Andererseits ist die Besetzung aber der größte Beitrag für die palästinensische Nationalität. Wir haben in 20 Jahren mehr für eine palästinensische Nationalität (und nationales Bewußtsein) getan als jeder andere.







Fortsetzung von vorheriger Seite

schließlich Entlassung aus „medizinischen“ Gründen (Psychiater). Zum Glück ist das nicht allen bekannt geworden.

Ich selber habe insgesamt neun Monate im Knast gesessen — zunächst beim Militär nach jeder Befehlsverweigerung wieder insgesamt etwas über vier Monate. Dann bin ich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, von dem ich aber nur zwei Drittel hätte absitzen müssen. Wegen der guten Öffentlichkeitsreaktionen bis hin ins Ausland und — wie ich vermutete — der drei Monate später stattfindenden Wahlen waren es letztlich nur nochmal ungefähr viermonatig Monate. In der Zeit habe ich sehr viel Pöbel ins Gefängnis bekommen auch von palästinensischen Persönlichkeiten. Die Presse hat sehr ausführlich berichtet, sowohl israelische wie arabische, wie die rechten Blätter haben sich zu mir verhalten, während ich im Knast saß.

Meine endgültige Entlassung erfolgte im März 1981, allerdings auf Bewährung. Die Armee hat mich nach weiteren Überprüfungen ebenfalls schließlich entlassen, da meine Einstellung zur israelischen Verteidigungsarmee nicht mit dem Wehrdienst vereinbar sei. Und obwohl ich von Reservendienst nicht befreit bin, brauche ich bis heute keinen Wehrdienst mehr außerhalb der Grenzen von 1948 zu leisten. Seitdem ist Besatzungsverweigerung ein öffentliches Phänomen in Israel.

## „Es gibt eine Grenze“

Kurz vor dem israelischen Einmarsch in den Libanon hatte sich eine neue Gruppe heraus umgeformt, die nur aus Reservisten bestand (der hauptsächlich aktive Kern der Armee wird von den Grundwehrdienstleistern gebildet) und einen Aufruf zur Verweigerung des Besatzendienstes veröffentlichte. Am 5. Juni 1982 sollte eine Demonstration anlässlich der 15. Wiederkehr des „Sechs-Tage-Krieges“ stattfinden. Es wurde die erste Demonstration gegen den Libanonskrieg, der an diesem Tag schon mit Bombenangriffen begonnen hatte. In der vorangegangenen Nacht waren die Einberufungen ergriffen.

Auf der ersten Sitzung nach dieser Demonstration benannte sich die Gruppe um „Ami „Grüne Linie“ wurde „Jesch Gwa!“ (= es gibt eine Grenze). Sie war die zum treibenden Katalysator der „Peace-Now“ Bewegung, die später die Massendemonstrationen gegen den Libanonskrieg veranstaltete. Bereits in den ersten Wochen des Krieges kam es zu Verweigerungen. Bis Kriegsende saßen ca. 150 Verweigerer — darunter Offiziere — Haftstrafen von ein bis drei Monaten ab. Rund 2000 Unternehmern konnten insgesamt unter dem Aufruf zur Verweigerung gesammelt werden, wenn auch zum Teil erst nach Rückkehr der Soldaten Gefühle besaßen, daß es Piloten gegeben habe, ohne einen einzigen Bombenabwurf aus dem Libanon zurückgekehrt seien.

Der Höhepunkt dieser Phase war ein großes Rockfest mit etwa 20.000 Besuchern im Rahmen dieser Aktion. Es wurde eine große Demonstration durchgeführt, bei der die Teilnehmer in Gruppen von 10 bis 20 Personen in die Gegend um Gush Dan, als gibt eine für israelische zionistische und liberale Gruppierungen zu begrenzter Unterstützung durch den Staat. „Es gibt eine für israelische Verhältnisse erstaunliche Radikalisierung. Wir werden nicht für die USA sterben oder ihren Grenzen gehorchen.“

Früher hat sich eine Verweigerungsgruppe zu diesem Zeitpunkt gegründet, als die jetzige Zuspitzung der Verhältnisse. Seit Sommer 1987 gibt es wieder eine Schulerguppe, gegründet von 16 Leuten, die großes Aufsehen in der israelischen Öffentlichkeit erregt und dadurch 34 weitere Schüler bis Dezember gewonnen haben. Im Verlaufe des palästinensischen Aufstandes sind noch 50 dazugekommen. Im Dezember hat der erste Einsatz im unbesetzten Ostjerusalem verweigert. „Jesch Gwa!“ hat sich ebenfalls umgestaltet und einen neuen Aufruf herausgebracht, der mittlerweile von 400 Menschen unterschrieben worden ist.

Gadi: „Man kann sagen, daß heute keine Analyse über den Wehrdienst in den besetzten Gebieten mehr ohne Hinweis auf die Verweigerung erfolgt. Größtenteils hat sich vor allem die Haltung der Jugend aus den gehobeneren sozialen Schichten und den Kibbuzim, die für die Effektivität der israelischen Armee von herausragender Bedeutung sind. Deren hoher Motivation war es, was die ihre ungeheure Schlagkraft erwuchs. Sie wollen nun aber lieber „ganz normal“ leben wie andere Jugendliche im vorbildlichen Westen auch. Hinzu kommt, daß seit dem Libanonskrieg erstmals nach 1948 der Feind ganz offen die PalästinenserInnen sind, so daß sich deren Existenz entgegen der offiziellen Ideologie — „Es gibt kein palästinensisches Volk“ — nicht mehr verleugnen läßt. Und schließlich sind die Folgen der Kämpfe stärker denn je in der eigenen Gesellschaft spürbar geworden.“

# Der zweite palästinensische Volksaufstand und die demokratische Lösung für Palästina

von Yaron Matras

Fast fünfzig Jahre, nachdem der große arabische Volksaufstand — im zionistischen Jargon die „Ereignisse“ von 1936-39 — blutig niedergeschlagen wurde, sind wir Zeugen eines Massenaufstandes des palästinensischen Volkes, das um seine Existenz und um seine Freiheit kämpft. Diese Volkserhebung ist keine neue Welle von „Unruhen“, wie es viele darstellen versuchen, sondern der Beginn eines neuen Aufstandes. Dadurch versucht das palästinensische Volk, sein Schicksal und seine nationale Zukunft zu gestalten. Es erhebt sich aus einer unerträglichen Lage der Unterdrückung, der Vertreibung, der Enteignung und des Vorwurfs seiner nationalen und menschlichen Rechte, aus einer Lage, die durch den Staat Israel geschaffen worden ist.

Obwohl er unter völlig anderen Bedingungen stattfindet, stellt dieser zweite Volksaufstand eine direkte Fortsetzung des ersten Aufstandes dar. Wie damals, so steht auch heute das palästinensische Volk mit dem Rücken an der Wand. Damals war es eine erste nationale Reaktion auf die Vertreibung von Landbüchern von ihrem Boden, was im zionistischen Mythos als die „Erlösung der Erde“ bezeichnet wurde, auf das Verdrängen des palästinensischen Arabers von seinem Arbeitsplatz, was als die „Erhebung der Arbeit“ bekannt ist, die Beseitigung der palästinensischen Industrie und Handels unter dem Motto „Kauf einheimische Produkte“. Es war auch eine Reaktion auf eine fremde Kolonialherrschaft, unter deren Schatz all dies durchgeführt wurde. Heute ist es eine allgemeine nationale Reaktion, die reifer und erwachsener ist und die sich gegen 20 Jahre der Besatzung der allmählichen Annexion, der massiven Ansiedlung, Unterjochung, Vertreibung und Mord stellt. Diese haben es dem palästinensischen Volk deutlich gemacht, daß es unter der Besatzung, Vertreibung und Apartheidregime keine Möglichkeit der Kompromisse oder der Koexistenz geben kann.

Es ist gar nicht wichtig, ob der Funke der das Pulverfaß des Aufstandes entzündet hat, die israelische Armee, die Schichten der Arbeiterbewegung oder die Hinrichtung dreier Palästinenser an einer Straßenecke in der verlogenen Hauptstadt, wie haben versucht zu fliehen, oder Shabans Attentat mit einem moslemischen Viertel (der Jerusalemer Altstadt — Y.M.). Wahrscheinlich haben all diese Ereignisse zum Ausbruch beigetragen, aber hinsichtlich der Lage und des Schicksals des palästinensischen Volkes waren es noch drei weitere Tropfen, die zu dem ohnehin schon überfüllten Glas seines Schmerzes hinzugekommen sind. Diejenigen, die behaupten, der im Dezember 1987 begonnene Aufstand sei lediglich eine weitere Protestwelle, mögelicherweise länger oder sogar stärker als die vorhergehenden Wellen —, deren Niederschlagung die Situation wieder rückgängig machen werde, diese irren sich und verwirren andere. Denn die Analyse der Komponenten des Aufstandes zeigt eindeutig einen neuen Zustand und eine neue Dynamik, die sich von früheren Widerstandsformen stark unterscheidet. Zum ersten Mal seit vielen Jahren umfaßt der Aufstand alle Sektoren des palästinensischen Volkes: Krebstädte und Flüchtlingslager, Händler und Lohnarbeiter, Schüler und Frauen, Stadt- und Landbewohner, Moslems, Beduinen und Christen, die Bevölkerung in der Westbank, in Gaza, in Golan und im Druckgebiet. Jede Gruppe gemäß ihren eigenen Möglichkeiten und vor allem nach dem Prinzip ihrer Führung. Alle Schichten der palästinensischen Gesellschaft haben ihren Beitrag zum Aufstand geleistet. Im Zentrum steht aber die „Besatzungsgeneration“, d.h. die Generation, die nach 1967 geboren ist und die 70% der palästinensischen Bevölkerung in den Gebieten unter zionistischer Herrschaft ausmacht. Diese Generation hat nicht die Nachteile der Erwachsenen, sie hat nicht die falsche Vorstellung, daß Israel allmächtig sei, für sie sind die palästinensische Befreiungsbewegung und die Befreiungskämpfe Selbstverständlichkeiten, und sie ist sich darüber im Klaren, daß der Kampf gegen die Besatzung ein Kampf um die eigene Existenz und um das Überleben in der Heimat bedeutet. Die Tatsache, daß die Mittelschicht, Händler, Handwerker und sogar Unternehmer — dem Aufruf zu einem allgemeinen, seit sechs Wochen andauernden Handelsstreik nachgekommen sind, zeigt ihre Unterordnung gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung. In einigen Städten wurde eindeutig bewiesen, daß allein die Anwesenheit der nationalen Befreiungsbewegung Läden eröffnen bzw. schließen kann, nicht

aber der Befehl der Armeeoffiziere, die eine ungeheure Lawe und Brutalität anwenden.

Der Aufstand beweist, daß das Zentrum des nationalen Befreiungskampfes nun endgültig in die besetzten Gebiete verlagert wurde, und zwar in die Hände der Massen selbst. Die tiefe Enttäuschung von der Führung der PLO und das mangelnde Vertrauen gegenüber einer Erlösung von Außen bzw. diplomatischen Lösungen sind ein Protestvotum gegen alle Versuche der arabischen Reaktion, auf Kosten des palästinensischen Volkes einen Kompromiß mit dem Zionismus einzugehen. Shabans Idee der Autonomie wurde unter den vielen Haufen von Steinen begraben. Die Idee einer Konföderation mit Jordanien ist mit dem Rasch der brennenden Reaktionen verschwunden. Die Spontankraft des Volksaufstandes wird mit der Zeit immer stärker organisiert, eine Generation von neuen Führern ist anstelle der Verhafteten und der Ausgewiesenen vor Ort entstanden. Die Einheit der Massen stellt sowohl die diplomatischen Illusionen der PLO-Führung als auch die Versprechungen der Besatzer, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, als lächerlich dar. Die Frage des Vertrauens in die PLO-Führung ist aber keinesfalls als ein bürgerliches Mißtrauen — also als ein Wunsch durch Kompromisse mit der Besatzung besser auskommen zu können — anzusehen, wie es Rabin und andere „Links“ zionisten gerne glauben wollen. Es handelt sich vielmehr um ein revolutionäres Mißtrauen, das die Verantwortung für den Kampf aus den unfähigen Händen der Führung herausnehmen soll. Es ist aber gleichzeitig ein volles Vertrauen und eine tiefe Identifikation mit den Zielen, für die die PLO gegründet worden war. Die Ausrufer der rebellierenden Jugend, „Die PLO sind wir“ und ein Ausdruck der Anerkennung der nationalen Führung gleichzeitig aber auch der Notwendigkeit, das Schicksal des Volkes in die eigenen Hände zu nehmen, in anderen Worten die Beendigung der Illusion, daß eine Lösung von Außen die Aktivitäten der Massen selbst ersetzen könnte.

Die Solidarität der Palästinenser innerhalb der Grünen Linie hat gezeigt, daß das Nationalbewußtsein des palästinensischen Volkes eine neue, höhere Stufe erreicht hat. Es ist nicht mehr die Rede von der „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“, sondern vielmehr das Gefühl eines einzigen Volkes und eines einzigen Kampfes. Die besondere Lage der „Über Araber“ und die Tatsache, daß sie durch reformistische Parteien beherrscht werden, die von großer Angst vor einem einheitlichen Kampf besetzt sind, können bisher die Mobilisierung der Massen nicht verhindern. Die Frage, mit der Frage der Zeit, bis diese Barrieren abgebaut werden. Der Niedergang der Macht der traditionellen Führung in den besetzten Gebieten bedeutet auch ihren Niederfall in der Bewegung der Grünen Linie.

Die Tatsache, daß der Aufstand ohne jeglichen Gebrauch von Schusswaffen durchgeführt wird, obwohl die Besatzungsbehörden immer wieder Waffenarsenale entdecken, deutet nicht nur auf eine immense Verpflichtung und Opferbereitschaft hin, sondern auch auf die Einsicht der Führung vor Ort: Steine und Flaschen gegen Schlagstock, scharfe Munition und Tränengasgranaten, nackte Hände gegen Panzer und Maschinengewehre entlarven vor der Weltöffentlichkeit, wie vor den Augen der israelischen Gesellschaft nicht nur die Brutalität der „Liberalen Besatzung“, sondern auch die Porzellanfüße des israelischen Riesens. Die Mythen der israelischen Gesellschaft über „David gegen Goliath“ und über „Wenige gegenüber Mehreren“ sind nun zerbrochen und können durch keine Propaganda wieder heilt werden. Die Front der Freunde Israels ist geschrumpft und besteht nunmehr aus ein paar Unterdrückungsregimes in der ganzen Welt, der Thatcher-Regierung, die demnächst verschwinden wird, und der Reagan-Administration, die sich ihren letzten Tagen nähert. Die verbrecherische Politik, Leute zu schlagen und ihren Knochen zu brechen, statt der Aushungerungspolitik gegen die Flüchtlingslager zerbrechen, diesmal sogar die Unterstützung der amerikanischen Juden, die in der Regel allen Verbrechen der Besatzung zustimmen. Die palästinensische Frage, von der die nationale Lösungsregierung glaubte, sie sei für Ewigkeiten begraben, ist wieder in aller Deutlichkeit in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gerückt. Nur eine Sache kann die israelische Propaganda retten, nämlich ein großer Anschlag gegen zivile Ziele seitens einer vertrackten Organisation, wie die Organisation von Abu Nidal, deren häufige Anschläge,

die eine israelische Reaktion provozieren, jedem äußerst verdächtig vorkommen sollte. Ohne einen solchen Anschlag wird die israelische Propaganda einwirken, was innerhalb Israels sicherlich zu einer Polarisierung führen wird, zu einer Mobilisierung von Massen mit der Forderung, eine gerechte Lösung der palästinensischen Frage herbeizuführen.

Angesichts der Hilflosigkeit der herrschenden Parteien, angesichts der Bankrotterklärung einer Strategie, die „zuerst Ordnung wiederherstellen und dann eine Lösung“ erzielte, müssen die Friedenskräfte in Israel eine sofortige alternative Strategie stellen. Nicht durch die zögernde Einstellung der linken Konsensparteien, die in dem Aufstand des unter Besatzung lebenden palästinensischen Volkes eine Katastrophe sehen, sondern eine aktive und mobilisierende Politik, die die sofortige Beendigung der Besatzung fordert. Die palästinensische Befreiungsbewegung in den besetzten Gebieten hat in ihrem Kampf einige elementare demokratische Forderungen gestellt, die jeder Demokrat ohne Wenn und Aber unterstützen muß. Nur die Erfüllung dieser Forderungen kann eine erste Basis verschaffen für die Beendigung des andauernden Zustands der Gewalt, in dem wir leben.

## Die Forderungen sind:

Abzug der israelischen Truppen aus allen palästinensischen Besatzungsgebieten. Sofortige Beendigung der Ausgangssperren und der Aushungerungspolitik in den Flüchtlingslagern. Ein absolutes Verbot, Demonstrationen durch Gebrauch von Schusswaffen auszuführen, und eine Abschaffung der barbarischen Anordnung, wachende Zivilisten geschlagen werden sollen.

Entstellung der Politik der Ausweisungen und der administrativen Verhaftungen. Rückkehr der Ausgewiesenen und Entlassung der administrativ Verhafteten. Auflösung der ernannten Gemeinderäte und Durchführung von demokratischen Wahlen zu allen Behörden und Gemeinden in den besetzten Gebieten.

Entstellung der Verfassung und der Abschaffung der Gefängnislager El-Daharija und Anwar 2.

Entstellung der Landenteignungen und der Errichtung von neuen Siedlungen und der Entwaffnung der Siedler.

Wiedereröffnung der Schulen und Hochschulen, Gewerkschaften und Vereine und die Beendigung der behördlichen Intervention in ihre Angelegenheiten.

Diese Forderungen stellen ein Minimum dar, das zur Beendigung der Gewalt nötig ist. Es ist zwar wenig, beinhaltet aber viel. Die Mobilisierung hunderttausender von Israelis, um diese Forderungen kann nicht nur das Leben von Shabans und Rabin stoppen, sondern auch den Beginn einer Alternative zu der 1967 begonnenen Situation aufbauen, einer Alternative, die auf einer Zusammenarbeit und auf einem Dialog der beiden Völker im Lande basiert.

(1)

„Ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann selbst nicht frei sein.“ Die Wahrheit, die dieser alte Spruch enthält, ist jetzt jedem, der sehen will, klar geworden. Die Anwendung der mandatorischen Notstandsgesetze auf israelische Staatsbürger wurde in letzter Zeit erweitert. Nachdem arabische Zeitungen geschlossen worden waren, bedrohen nun die Behörden auch arabischen Zeitungen wie „Derech ha-Nitzotz“, die die Greueln der Besatzer entlarven. Seit Beginn der Ereignisse sind mindestens 8 Journalisten geschlagen worden, nachdem sie über die Lage in den besetzten Gebieten berichten wollten. Ein Reporter des Militärs wurde verhaftet, und Gebiete, in denen die Armee illegale Befehle durchführte, wurden immer wieder für Journalisten und Fotografen gesperrt. Die Besatzungsmacht ignoriert das Recht der Öffentlichkeit auf Information, wie sie durch die Hoffnung der Bewohner der besetzten Gebiete, deren Ehre und deren Leben zerstört. Es ist nicht das Ende eines Weges, die Gewalt der Unterdrückungsmaßnahmen dringt sehr rasch mitten in die israelische Gesellschaft, es häufen sich Beschwerden von Bürgern über die Gewalt der Polizei und der Grenzschutz einweisen innerhalb der Grünen Linie, über Korruption der Gerichte und über eine zunehmende Stille der Behörden. Aber das ist noch nicht alles. Durch den Volksaufstand ist eine riesige Angst unter der politischen Führung entstanden, eine

Angst, die diese — nicht ohne Erfolg — auch unter der Bevölkerung zu verbreiten versucht. Diese Angst ernährt sich aus dem Widerspruch zwischen Werten, nach denen man erziehen wurde, und den Taten, zu denen uns die Besatzungsmacht zwingt. Es ist letztendlich die Angst des Täubers und des Vertreibers vor dem Vertriebenen, des Mörders vor seinem Opfer und des Unterdrückers vor der Rache des Unterdrückten. Durch diese Angst versucht das Regime, den zerfallenden Konsens zu retten.

Die Angst und die Panik können aber leicht beseitigt werden, und zwar bei den jenen Israelis, die bereit sind, ihre Menschlichkeit ernst zu nehmen und sich gegen die Unterdrückung und gegen die Besatzung zu stellen. Man muß begreifen, daß es unmöglich ist, den zerbrochenen Nationalkonsens mit Hilfe der alten Mythen der zionistischen Bewegung wieder zu beleben, denn nach der Logik dieser Bewegung haben nur Juden ein Recht auf Palästina und ein jüdischer, jüdischer Staat sei danach wünschenswerter als ein demokratischer Staat, der für das Wohl aller Einwohner besteht. Die vergangenen 40 Jahre haben gezeigt, daß ein Staat, der einen ganzen Volk seine Rechte vorenthält, seine eigenen Bürger ebenso in Schichten von verschiedenen Rechtslosen unterteilt, und daß dieser Vorgang sich ständig verschärft. In einem solchen Staat haben Araber weniger Rechte als Juden. Juden orientalischer Herkunft weniger Rechte als Immigranten aus Europa und Amerika, Frauen weniger als Männer und säkularer Leute weniger als religiöse.

Entgegen diesem unerträglichen Zustand muß man eine alternative Perspektive stellen, die den Weg der alten Führung samt all ihren Parteien entscheiden abteilt. Es muß die Perspektive eines säkular-demokratischen Staates gestellt werden, mit voller nationaler politischer und sozialer Freiheit. Eine Perspektive, die sowohl die Palästinenser als auch die Israelis von der Besatzung und der Unterdrückung befreien kann, eine Perspektive, die in wirklichem Widerspruch zum Zionismus und zum zionistischen Zwang zum Rassismus und zur Exterritorialität steht.



Die Forderung nach einem demokratischen Staat enthält:

Die Forderung nach einem demokratischen Staat enthält:

Eine demokratische Verfassung, die alle Gesetze, die Juden von Arabern und Männern von Frauen diskriminieren, abschafft.

— Eine Trennung zwischen Staat und Religion, ein säkulares Erbrecht, Religionsfreiheit und Freiheit von der Religion.

— Eine Erweiterung der Rückkehrgesetze und ihre Anwendung auf beide Völker im Land.

— Abschaffung der Notstandsgesetze und der Antiterror-Gesetze.

— Abzug der Armee, der Polizei und der Sicherheitsdienste aus allen arabischen Bevölkerungszentren und Einstell der Intervention im Erziehungssystem.

— Völkische Organisationsfreiheit für alle Bewohner Israels/Palästinas, in Organisationen, Parteien und Betriebsräten.

— Völkische Pressefreiheit und Abschaffung der politischen Zensur in allen Medien, deren Unabhängigkeit eine Bedingung für jede wirkliche Demokratie sein muß.

Diese Forderungen, die sich noch erweitern lassen, führen zu der allgemeinen Perspektive eines säkular-demokratischen Staates, der von Allen akzeptiert werden kann, die ihre Demokratieauffassung nicht an die eines rassistischen Staates anpassen wollen, der nur zu einem Transfer führen kann. Eine Massenmobilisierung auf der Grundlage dieses Programms, einschließlich der Aufstellung einer entsprechenden Wahlliste, könnte einen neuen demokratischen Weg der Koexistenz der nationalen Gleichheiten sowie zur Lösung der Grundfragen des israelisch-arabischen Konflikts bieten.

Die Revolutionäre kommunistische Liga — „Matzpen“

Übersetzung: Y.M.







Fortsetzung von vorheriger Seite

einer Gesellschaftsklasse über andere Gesellschaftsklassen zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse abzuschaffen oder irgendeine der wirtschaftlichen oder sozialen Grundordnungen des Landes umzuwerfen.“ Nach dem § 146 desselben Strafgesetzes droht die Todesstrafe auch jedem, der mit Gewalt für die Veränderung der Verfassung eintritt.

Nach diesen Paragraphen wurden von 1980 bis Anfang dieses Jahres 15.000 Menschen von Zivilgerichten und etwa 55.000 Menschen von Militärgerichten verurteilt. (In diese Statistik eingeschlossen sind auch einige — wenige — Verurteilungen nach § 163 TCK — Wiederaufrichtung eines islamischen Staates). (Cumh., 15.2.88).

Wie wenig die Öza-Regierung und die Militärs, die hinter ihr stehen zu einer ernsthaften Demokratisierung bereit sind, haben sie im November 87 in aller Deutlichkeit demonstriert: Vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit wurden die in die Türkei zurückgekehrten Generalsekretäre der TIP und der TKP, Sargin und Kallu, verhaftet und verschwanden zunächst ohne jeden arbeitsrechtlichen Bestand in den Folterkammern der Polizeireviere. Nachdem ihre Anwälte mit ihnen sprechen konnten, wurden auch diese festgenommen. Anfang Dezember setzte eine landesweite Repressionswelle gegen die TKP ein, angeblich auf Aussagen der Verhafteten hin. In einem Gesuch an die Staatsanwaltschaft beschreiben sie detailliert die an ihnen verübte Folter. Der Staatsanwalt erklärte daraufhin, man habe „keine Hinweise auf Folter gefunden“ und stellte das Vernehmungsverfahren kurzerhand wieder ein.

Das Regime hat hier ein deutliches Signal gesetzt. Auch wenn die TKP die „Diktatur des Proletariats“ ebenso aus ihrem Programm gestrichen hat wie die Parole „Raus aus der NATO“, und jeder Destabilisierungspunkt abgeschwächt, auch wenn sie „Anarchismus“ und „Terrorismus“ schärftens verurteilt, auch wenn sie ihre legale Rückkehr zur Nagelprobe auf die Demokratie erklärt hat und die ganze Weltöffentlichkeit zuschaut, muß sie (und damit jede irgendwie links Kraft) damit rechnen, künftiger Repression unterworfen zu werden. Das Charakteristische der Repression ist ihre völlige Unkalkulierbarkeit, die von vornherein von jeder linken politischen Beteiligung ab-

schrecken soll. Gerade diese schembare Willkür ist es, die den „Demokratisierungsprozeß“ in der Türkei am besten kennzeichnet. Jede und jeder politische Aktive (soll) unter der dauernden Furcht vor Folter und jahrelangen Haftstrafen leben. Daß dennoch so viele Menschen aus den unterschiedlichsten politischen Bereichen wieder mit großer Beharrlichkeit und unwahrscheinlichem Mut ihre Stimme erheben, beweist, daß das politische Kalkül des Staatsterrorismus nach 1980, ein für alle Mal die Linke zu zerschlagen und auszurotten, nicht aufgegangen ist.

Offenbar sieht das auch Staatspräsident und Putschführer Evren so. Deshalb seine Drohung mit einem erneuten Militärputsch: „Wenn in der Türkei Zustände eintreten, wie vor dem 12. September 1980, wird die Türkei wieder von den Streitkräften gerettet werden.“ (nach taz, 7.5.88). Doch den Kredit, den die Armee 1980 noch bei großen Teilen der Bevölkerung hatte, dürfte sie inzwischen gründlich verspielt haben. Das Stück vom „Retter des Vaterlandes“ jedenfalls könnte sie nur als blutige Farce ablegen gegen alle wiederholten

Jo/Türkel-AG



Bürger beobachten den Putsch.

**Quellen:** Verschiedene Ausgaben der Türkei Depesche und des Türkei Independent sowie der taz, Türkei Information Nr. 26, Informationsstelle Türkei (Hg.), 3 Gegenbericht zur Situation der Menschenrechte und Demokratisierung in der Türkei, Hamburg 1987, John Mayhew, Turkey Redding the Small Print, in: MERIP Report November/Dezember 1987, S. 19 ff., amnesty international (Hg.) Türkei, Folter und andere Menschenrechtsverletzungen, Bonn 1985, sowie Folter in der Türkei, Zeugen berichten, Bonn 1985.

## Gruppen und Kampagnen gegen den Folterstaat

### Menschenrechtsverein (IHD)

Der nach langen vorbereitenden Diskussionen im Juli 1986 gegründete Menschenrechtsverein vereint Familienangehörige von Gefangenen, Rechtsanwälte, Lehrer, Künstler und Journalisten. Er ist humanitär ausgerichtet und repräsentiert einen wichtigen Teil des fortschrittlich-liberalen Spektrums. Die größten Sektionen des Menschenrechtsvereins bestehen in Ankara und vor allem Istanbul, aber auch in den meisten anderen großen Städten ist er präsent. In der BRD werden seine Aktivitäten vor allem von Devrimci Isci (wie auch von der Gücmen-Gruppe) unterstützt.

Einen ausführlichen Bericht zu den Haftbedingungen in den türkischen Militär- und Zivil-Gefängnissen hat der Menschenrechtsverein im April 87 veröffentlicht. Am „Tag der Menschenrechte“, dem 10. Dezember 1987, konnte der IHD dem Parlamentsvorsitzenden 130.000 Unterschriften übergeben. Sie waren in einer zweimonatigen Kampagne „für Abschaffung der Todesstrafe und Generalamnestie“ gesammelt worden. Am einer Kundgebung am 5. Dezember in Istanbul wurden diese Forderungen von 5000 Menschen auf die Straße getragen. Die Polizei untersagte das Tragen von Fotos Hingerichteter selbst die bloße Auflistung der Namen auf einem Transparent wurde verboten. Nach bundesdeutschem Vorbild wurde der Sammlungsraum von Polizei eingekesselt und war nur nach Ausweiskontrolle und körperlicher Durchsuchung zu erreichen. Auf den Wohnblöcken an der Demokratie waren in regelmäßigen Abständen Plakanten mit Maschinenpistolen postiert. Dennoch wurden immer wieder auch verbotene Plakate gerufen wie „Schulter an Schulter gegen den Faschismus“ oder „Freiheit den Völkern“.

Die Grundorientierung des IHD auf den Kampf innerhalb der legalen Grenzen des Regimes wird in dem Aufruf zur Kampagne deutlich: Ziel einer Generalamnestie sei es, „die Wunden des Ausnahmezustandes zu verbinden“ und „einen sicheren, freien und dynamischen gesellschaftlichen Zustand zu erreichen“. Es solle sichtbar werden, „daß die Wurzeln der gemeinschaftlich begangenen politischen Verbrechen in den gesell-

schaftlichen Gegebenheiten liegen und man vom historischen Irrtum abkommt, für gesellschaftliche Fragen nur eine bestimmte Gruppe von Menschen verantwortlich zu machen“.

Ungeachtet dessen, und ungeachtet der breiten Beteiligung von bekannten Persönlichkeiten hatte der Menschenrechtsverein von Anfang an zu kämpfen. Die vorgeschriebene Bestätigung seiner Satzung durch das Innenministerium zog sich über neun Monate hin und er folgte erst nach dem dritten Anlauf. Schon bald darauf wurden fünf Vorstandsmitglieder zu je drei Monaten Haft verurteilt, weil sie eine Pressekampagne abgeben hätten — das Gericht machte daraus ein illegales Flugblatt.

### Verein zur Unterstützung der Familien von Verhafteten und Verurteilten (TAYAD)

Die ebenfalls im Frühjahr 1986 gegründete Organisation konzentriert sich stärker als der IHD auf die Anliegen der Gefangenen (und da besonders der Dev Sol und MLSPB-Angeklagten) und spielt bei der Unterstützung der Hungerstreiks durch öffentliche Protestaktionen und Solidaritätshungerstreiks eine wichtige Rolle. In Istanbul (wo viele Linke und aus dem Knast Freigekommene leben) erreicht sie annähernd eine ähnliche Stärke wie der Menschenrechtsverein, verfügt aber auch über Gruppen in Ankara, Adana und anderen Städten.

Während des Referendums (über die „Politikverbote“ für die alten Parteiführer im Herbst 87) startete die Organisation eine Kampagne „Die Freiheit liegt in unseren Händen“. Die Forderung nach Generalamnestie wird von TAYAD abgelehnt, weil die Forderung nach Begnadigung durch das gegenwärtige Regime einer Schuldanerkenntnis gleichkomme. TAYAD dagegen betont die Legitimität des Kampfes der revolutionären Bewegung vor 1980, sowie die Berechtigung des Kampfes der Gefangenen „für ihre Menschenwürde. Die wirklichen Verbrechen sind die, die für Arbeitslosigkeit, das Elend und den Zusammenbruch der Moral verantwortlich sind — die unsere Söhne und Töchter

im Kerker halten, foltern und ihnen vorwerfen, an allem „Schuld“ zu sein.“

TAYAD wehrt sich auch deshalb gegen ein „Schwamm drüber und die Wunden müssen geheilt werden“, wie es in der IHD-Kampagne angelegt ist, weil sie ausdrücklich auf einer Abrechnung mit dem heutigen Regime und einer Bestrafung der Folterer bestehen.

Die recht heftige Konkurrenz zwischen beiden Vereinigungen kommt auch darin zum Ausdruck, daß TAYAD im Rahmen seiner Kampagne am „Tag der Menschenrechte“ in Istanbul ebenfalls eine eigene Demonstration unter dem Motto „Bestrafung der Folterer, Freiheit für die Gefangenen“ durchführte, an der sich (nach eigenen Angaben, 2.000 Menschen beteiligten und es nicht möglich war, durch Absprache zwischen beiden Organisationen, eine Terminabsprache zu treffen. Die gegenseitigen Anwürfe gehen so weit, daß in der Dev Sol nahestehenden „Yeni Cozum“ das Militärgefängnis Marmak (bei Ankara), wo viele Dev Sol-ler sitzen, als „Hochburg des Verrats“ bezeichnet wurde, während die „Burg des Widerstands“ selbstverständlich der Knast von Metris sei — wo viele Dev Sol-Leute eingekerkert sind. Die Mütter der Gefangenen haben daraus schon wiederholt die Konsequenz gezogen: Abstand von beiden Gruppen genommen, Protestaktionen durchzuführen.

Stärker noch als der IHD in TAYAD mit Repressalien konfrontiert. Mehrfach wurden (meist in Anlehnung von Razi gegen Dev Sol) Gründungsmitglieder des Vereins verhaftet, darunter auch Mütter von Gefangenen.

### „Solidaritätsruf für die Demokratie“

Ist der Titel eines Manifestes, das u.a. von dem bekannten türkischen Schriftsteller Aziz Nesin ausgeht. Er wendet sich vor allem gegen die Folter, die „heute und mit zunehmender Heftigkeit durchgeführt“ wird. Insbesondere wird die Untersuchung der Folter an den Generalsekretären der TKP und TIP gefordert. Darüberhinaus wird die Abschaffung der §§ 140, 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches verlangt, die die politische Propaganda und Organisation verbieten.

## Türkei

# Protest gegen die Polizeiuniversität

Zu den bisher heftigsten Studentenunruhen in der Türkei seit dem Militärputsch kam es Ende April, Anfang Mai — Der recht zufällige Auslöser war die sexistische Annäherung einer Studentin durch einen Zivilpolizisten an der Universität in Istanbul am 28.4. Dagegen protestierende StudentInnen wurden von Zivilpolizei zusammengeschlagen und verhaftet. Binnen kurzem hatten sich rund 6.000 StudentInnen zu einem Zug vor das Gebäude des Rektors zusammengefunden, sie forderten: „Weg mit der Polizei“, „Schluß mit der Zusammenarbeit von Polizei und Verwaltung!“. Da der Forderung der StudentInnen nach einem Gespräch mit dem Rektor nicht nachgegeben wurde, besetzten sie das Rektorsgebäude, wobei auch ein Zivilpolizist entworfen und verprügelt wurde. Das Angebot der StudentInnen, angesichts der aufgelegten Sonderkommandos die Besetzung zu beenden, wenn sie freien Abzug erhielten, wurde mit einem Polizeiberuf beantwortet. Rund 150 StudentInnen wurden festgenommen.

In den folgenden Tagen breiteten sich die Kämpfe auf zahlreiche Universitäten des Landes aus. Der Protest gilt der Festnahme der Istanbul StudentInnen, die von Polizeikräften, dem Hochschulgesetz und dem Verbot der Studentenvereine. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei wurden mehrere hundert StudentInnen festgenommen, von denen Mitte Mai noch rund 300 inhaftiert waren.

### Alltag Polizeiuniversität

In den Kämpfen der StudentInnen entlud sich ihr Haß gegen die militarisierte und von Polizisten besetzte Universität, der Vorfall am 28.4. war nur ein Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Da die Junta und ihre Ideologen die StudentInnen als „Hauptschuldige“ für die „Zustände von vor dem 12. September“ ansehen und auch bis heute nicht müde werden dies immer wieder öffentlich zu wiederholen, wurde die Säuberung der Universitäten nach dem Putsch vom 12.9.80 sehr gründlich vorgenommen. Unter den 200.000 Personen, die nach dem Putsch festgenommen wurden, war ein großer Anteil StudentInnen, viele wander-

ten für Jahre in den Knast oder wurden von den Universitäten relegiert. Mit dem Kriegsgesetz Nr. 1402 wurden über 400 Dozenten und Lehrkräfte von den Universitäten entlassen, nach mehrschätzungsweise 1.500 demokratisch eingestellte Lehrkräfte verließen freiwillig aus Protest gegen die Übernahme der Universitäten durch die Militärs ihre Lehrstühle.

Von der Kleiderordnung und Bortnach für Lehrer und StudentInnen bis hin zum Aufhängen der Kleidungsstücke in den Spindeln der Studentenwohnheime, jede Kleinigkeit wurde fortan per Gesetz oder Erlass reglementiert. Heimleiter der Studentenwohnheime bekamen Anweisung, die StudentInnen zu bespitzeln, Ausgänge z.B. waren klebeflichtig und ohnehin nur zu engen Verwandten erlaubt. Aus nichtigem Anlaß oder völlig willkürlich wurden StudentInnen aus den Wohnheimen bzw. von der Uni geworfen oder verhaftet. Polizisten in Uniform und in Zivil sind um das Universitätsgelände an den Eingängen und z.T. sogar auf dem Gelände postiert. Zeitweilig ist es nur möglich unter Vorlage eines Ausweises die Universität zu betreten. Bereits vor zwei Jahren kam es in Izmir zu Protesten, als ein Polizist einer Studentin den Zugang verweigerte, da ihr Pulli zu weit ausgeschnitten war.

Einige Meldungen in der türkischen Presse vom April 88 zum Alltag der türkischen StudentInnen. (Die Daten beziehen sich auf den Tag der Pressemeldung).

— 30.3. Demonstration von StudentInnen in Izmir gegen die Schließung von vier Studentenvereinen.

— 4.4. StudentInnen in Adana führen einen Hungerstreik gegen die Verhaftung des Vorsitzenden des Studentenvereins der Cukurova-Universität durch.

— 7.4. 20 StudentInnen der Ägäis- und der 9. September-Universität in Izmir werden in Polizeihaft genommen. Laut Angaben der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts wird eine Operation gegen Dev Sol an der Universität durchgeführt.

— Am 11.4. wird bekannt, daß fünf StudentInnen, angeschuldigt in Diyarbakir illegale Plakate aufgehängt zu haben, einem Jungfräulichkeitsfest unterzogen wurden.

### Faschisierung der Lehrinhalte

Parallel zur Desinformation der StudentInnen wird die Gleichschaltung und Faschisierung der Lehrinhalte betrieben. Ein großer Teil der Lehrbücher wurde nach dem Putsch eingesammelt und umgeschrieben. Nach dem Verbot der Darwinischen Lehre mußten konsequenterweise alle Biologiebücher eingestampft und umgeschrieben werden. Dies gilt zwar in erster Linie für die Schulen, selbst aber an den Universitäten fort.

In Schriftenreihen und Seminaren für den Lehrkörper (persönliche Einladung, Anwesenheitspflicht), durchgeführt von Militärs mit eindeutig faschistischer Gesinnung, werden die Universitäten als „Brustwunde von Anarchie und Terror“ gebrandmarkt und entsprechende Gegenmaßnahmen gefordert. Pflichtfächer für StudentInnen aller Fachbereiche sind neuerdings Sport, türkische Sprache (ebenfalls mit ideologischem Einschlag) und das Fach „Atatürk Prinzipien und Revolutionsgeschichte“. Dieses Fach wird in der Regel nicht von Dozenten, sondern bevorzugt von pensionierten Militärs mit der entsprechenden Gesinnung unterrichtet.



### Freiheit für die Studentenvereine

Eine der Hauptforderungen der StudentInnen ist neben der Abschaffung des YÖK (1) die freie Gründung und Betätigung von Studentenvereinen. Seit Gründung der ersten Vereine 1986 wird der Streit um deren Legalität geführt. (Die sich Hochschulgesetz und Vereinsgesetz in diesem Punkt widersprechen, ist die Rechtsgrundlage nicht geklärt).

Während in der vergangenen zwei Jahren viele Studentenvereine gegründet wurden, war bei keinem irgendwo die örtlichen Gouverneure wieder viele dieser Vereine und ließen deren Mitglieder festnehmen. Genau vor einem Jahr löste ein Gesetzentwurf zur Zwangsvereinebildung der Studentenvereine den bis dahin größten Studentenprotest aus und mußte zurückgezogen werden. Auch bei den jetzigen Protesten kündigte der Minister für Jugend, Sport und nationale Erziehung, Güzel, eine Schließung der Studentenvereine an. Nach weiteren Protesten der StudentInnen und der demokratischen Öffentlichkeit zog Güzel seinen Vorschlag zurück und erklärte, sein Anliegen sei falsch wiedergegeben worden (Cumhuriyet, 16.5.).

Damit ist der Ausgang des Tauziehens um die Studentenvereine noch offen. Eines jedoch läßt sich mit Sicherheit sagen: Die Befriedung der Universitäten, eines der Hauptanliegen der Junta von 1980, ist nicht gelungen. Seit den ersten Gründungen von Studentenvereinen und zunächst noch vorsichtigen Aktionsformen, wie z.B. dem Fußmarsch 1986, aber die Demonstrationen vom April 1987 (gegen das Vereinsgesetz) bis heute haben die StudentInnen neues Selbstvertrauen gefaßt und tragen ihren Protest entschiedener vor, wozu sie — wieder einmal — anderen gesellschaftlichen Bereichen vorangehen. In einem Staatssystem, wo der Staatspräsident höchstpersönlich (über das YÖK) die Dozenten, die Lehrinhalte und den Universitätsablauf bis ins einzelne kontrolliert und in dem selbst die Kleidung der StudentInnen gesetzlich festgelegt ist, wird jeder zunächst universitätsbezogene studentische Protest automatisch mit dem System selbst konfrontiert. Das Regime hat so durch die Militarisierung und totale Kontrolle der Universitäten letztlich selbst zur Politisierung der StudentInnen beigetragen.

C., AG-Türkel

**Anmerkung:** 1) Von den Generälen nach dem Putsch erlassenes Hochschulgesetz, durch das auch der gleichnamige Hochschulrat eingesetzt wurde.







Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Viren freigesetzt worden sind und teilweise auch schon massenhaft eingesetzt werden. Es gab dort z. B. im letzten Jahr riesige Waldbrände und in deren Folge ganz massive Schädigungsprobleme, die jetzt z. T. gentechnisch bekämpft werden.

Linda Bullard: Das Ganze wirft natürlich die Frage nach dem Kapital auf: Wie wird es laufen, wo das Kapital nicht so sehr die Motivation ist. Ich glaube, diese Technologie ist in einem sozialistischen Land genauso gefährlich.

Benny Harlin: Interessant wird die Auseinandersetzung in Bezug auf die humanmedizinische Anwendung sein, weil es in realen Sozialismus eine andere Staatsphilosophie über den Wert und das gesellschaftliche Zugriffsrecht auf das individuelle Leben gibt. Es ist ja z. B. bekannt, daß Ungarn als ein Mekka der Humangenetik gilt, weil es dort die entwickeltste Erfassung der Bevölkerung auf Erbkrankheiten gibt.

## Einfallstor: AIDS

Ihr habt AIDS erwähnt. Ist mein Eindruck richtig, daß AIDS als Wegbereiter für die Gentechnik benutzt wird?

Benny Harlin: Ja, entschieden! AIDS und auch Krebs. Bei Krebs ist das nicht so offensichtlich, weil es dort eine viel breitere Forschung gibt, während AIDS Forschung zu über 80% mit Gentechnik arbeitet. Beide sind die großen Einfälle für gentechnische Forschung, Förderung und auch Akzeptanz. Das ist (sofern ziemlich interessant, als man heute zwar nicht sagen kann, AIDS sei ein Unfall der Gentechnik, aber zumindest, daß man heute solche Erreger im Labor entwickeln könnte. Wenn man sich anschaut, welche Experimente im Bereich AIDS gemacht werden, dann kann einem Angst und Schauer werden. Nur die Mög-

lichkeiten eine sehr schlechte Position für die Vernunft. AIDS ist für mich deshalb auch so etwas wie die nützliche Hysterie der Gentechnik.

## „Jeder Monat ist wichtig“

Was sind eure nächsten Ziele?

Benny Harlin: Als erstes die Kampagne gegen die Freisetzung, bei der es uns darum geht, daß es in dieser Sache mindestens zu einem weiteren Moratorium (7) kommt, vor allem auch, daß die ökologische Betrachtungsweise des Problems sich durchsetzt. Erst dann kann man diskutieren, mit welchen möglichen Folgen es unter bestimmten Voraussetzungen gerechtfertigt sein kann, mit gentechnischen Methoden einzugreifen.

Die zweite Sache, die wir noch in diesem Jahr relativ breit anzugehen versuchen sind die Patente. Die Frage also, soll Leben patentierbar sein. Da drängt die Industrie im Moment massiv drauf, auch Organisationen von Wissenschaftlern sind daran sehr interessiert. Das wird eine entscheidende Ausweitung der Auseinandersetzung sein, weil hier der Nord-Süd-Konflikt eine Rolle spielt. Es geht um Eigentumsrechte der Industrie: Nationen an den Rohstoffen von morgen. Es geht um eine ganz massive globale Verschiebung von Verfügungsrechten, um eine Etablierung noch viel verheerenderer Verfügungsrechte der industrialisierten Welt gegenüber den Entwicklungsländern als bisher. Es geht auch um die Zukunft der Landwirtschaft.

Ich denke, daß wir in diesem Jahr auch noch sehr viel mehr Arden in die Frage von Gen-screening und Genomanalyse am Menschen stecken werden, weniger im Moment vermutlich noch in die Frage von Gentherapie und -manipulation menschlichen Erbguts, weil es dort verhältnismäßig mehr Bewußtsein für die Gefahren gibt. Aber die zwangsläufigen ethischen Implikationen des Gen-screening sind viel zu wenig erkannt. Das

Überhaupt möchte ich hier wenigstens anmerken, was wir gar nicht diskutieren haben: Eine Kritik an der Enquete-Kommission liegt ja in der Frage der Alternativen. Die entsprechende Kommission zur Atomenergie hat seinerzeit noch vier verschiedene Energie-Szenarien untersucht. In der Gen-Kommission haben sie das zu Anfang diskutiert, dann aber abgelehnt, über Alternativen zu diskutieren. Ich denke, daß die ganze Debatte, gerade auch bei uns, die Entwicklung von Alternativen mit einschließen muß. Das ist auch eins unserer Ziele. Aber es ist ein Problem, in der politischen Praxis die Kritik sein zu müssen und gleichzeitig Alternativen vorschlagen zu sollen.

Welche Widerstände habt ihr bisher erfahren. Welche erwartet ihr noch?

Benny Harlin: Eine wesentliche Sache ist die Angst von Wissenschaftlern und Leuten im öffentlichen Dienst, unmittelbar als Mitglieder des gen-ethischen Netzwerks aufzutreten oder unmittelbar mit uns in Kontakt zu kommen. Die Leute sagen, wenn wir öffentlich als Mitglieder des Netzwerks auftreten, dann sind wir in unserem wissenschaftlichen Kreis unten durch. Es ist eigentlich umgekehrt zu dem, was öffentlich behauptet wird. Öffentlich behauptet wird, es gebe radikale Gentechnik Kritiker, die nur schwarz-weiß sehen. In Wirklichkeit herrscht in der wissenschaftlichen Gemeinde, weil auch in linken, sozial aufklärten Kreisen hinein, die ja stark auch in diesem Bereich arbeiten und forschen, die Meinung: Wer auch nur kritisiert, und seien es Einzelaspekte, der ist gegen die Gentechnik und damit gegen uns. Es gibt da ein ungeheures Lagerdenken. Das wird da durch verstärkt, daß kaum in einem anderen wissenschaftlichen Bereich die Abhängigkeit von der Industrie so stark ist wie in der Gentechnik.

Gibt es einen absehbaren Trend?

Benny Harlin: Es treten immer mehr Menschen dem Netzwerk bei. Ich glaube

## Das Netzwerk

Gen-ethisches Netzwerk — das sind heute 500 Leute aus 13 Ländern, davon 95% West-Deutsche. Das ist ein hellhöriges Büro in der Potsdamerstr. der „Pots“ in West-Berlin. Darin in einem akkuraten geführten, computergetriebenen Archiv sechs bis sieben Bunkerte, eine ABM-Stelle, 12.000 DM Umsatz, eingetragene Gemeinnützigkeit. Das sind aktuell zum Gespräch die US-Amerikanerin Linda Bullard, 68er US-Aktivistin, später langjährige Mitarbeiterin von Jeremy Rifkin, seit '86 in der BRD. Benedikt („Benny“) Harlin, ehemaliger Hausbesitzer, der heute als Abgeordneter der GRÜNEN Regenbogenfraktion zwischen dem Bund und Brüssel hin und her jettet, und Christian Sternberg, der gute Geist des Bureaus. Er ist auch verantwortlich für die Herausgabe des „Gen-ethischen Informationsdienstes“ (G.I.D.), der in Form eines Previews einmal monatlich einen Überblick über wesentliche Ereignisse und Entwicklungen in der Gentechnologie anbietet. Ergänzend zum G.I.D. werden gezielte Materialanfragen bedient. Kontakte zu Spezialisten und Referentinnen vermittelt. Demnach sollen die Informationen des Archivs über Mailbox verfügbar sein. Den G.I.D. gibt es schon seit 1985.

Das Netzwerk wurde im Sommer 1986 nach dem Hagener Parteitag der GRÜNEN durch einige Leute aus den Reihen der Bundesarbeitsgemeinschaft Gentechnik der GRÜNEN gegründet, denen die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Gentechnik durch die Partei zu undifferenziert war.

Über den Zweck des Vereins gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Hauptsache: „Aufklären, aufklären, möglichst politisch, aber auch alltagsmenschlich.“ Darüber hinaus müsse „Kongresspotential“ aufgebaut werden. Das Netzwerk soll Kontakte von „Leuten, die sich austauschen wollen“, auch „Weniger schaffter in eine kritische Diskussion einbeziehen, die Frontstellung von Wissenschaft auf der einen, als wissenschaftsförmig verschrieben Kritikern auf der anderen durchbrechen.“

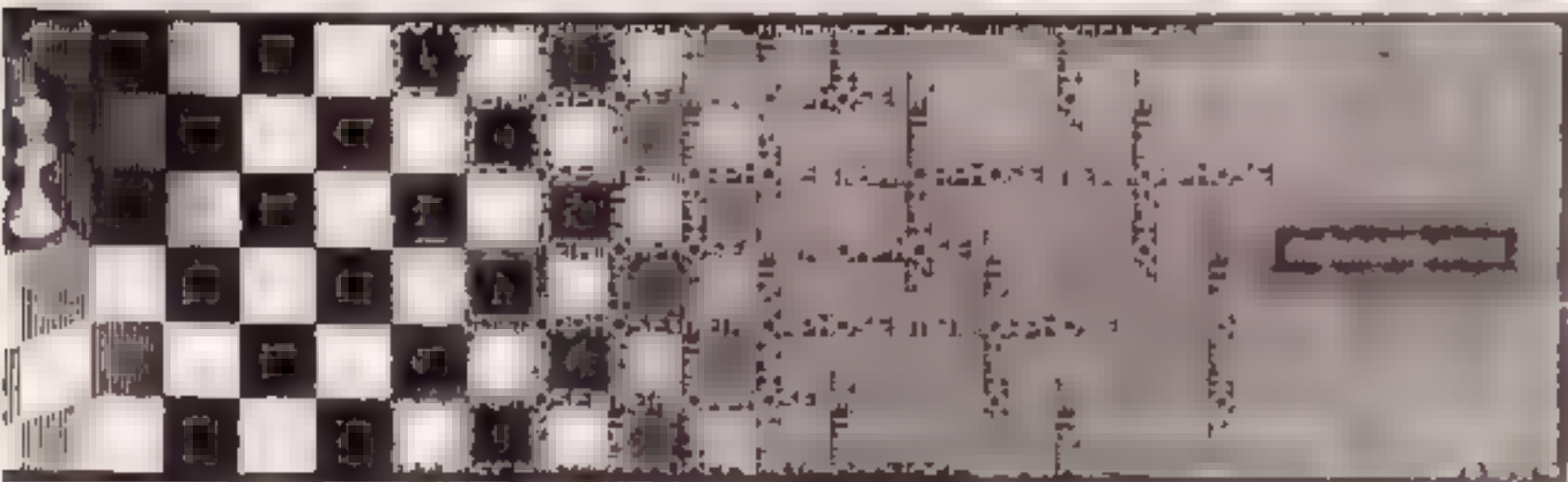
Der Verein ist überparteilich. „Wir verlangen auch keine Glaubensbekenntnisse, d.h. wir sind auch kein Verein von Leuten, die alle tui-

quant gegen Gentechnik sind, sondern bei uns sind bestimmt viele Leute Mitglied, die in erster Linie nur Sicherheitsbedenken haben, denen es vielleicht nur zu schnell geht und sehr viele, denen es einfach bis heute nicht klar ist, was da auf uns zukommt, die auch zurückhaltend sind in ihrem endgültigen Urteil darüber.“

Die Netzwerkler verstehen ihre Arbeit als „präpolitisch“. „Im Verein sind Mitglieder aus allen im Bundestag vertretenen Parteien. Eine Mehrheit steht sicher den GRÜNEN nahe, aber ich würde nicht einmal ab wir mehr SPD- oder mehr GRÜNE Mitglieder haben. Wir hatten auch sehr viele Mitglieder, die in der Kirche engagiert sind. Wir haben eine ganze Reihe von Mitgliedern, die aus einer konservativen Grundhaltung heraus die Anwendung von Gentechnik ablehnen. Und wir haben sehr viele Mitglieder, die aus der Frauenbewegung heraus sich als erste mit der Kritik an Reproduktions- und Gentechnik befaßt haben.“

Zu Zielen man „eher noch als Arbeitsdienstleistungsverein organisiert“ als Umschlagplatz für Informationen. „Was veranlaßt mich auch Informationen über Kampagnen gepunktete Kongresse, Bücher, Artikel usw. In der Formulierung eigener Standpunkte zu aktuellen Auseinandersetzungen habe man sich aber bisher eher zurückgehalten.“

Zwei Kampagnen hat das gen-ethische Netzwerk allerdings selbst initiiert und für sie auch die Koordination übernommen. Eine gegen den Einsatz von gentechnisch hergestellten Rinderwachstumsormonen, das erste und zweite solche Produkt in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen Dollar Umsatz im Jahr, das jetzt auf den Markt gedrückt werden soll. Die zweite Kampagne richtet sich gegen die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen in die Umwelt, die z. T. von interessierten Kreisen durch die Gesetzgebung gebracht werden soll. An diesen Kampagnen werden mehr Benny, exemplarisch sichtbar, was die Arbeit des Netzwerks bedeutet. „Immer zunächst sehr unterschiedliche Interessen an einem konkreten Punkt der Einsatze der Gentechnologie zusammenzuführen.“ (5)



se. Denen HIV tödlich ins Chromosom integriert wird, nimm — was vielleicht noch gefährlicher ist — diese berüchtigten Krebszellen. Das ist eine menschliche Krebszelle. Das ist eine menschliche Gewebekultur, die praktisch in allen Laboren der Welt benutzt wird, weil sie im Gegensatz zu allen anderen nicht abstirbt. Für diese hat man gentechnisch einen Rezeptor für HIV entwickelt. Oh ungeheuer aggressive Krebszellen, die schon das Östern andere Kulturen verunreinigen haben, hat man künstlich einen Rezeptor für HIV gemacht. Nutzen die ungenutzten Menschenexperimente in Zaire durch AIDS-Forscher usw. (5)

Nimm auch die Herabsetzung der Sicherheitsgrenzen bei Ciba-Geigy (6) für die Freigabe von Medikamenten von bisher 5% auf zukünftig 2-3 Jahre über das Risiko AIDS.

Benny: Genau! AIDS ist sozusagen das thermische Schlachtfeld der Gentechnologie. Bisher haben die Gentechniker in diesem Bereich außer einigen, durchaus wichtigen Erklärungen nichts zustande gebracht. Auch die hätte man u.U. mit konventionellen epidemiologischen Methoden gewinnen können. Schließlich ist AIDS noch ein typisches Beispiel, an dem man gut studieren kann, wie Gentechnik sich insgesamt im Gesundheitsbereich durchsetzen kann. Du hast Leute, die sterben an einer Krankheit und auf der anderen Seite Leute, die versprechen, sie könnten der Krankheit Herr werden mittels einer bestimmten Methode. Der moralische Druck, der entsteht, weil Menschen sterben, ist ungeheuer hoch. Da ist es sehr schwierig und klingt schnell zu leicht, auf breitere Zusammenhänge hinzuweisen und die Opfer zu relativieren. Unbewußt sind wir gewohnt ständig Millionen von Taten in Kauf zu nehmen. Wir wissen, daß Leute an Hunger, an Malaria, an was weiß ich allem sterben, aber wir sind in der Lage, das zu verdrängen. Wenn man aber, was ja im Sinne der Gesundheitsvorsorge teilweise auch sinnvoll ist, bewußt das Elend AIDS im Gegensatz zu vielen anderen nicht verdrängt und das so künstlich hochstilisiert. Elendsbewußtsein dann anderen, nur hypothetisch wahrgenommenen Gefahren gegenüberstellt, so ist das natürlich im-

Problem ist. Wir müssen, so oder so, einige Entscheidungen treffen, wenn bestimmte Informationen z. B. durch präzise Diagnostik erst einmal gewonnen werden. Jede mögliche Form des Umgangs mit diesen Informationen ist letztlich eugenisch. Da gehört dann auch die Versicherungsfrage, Datenschutz und Bürgerrechte mit dazu. Wir werden darüberhinaus, ich weiß nicht, ob noch in diesem Jahr oder in nächsten, daraufhinarbeiten, so etwas wie eine Charta von Grundrechten in Bezug auf die Anwendung der Gentechnik am Menschen zu entwickeln. Wir werden auch in diesen Bereichen weiterhin sehr breit ein Spektrum von Leuten anzusprechen.

Linda Bullard: Wir werden versuchen, stärker international zu arbeiten. Das ganze Problem ist ja ein globales Phänomen. Unsere ersten Ansatzpunkte sind z. T. die EU und die USA. Z. B. in Sachen Rinderwachstumsormone haben wir auf der Konferenz in Brüssel die Zusammenarbeit mit der grünen Gruppe im Europa-Parlament. Diesen Winter organisieren wir ziemlich viele Kontakte machen können. Wir haben auch Leute aus den USA eingeladen. Diesen Sommer werden deutsche Bauern in die USA fahren, um mit Amerikanern über Rinderwachstumsormone zu diskutieren. Auch in Sachen Freisetzung werden wir mehr Kontakt haben.

Benny Harlin: Es gibt ein gen-ethisches Netzwerk Österreich, das sich regelrecht als Zweigstelle etabliert hat. Etwas ähnliches gibt es in Dänemark. Wir machen jetzt ein Treffen mit Leuten aus Frankreich, Italien und Großbritannien, die auch Einflüsse aufbauen wollen.

Linda Bullard: Aber wir wollen unsere Diskussion nicht nur exportieren. Gerade in Gewerkschaftsfragen auch umgekehrt. Z. B. gibt es in den USA die „oil, chemical and atomic workers union“, die das Thema sehr intensiv bearbeitet hat. Da wäre es vielleicht nützlich, Leute von dieser Gewerkschaft herher einzuladen. Wir suchen auch Kontakte zum europäischen Gewerkschaftsbund, wo es z. T. aufgeklärter zugeht als hierzulande.

auch, mit dieser extremen Dosisform nach dem Motto: Akzeptanz schaffen. Es ist aber auch einfach als herabsetzbar und unwissenschaftlich das, was ich aber andere einfach als fortschrittlich und unwissenschaftlich disqualifizieren können sie nicht durch. Das haben wohl viele begriffen, auch in öffentlichen Institutionen und in der Industrie. Letztlich ist das alles auch eine Zerstörung. Wir haben ständig das Gefühl, die Zeit läuft uns davon. Im Vergleich zur Anti-AKW-Bewegung befinden wir uns heute vorwiegend in den 50er Jahren der Gentechnik. Wir haben heute auch ganz andere Chancen, einzugreifen, als es die Anti-AKW-Bewegung in den 70er Jahren hatte. Die Frage ist eben, ob Leute im Moment schon aktiv werden, wo das? Und noch nicht direkt vor der Haustür liegt und man sich mal wieder mit grauer Theorie ja eher blöden technischen Detailproblemen herumzuschlagen muß. Ich kenne eine ganze Menge Freunde und Genossen, die sagen, man soll sie mit dem ganzen komplizierten Zeug zufrieden lassen. Wenn man wartet, bis es was gibt, wo man einfacher betreten und hilflos aktiv werden kann als es im Moment zu haben ist, dann haben wir schon unheimlich viel verspielt. Ich glaube, im Moment ist jeder Monat wichtig.

## Anmerkungen

(1) DNA (deutsch DNS): Desoxyribonukleinsäure, das chemische Grundmolekül der Erbinformation, der verbindliche Faden der Chromosomen. Die DNA ist in allen Lebewesen ähnlich aufgebaut. Sie wurde 1953 erstmals entschlüsselt.

(2) Massenuntersuchungen auf Grundlage der Genomanalyse anlagenteils gegenüber gesellschaftlichen auch psychischer Aufwachen bzw. auch besonderer Robustheiten um Eingangsbedingungen für eine präventive Arbeitsplatzbewertung zu erfassen.

(3) Hier besonders: Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in der von verschiedenen Autoren eine Reihe von Untersuchungen zur Antizipation und Konzentration nationaler Bevölkerungsplanung, Eugenik und Humangenetik vorgelegt wurden.

(4) In Essener Zeitschrift für neue Dramenformen des Bundesrats, 1986. Fredo Capra als Autor von „Veränderung und das „Tac der Physik“.

(5) Gemeint sind nicht die im letzten Ak. dokumentierten Möglichkeiten von der OTRAG in den späten 60er Jahren, sondern als Quelle von Transfusions-Wissenschaften 1986 durchgeführte Indikatorenexperimente. EP-Druck: 14.808/86, Januar 87. Auch dazu auch die von Ausgaben des „Gen-ethischen Informationsdienstes“ (G.I.D.).

(6) Siehe dazu „Jenseits der Industrialisierung von Phantasie und Mensch. Ermittlungen in der Schweiz einer all-gewöhnlichen Kritik an neuen, schwerer Frauen-Autorentwicklung, zur Entwicklung der Gentechnik in der Schweiz im Lichte von Zürich, 1987. Darin der Aufsatz von Mascha Marjono: „Der Kampf um neue Märkte“.

(7) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(8) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(9) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(10) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(11) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(12) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(13) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(14) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(15) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(16) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(17) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(18) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(19) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(20) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(21) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(22) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(23) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(24) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(25) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(26) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(27) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(28) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(29) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(30) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(31) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(32) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(33) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(34) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(35) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(36) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(37) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(38) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(39) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(40) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(41) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(42) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(43) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(44) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(45) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(46) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(47) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(48) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(49) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(50) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(51) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(52) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(53) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(54) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(55) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.

(56) Gemeint ist das von der Enquete-Kommission des Bundestages 1987 vorgeschlagene Moratorium in dem eine Zurückstellung von Freisetzungsanträgen für gentechnisch manipulierte Mikroorganismen um 5 Jahre vorgeschlagen wird. Um die Frage damit nach entsprechender Forschung erneut zu stricken. Vertreter der Industrie liefen im April 88 bei einem Hearing im Bundestags-Ausschuss dagegen Sturm. Die Auseinandersetzung nach.



Fortsetzung von vorheriger Seite

sein" sei, und zweitens, daß die Gesetze der Physik direkt auf biologisches Geschehen und dies wiederum auf gesellschaftliches übertragbar seien. Bei des setzt Rifkin in Verabsolutierung des 2. Entropiesatzes als Art schöpferischen Glaubensakt voraus. Bewiesen hat er es nicht. Bewiesen hat er nur, dies allerdings materialistisch und konkret wie der Prozess des Fortschritts sich über die Jahrtausende als Differenzierung immer neuer Versuche der Energiegewinnung entfaltete und welche außerordentlichen Beschleunigung zunehmend unterliegt. Die hier zu ihm zusammengefügten Fakten und seine Kritik dieses Prozesses als ausbeuterisch, kolonialistisch und im Wesen imperialistisch sind ungeachtet der nicht bewiesenen Grundvoraussetzungen in Sachen Entropie bestes Material für beflende und grundsätzliche Kritik am Kapitalismus — wie auch am realen Sozialismus.

1986 veröffentlichte Rowohl unter dem Titel „Genesis zwei — Biotechnik — Schöpfung nach Maß“ Rifkins zur Kampfansage an die Gentechnologie weiterentwickelte Position (2). Unter der zentralen These „Von der Alchimie zur A-Genie“ entwickelt Rifkin den Gedanken, die Menschheit erbebe heute eine dramatische Veränderung ihrer Methoden, die Welt umzugestalten. Jahrtausendlang habe sie die unbelebte Materie zu ihrem wirtschaftlichen Nutzen nur geschmolzen, gegossen, geformt und gebrannt. Jetzt zerschneide rekombinierte, inserierte und splicing sich schaffendes Material. Das bezeichne den Übergang vom pyrochemischen alchemistischen Zeitalter von der Alchimie zur Algenie, von der Mechanik zur kybernetisch gesteuerten Biotechnik. Wie die mechanische Maschine für die industrielle Revolution so sei der Computer der Organisationsmechanismus der Zukunft der Biotechnik.

Die „wünsche Kosmologie“ habe in der Forschung des mechanischen Naturwissenschaften der Aufklärung die Natur zu Willkür gemacht. Geschick ist die Effizienz der Natur eingeführt, die Natur entheiligt und nach den Bedürfnissen des Menschen manipuliert. Die mechanische Vorstellung einer ständigen Effektivierung der Natur durch Auslese der unpassungsfähigen Mutationen, wie sie Darwin gehalten habe, die Vereinnahmung dieses Vorstellung, die Marx und Engels zur Basis ihrer Theorie des Klassenkampfes betrieben hatten, sind Hauptgegenstand von Rifkins Kritik in diesem Buch. Die Unhaltbarkeit des Darwinismus sei schon lange durch neue Forschungsergebnisse erwiesen. Bis heute habe die Behauptung, der Mensch stamme vom Affen ab, nicht bewiesen werden können. Bis heute haben weder Geologie, Anthropologie, noch Biologie den lückenlosen materiellen Beweis für die behauptete vom Urorganismus zum Menschen aufsteigende Reihe der Arten vorlegen können, auch nicht mit neuesten molekularen und atomaren Mitteln der Zellmessung usw. Im Gegenteil, seien immer mehr Hinweise auf die Existenz von Neoelementen, aus denen neuerer Gentechnologie aus Neodarwinismus

eine erschreckende Neuaufgabe. Dagegen plädiert Rifkin für ein „neues Verständnis von Evolution“, nämlich die Anerkennung der gleichzeitigen Entwicklung verschiedener Arten nebeneinander als Plan der Schöpfung. Rifkin fordert die Abkehr vom „homo faber“, die Rückkehr zur Natur. „Sollten den Kosmos zu zwingen, sich unserem Verhalten anzugleichen, hätten wir unser Verhalten dem Kosmos anzugleichen.“ „Die große Aufgabe des kommenden Zeitalters wird es sein“, meint er im Schlußwort, „die Entheiligung der Natur rückgängig zu machen. Zwei Wege führen in die Zukunft. Entweder entschließen wir uns, das Leben auf dem Planeten zu manipulieren, eine neue Natur nach unserem Bilde zu erschaffen, oder wir können uns dazu entschließen, als Gleiche unter Gleichen am Reich des Lebendigen teilzuhaben.“ Solche Zugehörigkeit, neues Risiko, verlangt natürlich, Verzicht. Aber, das mag manchem und mancher einleuchten, „Wir gewinnen Unsterblichkeit durch unsere Opfer“.

1987 erschien, ebenfalls bei Rowohl in der Reihe „Transformation“, „Kritik der reinen Unvernunft — Rumpstiel eines Aetzers“ (3). Darin läßt Rifkin zur Bestform amerikanischer Fernsehprediger auf, was dazulande zum Know-how für öffentliche Wirksamkeit zu gehören scheint. Hiertzuende jedoch eher befremdet. „Wir müssen die Tugenden der des nuklearen und gentechnischen Weltbildes werden“, postuliert er, noch ganz in marxistischer Pose. Dann allerdings stellt ihm Gott doch näher als Marx, wenn er fortfährt, die Menschen hätten Gottes biblischen Auftrag seinerzeit und bisher falsch verstanden. „Als Gott von Herrschaft sprach, rief er uns auf zu verwalten und zu hegen. Der Herrger will erhalten, wiederherstellen und heilen. Heger streben nicht nach Macht über ihre Umgebung. Sie nehmen Anteil und pflegen. Sicherheit gewinnen sie nicht aus dem Gefühl, alles im Griff zu haben, sondern aus der Fürsorge, die sie anderen Lebewesen entgegenbringen.“ Erste Voraussetzung dafür sei „daß man die Heiligkeit des Lebens auf jeder Stufe des Daseins wiederherstellt.“ Und schließlich, „Was für ein glücklicher Tag wäre es, wenn unsere Generation ihre Absicht erklären würde, den Weg zurück zum Garten Eden mit einem neuen Auftrag versehen anzutreten“.

Im „Zeit“ (Nr. 14 88) wurde Rifkin kürzlich von einer US-Zeitung zu den 150 einflussreichsten Personen des Jahres gewählt. Gentechniker würden ihn, so vermutet der „Zeit“ Autor nach Gesprächen in der betreffenden Szene „wenn man sie fragte, zu den lästigsten Personen des Jahrzehnts zählen“.

Tatsache ist, Rifkin ist der erfolgreichste Aktivist der „New-Age-Zeitung“. Seine Kampagnen und Klageerhebungen haben verschiedentlich zu erheblichen Behinderungen der gentechnologischen Lobbys in den USA geführt. So gelang es ihm, die geplanten Freilandversuche mit gentechnisch manipulierten Fruchtzuchtbeeren über Jahre hinweg zu verzögern. So darf nach einer von ihm initiierten Klage ein Versuchslabor für die Erprobung von Impfstoffen gegen die BSE wegen deren Genehmigung für umstrittene Versuche mit dem AIDS-Virus, Stichwort AIDS-Mäuse. Er fordert einen sofortigen Stopp der Experimente und verschärfte Sicherheitsvorkehrungen, statt deren Abbau. Seine jüngste Aktion richtet sich gegen die Genehmigung und staatliche Finanzierung eines Forschungsprojekts zur vollständigen Entzifferung des menschlichen Erbgutes, das z. Z. in den USA mit Hinweis auf die japanische Konkurrenz als nationales Projekt gepusht wird.

Wie immer merkwürdig und antiklassisch einerseits Rifkins Visionen erscheinen mögen. Seine aktive, materiell-streikende Kritik, sein entschlossener ökologisch begründeter Pazifismus und Antimperialismus zum einen, seine fundamentalistische Wendung dieser Kritik zum anderen machen eine gründliche Auseinandersetzung mit ihm unumgänglich, wenn es um die Perspektiven der Gentechnologie und des Widerstandes dagegen geht.

## Anmerkungen

- (1) Ulfert Sachbuch Nr. 34288 12.80 DM in der USA erstmalig 1980 im Selbstverlag der Foundation on Economic Trends unter dem Titel „Entropy: A new World view“ erschienen.
- (2) Rowohl Paperback ca. 25,- DM in der USA erstmalig 1983 im Verlag The Young People New York unter dem Titel „Algenie der Schöpfung“.
- (3) Rowohl Transformation Nr. 880 8.80 DM Originalausgabe 1985 in Boston/USA unter dem Titel „Declaration of a Heretic“.
- (4) Siehe dazu die „Zeit“ 29.4.88, wo ausführlich über den Stand des Propaganda-Geschäfts und

# Wird im AK AIDS verharmlost?

Von h.B.-PraktikerInnen aus dem Bereich der AIDS-Therapie habe ich den Vorwurf gehört, im „ak“ werde die AIDS-Gefahr verharmlost. Es sei außerdem nicht erkennbar, was „ak-Standpunkt“ sei. Im übrigen müsse ich mich fragen lassen, warum ich so viel zum Thema schreibe, wenn es denn so unwichtig sei.

Die Fragen waren z.T. auch Gegenstand der Auseinandersetzung auf einer Veranstaltung, die die Buchhandlung „Gegenwind“ in Hamburg unter dem Thema „AIDS — kein Thema für Linke“ organisiert hatte.

F

Kommen wir gleich zur Sache. AIDS ist als Krankheit eine reale Gefahr — weil ansteckend, weil bisher zu hohem Prozent satz tödlich im Verlauf, weil unerforscht und bisher unheilbar. AIDS muß ernst genommen werden wie andere schwere oder unheilbare Krankheiten auch. Allerdings nicht mehr, denn im Vergleich zu anderen medizinischen, ganz zu schweigen von sozialen und politischen Gefahren, ist AIDS eine äußerst seltene Krankheit. Im April '88 waren nach offiziellen Angaben in der BRD 9006 Menschen an AIDS erkrankt (1), wohlgerichtet nach der bei AIDS üblichen kumulativen Zahlmethode vom ersten Auftreten der Krankheit Anfang 1982 bis heute. Nicht ganz die Hälfte der 9006 Erkrankten sind verstorben. Für die Infizierten wurde um die Jahresende 87/88 offiziell noch eine Zahl zwischen 30.000 und 120.000 angegeben.

Dies sind ohne Zweifel, besonders wenn man sich den Kranken und Sterbenden gegenübersteht, erschreckende Zahlen, wenn auch bzgl. der Infektionsrate nicht gerade exakt. Sie sind aber gering gegenüber 150.000 Herz- und Kreislaufleiden, 160.000 Krebsfällen, 20.000-30.000 Verkehrstoten, wunden städtischen Arbeitsunfällen, Drogenopfern und Alkoholleiden pro Jahr. Erinnert sei auch an einen schon früher im AK gegebenen Vergleich: Seit dem ersten Auftreten von AIDS bis zum 30.4.88 starben 248 Menschen an AIDS, im gleichen Zeitraum aber 5.500 an Tuberkulose! International ist es nicht anders. Den weltweit 80.000 AIDS-Fällen (1) stehen Hunderttausende an Opfern und z.T. auch an Verletzten durch Verkehrsunfälle, Drogenopfern, Arbeitsunfällen, Krebsfällen usw. gegenüber. Die Veropferung der Infektionen verlagerte sich jedoch bereits ab 1986 deutlich erkennbar. Mit uns diese Aufrechter zu werden, aber es mag doch nützlich sein, sich an Hand dieser Vergleichszahlen einmal zu vergegenwärtigen, wie gering die allgemeine statistische Wahrscheinlichkeit ist, ausgehend von AIDS zu sterben. (2)

Kommt uns Besonderen hinzu, daß 1. Statistik des Bundesgesundheitsamtes (dem mensch angesichts ihres Moros „AIDS geht alle an“ gewiß keine Verharmlosung der Allgemeingefahr nachsagen kann) vom Januar 1988 94,6% aller in der BRD seit '82 gemeldeten Fälle sich auf die sog. Risikogruppen der Homosexuellen, Fixer, Bluter und deren PartnerInnen konzentrierten. Weitere 0,8% der Erkrankten sind Kinder. Lediglich für die restlichen 4,6% ist eine „Zuordnung zu bestimmten sozialen Gruppen nicht möglich“. D.h. im Klartext: In der Allgemeinbevölkerung gibt es 92 Erkrankte pro 100.000 pro Jahr. Das sind bei angenommenen 10 Millionen EinwohnerInnen der BRD ca. 0,0002% der Bevölkerung. (3) Ein minimales Risiko für Otto und Lise Normalverbraucher im Vergleich zu der Wahrscheinlichkeit, vor der Hauswand Auto überfahren zu werden. Wirklich betroffen dagegen sind Menschen der sog. Risikogruppen, deren Risiko unvergleichlich höher liegt und deren Gefährdung eine echte persönliche, nicht nur eine potentielle statistische ist. Niemand unter den Homosexuellen der nicht homosexuellen einen kranken, verstorbenen zu mindest einen infizierten Freund oder Bekannten hatte. Nicht katastrophal die Situation in der Drogenzone.

Für die Bluter ist zumindest die Gefahr der Neuansteckungen jetzt gebannt. Für diese sozialen Gruppen ist AIDS tatsächlich die medizinische und soziale Katastrophe Nr. 1. Da gibt es nichts zu relativieren! Es grenzt aber an Dummheiten, wenn es nicht Bewilligkeit ist, das Risiko dieser Gruppen auf die Allgemeinbevölkerung hochzurechnen oder schlicht auf andere Gruppen zu übertragen wie etwa auf die Prostituierten. Das nutzt weder den betroffenen Gruppen, noch der Allgemeinheit. Im Gegenteil. Es lenkt zum einen von der katastrophalen Situation der betroffenen Gruppen ab und führt in seiner diffusen Verallgemeinerung zur generellen allgegenwärtigen Gefahr zugleich zu unfaßbaren und nicht behandelbaren Hysterien, die sich in AIDS-Phobien, in psychischen und sozialen Ausgrenzungsvorgängen niederschlagen. Demoskopische Untersuchungen bestätigen inzwischen den Erfahrungssatz kritischer Epidemiologen: Je unspezifischer die Risikoaufklärung, umso geringer die Wahrscheinlichkeit konkreter Vorsorge. Was der Vorsorge dienen soll, verfehlt sich angesichts der propagierten Allgegenwart der Gefahr um konkreten in Sorglosigkeit. Was bleibt, ist die Angst. Das ist für die Bekämpfung der Krankheit wahrlich kontraproduktiv für ordnungspolitische Zielsetzungen dagegen optimal. (4)

Ungeachtet aller statistischen Relationen sind Forderungen nach Aufklärung nach besserer sozialer und medizinischer Betreuung der Infizierten, nach effektiver Therapie für die Kranken, mehr Mitleid und Trauer für die Sterbenden einleuchtend wichtiger Hilfe. Die Kritik der in der täglichen Not stehenden HelferInnen, daß zu wenig geschieht, ist nur legitim.

Statt allgemeines diffuser Angstmacherei allerdings wäre eine differenzierte, einschränkende und zielorientierte Aufklärung über Ursachen, Vererbung und Folgen der Krankheit notwendig. Die Aufklärung sollte selbstbestimmtes Handeln und Risikoeinschätzung, bzw. — solange keine Heilung möglich ist — auch Risikobewertung ermöglichen. Besonders die Jugendlichen als die unter allen gesellschaftlichen Gruppen noch am allerwenigsten überhaupt von Infektionsbedrohungen waren von jeder Art Gleichgültigkeit-Aufklärung zu schützen. Jugendliche brauchen, wenn schon, dann Sexualkunde, um ihre Sexualität zu entfalten, nicht AIDS-Furchoschierung.

Nebenbei wäre zu wünschen eine Fortsetzung der Information der Infizierten Kranken und Sterbenden über die gegenwärtige Situation.

Nebenbei wäre ein aktiveres Eintreten für eine Konzentration der AIDS-Forschung auf Gewinnung therapeutischer Mittel und Herstellung eines Impfstoffes, statt der Vergewand der Gelder für sinnlose und krankmachende Tests. (5)

Das alles bedeutet AIDS dürfte kein Thema der Politik sein, schon gar nicht Gegenstand staatlicher Präventionsanstalten, sondern der Medizin. Der Bulle als Arzt ist eine Perversion des Sozialstaats. Zum Gegenstand linker Politik wird AIDS erst und nur soweit dann allerdings entschieden, als es für ordnungspolitische Zwecke funktionalisiert und mißbraucht wird und zudem noch auf Kosten der medizinischen Bewältigung, wie die grassierende AIDS-Phobie unter den Gewunden, die soziale Ausgrenzung der Kranken und die Kriminalisierung der „AIDS-Desperados“ zeigen. Die politische Funktionalisierung von AIDS muß inwieweit mit zu den drei Faktoren dieser Krankheit gerechnet werden.

Unter diesen Umständen reicht es nicht, die Medizin den Medizinern zu überlassen. Es reicht aber auch noch nicht, wenn Linke sich zur Schadensbegrenzung der bürgerlichen AIDS-Politik so alternativer Sozialtherapie abzupapeln sondern es muß darüberhinaus die politische Auseinandersetzung gegen die Funktionalisierung der Krankheit, für die zielorientierte und differenzierte Eingrenzung der AIDS-Vorsorge und Behandlung auf die medizinischen Notwendigkeiten offensiv aufgenommen werden. Kampf gegen AIDS muß Kampf gegen das Virus sein, nicht gegen Menschen. In der Auseinandersetzung mit der herrschenden AIDS-Politik muß er sein.



wendig zum Kampf um Erhaltung der Selbstbestimmung, statt Unterwerfung unter staatlichen Normierungsdruck werden.

Eine Eingrenzung der Krankheit wird nur möglich sein, wenn ihre politische Funktionalisierung zurückgekehrt werden kann. Es entsteht, überspitzt formuliert, das Paradoxon, daß AIDS, genauer der Umgang mit AIDS, auch von den KritikerInnen der staatlichen AIDS-Kampagne politisiert werden muß, um es zu entpolitisieren. Ich zu entpolitisieren, zu versachlichen, auf die medizinische Eingrenzung zu konzentrieren. Nur so kann den Kranken vielleicht geholfen, nur so den Gewunden eine Perspektive gegen die Folgen der Krankheit gegeben werden. Schon gar nicht kann es Sache der Linken sein, ihre eigene effektiveren Präventionsmaßnahme zu entwerfen, statt dem Ruf nach mehr Staat entgegenzutreten.

Ohne den realen Schrecken der Krankheit zu leugnen, im Gegenteil, gerade um ihn zu überwinden, bedeutet das, den diversen Hochrechnungs-Hysterien und der Angstkampagne mit Tatsachen entgegenzutreten, statt die Zahlenspiele der HysterikerInnen aller Couleur kritisch zu verbreiten, bzw. deren Verbreitung kritisch zuzuschauen. Es bedeutet, den Mut zur Relativierung der Angstkampagne aufzubringen, ohne deswegen von den konkreten Leiden zu abstrahieren. Es bedeutet, der Diskriminierung der sog. Risikogruppen entgegenzutreten, ohne die für den Unmut der angeblich gleichen Behandlung aller Menschen zu verbreiten. Es bedeutet, dem Ruf nach den Staat in der Verteidigung der Eigenverantwortung auch in den Grenzfällen der sog. AIDS-Desperados entgegenzutreten. Es bedeutet, dem Testgeschäft entgegenzutreten, solange kein Heilmittel in Sicht ist. Es bedeutet, sich für konkrete Unterstützung der Betroffenen einzusetzen, ohne selbst in der Therapie unterzugehen. Es bedeutet, sich für eine Erforschung der möglichen gesellschaftlichen Ursachen von AIDS einzusetzen, statt die Individuen einzeln für die Reparatur des Schadens verantwortlich zu machen. Es bedeutet, verkörperte Liberalität einzuklagen, statt auch dem Normierungsdruck der präventiven Sicherheitsstaatslogik unterzuordnen oder sich gar selbst mit dem Argument des „kleineren Übels“ durch einen sanfteren Präventionsprogramm zu begnügen.

Es bedeutet, sich selbst an den Angebot der Angstverschiebung und Schuldzuweisungen zu beteiligen. AIDS ist ja auch für die Linke eine Metapher für unbewältigte Ängste vor Krankheiten, für politische und kulturelle Frustrationen, aber nicht eingelöste Ansprüche der eigenen Geschichte und für politische Bedrohungen. Aus der reaktionären Ecke hört man das Wort von AIDS als „Geißel Gottes“, als „Rache der Natur“ als „Preis für die sexuelle Befreiung“ und dergl. Aber auch manche Linke benutzt AIDS, um damit von ihren oder seinen wirklichen (oder eingebildeten) Jugendsünden der „wilden 60er“ abzurücken. Mann und Frau hat es ja wirklich doch etwas zu toll getrieben, damals? Manch einer manchem mag AIDS auch gerade recht kommen, den schon längst vollzogenen Kosmos vor der bürgerlichen Moral legitimieren zu können. AIDS als Chance zur neuen Anpassung!

Schließlich ist AIDS, das wird zunehmend deutlich, als Einfallstor für die Entwicklung einer gentechnologisch bestimmten Zukunft nicht nur Metapher sondern auch Übungsfeld für denkbare biologische Katastrophen und deren sicherheitsstaatliche und eugenische Regulierung in größeren Dimensionen. Über AIDS diskutieren, muß für die Linke über das schon Gesagte hinaus auch bedeuten: Über die eigenen Zukunftslängs über die eigene Utopie, d.h. über die gesellschaftliche Wirklichkeit hier und jetzt zu diskutieren.

Die Frage, warum ich so viel über AIDS schreibe, ist damit eigentlich be-

Fortsetzung nächste Seite

## Anzeige



ANSCHLAG ist ein 7-fach illustriertes Magazin für die Linke. Es enthält eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung und der Sozialdemokratie. Es ist ein Magazin für die Linke, das die Interessen der Arbeiterklasse und der Jugend vertritt. Es ist ein Magazin für die Linke, das die Interessen der Arbeiterklasse und der Jugend vertritt. Es ist ein Magazin für die Linke, das die Interessen der Arbeiterklasse und der Jugend vertritt.



Fortsetzung von vorheriger Seite

antwortet. Aus gegebenem Anlaß sei aber ergänzt: Ja, selbstverständlich habe ich Angst vor AIDS. Wo läge der Sinn, das zu leugnen? Nicht weniger, allerdings auch nicht mehr als etwa vor Krebs. Vor einem tödlichen Autounfall, vor Folter und Verstümmelung oder ähnlichem. Als sexuell übertragbare Krankheit rückt AIDS nur näher ins Bewußtsein, weil und insoweit sie Bestandteil meines Alltags ist. Selbstverständlich informiere ich mich, wo ich mich vorsehen müßte. Das muß jeder konkret nach den konkreten Lebensumständen und -gewohnheiten entscheiden. Aufklärung soll dafür Entscheidungshilfe leisten. Wer riskant lebt, muß mehr aufpassen, oder das Risiko in Kauf nehmen. Aber ich weigere mich, mit meiner Entscheidungsfreiheit nehmen zu lassen. Ich weigere mich, mich in unnötige „Verhaltensänderungen“ pressen zu lassen. Ich weigere mich, Eingangsuntersuchung und AIDS-Warnung zu einem ekigen Synonym von Lebensveränderung und Todesstrafe umzuformen zu lassen. Im Leben ist absolute Sicherheit erstens nicht möglich. Außerdem ist Sicherheit keineswegs alles. Und größer als meine Angst vor der Krankheit ist die Angst vor den gesellschaftlichen Folgen des Umgangs mit ihr. Einschränkung der sexuellen Selbstbestimmung, spürbar bis in den linken Freundeskreis, wiedererstarkende Mechanismen staatlicher Kontrolle und Selektion, demagogische Aufladung des Massenbewußtseins mit eugenischen Vorstellungen von Volksgesundheit und — besonders erschreckend — die Blauaugigkeit, um nicht zu sagen Dummheit, mit der sich viele Linke, offenbar als Wiederputzmaschine für libertäre Jugendträume und deren befruchtete intellektuelle Folgen in der Verantwortung für diese staatliche Re-Normierung der Volksgesundheit und Völkermoral ziehen lassen. Ich gestehe, diese Entwicklung bedrängt mich und was das Herz voll ist, des quillt die Zeitung über! Eher als zu viel, fürchte ich, wird der Umgang mit AIDS auch im AK — zu wenig verhärtet.

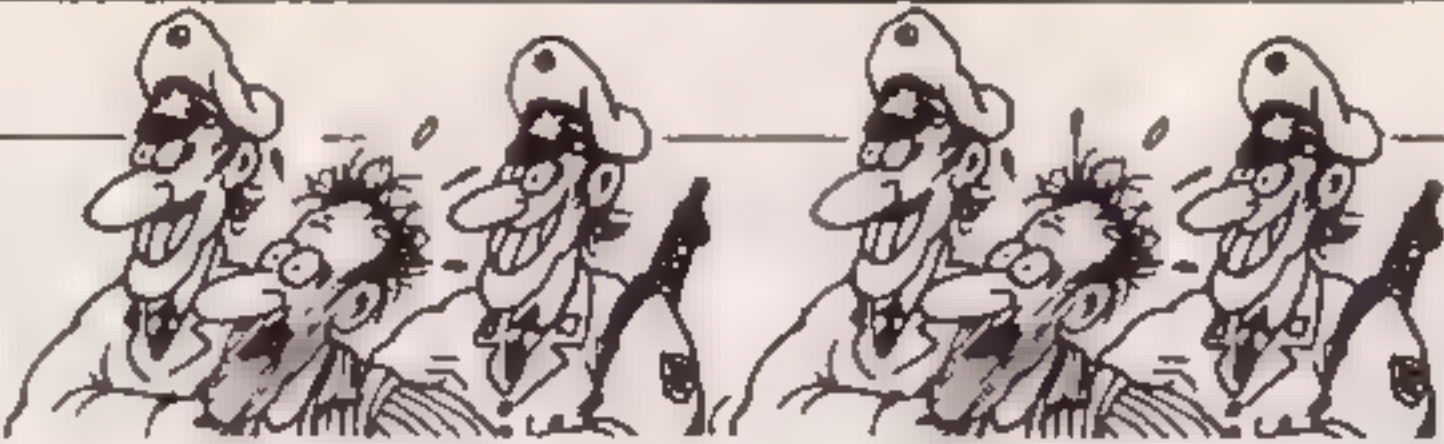
**PS.**  
Der Presse vom 25.5.88, wo die Geschichte einer Bürgerinitiative aus dem Hübnerdortier Nobelviertel zu entnehmen die ihr Naherholungsgebiet gefährdet nicht fundiert. In einer Villa am Gräfenberger See soll mit Sülmuthschem Segen ein AIDS-Pilotprojekt gestartet werden. In der Villa sollen nach Vorstellungen der deutschen Kinder AIDS-Hilfe zehn AIDS-kranke Kinder zusammen in ihre Elternhäuser zurückgeführt werden. Ein solches Vorhaben ist von Ärzten und Juristen als unzulässig und strafbar eingestuft. Die Unterschriften der Initiative drängen auf einer Veranstaltung was zu hören. Warum sollen die AIDS-Kranken es denn so schrecklich haben, die sind doch selbst drin schmal? Zweck der Initiative ist zum Saugzug, das Naherholungsgebiet Gräfenberger Wald vor Beeinträchtigungen zu schützen — AIDS als ökologisches Problem!

Frau Sülmuth rief am selben Tag zur Solidarität mit AIDS-kranken Kindern auf. Diffuse Ängste und Ängste nach In-

formationen über AIDS. Frau Sülmuth rief am selben Tag zur Solidarität mit AIDS-kranken Kindern auf. Diffuse Ängste und Ängste nach In-

Anmerkungen

- (1) U. Statistik der Weltgesundheitsorganisation (WHO), zitiert nach „FR“ 2.5.88
- (2) Fakten, Statistiken und Hochrechnungskurven finden sich im Detail in AK 254 AIDS — in AK 260. Gegen die schriftliche Kondemnation von Staat und Gesellschaft — in AK 269. Der heutige Kenntnisstand — aus dem Memorandum der Deutschen AIDS-Hilfe (Leipzig) an AK mitgeteilter Stand für die BRD in AK 291. Linke zu AIDS und für die internationale Entwicklung in AK 294. Die AIDS Spur
- (3) Aus der Januar Statistik 88 des Bundesgesundheitsamtes (Nach AIDS-Informationen, Nr. 29) hatte ich in AK 291. Linke zu AIDS als unpräzises Allgemeinspektrum 0.00015% errechnet
- (4) Siehe dazu insbesondere Fakten und Analysen der Hochrechnungsakrobazie in AK 299. „Hochrechnungen, Stammbaum-Analysen“, Höhenrutsch vom Konjunkturalismus zum Indizium
- (5) Details zur Testproblematik finden sich u.a. in Interviews in AK 281. Frank Rühmann: „AIDS: Stigmatisierung des Umgegriffenen“ und Hamburger AIDS-Beratungsstelle, „Paß auf! Ich bin auch nicht betroffen!“
- Ausführlicher zum Thema außerdem u.a. in — Frank Rühmann, „AIDS — eine Krankheit und ihre Folgen“ edition Quinran, 1985 — Rolf Rosenbrock, „AIDS kann schneller besiegt werden“ VSA 1986 — „AIDS als Risiko“ Sammelband hrsg. von Volkmar Sigusch, konzept Literatur Verlag, 1987



## „Den Rest überlaßt den Jungs von der Polente“

Polizeipsychologen werben für „Demos ohne Zoff“

Berlins Polizei vergriff sich an Rosa Luxemburg. Unter der Überschrift „Demo ohne Zoff ist großartig — alles andere ist Quark“ prangten vor dem diesjährigen 1. Mai an 150 Luftschläuchen in Kreuzberg und Neukölln Aufrufe der Polizeiführung für „Toleranz statt Anspannung“ und „Akzeptanz statt Mithras“. Der Slogan verhöhnte die 1. Mai-Flugblätter linker Gruppen, die mit dem Luxemburg-Zitat „Die Revolution ist großartig — alles andere ist Quark“ zur Demonstration im März aufgerufen hatten. Zum Zoff kam es tatsächlich. Die Crash-Combo „Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training“ (EBLT) zog eine breite Blutspur durch Kreuzberg-Straßen, auf der Strecke blieben neben mehreren Dutzend Musikern und AnwohnerInnen auch drei hohe Polizeifoffiziere.

Dumme Sprüche nicht nur in Berlin. Seit einigen Jahren versuchen Polizeipsychologen, mit Flugblättern und Plakaten, Buttons und Bannern Demonstrationen in friedliche Bahnen zu lenken. „Stell Dir vor, es ist DEMO und die Polizei geht nicht hin“ hieß es im März diesen Jahres auf Handzetteln heusscher Polizeipsychologen, die bei der NUKEM-ALKI-M-Demonstration in Hanau verteilt wurden. „IRRF: WAS? Aber wagt mal, was geht dann ab? Ein Haufen Demovollgier und ein paar Choten — hark, auch ist die Randale da!“, prophezeite das Papier in vermeintlich lockerer Sprechweise. „Die Stimmung wird dünn! Das Anliegen der Demo geht den Bach runter! Und die große Solidarisierung bleibt aus, weil’s den kleinen Mann nur verschreckt!“ Das Angebot zum Schulterschluß lautete — im Polizeijargon sonst „Entmischung“ genannt — „DIEHALB, LEUTE EAS“ einen anständigen Abstand zwischen den aggressiven Typen und uns hergestellt den Rest überlaßt den Jungs von der Polente. Also: Laßt uns keine DEMO machen — die Sache ist ernst genug!“

Ernst meinen es die Polizeipsychologen bei den Länderpolizeien und der Polizeiführungsakademie (PFA) allerdings. Und in der Regel nicht die Spur so zwanghaft witzig wie in Hanau. Da versuchen vor allem bayerische Beamte, unter dem Signet „Gewalt — Nein Danke!“ ihr rumpoliertes Image aufzuheben. Rund um den Wackerdortier Bauzaun verteilten sie gelegentlich Bonbons („Frieden in aller Munde“) und Buttons und Bannern auch politisches Dilemma zu kurz zu kommen. Um den Wackerdortier Bauzaun verteilten sie gelegentlich Bonbons („Frieden in aller Munde“) und Buttons und Bannern auch politisches Dilemma zu kurz zu kommen. Um den Wackerdortier Bauzaun verteilten sie gelegentlich Bonbons („Frieden in aller Munde“) und Buttons und Bannern auch politisches Dilemma zu kurz zu kommen.

Der ungewöhnliche Burgerservice — häufig verbunden mit Hinweisen auf günstig gelegene Parkplätze oder mit Informationen für die Anwohner von Demonstrationen, daß mal „Behinderungen leider zu rechnen“ sei — hat durch die Bank ein klares Ziel. „Distanzieren Sie sich bitte von Anfang an von Leuten, bei denen Sie den Eindruck haben, daß sie nicht gegen die Errichtung der WAA demonstrieren, sondern schlichtweg Krawall machen wollen. Ein sicheres Erkennungszeichen ist nach unserer Erkenntnis z.B. das vermehrte Auftreten“, hieß es im Oktober 1985 in einem Münchner Polizeiauftrag. Und immer wieder überläßt Angebots, so wie in Berlin: „GEMEINSAM können wir Gewaltfreiheit erreichen. Wir, Ihre Polizei.“

Die Erfahrungen der Psychologie macht sich die deutsche Polizei seit über 60 Jahren zu Nutze. In den ersten Jahrzehnten diente die junge Wissenschaft dazu, „Testverfahren für die Auswahl und Karriereberatung“ der Beamten zu entwickeln, resümierte 1976 Wolfgang Salewski, der später als Psychologe den Magdus-Krisenstab der Bundesregierung beriet (DIE POLIZEI, 6/76). Veranzelt wurden seit 1928 auch Polizeihauptleute pädagogisch-psychologisch geschult.

Der erste große Durchbruch fand 1964 in München statt, wo der damalige Polizeipräsident Manfred Schreiber nach dem wilden Knüppelieren seiner Beamten bei den „Schwabinger Krawallen“ einen hauptamtlichen Psychologen einsetzte. Das Beispiel machte Schule: 1976 arbeiteten bereits zehn Psychologen und Soziologen in sozialwissenschaftlichen Diensten der Polizei. Heute dürfen es mindestens 30 Sozialwissenschaftler sein, die in Länderpolizeien und bei der PFA ihre Disziplin nach innen und außen vertreten.

Flugblattverteilende Polizisten sahen Demonstrationen erstmals in den Blättern der APO. Es sollte „verleuchtet werden, daß bei der Polizei Verständnis für den Anlaß berechtigter Demonstrationen besteht“, erläuterte 1973 ein Artikel in der GdP-Zeitung „Deutsche Polizei“ (11/73). Flugblattaktionen hatten sich „als ein wirksames Mittel zur Bewährung“ auch wenn „Demonstrationsgruppen, die die Kommunikation mit der Polizei bewußt suchen“ nicht erreicht werden konnten. „Kradfahrer der Polizei, die angeblich auch um sich herum herumgeschrien“ wurden, verteilten die in hohen Auflagen gedruckten Zettel. Schon damals ging es darum, dem Bild vom „stinken Bullen“ entgegenzuwirken. Und auch das Ziel war klar: „Aufbau und Motivation zu friedlichem Verhalten“.

Dazu bedurfte es einschlagiger Sprachkurse. Klare Sätze statt verquastem Beamtendeutsch waren gefordert. Und die Wortwahl mußte stimmen, um die Zielgruppe überhaupt ansprechen zu können. Statt „Hinterland“ sollte es „Grenzgebiete“ heißen, statt „Unterdrückung“ zeitgemäß „Repression“ statt „Paß“ ganz neutral „Anliegen“. Und die studentischen „Geistlichen“ sollten bei Demonstrationen besser als „Teilnehmer“ angesprochen werden. Zu Höchstformen politischer Sprachgestaltung lief 1971 der Hamburger Polizeipsychologe Siegfried M. Hornthal in der Schrift „Psychologische Beeinflussungsmöglichkeiten bei Ansprachen um Sicherheit und Ordnungsdienst“ auf „Menschenansammlungen mit den Motiven Angst und Begeisterung“ mühten „erst genommen werden“, um keine „Oppositionshaltung“ zu erzeugen. „Beispiele Nicht-Mitgehen (zum Teil) drängen Sie denn so? Der Papst ist doch auch nur ein Mensch. Sondern, Sie nehmen Sie aufeinander Rücksicht je der von uns möchte den Papst sehen.“

Aber erst mit den Massenbewegungen der achtziger Jahre schlug für die Polizeipsychologen das große Stunde. An die Spitze der Zunft setzte sich der Zentrale Polizeipsychologische Dienst in Bayern. Bereits im Sommer 1985, als im Tauboldner Forst doch tiefster Frieden herrschte und kein einziger Baum für die WAA gefallen war, ließ die akademische Dienststelle im bayerischen Innenministerium Flugblattentwürfe kursieren mit Titeln wie „Polizist sein in Wackerdort“ oder „Zaubersprüche in Wackerdort“. Schemen quälte eine Flut von Flugblättern aus den Federn der Sozialwissenschaftler mal an die Bürger der Oberpfalz gerichtet, deren Widerstand sich entschlossener als erwartet entwickelt hatte, mal direkt für die Autonomen geschrieben, die einmal darüber nachdenken sollten, warum sich „Angehörige des Ku-Klux-Klan“, „Bankräuber“ und gewisse Demonstrationen gleichermäßen vermehren. Die Antwort an die als geradezu treibhafti erkannte Hasenbeträger lautete: „Mit der Maskierung verringern sich einerseits Hemmungen und andererseits das Risiko, erkannt zu werden.“ Und immer wieder der Slogan „Gewalt? Nein Danke!“ — auch als rangum die beheimateten Kollegen mit Wasserwerfern, Kampfgasgasen



Stell Dir vor, es ist DEMO und die POLIZEI geht nicht hin!

und Schlagstockeinsatz das genaue Gegenteil in Szene setzten.

Frankfurter Autonome parodierten daraufhin 1986 die Polizeipsychologischen Friedenssätze „Bedenken Sie. Die Bullen haben die gesetzliche Verpflichtung, Ihnen den Schuß einzuschlagen. Des halb tragen Sie dazu bei, daß sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen können.“ Zudem begrüßten wir Ihre Absicht, gegen die Annahme zu demonstrieren und wünschen uns, daß wir gemeinsam in einem gemeinsamen Verlauf weitergehen. Last der unsere Demonstrationen wird in Hanau verteilten Satire: „Neu und können wir nicht mehr sein, wenn wir mit ihrem Verhalten immer geltendes Recht achten. Dann müssen wir — so lautet unser Auftrag — tätig werden. Das heißt, wenn die Autonomen ein Ziel setzen, dann müssen wir — so lautet unser Auftrag — tätig werden. Das heißt, wenn die Autonomen einschreiten, dann richtet sich das nicht gegen Sie als Demonstrationsleiter, sondern gegen Bullen, die parkende Autos beschlagnahmen, Autonome angreifen, im Schutz der Dunkelheit bösartige Taten begehen und gegen direkten Personenschutz werden wir konsequent vorgehen, sobald sich Ausbreitungen anbahnen.“

Eine vor kurzem erschienene Dokumentation, herausgegeben von elf Bürgerinitiativen und linken Gruppen, bewertet die „neue Waffengattung Psychobullen“ kurz und bündig als Teil einer „gut durchdachten Arbeitsleistung“ zum Zwecke der „Differenzierung des Gewaltapparates“. „Die einen propagieren die neue Friedlichkeit und die Anderen haben alle zusammen, die auf diesen Leim nicht gehen wollen.“ Letztlich gehe es nur darum, „aufkommende Unruhe möglichst schon im Ansatz zu besänftigen bzw. zu ersticken, Druck von unten in ungefährliche Bahnen zu lenken und dafür zu sorgen, daß der Staat selbst und seine Herrschaftsinstrumente als „neutral“ angesehen werden, daß aller Protest bloß nicht am System kratzt.“ Flugblätter und „weiche“ Einsatzkonzepte seien lediglich eine bündelnde Version der Herrschaftssicherung, eine Art „psychologische Kriegsführung“, wie es Bayerns Sicherheitsanwarter Peter Gauweiler einmal formulierte. Und wenn diese Form von „Counterinsurgency“ keinen Erfolg zeige, dann käme es ohnehin zum „klassischen Hau-drauf, ganz ohne Psychologie“.

Diese Einsicht scheinen sich auch Bayerns Polizeipsychologen zu eigen gemacht zu haben. Nach den wässrigen Schlägeren der Berliner Sturmtruppe EBLT am WAA-Bauzaun im vergangenen Herbst legten die Psychoexperten erst einmal eine Denkpause ein. Dem SPIEGEL (21/88) vertrauten sie an, warum die „Übereinstimmung von Wort und

Tat“ war selbst ihrer Meinung nach nicht mehr zu erkennen.

Ende Mitte Mai gingen die Psychobullen wieder an die Öffentlichkeit. Ihr Chef, Dipl. Psych. Hansjörg Trum, Oberregierungsrat im Bayerischen Innenministerium und eine der grauen Eminenzen seines Gewerbes, legte sich persönlich zu einem Seminar der Akademie Tutzing über die weitere Entwicklung in der Oberpfalz. Imposant mehrheitlich Beschlüsse der Bürgerinitiativen nahmen auch einige prominente WAA-Gegner an dem „Friedensseminar“ teil.

N. Bräunle, Redaktion Straßennormen

Literatur: „Präventive Konterrevolution“ — Polizeipsychologen in der BRD (Dokumentation) Hrsg. AKU Wiesbaden, ASTA Uni Bremen, BSA Bremen, FGI Demokratie und Recht (LAL Hamburg), Infoburo Frises Wackerland, KB Oberpfalz Zentrum, Film, Radiaktiv, Straßennormen, Slanbahn, B. Mörlowen-Walldorf, Schwarzmilch (Hbg., 84 Seiten DM 5,-. Werbe über die Herausgeber oder Straßennormen (Mailingblatt der Sanitätsgruppen) ab BUU — BI Umweltrecht, Unterpfalz, Hohenesack 63, 2000 Hamburg 50.

Literatur: „Präventive Konterrevolution“ — Polizeipsychologen in der BRD (Dokumentation) Hrsg. AKU Wiesbaden, ASTA Uni Bremen, BSA Bremen, FGI Demokratie und Recht (LAL Hamburg), Infoburo Frises Wackerland, KB Oberpfalz Zentrum, Film, Radiaktiv, Straßennormen, Slanbahn, B. Mörlowen-Walldorf, Schwarzmilch (Hbg., 84 Seiten DM 5,-. Werbe über die Herausgeber oder Straßennormen (Mailingblatt der Sanitätsgruppen) ab BUU — BI Umweltrecht, Unterpfalz, Hohenesack 63, 2000 Hamburg 50.

Anzeige

## Präventive Konterrevolution

### Polizeipsychologen in der BRD

— Dokumentation —

64 Seiten, 5,- DM

Herausgeber AKU-Wiesbaden, ASTA Uni Bremen, Bremer BIs gegen Atomkraft, BI gegen die Flughafenverlängerung (Mörleiden), Fachgruppe Demokratie und Recht (GAL-Hamburg), Infoburo Frises Wackerland (Allenschwand), Kommunistischer Bund, Libertäres Zentrum Frankfurt, Radiaktiv (Nürnberg), Schwarzmilch (Hamburg), Straßennormen (Hamburg).

HSV, Lindenallee 4, 2 Hamburg 20 und die anderen Herausgeber



# Kampf der Klerikalisierung von Staat, Gesellschaft und den GRÜNEN

Wahrlich, wir sagen euch: Selten hat ein Satz, Richtigeres formuliert als derjenige, daß die Kritik der Religion die Voraussetzung aller Kritik ist. Daran und an den Verfasser dieses Satzes, Marx, erinnert eine Zuschrift, die den AK aus dem Badischen erreichte, um den Abdruck eines Antrags „Trennung von Staat und Kirche“ vorzuschlagen, was hiermit geschieht.

Jürgen Rastadt beklagt die stoische Ruhe, mit der die Linke im Allgemeinen — Ausnahmen bestätigen die Regel — die Klerikalisierung dieses Landes hinnehme. In diesem Kontext sei auch das jüngst erschienene Buch „Die Grünen und die Religion“ (Athenaum) zu bewerten, in welchem Alt- und Neumystiker die Aussöhnung der Alternativpartei mit den Großkirchen auf neue Höhen treiben. Dem modischen Te-Deum-sound der Kelly, Nickels, Quistorp, Flinner, Vollmer, Zeißler — Joschka Fischer nicht zu vergessen, der den grünen Canossagang zu den Katholiken anführte — massiv zu widersprechen, ist der Sinn des Antrags, der vom Kreisverband Rastadt/Baden-Baden der Partei erarbeitet und schon der baden-württembergischen Landesdelegiertenversammlung im Oktober 1987 in Sasbachwalden vorgelegt worden war. Nachdem eine Entscheidung dort verweigert wurde, liegt er der Versammlung jetzt wieder vor. Allerdings haben die „Grünen Blätter“, das Organ des Landesverbandes, einen Abdruck verweigert, und der Landesvorstand unternahm sogar den — erfolglosen — Versuch, die Antragsteller von ihrem Ansinnen abzubringen. So konkret kann der Zeigeist werden. Der Kreisverband erhofft sich nicht nur eine Mehrheit unter den baden-württembergischen Parteifreunden, sondern auch, „daß der Antrag eine dringend notwendige Debatte um die Perspektive des antiklerikalen Kampfes bis weit in das Lager der Linken hinein auslöst“.

Ethikunterricht als Ersatzunterricht an öffentlichen Schulen.

Der im Grundgesetz (Art. 7, Abs. 3) vorgesehene Religionsunterricht, der „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft erteilt“ wird und „den ethischen Lehren“ ist, verpflichtet den Staat direkt zur Übernahme der kirchlichen Aufgabe der Glaubensunterweisung und macht den Steuerzahler insofern zwangsweise zum kirchlichen Finanzier, als Ausbildung und Unterhalt der Religionslehrer sowie alle anderen Kosten dieses Unterrichts aus öffentlichen Mitteln besessen werden müssen. Die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates verbietet aber zwingend eine staatlich verordnete konfessionelle Erziehung. Religionsunterricht als Glaubensunterweisung fällt ausschließlich in den Kompetenzbereich der Religionsgesellschaften. Die Verpflichtung, bei Nichtteilnahme am Religionsunterricht das Ersatzfach „Ethik“ besuchen zu müssen, ist als verfassungswidrige Konstruktion sofort zu beseitigen. Es gibt keine Religionspflicht und somit auch keine Pflicht, einen Ersatzunterricht zu besuchen. (Andernfalls — so steht zu befürchten — wird irgendwann noch eine Ersatzsteuer für diejenigen eingeführt, die als konfessionslos nicht kirchensteuerpflichtig sind.) Solange der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen noch nicht abgeschafft ist, sind sämtliche Vorschriften (z.B. Art. 130, Abs. 3 des Grundgesetzes von Baden-Württemberg und die diesbezüglichen Verwaltungsvorschriften vom 31.3.1983), die die Abmeldung vom Religionsunterricht nur aus Glaubens- und Gewissensgründen und nur zu Beginn eines Schulhalbjahres zulassen, unverzüglich zu streichen. Sie verstößen im übrigen allesamt gegen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

Nach dem Reichskonkordat von 1933 zwischen dem Vatikan und Nazi-Deutschland, das immer noch völkerrechtliche Geltung besitzt, und dem Militärseelsorgevertrag von 1957 sind die Militärgeistlichen Staatsbeamte und werden vom Staat bezahlt, dem der organisatorische Aufbau der Militärseelsorge obliegt und der auch die gesamten Kosten trägt. Insofern, und im Gegensatz zu Art. 141 WRV, der lediglich bestimmt, daß die Religionsgesellschaften im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen öffentlichen Anstalten „zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen“ sind, ist eine kirchliche Aufgabe direkt zu einer staatlichen gemacht worden. Das aber verstößt eindeutig gegen das Verbot jeder institutionellen Verbindung von Staat und Kirche (Art. 137, Abs. 1 WRV: „Es besteht keine Staatskirche“) und ist ebenso verfassungswidrig wie die staatlich organisierte Seelsorge in Bundesgrenzschutz, Polizei und Justizvollzug.

Langenacht unserer friedenspolitischen Forderungen muß auch die Befreiung bzw. Rückstellung von Militär- und Zivildienst, die Geistlichen und Theologiestudenten unter Mithaftung des Gleichheitsgrundsatzes gewährt wird, beseitigt werden.

Abkündigung aller auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtsstiteln beruhenden Staatsleistungen gemäß Art. 138, Abs. 1 WRV. Die unter diese Rubrik fallenden Staatsleistungen — weder der Art noch der Höhe nach präzise erfassbar (Schätzung 1969/70: 250 Millionen DM, dynamisiert) — gehen zum Teil bis auf die Reformationszeit zurück, in der Hauptsache beruhen sie aber auf der Säkularisierung zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Seit der Weimarer Republik (mit Art. 138, Abs. 1 WRV der

der zweitgrößte Arbeitgeber der Bundesrepublik, sind als Tendenzbetriebe nicht nur vom Personalvertretungsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsgesetz ausgenommen, sondern haben nach einem 1985 vom Bundesverfassungsgericht erstrittenen Urteil auch das Recht, ihren Mitarbeitern bei Verstößen gegen die Loyalitätspflicht (z.B. Kirchenaustritt, Scheidung, wilde Ehe, uneheliches Kind etc.) jederzeit zu kündigen. Frischverheiratete kommen hinzu, daß die Kirchen in manchen Vorarlbergen quasi ein Ausbildungsmonopol besitzen, ebenso direkte Folge des Subsidiaritätsprinzips wie die Tatsache, daß infrastrukturelle Institutionen (Krankenhäuser, Altersheime, Kindergärten, Sozialstationen etc.) schon fast ausschließlich unter kirchlicher Regie betrieben werden. Die Kosten für diese „öffentlichen“ Sozialrichtungen trägt allerdings überwiegend der Staat (zwischen 85 und 100%), ohne daß er indessen etwa Kontroll- oder Mitspracherechte hätte. Wenn den treuen Trägern schon ein Vortrang im Bereich der eigentlich staatlichen Aufgaben eingeräumt wird, so ist eine staatliche Bezahlung zwingend an die Gewährleistung zentraler Rechte von Mitarbeitern und Benutzern dieser Einrichtung zu binden.

Abschaffung aller gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen bestehenden kirchlichen Sonderrechte in staatlichen Institutionen der Bereiche Kultur, Soziales etc.

Die Kirchen sind gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen in so vielen öffentlichen Bereichen privilegiert, daß eine abschließende Aufzählung der Sonderrechte schier unmöglich ist. Stellvertretend für viele seien deshalb einige signifikante Reservate vermerkt. Kirchliche Vertreter sitzen nicht nur in der Finanzierungsstelle Wiesbaden, Finanzierungsanstalt Bundesprüfstelle, Freiwillige Selbstkontrolle, in Denkmalräten, Sozialhilfeausschüssen, Jugendwohlfahrtsausschüssen etc., sondern auch in den Gremien der Rundfunk und Fernsehanstalten. Im Bereich des öffentlichen rechtlichen Rundfunks und Fernsehens „genehmigen“ die Kirchen sogar das Sonderprivileg, eigene Sendeleisten, die autonom gestaltet werden dürfen. (Man stelle sich vor, der DRG reklamieren ein solches Darstellungsrecht für sich.) In all diesen Fällen ist dringend zu prüfen, ob die Präsenz der Kirchen mit der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates vereinbar ist. Mindestens aber muß sichergestellt werden, daß ihre Tätigkeit in diesen Institutionen aus ihrer Funktion resultiert und sie gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen keine Vorrechte besitzen.

Abschaffung aller gesetzlichen Bestimmungen, die gegen das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche verstoßen und Aufhebung aller Konkordate und Kirchenverträge.

Die wesentlichen „Verfassungswidrigkeiten“ in der Verfassung selbst (Religionsunterricht, Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts, Kirchensteuerprivileg) sowie bundes- oder landesrechtliche Regelungen in Form von Gesetzen, Konkordaten und Kirchenverträgen, die sich gegen das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche richten und in den einzelnen Regelungsbereichen bereits angesprochen wurden, Aus einer Fülle weiterer gesetzlicher Grundlagen, die allesamt das Gebot der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates durchbrechen, seien folgende noch hervorgehoben. Die Befreiung der Bürger nach ihrer Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen (z.B. im Personalstandgesetz), religiös motivierte Erziehungsaufträge (Art. 12 Abs. 1 Verfassung des Landes Baden-Württemberg: „Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe ... zu erziehen“) und strafrechtliche Bestimmungen, die auf religiösen Vorschriften basieren (§ 218 StGB, § 175 StGB). Im Bereich des Strafrechts hat insbesondere der § 166 (sog. Gotteslästerungsparagraf), dem Strafgesetzbuch aus dem Jahre 1871 entstammend, traurige Berühmtheit erlangt, er bietet die Handhabe zur Verfolgung von Religionskritikern, Ketzern, Aufklärern und stellt die Kirchen quasi unter Naturschutz. (Seit 1984, in Baden-Württemberg beginnend, rollt eine regelrechte Lawine von Ketzerverfahren durch die Bundesrepublik, ohne daß die demokratische Öffentlichkeit das zur Kenntnis zu nehmen gewillt ist.) Daß Konkordate und Kirchenverträge dringend einer Aufhebung bedürfen, ergibt sich aus ihrem Sonderrechtscharakter und daraus, daß sie wichtige kirchliche Privilegien begründen, die nicht länger hingenommen werden können.



Abschaffung der theologischen Fakultäten an öffentlichen Hochschulen und Universitäten.

Die theologischen Fakultäten, deren Hauptaufgabe die Ausbildung von Geistlichen der beiden großen Kirchen ist, haben ihre Rechtsbasis in den Landesverfassungen (z.B. Art. 10 der Verfassung von Baden-Württemberg), daneben existieren Regelungen in Konkordaten und Kirchenverträgen. Obwohl vollkommen staatlich finanziert (z.B. sind die Dozenten Landesbeamte), können diese Fachbereiche nur im Envernehmen zwischen Kirche und Staat geführt werden. Die Studienordnung muß kirchlichen Vorschriften entsprechen, die Berufung auf einen Lehrstuhl bedarf der kirchlichen Genehmigung, die Ausübung des Lehramtes ist an die kirchliche Lehrbefugnis gebunden, die im Falle der Abweichung von kirchlicher Lehre oder von „christlichem“ Lebenswandel jederzeit entzogen werden kann (Falle König, Ratzke, Heilmann), weitere kirchliche Sperren betreffen die Habilitationsordnung, Promotionsordnung, Prüfungsordnung etc. Die Existenz der Theologischen Fakultäten widerspricht einer ganzen Reihe von Verfassungsbestimmungen, ihre Konstruktion ist eindeutig verfassungswidrig. Insbesondere verstößt die kirchliche Bindung der Theologie gegen die in Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes verankerte Wissenschaftsfreiheit, denn — abgesehen davon, ob die Theologie überhaupt wissenschaftlichen Kriterien genügen kann — im Ergebnis ist die Theologie so organisiert, als wenn die A.K.W. Betreiber der Lehrstühle für Kernphysik o.ä. in jeder Hinsicht kontrollierten. Die Ausbildung der Geistlichen kann nicht Sache des Staates sein; diese Aufgabe fällt ausschließlich in den Kompetenzbereich der Kirchen und muß von diesen im Rahmen eigenfinanziert kirchlicher Ausbildungsstätten bewältigt werden.

Abschaffung der staatlich institutionalisierten Seelsorge in Militär, Bundesgrenzschutz, Polizei und Justizvollzug.

Demokratie zielt nach Ansicht der Grünen darauf ab, Herrschaft abzubauen und jedem Menschen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Dazu bedarf es der freien und uneingeschränkten Ausübung demokratischer Grundrechte als unabhängiger Voraussetzung, um soziale Interessen vertreten und politisch handeln zu können. Diese Grundrechte, in langen Kämpfen dem Obrigkeitsstaat abgetrotzt, sind in ihrer zentralen Wirkungsdimension Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat, dazu bestimmt, die Freiheitsphäre des Einzelnen vor Eingriffen der öffentlichen Gewalt zu sichern.

Obwohl die Vorstufen dazu es unvertretbare Freiheitsrechte des Individuums gegen die Herrschaft des Staates, die Unterdrückung des Menschen durch die Menschen und erleben sie erst im 17. und 18. Jahrhundert mit der Autonomie des Bürgers und dem gewählten Aufschwung. Im Kampf gegen den feudalen Staat dienten sie als ausgezeichnete Waffe, um den Adel in die Schranken zu weisen und die bürgerlichen Interessen zu legitimieren. Zwangsläufig geriet in dieser historischen Auseinandersetzung auch die Idee der Religionsfreiheit wieder stärker ins Blickfeld, waren doch seit der Erhebung des Christentums zur Staatsreligion im 4. Jahrhundert in vielen Ländern im 14. Jahrhundert in vielen Ländern politische Rechte von der Konfessionszugehörigkeit abhängig und wütete bis weit in das 17. Jahrhundert hinein noch die Inquisition gegen Ketzer aller Schattierungen. Überdies waren Staat und Kirche so eng miteinander verflochten, daß das Postulat der Religionsfreiheit im Schoße der überlebenden Gesellschaftsordnung, des Feudalismus folgerichtig in der Forderung nach Trennung von Staat und Kirche gipfelte.

In Deutschland ging nach der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49, in der diese Bestrebungen zum ersten Mal massenhaft von liberalen Radikaldemokraten als Forderung von christlichen Gruppenangehörigen artikuliert worden waren, der Versuch einer strikten Trennung von Staat und Kirche als fester Bestandteil in die Programmatik der noch jungen Arbeiterbewegung ein. Erst mit der Schaffung der Weimarer Republik gelang es allerdings, das Bündnis von Thron und Altar zu sprengen und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche auf eine neue Basis zu stellen, ohne daß indessen eine konsequente Trennung herbeigeführt wurde. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 hat über Art. 140 die wesentlichen Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung übernommen, sie bilden zusammen mit dem in Art. 4 verankerten Grundrecht der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit die Eckpfeiler des bundesdeutschen Staatskirchenrechts. Mit dieser Verlegenheitslösung verfassungsgebender Arbeit ist nun ein Verhältnis von Staat und Kirche konstituiert, das zwar in der staatskirchenrechtlichen Diskussion als „System der linkenden Trennung“ bezeichnet wird, aber in der Praxis insbesondere durch die im Grundgesetz festgelegten Ausnahmen und durch ein unüberschaubares Bündel von Bundes- und Landesgesetzen, Konkordaten, Kirchenverträgen und dergleichen mehr — eine Situation geschaffen hat, zu deren Beschreibung vor allem die Verwendung des Begriffs der „Trennung „hinkt“.

Tatsächlich darf es nicht gelingend Verfassungsrecht in der Bundesrepublik keine Staatskirche geben, und das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen auch immer wieder einzig die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates als verfassungskonform bezeichnet, aber institutionelle Verbindungen von Staat und Kirche, Privilegien der beiden Großkirchen, sogar die staatliche Ausübung kirchlicher Aufgaben existieren in einem solchen Ausmaß, daß dieser Zustand der fortgeschrittenen Klerikalisierung weiter Staatsbereiche nach Auffassung der Grünen nicht länger hingenommen werden kann. Wir sind uns wohl bewußt, daß die Selbstverständlichkeit mit der diese Situation schon Jahrzehnte lang von weiten Teilen der Bevölkerung augenscheinlich hingenommen wird, nicht zu reden von den Allparteien, die sie tatsächlich ja herbeigeführt haben, auch ein Zeichen dafür ist, wie stark die Gegner eines Programms zur Trennung von Staat und Kirche sind, und daß wir mit unseren Forderungen in einen hochgradig konservierten Bezirk der bundesrepublikanischen Gesellschaft einbrechen. Wenn allerdings die Kernfunktion der Grundrechte — und das ist unstreitig — darin besteht, dem Individuum einen Freiheitsbereich in der öffentlichen Sphäre zu sichern, so ist die Abschaffung dieses Freiheitsbereiches absolut zwingend die völlige Staatlichkeit in Differenz gegenüber dem Bereich der Religion und der Weltanschauung. In der Konsequenz also die Trennung von Staat und Kirche.

Im Interesse der Herstellung umfassender Religions- und Weltanschauungsfreiheit, anknüpfend an die Traditionen der Aufklärung, der bürgerlich-demokratischen Revolution und der Arbeiterbewegung, erstreben die Grünen eine Neugestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche auf allen Ebenen nach dem Grundsatz einer strikten Trennung. Die nachfolgenden Forderungen markieren die aus unserer Sicht zentralen Bereiche einer derartigen staatskirchenrechtlichen Umgestaltung.

— Abschaffung des Kirchensteuerprivilegs und Aufhebung des öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus der Kirchen und Religionsgesellschaften.

Die derzeitige Regelung (Art. 137, Abs. 5 und 6 WRV) — ungeachtet des Grundrechts der Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Art. 4 GG) und des Verbots der Staatskirche (Art. 137 Abs. 1 WRV) — knüpelt das Recht der Steuererhebung „auf Grund der bürgerlichen Steuerpflicht“ durch die Religionsgesellschaften an ihren öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus. In der Praxis ist daraus weitgehend ein System geworden, aus dem Staat gegen eine geringe Aufwandsentschädigung die Rolle eines kirchlichen Steuermitnehmers zuweist und den Arbeitgebern, die die Konfessionszugehörigkeit offenbart werden muß, zwangsweise zum Handlanger der Religionsgesellschaften degradiert. Mit der Erwindung in privatrechtliche Institutionen, die den allgemeinen verfassungsrechtlichen Bestimmungen unterliegen, können die Kirchen und Religionsgesellschaften den staatlichen Kirchensteuererhebung durch ein eigenes Beitragssystem ersetzen.

— Abschaffung des Religionsunterrichts und des zwangsweise erteilten



# Debatte um „Neues Denken“ in der DKP

Neben der Hamburger DKP, deren Diskussion wir im September und Oktober letzten Jahres im AK vorgestellt haben, hat die Debatte um die Krise der DKP und die Auswirkungen von Gorbatschows „neuem Denken“ insbesondere die Bremer DKP erfasst. Anlässlich der Parteiberatungen am 10. April 1988 haben zahlreiche Grundeinheiten der Partei Diskussionsbeiträge um die zukünftigen Perspektiven der DKP-Politik veröffentlicht. Eine Reihe von ihnen versuchen im alten Stil, die mangelnde Aktivität und Motivierung der Mitglieder durch neue Arbeitspläne und UZ-Verkaufsziele zu beheben. Einige, wie z. B. Willy MB, sind noch im alten Denken verhaftet. Aus Anlaß der Vorgänge auf der Berliner DDR-Luxemburg-Lichtnecht-Demo problematisiert er den Unterschied zwischen hiesiger Grundgesetztreue der

Kommunisten (es ist „unverzichtbar, Konflikte mit der staatlichen Gewalt auf dem Boden der Verfassung auszugetragen“) und Verfassungstreue in der DDR: „Im Unterschied zum Grundgesetz der BRD, das die kapitalistische Ordnung in dieser Verfassung nicht festschreibt und damit die Überwindung dieser Ordnung verfassungsrechtlich sanktioniert, ist in der Verfassung der DDR der Sozialismus fest verankert. Deshalb zieht jeder Versuch, die alten Verfassungsgrundsätze zu verletzen, Konsequenzen nach sich.“

Das sieht die Wohngebietsgruppe Peterswender ganz anders. Die Sozialismuspropaganda der DKP werde unglaubwürdig, „wenn sie die Vorzüge des Sozialismus anpreist, seine Probleme offensichtlich aber nicht wahrhaben will oder verschweigt.“ Das sei „eine falsch verstandene Form internationalistischer Solidarität“.

Die WG Peterswender habe bereits im letzten Jahr parteiintern Kritik am Umgang des Parteipräsidiums mit dem Papier des Hamburger Bezirksvorstands geübt, das von ihr als „Ermüdung“ für die Diskussion um mehr Demokratie und „Neues Denken“ in der Partei gewertet wurde. Nachschießend veröffentlichten wir (auszugsweise) zwei Papiere, die uns typisch und geeignet zum Erfassen der derzeitigen Probleme der DKP zu sein scheinen. Zum einen ein Diskussionspapier zur Frauenpolitik der DKP (Ähnlichkeiten mit der Situation im KB sind rein zufällig). Zum anderen der Versuch zweier Mitglieder, die Konsequenzen des „Neuen Denkens“ für die innere und äußere Praxis der Partei umfassender zur Diskussion stellen.

hr.



## 10 Thesen zur Zuspitzung der Diskussion anlässlich der Bremer Parteiberatung der DKP am 10.4.88

von K.B. und H.W., Bremen

(...)

### These 1

**Die Lage nicht verkleinern! — Probleme in aller Schärfe erkennen und benennen!**

Machen wir uns nichts vor. Nach 20 Jahren ist die Lage der DKP äußerst kritisch. Unsere Probleme sind nicht weniger gravierend als die anderer kommunistischer Parteien. Wir haben in wichtigen Kämpfen (lediglich politische Führungsfähigkeit verloren. Unser politischer Einfluß als Partei ist zurückgegangen. (Darin ändert auch der z. T. beträchtliche Einfluß vieler einzelner Kommunistinnen und Kommunisten in Bewegungen, Betrieben und Gewerkschaften nichts.) Die organisationspolitische Kraft unserer Partei ist rückläufig, unsere Zeitung ist noch nicht einmal in der Partei verankert. Immer mehr Mitarbeiterinnen (und...) Die organisationspolitische Kraft unserer Partei ist rückläufig, unsere Zeitung ist noch nicht einmal in der Partei verankert. Immer mehr Mitglieder unserer Partei verlieren den Glauben an die Sinnhaftigkeit ihres Kampfes und ziehen sich zurück, es nehmen sich Ausritte. Historischer Optimismus geht verloren.

Das deutlichste Indiz: Mit den vorwärts treibenden Impulsen der kommunistischen Weltbewegung, den von Gorbatschow und der KRSL ausgehenden Hoffnungen, werden wir nicht identifiziert.

Das ist die Hauptseite bei der Beschreibung der Lage in der Partei. Hinweise auf Erfolge der Partei ändern daran nichts — es gibt sie, sie gehören zu unserer Partei, aber sie sind nichts des wesentlichen der gegenwärtigen Situation.

Ständiges „einerseits — andererseits“ ist nicht dialektisch, sondern verkleinernd, wenn es die realistische Analyse behindert. Wir stehen keineswegs vor „ganz normalen“ oder gar „typischen Wachstumsproblemen“. Es ist nicht die Zeit für Beruhigungsspielen und tendenzielle Selbstgefälligkeit — weder für die Gesamtpartei, noch in Bremen!

( )

### These 3

**Umbruch erkennen heißt konsequent Neues Denken entwickeln und Neues Handeln praktizieren!**

Wenn wir als Marxistinnen und Marxistinnen von „Umbruchperiode“ sprechen, so sind damit nicht Veränderungen in diesen oder jenen Teilbereichen gemeint, sondern qualitative Sprünge, die der historischen Situation als Ganzes eine neue Prägung verleihen. In letzter Instanz das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte unter weitestweitem Produktionsverhältnissen (Sozialismus „nur“ in einem Drittel der Welt, weitgehend ungebrochene Macht des Imperialismus, neokoloniale Abhängigkeiten und Unterentwicklung), die dem nicht entsprechen — das hat zu einer ganz neuen Qualität globaler und innergesellschaftlicher Probleme geführt: — Militartechnologie, die drohende Zerstörung der Biosphäre, die sich zuspitzenden sozialen Probleme in globalem Maß-

stab (Hunger, Armut, Unterentwicklung) gefährden die Existenz der Menschheit. Die wissenschaftlich-technische Revolution in Verbindung mit sozialreaktionären staatsmonopolistischen Strategien schafft zusätzlich innergesellschaftlich menschenfeindliche Bedingungen (Massenarbeitslosigkeit, regionale Krisen, Entwurzelung) in ganz neuen Dimensionen.

Marxistische Wissenschaftler vergleichen die Tiefe dieses Einbruchs mit der Periode des Übergangs vom kapitalistischen zum sozialistischen System. In der mit der Periode der Oktoberrevolution. Heute wie damals stellen sich für den Marxismus grundlegende Fragen: neue Theorie und Praxis, Philosophie, Ökonomie und wissenschaftlicher Sozialismus.

bis hin zur Organisationslehre müssen in einer neuen Zeit bestehen, müssen also überprüft und den Anforderungen der Zeit entsprechend weiterentwickelt werden.

Wir brauchen also — durchgängig (!) — „Neues Denken“. Wir müssen den ganzheitlichen Charakter unserer Welt und die Tatsache begreifen, daß sich unter dem Druck der Existenzbedrohung Kulturstressen herausgebildet haben, die zum Ausgangspunkt unseres Handelns werden müssen. Wir müssen begreifen, daß in den nationalen Auseinandersetzungen Menschheits-, humanistische Anliegen vertreten werden.

Klasseninteressen und Klassenkampf bleiben als Resultat und Triebkraft der Entwicklung bestehen, werden aber

durch „übergeordnete“ Interessen der ganzen Menschheit überlagert, erweitert, modifiziert. Die historische Mission der Arbeiterklasse erhält eine neue, zusätzliche Qualität: den Kampf um das Überleben der Gattung Mensch, um humanistische, menschenwürdige Lebensbedingungen. Die Neubestimmung des Verhältnisses von Klassen und Gattungsfreien — das ist der eigentliche Kern des „Neuen Denkens“.

### These 4

**Die Rolle der Partei: „Partei des Neuen Denkens“**

Unseres Erachtens sind vor dieser He-

tergrund die Diskussionen über die Rolle der Partei zu sehen, die sich auch in der Bremer Parteiberatung niederschlagen. Dabei werden nicht selten Zweifel geäußert, ob die Partei überhaupt noch eine eigenständige, unverzichtbare Funktion habe. U.E. hat sie sie.

Die Probleme werden globaler und internationaler, die Bedeutung nationaler Auseinandersetzungen dadurch aber keineswegs geringer. Im Gegenteil: Die nationale Verantwortung für einen Beitrag zur Beibehaltung des Friedens und zur Lösung der globalen Probleme wächst — sozial und ökonomisch verteilte Entwicklung, „Humanisierung“ des Lebens.

Fortsetzung nächste Seite

## Diskussionspapier zur Frauenpolitik der DKP

C.B. und G., Bremen

( )

Euphorisch machten sich vor ca. vier Jahren einige Genossinnen an die schwierigste Aufgabe, die Männerübermacht innerhalb und außerhalb der Partei ins Wanken zu bringen. Ihre Rückendeckung: Die offizielle Legitimation als Frauenverband, wortliche ihrer Wohngebietsgruppe. Auch ich, mit langjähriger Erfahrung aus der Frauenbewegung, ging mit Neugierde und Elan daran, nun auch in der Partei was in Bewegung zu setzen.

Schon lange war mir klar, daß unsere politische Geschichte, das Handeln, die Vorbilder hauptsächlich männlich bestimmt waren. So wollte ich mit meinen Genossinnen neue Wege ausprobieren. Ich lud in unserer Wohngebietsgruppe zum ersten Frauentreffen ein. Die Runde war gut besucht, die Themensammlung umfassend und spannend.

- Aktion zum 8. März planen
- Rolle als Kommunistinnen in der Partei diskutieren
- ein Buch über sowjetische Frauen lesen
- versprengte, resignierte Genossinnen wieder einbeziehen
- uns selbst Mut machen, auf den MVs (mehr) unsere Standpunkte zu äußern

Dabei sollten die Frauentreffen kein Ersatz für die MV werden. Und was wurde nun daraus?

Auf dem dritten waren wir nur noch vier. Einige konnten nicht wegen ihrer Kinder, weil sie berufstätig waren o. ä. Wir wollten „Fremde Schwestern“ lesen, waren aber sehr uneinheitlich vorbereitet. Spätestens da fühlte ich mich überfordert als Frauentreffleiterin. Die regelmäßigen, aber auch so seltenen Frauenberatungen konnten da kaum Abhilfe schaffen, und in der Gruppe (MV) warnte man auf vorwärtswende Meldungen über die „Frauensachen“.

Ich war zur Ressortleiterin geworden, die Frauentreffen, zuständig für Frauenangelegenheiten. Die anderen der MV

kommerten sich um Org. und die GROSSE POLITIK. Ihr Gewissen war durch meine Existenz entlastet von der lästigen Pflicht, bei jedem Schritt auf Gleichberechtigung und Emanzipation zu achten. Ich fühlte mich wie die Frauenseite der UZ. Alle Frauenthematik wird in einer Ecke abgehoben, um dann wieder (erleichtert) zu den eigentlichen (Männer-)Themen überzugehen. Damit will ich eine Frauenfrage bzw. spezielle Frauenpolitik nicht verneinen! Aber: Wir sind kein Ressort wie z. B. Renner, Jugend, Technik, ...? Wir sind die Hälfte der Menschheit und tauchen überall auf: bei den Alten, den Jugendlichen, bei Technikfragen usw.

( )

Der Bericht ist eins von vielen Beispielen aus der Arbeit einer Frauenverantwortlichen und zeigt uns, daß das Modell „Frauenverantwortliche in der Vorstands“ gescheitert ist. Dies war einer der Haupthebel, um die Frauenpolitik innerhalb der DKP voranzubringen. Wir müssen also von den Schwächen in der Gesamtfrauenpolitik der DKP sprechen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wollen wir einige Gründe benennen: — Die allgemeine Schwäche unserer Frauenpolitik hängt damit zusammen, daß die grundlegenden Unterdrückungsverhältnisse in unserer Gesellschaft zwischen Mann und Frau nicht genügend ernst genommen werden. Die DKP ist in der Analyse der Unterdrückungs- und Diskriminierungsstrukturen von Frauen nicht auf der Höhe der Zeit.

— Die allgemeine Schwäche unserer Frauenpolitik hängt damit zusammen, daß die grundlegenden Unterdrückungsverhältnisse in unserer Gesellschaft zwischen Mann und Frau nicht genügend ernst genommen werden. Die DKP ist in der Analyse der Unterdrückungs- und Diskriminierungsstrukturen von Frauen nicht auf der Höhe der Zeit.

— Frauenthematen werden in der DKP auf einige wenige Spezialistinnen abgewälzt

Frauenpolitische Forderungen stehen nicht im Zentrum der Aktivitäten der Gesamtpartei. Emanzipation der Frauen wird verbal akzeptiert, in der Praxis gibt es kaum Ansätze, dafür auch gemeinsam zu kämpfen.

Ein Hemmschuh bei der Durchsetzung frauenspezifischer Interessen ist die mangelnde Demokratie in unserer Partei. Faktisch werden politische Linien und Ziele von oben nach unten durchgesetzt. Je weiter oben, umso weniger Frauen, lauter auch bei uns die Formel: So bestimmen Genossen, die auch nicht frei sind von patriarchalischen Denkmustern, wie wir z. B. unser Frauenfestival zu gestalten haben. Dies muß bei engagiertem Feminismus zu Wut und/oder Resignation führen.

Wir haben es in der DKP auf allen Ebenen mit einem männlich geprägten Diskussionsstil zu tun. Es wird wortreich über die nächste Kargstapfe debattiert. Nicht, einbezogen werden die persönlichen Lebensbedingungen von jeder einzelnen Genossin und jedem einzelnen Genossen, von denen die Möglichkeiten des politischen Arbeitens und die Interessenschwerpunkte überhaupt erst zu bestimmen wären. Es sind aber auch in der DKP die Frauen, die durch Doppelbelastung und schlechte Chancen am Arbeitsmarkt bis zum Hals im Sumpf der kapitalistischen Krise stecken. Daher sind sie auch die ersten, die an der Kluft zwischen politischem Anspruch und eigener Handlungsmöglichkeit scheitern. Oft ziehen sie sich deshalb von der Partei zurück.

— Auch im Land der Hoffnung, der Sowjetunion mit Gorbatschow, findet eine in der Frauenpolitik aktive Genossin einen großen Teil ihrer Ziele nicht wieder. Die neu geschaffenen Frauenräte in der SU haben die seit jeher den Frauen zugeschriebenen sozialen Aufgaben zum Thema. Das infragestellen männlicher Macht und Privilegien steht nicht im Zentrum ihrer Politik.

( )

— Wichtig ist, kontinuierlich und im Kol-

lektiv unter Frauen arbeiten zu können. Dort können wir von unseren Lebensbedingungen und Interessen ausgehend unsere Politikfelder bestimmen. Deswegen müssen auch innerhalb der DKP Frauengruppen gegründet werden, die als Grundeinheit anerkannt werden müssen. Nur so wird ihr Wirken als Bestandteil der Gesamtpartei erkannt. Nur so ist auch möglich, daß sich Frauengruppen direkt mit Vorschlägen und Anträgen an die Parteigliederungen wenden können.

Abgesehen davon, daß zur Weiterentwicklung unserer Politik in allen Bereichen die innerparteiliche Demokratie weiterentwickelt werden muß, gibt es spezifische Fraueninteressen und -fragen, in denen auch nur Frauen bestimmen und entscheiden können und sollen. Welcher Arbeiter fragt schon seinen Unternehmer um Erlaubnis, bevor er streikt? DKP-Frauen müssen sich aber noch von männlich dominierten Leitungsorganen Zustimmung für ihre Frauenaktionen einholen. Es muß also ein autonomer Frauenbereich von Grund auf aufgebaut werden.

Daneben geht es weiterhin darum, daß Frauen in allen Politikfeldern innerhalb der Partei zugegen sind, sich einmischen, frauenspezifische Forderungen entwickeln. Das geht nur, wenn wir hier aufdecken, wie Frauen innerhalb der gesamten Partei arbeiten können, ohne den Mut zu verlieren und sich wieder zurück zu ziehen (Frauenverantwortliche und Quotierung reichen nicht).

( )

Wollen wir dann in der DKP wirklich noch einmal beginnen? Haben wir dazu noch Schwung und den Glauben an mögliche Erfolge? Sehen wir überhaupt eine Möglichkeit, die DKP zu verändern? Haben wir uns nicht schon zu oft ergebnislos engagiert? Ist es überhaupt richtig, mit Männern zusammen in einer Partei organisiert zu sein?



Fortsetzung von vorheriger Seite

sind Voraussetzung zur Lösung der Menschheitsfrage. „Neues Denken und Handeln“ ist nicht auf internationale Politik zu reduzieren.

Genau so wenig, wie sich revolutionäres Klassenbewußtsein in der Arbeiterbewegung spontan durchsetzt (wodurch die Partei neuen Typs, die kommunistische Partei, nach Lenins Analyse unverzichtbar wurde), setzt sich heute „neues Denken“, die bewußte Verbindung von Klassen- und Menschheitsinteressen, in der Arbeiterbewegung und anderen Bewegungen spontan durch. Dazu bedarf es „bewußter Vortrupp“. Vor diesem Hintergrund bestimmt sich die Rolle der Partei.

Sie darf sich weder auf die Rolle einer theoriependenden Sekte („Denklabir für die Bewegungen“) noch auf die Rolle eines Organisations- und Koordinierungsgerüsts für Bewegungen beschränken, sondern muß politisch, ideologisch und organisatorisch in den Bewegungen und den noch nicht bewegten Massen im Sinne und für die Verankerung des „Neuen Denkens“ wirken.

Das ist ihr „Alleinstellungsmerkmal“, unsere internationalistische und nationale Verantwortung, die uns keine internationale Kraft (auch nicht die sozialistischen Länder) und keine nationale Kraft (weder die Sozialdemokratie noch die Grünen oder sonstwer) abnimmt oder abnehmen kann.

Unsere Partei ist weder nur die „Partei der Arbeit“ noch die „Partei des Friedens und der Arbeit“ — sie muß die „Partei des Neuen Denkens“, des Friedens, der Arbeit, der Umwälzung der Demokratie, des Sozialismus, des Humanismus sein!

Diese Rolle anzunehmen und auszuführen, ist zugleich Voraussetzung für die notwendige organisatorische und politische (auch wahlpolitische Stärkung) der DKP für die Erreichung einer politischen und ideologischen Führungsfähigkeit, für die Einführung einer nationalen revolutionären Perspektive!

### These 5

**Programmatik und politische Praxis auf das Neue Denken einstellen**

U.E. ist eine Erneuerung unserer Partei nur möglich, wenn wir auch unsere programmatischen Positionen, unsere Forderungen und Alternativen, unsere Strategie und Taktik kritisch daraufhin überprüfen, ob sie den neuen Herausforderungen umfassend genügen und in der Lage sind, überzeugend eine alternative Zukunftsgestaltung zu begründen.

( )

U.E. geht es vor allem um zwei Herausforderungen:

Wir müssen neu daran arbeiten, die Attraktivität und Ausstrahlung kommunistischer Reformpolitik in der Umbruchpe-

riode unser Beweis zu stellen. Sie besteht — und das unterscheidet uns von anderen demokratischen Reformkräften — nicht zuletzt in einem ausgewiesenen und nachvollziehbaren Verhältnis von realistischen, die Massen erreichenden Reformforderungen und einer revolutionären Perspektive: unsere Reformpolitik muß erkennbar Schritte auf dem Weg zu einem zukunftsweisenden, revolutionären Ziel angeben.

Unsere Reformpolitik muß unsere weltanschaulichen und methodischen „Tugenden“ und Fähigkeiten widerspiegeln, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, Widersprüche und Bruchpunkte bei den Herrschenden, gemeinsame Interessengelen und Bündnismöglichkeiten im Volk zu erkennen, und in Politik, in „Neues Handeln“ umzusetzen.

Neues Denken muß wie ein roter Faden programmatisch in allen Politikbereichen aufgehoben sein.

( )

Programmatische Erneuerung führt nicht nur zur Verbesserung der „Papierform“ unserer Partei. Die Praxiserfordernisse drängen uns dazu. Einschneidende Erfahrungen wie der Exzellenzkampf der AG Weser-Belegschaft (und in der Folge Haltingen, Rheinhausen ...) legen doch beispielsweise in aller Dringlichkeit die Erkenntnis nahe, daß der Kampf um Arbeitsplätze in kritischen und kriselnden Branchen ohne realistische und zugleich zukunfts-

weisende Alternativkonzeptionen nicht zu gewinnen ist. Solche Konzeptionen brauchen wir aber nicht erst, wenn es schon akut brennt, wir brauchen sie voranschauend, aus der Analyse von Gegenwart- und Zukunftsproblemen.

( )

### These 6

**Die revolutionären Veränderungen im Sozialismus durchdringen, nachvollziehen und Schlussfolgerungen ziehen!**

Zur weltweiten Umbruchsituation gehören die Entwicklungsprozesse in den sozialistischen Ländern, die sich — mehr oder weniger breit und tief — den neuen Herausforderungen stellen, herausragend ist dabei zweifellos die neu eingeleitete revolutionäre „Perestrojka“ in der Sowjetunion. Ihr Wesen liegt in dem Versuch, sich konsequent praktisch und theoretisch auf die neuen Bedingungen einzustellen, sie beinhaltet zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit den „Prüfungen, die uns alle wie Maschinenprüfungen aus der Vergangenheit treffen“ (Gorbatschow).

Methodisch wird daran exemplarisch deutlich, daß Beurteilung der Gegenwart, Festlegung von Zielen für die Zukunft und Bestimmung der Wege dorthin nicht möglich ist ohne kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Vor allen Kommunisten, auch der

DKP steht die Aufgabe, diese Entwicklungen zu durchdringen, nachzuvollziehen und Schlussfolgerungen für die eigene Theorie und Praxis zu ziehen. Dabei ist es nicht damit getan, die eigene Sozialismus-Propaganda weiterzuentwickeln. Die Herausforderungen an den gesamten Marxismus sind umfassender.

Angesichts der neuen welthistorischen Lage müssen die menschheitsschichtlichen Aufgaben des Sozialismus (seiner historische Mission) erweitert und präzisiert werden.

Für die sozialistischen Länder muß die Theorie der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsformation (weiter)entwickelt werden.

Auch revolutionärtheoretisch ist die Funktion der sozialistischen Länder insbesondere der UdSSR und der DDR als starker Kraft des Sozialismus im revolutionären Weltprozess im allgemeinen und für die Bundesrepublik im besonderen neu zu durchdenken.

Vor diesem Hintergrund muß die DKP ihr Verhältnis zu den sozialistischen Ländern mit dem Ziel bestimmen, die allgemeine seit der Oktoberrevolution und der Bildung eines sozialistischen deutschen Staates sowie (insbesondere seit Einführung der „Perestrojka-Periode“) vorfindenden Bedingungen, Impulse und Chancen optimal zur Verbesserung der eigenen Kampfbedingungen wirksam werden zu lassen.

Fortsetzung auf Seite 38

# „Ein anständiger Kommunist ist auf dem Ostermarsch“

## Die „taz“, ein Leserbrief und (k)einmalige Vorgänge

Die „taz“ hat in ihrer Hamburger Ausgabe vom 3. Mai von „bisher einmaligen Vorgängen“ in der DKP berichtet. Leider liegt uns diese Lokalausgabe erst jetzt vor, so daß wir erst heute diese Vorgänge benennen können:

Die stellvertretende DKP-Vorsitzende Ellen Weber wurde „entmachtet“. Am Ostermontag hat eine Parteivorstandstagung der DKP stattgefunden. Die Tagung hat mit überwältigender Mehrheit die zweiwöchigen überwälzenden Mehrheiten für ein „umstrittenes“ Programm der DKP wieder aufgehoben. Eine „Reformkommission“ wurde gestürzt und eine neue wurde berufen, und zwar jetzt auch mit „Glasnost“-Vertretern.

Diese Vorgänge sind nicht einmalig, sie sind keinmalig. Am Ostermontag befindet sich eine anständige Kommunistin auf dem Ostermarsch. Dort auf dem Weg von Bochum-Werne nach Dortmund, Alter Markt, traf ich auch Ellen Weber. Sie macht keinen entmachteten Eindruck. Eine Parteivorstandstagung hat sie auch nicht geschwanzelt, es gab sie ja nur in der Phantasie des Reiner Scholz von der „taz“. Auf keiner Parteivorstandstagung wurde über ein „Reformprogramm“ abgestimmt, und Kommissionen gab es

auch keine zu stürzen. Wie es wirklich war, stand alles in der UZ. Deshalb ist auch die letzte Mitteilung des „taz“-Mannes falsch: „schweigt sich die Parteipresse beharrlich aus“.

Aufgrund der „taz“-Berichterstattung bekamen wir einen Leserbrief mit nachfolgendem Inhalt:

„Das Dokument „BRD 2000“ wurde im Entwurf auf der jüngsten Parteivorstandstagung vorgelegt und einstimmig zurückgewiesen (so ein Mitglied des Sekretariats des Bezirksverbandes Bremen-NW). Daß es zu Meinungsverschiedenheiten über den Entwurf kam, war aus dem Kommuniqué in der UZ her auszumachen. In der Folgezeit habe ich auf weitere Veröffentlichungen von Redebeträgen bzw. auf die DKP-Information“ gewartet. Leider vergeblich. Nun fällt mir zu folgend die taz vom 3. 5. 88 in die Hand, und dort ist — mit entsprechender Suffizienz — dieser Fakt enthüllt. Diesen Vorgang finde ich unmöglich, und ich fühle mich als

Funktionsträger in der Partei von meiner Zeitung total im Stich gelassen. Die derzeitigen Diskussionen in der Partei sind auch geprägt vom Lernen, unterschiedliche Meinungen zu ertragen und zu diskutieren. Das muß auch für das Umgehen mit solchen Vorgängen wie auf der jüngsten Tagung gelten. Ich will nicht angelassen sein auf Gerüchte oder hamische Informationen über die DKP in anderen Zeitungen. Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Partei verlange ich offene und ehrliche Berichterstattung gegenüber der Mitgliedschaft. Gerade in der Zeit engagierter und kontroverser Diskussion über unsere Strategie dürfen Dinge nicht hinter dem Berg gehalten werden.

Mit sozialistischem Gruß  
Herbert Behrens,  
Osterholz-Scharmbeck

Wir schreiben zurück.

Lieber Herbert Behrens

Ich danke Dir für Deine Karte. Als Gast habe ich an der bewußten Parteivorstandstagung teilgenommen. Es ist das geschehen, was auch in Kommuniqué ausgesagt wurde.

„Der Parteivorstand der DKP beriet auf seiner 11. Tagung am 9./10. April 1988 in Düsseldorf den ersten Entwurf eines Dokuments, das unter dem Arbeitstitel Bundesrepublik 2000 steht. Die Diskussion über den Entwurf leitete Jupp Angenfort, Mitglied des Präsidiums der DKP, mit einem Beitrag ein. Nach ausführlicher Diskussion des von der Erarbeitung des Dokuments bestimmten wir und an der sich 34 Genossinnen und Genossen beteiligten, faßte der Parteivorstand den Beschluß, den Entwurf umfassend zu überarbeiten. Eine Arbeitsgruppe wurde berufen. Sie wird der 12. Parteivorstandstagung, die am 17./18. Juni stattfindet, den Entwurf zur Diskussion und Beschlusfassung vorlegen. Dieser beschlossene Entwurf wird der Partei und der Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben. In Ausföhrungen zu aktuell politischen Fragen nahm der DKP-Vorsitzende Herbert Mies zu Beginn der Tagung Stellung.“

Ein Dokument war noch nicht fertig und noch nicht veröffentlicht. Die Überarbeitung soll umfassend sein. Dazu haben viele Redner gesprochen. Warum sollte der Parteivorstand das Dokument, das noch unzureichend ist und das Referat sowie die Diskussion dazu

veröffentlichen? Auch die Diskussion ohne das Dokument zu veröffentlichen, gibt keinen Sinn, sondern viele Rätsel auf. Daher hat sich der Parteivorstand gewissermaßen verriegelt um dann mit einem Dokument, entworfen an die Öffentlichkeit zu treten, das vom ganzen Parteivorstand getragen wird.

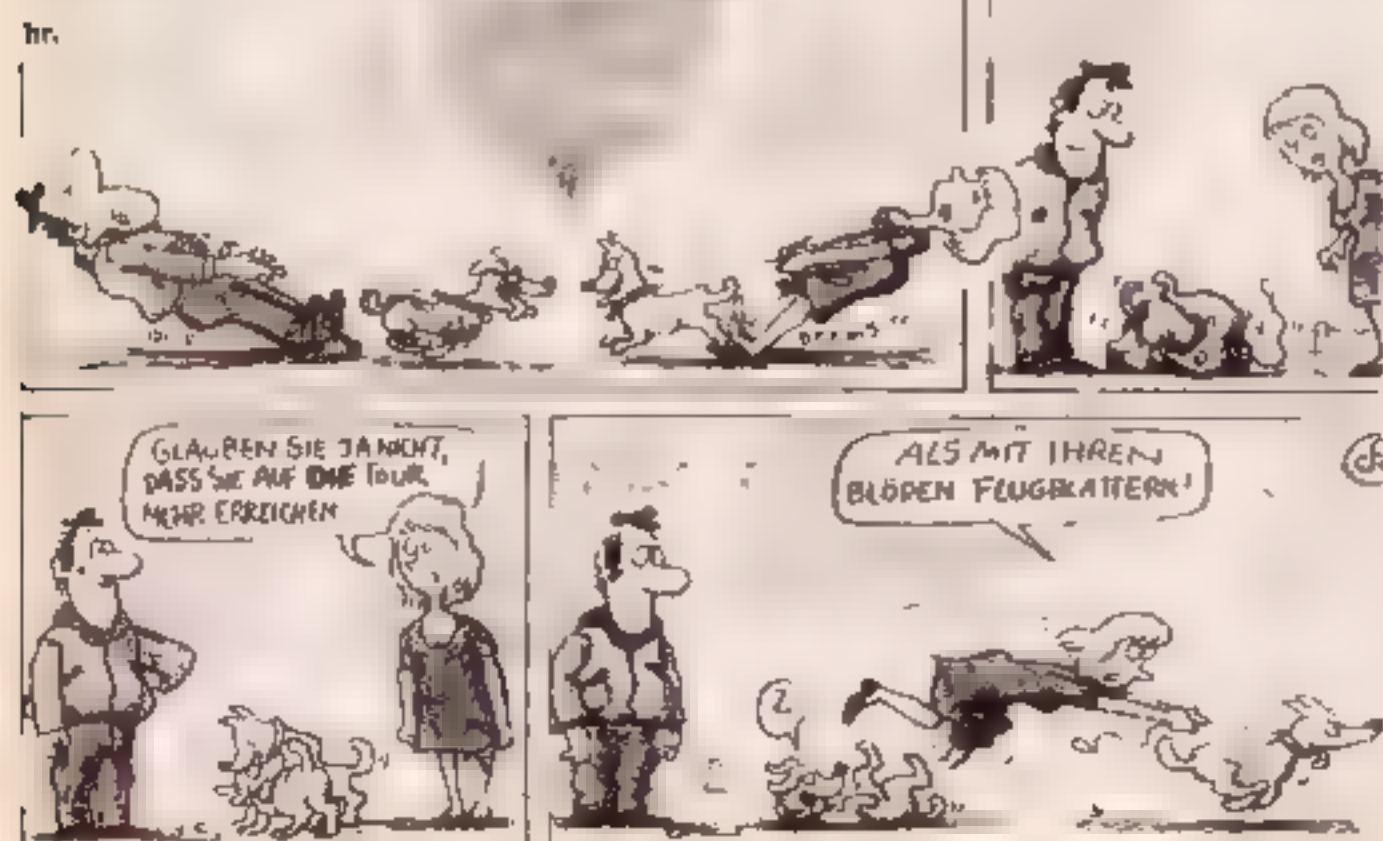
Wir können die „taz“ nicht hindern, ihre Lügen und Spekulationen zu verbreiten. Etwas anderes ist, ob die Partei mitglieder diesen Lügen und Spekulationen oder den Veröffentlichungen (Kommuniqué und UZ-Berichterstattung) des Parteivorstandes folgen. Ich meine der Parteivorstand hat richtig gehandelt und bin sehr zuversichtlich, daß eine gute Entscheidung zustande kommt.

Im übrigen hat der Parteivorstand in einem Beschluß die vom Tagungspräsidium vorgeschlagene Veröffentlichungspraxis für diese Tagung bestätigt. Beim nächsten Mal kann durchaus eine andere Vorgehensweise beschlossen werden. Z.B. möglicherweise die Veröffentlichung der Diskussionsbeiträge. Das liegt aber ganz in der Entscheidungsbefugnis dieser Körperschaft.

Mit sozialistischen Grüßen  
Ulrich Sander

oben taz, 3.5.88

Ein börsartiger Angriff auf die DKP-Massenpolitik in der UZ am 20.5.88



## Heimlicher Kurswechsel

DKP-Mies jetzt doch für Reformen

Hamburg (taz) — Der Streit in der DKP-Partei-Zentrale hat offensichtlich eine Schärfe erreicht, die man den einzelnen Parteimitgliedern nicht zumuten mag. Obwohl bereits vor über einem Monat die bis dato am Reformprogramm „Bundesrepublik 2000“ bestellende Kommission unter der Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Ellen Weber entmachtet wurde, hat die zuständige Parteipresse über diesen bisher einmaligen Vorgang in der Geschichte dieser Partei mit keinem Satz ein Wort berichtet.

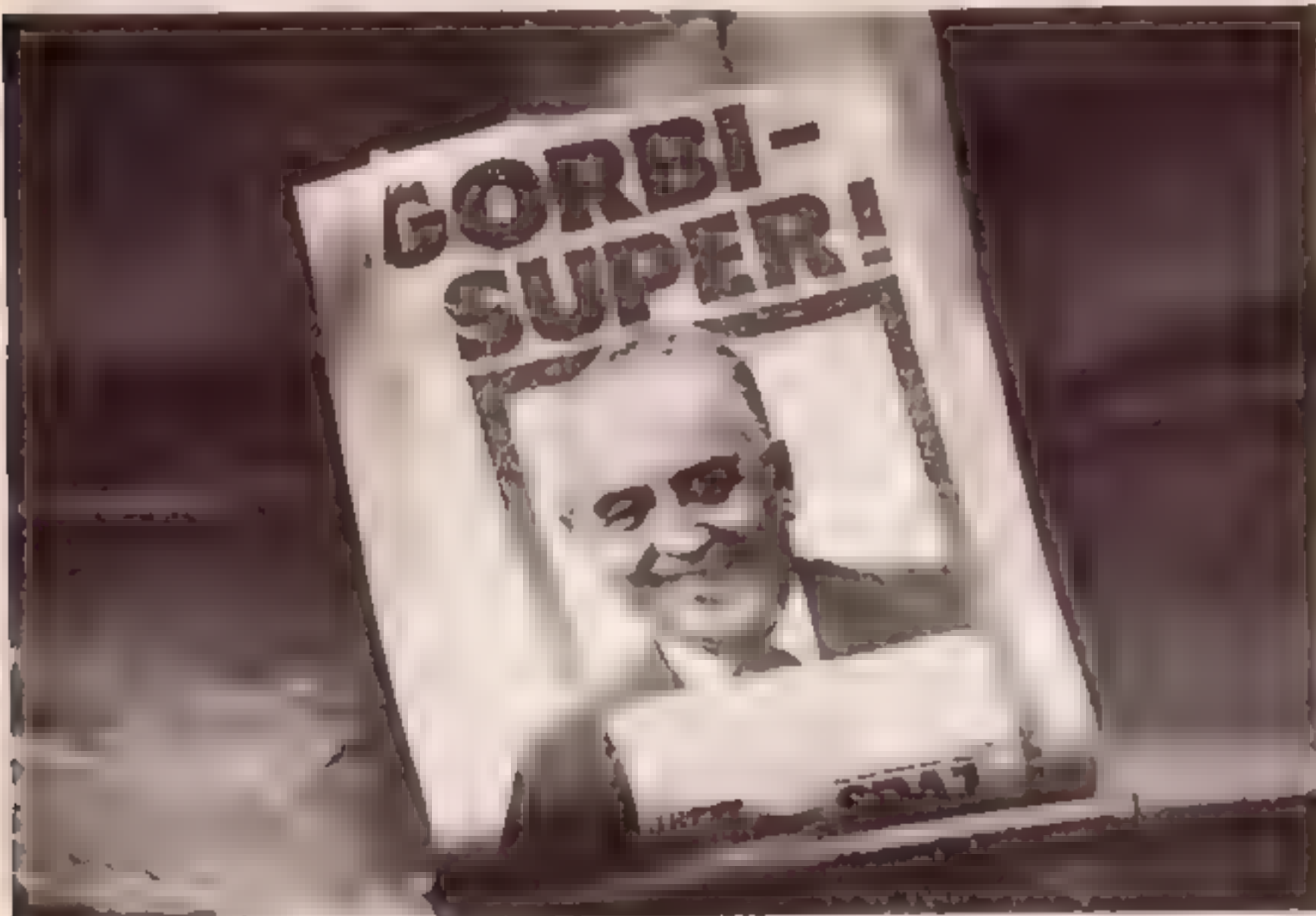
Auf der Parteivorstandstagung am Ostermontag wurde der vorliegende Weber-Entwurf vom Vorsitzenden Herbert Mies kritisiert. In ihm fanden sich weder klare Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung noch klare Aussagen zur Entwicklung in der Sowjetunion. Die Formulierung, die DKP unterstütze den dortigen Prozess, ohne zu sagen, welchen denn, wurde ebenso kritisiert wie Stulbiäten à la „Die DKP ist für eine weitere Steigerung der Agrar-

produktion.“ Mit etwa der gleichen überwältigenden Mehrheit, mit der auf den beiden vorherigen Sitzungen für das umstrittene Programm gestimmt wurde, lehnte der Parteivorstand nun unter dem Eindruck der überraschend reformfreundigen Rede von Herbert Mies das vorgelegte Programm ab. In die neue Kommission wurden nun die parteiweit anerkannten Wirtschaftsexperten und Glasnost-Vertreter Jörg Hufschmidt und Heinz Jung berufen. Der Sturz der bisherigen Reformkommission, die nach glaubwürdigen Aussagen von Insidern die Formalisierungen direkt aus Ost-Berlin bekamen, bedeutet gleichzeitig eine besonders peinliche Niederlage für die stellvertretende Vorsitzende Ellen Weber, die als Hardlinerin und besondere Vertraute des SED-Apparates gilt. Sowohl über die neubesetzte Reformkommission als auch die eintägige Zurückweisung des bisherigen Entwurfs und über die Rede ihres Vorsitzenden Herbert Mies schweigt sich die Parteipresse beharrlich aus.

Reiner Scholz

unten: UZ, 21.5.88





Im folgenden dokumentieren wir, um das Eingangs Kapitel gekürzt, den ersten Teil eines umfassenden Einschätzungspapiers eines Karlsruher DKP-Mitgliedes zur Krisenphase in der Partei vom 2. Dezember 1987. In den nachfolgenden Kapiteln fragt der Autor, wie der Sozialismus aussehen soll und entwickelt seine Vorstellungen von Demokratie, zur Entwicklung der Bündnispolitik gegenüber SPD und Grünen, zur Wahlstrategie, zum Verhältnis der Partei zu den Intellektuellen, zur mangelnden Diskussionskultur in der DKP sowie der innerorganisatorischen Demokratie. Den Text haben wir übernommen aus „Aufbruch“ — Dokumente und Materialien Nr. 2 vom 11.5.88. Herausgeber Volker Einhorn, Hindenburgstraße 64, 8520 Erlangen, Tel. 09131/28405

(II) Angesichts der anhaltend schlechten Wahlergebnisse hat die DKP-Führung eine Argumentation entwickelt, die einerseits die Ursachen auf die Schwere der Existenzbedingungen zurückführt. In der letzten Zeit werden auch subjektive Mängel eingeräumt — insbesondere ein zu wenig an Einsatz, allgemeine Führungsprobleme etc. Andererseits soll nachgewiesen werden, daß die Entwicklung unseres Masseneinflusses insgesamt trotzdem positiv ist. In dieser Hinsicht wird immer wieder auf die Verankerung in den außerparlamentarischen Bewegungen und in Betriebsräten, in Gewerkschaften und anderen fortschrittlichen Organisationen verwiesen, um zu beweisen, daß unser Einfluß größer ist, als er sich in Wahlergebnissen ausdrückt.

Dies ist schwer zu quantifizieren und zu beweisen. Es muß außerdem kritisch angemerkt werden, daß eine solche Gegenüberstellung nicht ermutigt — im Gegenteil! Auch wenn man dieser Betrachtungsweise folgt, ist sie im Grunde deprimierend. Die Frage ist doch, warum sich dieser postulierte Einfluß nicht in Stimmengewinnen umschlägt!

Ich meine weiter, daß sich in dieser These auch eine gehörige Portion Wunschdenken verbirgt. Dabei will ich gar nicht bestreiten, daß die Zahl unserer Betriebsräte erhöht hat, daß wir als Teil der Gewerkschaften (wie auch anderer Organisationen) selbstverständlicher akzeptiert werden; die Unverwundbarkeit der Beschlüsse sind ebenso vom Tisch wie die Ablehnungsbewertung der SPD: ich will nicht bestreiten, daß sich z.B. in der IG Metall gerade in den letzten Jahren positive Entwicklungen ergeben haben, die wir nur angeschoben haben. Unzweifelhaft hat sich das demokratische und fortschrittliche Potential in der BRD gestärkt. Wenn man dies aber in Bezug setzt zum Abschneiden der DKP bei Wahlen, dann muß man schon genauer untersuchen, ob und inwieweit sich dabei der „Einfluß der DKP“ vergrößert hat, man muß genau hinschauen, ob sich der Einfluß der DKP im Hinblick auf unsere originären, unverwechselbaren, sozialistischen, revolutionären Ziele verbreitert hat oder ob es sich vielmehr um eine Art von Assimilation handelt, bei der das Profil der jeweiligen Organisation und Bewegung und das der DKP nicht deutlich zu differenzieren ist.

Ich gehe davon aus, Wähler der DKP unterstützen das, was sie als die Botschaft der drei Buchstaben DAP verstehen. Sozialismus in der BRD plus Moskauerorientierung.

Der größte Teil der Wähler, die uns seit her aus primär anderen Gründen gewählt haben (z.B. Protestwähler, allgemeine Linkswähler) sind zu den Grünen abge-

wandert. In der Diskrepanz von relativ guter Verankerung im fortschrittlichen Lager und der ungenügenden Zustimmung im Wahlverhalten drückt sich die differenzierende Haltung der fortschrittlichen Kräfte uns gegenüber aus. Interessentretung wird anerkannt — die Ziele jedenfalls in ihrer engen Identifikation mit der Realität in den sozialistischen Ländern werden abgelehnt.

Man muß auch unterscheiden zwischen dem Einfluß der DKP als Partei und der Rolle, die das einzelne Mitglied spielt. Auch wenn die einzelnen Mitglieder ihre persönliche Arbeit als Ausdruck der Parteilichkeit aufweisen, das Umfeld nimmt dies oft ganz anders wahr. Man schätzt die Genossinnen und Genossen als Kollegen und Kollegen, in der Friedensarbeit usw. Man fragt sich aber oft, wie sich ein solcher Mensch, der so tätig ist, mit den Kollegen zu verhalten wird. Ist es eine harte und dogmatische Partei, von der man sich zum einzelnen Mitglied nur nicht automatisch in Sympathie für die Partei „findet“? Und dies liegt meiner Meinung nach teilweise auch daran, daß die Partei in ihrem „offiziellen“ Erscheinungsbild noch ein großes Defizit demgegenüber aufzuweisen hat, was ein Mitglied auszeichnet: das erfolgreiche Interessensvertretungs- und Bündnispolitik entwickelt. Die Legitimität und Partnerschaftlichkeit, Autonomie im Denken und Handeln, Leberdigkeit und Individualität in Sprache und Ausdruck, subjektive Betroffenheit, die will den Schlussfolgerungen für unsere Politik und die Organisation an dieser Stelle jedoch nicht vorgreifen. Verankerung in den vielfältigen Organisationen und Bewegungen ist überwiegend Ausdruck unserer jeweils persönlichen Verwurzelungen, nicht aber gleichzeitige

und Bewegungen ist überwiegend Ausdruck unserer jeweils persönlichen Verwurzelungen, nicht aber gleichzeitige mit dem Einfluß marxistischen Denkens oder dem der politischen Partei, Zielen oder von allen persönlichen Verankerungen jenseitig, bei denen die Bestätigung der Mitglieder durch das Umfeld nur auf der Grundlage der Nützlichkeit ihrer Arbeit für das jeweilige singuläre Interesse der Organisationen, Bewegungen usw. beruht. Dabei nur ein kleiner Rest echt revolutionären, direkten Einflusses.

Kurz gesagt: In der relativ breiten Verankerung unserer Genossen drückt sich auch der Umstand aus, daß wir nur zu oft die „nützlichen Idioten“ für andere sind. Das erklärt, daß die Diskrepanz, die ich hier diskutiere, eigentlich kein echter Widerspruch ist.

In fast 20 Jahren haben wir für uns um Grunde nur erreicht, daß man sich an uns gewöhnt hat. Wir haben uns eingefressen in die fortschrittliche Bewegung. Es ist nicht mehr so leicht, uns auszugrenzen zu verbieten und zu isolieren. Wir sind geduldet, teilweise (vor allem aufgrund unseres Eifers und unserer Einsatzbereitschaft) geschätzt. Viel mehr jedoch nicht. Diese Misere drückt sich gut im Kampffeld „Berufsverbote“ aus. Dem bürgerlichen Staat ist es möglich, uns mittels Berufsverbote zahlreiche Niederlagen beizubringen und uns jahrzehntelang in Abwehrkämpfe zu verwickeln. Trotz einzelner Erfolge und struktureller Fortschritte ist es uns nicht möglich, diese Behinderung und Diskriminierung abzuwehren und durchschlagend erfolgreich zu sein. Dazu trägt auch bei, daß sich die DKP z.B. in Baden-Württemberg als Partei praktisch aus diesem Kampffeld abgemeldet hat. Insgesamt aber zeigt sich darin die Ambivalenz unserer Stärke und Schwäche: es ist ein Außenseitendasein, klein, zäh, verbissen.

Resultat der DKP-Geschichte: Wir sind immer noch da. Aber bleiben wir

auch da?

(III) Da ist zunächst einmal zu fragen, ob die Diskrepanz der Resultate gemessen an den Erwartungen in überzeugenden Erwartungen oder in selbstverschuldeten Mängeln liegt, also nach den objektiven und subjektiven Ursachen.

Als Angehöriger der 68er Generation gehe ich von meiner persönlichen Entwicklung aus, die sich als Teil eines kollektiven Schicksals begreift.

Angewacht der krisenhaften Erschütterungen eines bis dahin unerschütterlich scheinenden CDU-Staates am Ende der 60er Jahre (Wirtschaftskrise 1966/67 außerparlamentarische Bewegungen 1967/1970, Septemberstreiks 1969) haben wir gehofft, daß sich die Verschärfung und Häufung der krisenhaften Entwicklungen in eine allgemeine, d.h. in eine politische, wirtschaftliche und geistige Systemkrise umwandeln konnte. Wir haben geglaubt, daß es in wenigen Jahrzehnten, im Rahmen unserer Lebensperspektive, gelingen könnte, dieses System zum Sozialismus zu bringen, jedenfalls eine soziale sozialistische Bewegung aufzubauen, daß wir daran arbeiten müssen, diese Entwicklung zu begünstigen und herbeizuführen. Diese subjektiven Überzeugungen waren Motive, die nach dem Scheitern der antiautoritären Revolte zum Eintritt in die DKP bewegt haben.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die Energiekrise und andere krisenhafte Erscheinungen, verbunden mit der Politik des Sozialabbaus unter der Regierung Schmidt in der ersten Hälfte der 70er Jahre, haben diese Erwartungshaltung bestärkt. Sie waren auch die Gründe, weshalb ich mich 1970 in die DKP einreihen konnte. Die ersten Jahre aktuellen Diskurs

Die dritte Etappe der Allgemeinen Krise

Heute sehen wir keinen direkten Zusammenhang mehr mit dem Lauf der Geschichte und unseren unmittelbaren Lebenszielen. Wir haben die Labilität des kapitalistischen Systems der Bundesrepublik (wie auch der anderen hochentwickelten Länder) überschätzt, seine Fähigkeit, mit Krisen fertig zu werden, unterschätzt. Wir haben nicht erwartet, daß der Kapitalismus die wissenschaftlich-technische Revolution in dem Sinne „meister“; daß er im Rahmen seiner Schranken die weitere Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur erlaubt, sondern diese in geradezu historischer Dimension vorantreibt und zwar indem er den sozialistischen Ländern in dieser Beziehung davonzieht. (Die Arbeitsproduktivität der Sowjetunion beträgt im Verhältnis zur USA etwa 50% und dieser Abstand hat sich seit 1970 um nur 2 Prozent Punkte, in der Zeit von 1980 bis 1984 nicht verringert.) In der gesamten Zeit meiner bisherigen Parteilichkeit habe ich von Seiten der Parteilührung stets die Theorie vernommen, daß sich der Sozialismus dem Kapitalismus auch darin überlegen zeige, daß er die Produktivkräfte rascher entfalte. Und heute vollzieht sich vor unseren Augen der Kampf der sowjetischen Kommunisten, eine fünfzehnjährige Stagnation zu überwinden und das Zurückbleiben hinter den hochentwickelten kapitalistischen Ländern zu verhindern.)

Wir haben uns auf eine historische über-schaubare Periode des Niedergangs des kapitalistischen Systems in den Hauptländern eingestellt und stehen heute vor dem Ergebnis, daß die Wirtschaft der hochentwickelten kapitalistischen Länder reicher denn je dasteht, während die mangelhaften Erscheinungen in den Wirtschaftsentwicklungen der sozialistischen Länder sich nun nicht mehr länger leug-

nen lassen. Zwar nehmen die Reibungen zu. Auseinandersetzungen mehrten sich aber die Überwindung des Systems, der Gedanke der Revolution, die sozialistische Alternative ist keinen Schritt voran gekommen.

Die Aufgabe, die sich angesichts dieses Ergebnisses stellt, ist im Rahmen einer dynamischen Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sich auf eine unüberschaubar lange Periode von Auseinandersetzungen innerhalb der Schranken dieses Systems einzulassen und dabei die Entfaltung der sozialistischen Kräfte optimal zu gewährleisten. Was uns fehlt in den Begriffen des DKP Programms

ist ein schärfes Konzept einer antimonopolistischen Kampfstrategie, eine Strategie für den Kampf um die Durchsetzung einer Wende zu einem sozialen, demokratischen und ökologischen Fortschritt, zu Frieden und Abrüstung. Unsere Misere und Herausforderung ist es, revolutionäre Politik zu machen ohne Hoffnung auf das Horren eines „revolutionären Situation“ im Sinne der klassischen Definition Lenins und ohne Chance, durch unsere Aktivität etwas zur Schaffung einer solchen Situation beizutragen zu können. Wir können noch nicht einmal mit wissenschaftlicher Bestimmtheit voraussagen, wann eine solche Situation in den kommenden Jahrzehnten, ja überhaupt jemals in der BRD eintreten wird. Aussagen diesbezüglich sind Glaubensbekenntnisse. Und weiter noch: Ich bin mir auch nicht sicher, ob wir uns eine solche Situation überhaupt wünschen können. (Massenhafte Hungerkrawalle, politische Zerrung, Wirtschaftskrisen, politische Krisen, die zu einer Situation führen, in der die

Wir müssen darüber nachdenken, welche realistische Perspektive der Sozialismus unter diesen Voraussetzungen in unserem Land und in Europa hat. Unsere Strategie basiert aber ganz auf der Aufgabenstellung, die subjektiven Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ausnutzung einer „revolutionären Situation“ zu schaffen. deren Eintreten stillschweigend vorausgesetzt wird. Wir folgen dabei den geschichtlichen Erfahrungen der Oktoberrevolution. Nur wird sich die Geschichte nicht mehr wiederholen.

Ich halte die Bedingungen auf dem Gebiet des parlamentarischen Kampfes nicht für eine vorübergehende Verlangsamung einer an sich positiven Entwicklung. Relative Stagnation kennzeichnen auch die anderen quantitativen Merkmale: Mangel der Entwicklung, Verbreitung der UZ usw. Für mich drückt sich darin eine neue Erfahrung aus. Sie besagt, daß die höhere Form der Konflikte in unserem Land keine günstigeren Voraussetzungen für einen Übergang zum Sozialismus beinhaltet. Vielmehr wenden sich die Konfliktpotentiale solchen Organisationen zu, die ein kämpferisches Ausstragen innerhalb der Schranken des kapitalistischen Gesellschaftssystems anstreben. Es besteht (neben den integrativen Tendenzen) eine Tendenz zur scharfen parlamentarischen Opposition (Grüne), kämpferischen Gewerkschaften, aggressiven Umwelt-schutzorganisationen (Greenpeace), zur breiten Friedensbewegung, zur Abgrenzung in Subkulturen, aber keine Tendenz zum Sozialismus. Unser Angebot an diese Konfliktpotentiale, der Ausweg zu ein höheres Gesellschaftssystem, wird nicht angenommen. Dies läßt sich meiner Meinung nach nicht allein durch unsere relative Schwäche erklären. Auch dort, wo wir präsent sind, fällt unsere Botschaft auf keinen fruchtbaren Boden. Gerade darin drückt sich in meinen Augen die Lebensfähigkeit des kapitalistischen Systems der BRD aus, die instinktiv aner-

kannt wird. Das ist nicht nur und nicht primär auf Mangel unserer Propaganda zurückzuführen, obwohl diese eklatant ist. Dies ist kein sterbender Kapitalismus. Er ist quiekend. Dazu gehört auch seine Fähigkeit, Widersprüche zu exportieren, die Ausbeutung der armen Länder, Raubbau an den Naturreichtümern in globalen Maßstab.

Auch von solchen Ländern, die schon seit Jahren ein höheres Konfliktpotential haben, läßt sich nicht behaupten, daß der Trend zur allgemeinen Krise verkehrt — auch in Italien, in Frankreich, ganz zu schweigen von Großbritannien, ist die kommunistische Bewegung nicht auf dem Vormarsch.

IV Insbesondere tritt die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution nicht mehr klar zu Tage aus der sozialen Frage. Der Übergang zum Sozialismus ist auch meiner Meinung nach Hauptmerkmal des Charakters unserer Epoche. Wir sollten uns diesbezüglich jedoch an historische Maßstäbe gewöhnen. In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, insbesondere in der BRD, in der das Kapital zweimal am Rande des Machtverlustes stand, und in anderen Ländern mit einer langjährigen Dominanz des reformistischen Lagers der Arbeiterbewegung entwickelt die soziale Frage keine Dynamik, die eine Tendenz zum Sozialismus be-

Die materielle Lage selbst der ersten Schichten der Arbeiterklasse in der BRD ist nicht so schlecht, daß die Not zum Himmel schreit, daß Hunger herrscht, daß der revolutionäre Sturz des Systems eine Überlebensfrage geworden ist oder zu werden beginnt. Dies war aber charakteristisch für die Situation während der Oktoberrevolution und der Novemberrevolution in Deutschland.

Selbst die Elenden, die Arbeitslosen, Obdachlosen, Sozialrentner sind kein Nährboden für revolutionäres Ideengut. Die arbeitende Bevölkerung ist in ihrer Mehrheit materiell versorgt. Sie verdient so viel, wie sie zum Leben braucht. Und der Lebensstandard ist im internationalen und historischen Vergleich hoch. Das bedeutet nicht, daß es keine Ausbeutung mehr gibt oder daß das Leben gar auf Rosen gebettet wäre. Aber die Arbeiter und Angestellten wissen sehr genau, daß sie es in fast keinem Land der Erde besser haben als hier, bei allen Risiken, trotz Ausbeutung und alledem. Die sozialen Konflikte drängen nach Lösungen innerhalb des kapitalistischen Systems. Es sind Verteilungskämpfe, insbesondere der letzte Tarifabschluß der Metallindustrie zeigt die Integrationsfähigkeit der Wirtschaft. Diese ist in meinen Augen eine langfristige Rahmenbedingung des ökonomischen Kampfes und damit auch des politischen Geschehens.

Lenin sprach davon, daß das revolutionäre Bewußtsein durch eine aktive marxistische Partei in die Massen getragen werden muß. Spontan entstünde nur gewerkschaftliches Bewußtsein. Insofern konnte noch nie die Rede sein von einem spontanen Entstehen revolutionären Bewußtseins. Er sagte dies jedoch auf eine Situation bezogen, in der es gar nötig war, diese revolutionäre Propaganda zu betreiben, um den spontan nach Auswegen suchenden Arbeitern revolutionären Bewußtsein beizubringen. Heute fällt eine sozialistische Propaganda auf überwiegend taube Ohren in der Arbeiterklasse. Insofern spreche ich davon, daß es keine spontane Tendenz zum Sozialismus

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

gibt, obwohl ich von seiner objektiven Notwendigkeit überzeugt bin.

Bei den anderen neuen (neuen-alt) Konfliktfeldern (Frieden, Umweltschutz, Demokratie, Frauen, Jugend usw.) verhält es sich ebenso: Sie zeigen zwar dem theoretischen Geschlecht die Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsorganisation, insbesondere von internationalen Beziehungen, die nach den kommunistischen Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität von Reich mit Arm und des Friedens gepflegt werden, aber auch diese Konflikte entwickeln keine spontane Tendenz, die über die Schranken des Gesellschaftssystems hinausdringt.

Darum funktioniert das Kernstück unserer strategischen Konzeption auch nicht ich meine das Schaffen revolutionären Klassenbewusstseins über den Kampf um Reformen. Das ist aber wiederum die Hauptaufgabe unserer Interessensvertretungspolitik die wiederum die gesamte Anlage der Parteiarbeit bestimmt.

Unsere Interessensvertretungspolitik ist überwiegend das, was Lenin mit „Ökonomismus“ bezeichnet hat — obwohl wir mit einer anderen Absicht und einer anderen Konzeption arbeiten. „Ökonomismus“, d. h. in diesem Zusammenhang der Kampf um die Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen innerhalb des kapitalistischen Systems als Hauptinhalt des Kampfes, ist das unerwünschte, aber unausweichliche Ergebnis einer Interessensvertretungspolitik in einem integrationsfähigen Kapitalismus. „Ökonomismus“ als kurzliche Beschränkung unserer Aktivitäten auf die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen im Sinne einer Reduzierung kommunistischer Politik auf eine linke Gewerkschaftspolitik ist die zweite Erscheinungsform der gegenwärtigen Linie der Parteiarbeit, wie ich sie insbesondere aus Baden-Württemberg kenne. Leider ist das Bleibende auch nicht die „immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter“, jedenfalls nicht in der revolutionären Partei.

Der Sozialismus ist die theoretisch begründete Lösung der Frage des Gesellschaftssystems, aber er ist keine unmittelbare Notwendigkeit — so lange, wie der bürgerliche Staat und die Kapitalisten flexibel genug bleiben, um den Konflikten durch Teilerkenntnisse die Spitzen abzubringen. Dies kann so lange funktionieren, wie die Wirtschaft imstande ist, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln und seine Produktionsverhältnisse zu modernisieren und durch Ausbeutung der Dritten Welt Zusatzgewinne zu erwirtschaften.

Die Frage ist, geben wir das Ziel überhaupt auf, wie es die Revisionisten am Übergangspunkt zur imperialistischen Entwicklung getan haben, ebenfalls aus Überlegungen heraus, die die Entwicklungsfähigkeit des Wirtschaftssystems betrafen, oder suchen wir nach einer Konzeption, die diesen Bedingungen Rechnung trägt?

Dies bedeutet nicht, Interessensvertretungspolitik prinzipiell in Frage zu stellen. Sie muß natürlich ein wesentliches Bestandteil unserer Arbeit bleiben, schließlich geht es dabei um unsere existenzielle Präsenz in Frage zu stellen.

Sie muß natürlich ein wesentliches Bestandteil unserer Arbeit bleiben, schließlich geht es dabei um unsere eigenen Interessen. Wir sollten sie jedoch nicht primär als Bewußtseins heuristik und als Feld für die Sympathiewerbung der Partei betrachten.

V Der Kampf um den Sozialismus unter diesen Bedingungen ist ein Kampf um Ideen. In einer Situation des Fehlens von Klendruck wird die Masse der Arbeiterklasse und der Mittelschichten eine sozialistische Umgestaltung (in hypothetischer Zukunft) dann mittragen und die Markierung der sozialistischen Kräfte unterstützen, wenn sich die Linkskräfte als die geistig und persönlich Überzeugenderen erweisen und wenn der von uns angestrebte gesellschaftliche Umbruch sanft verläuft. Sie werden nur einen Umbruch akzeptieren, der ohne tiefe Einschnitte in die wirtschaftliche Lage, in die Versorgung, und ohne Eingriffe in die Demokratie und die Freiheitsrechte verläuft, eine Umgestaltung ohne Waffengewalt der revolutionären Lager, strikt auf der Basis eines Verfassungskonsens.

Dies ist nur denkbar als ein historischer Prozeß, der Jahrzehnte dauern kann und der mit Sicherheit nicht gradlinig verläuft, sondern Rückschläge erleidet, unterbrochen wird und wieder von vorne beginnt.

Letztlich durchsetzen läßt sich eine sozialistische Umgestaltung in dem wirtschaftlichen Gefüge der EG und dem politischen-militärischen der NATO nur gemeinsam mit einigen anderen Ländern Westeuropas. Auf die Problematik dieser internationalen Verflechtungen sowohl des ökonomisch-politischen Mechanismus als auch der sozialistischen Bewegung kann ich hier nur hinweisen. Es ist im übrigen eine noch weitgehend unerforschte Frage: Die Linke muß für eine Öffnung des Wegs zum Sozialismus also in der Weise kämpfen, daß sie selbst als

Protagonist dieser Perspektive attraktiv ist, als Störung eine Gravitationskraft gewinnt, die geistig fasziniert und glaubwürdig eine höhere Form der Lebensweise verkörpert. Sozialismus muß vor allem mit dem Geist und dem Ziel der Bewegung identifiziert werden, nicht mit den Verhältnissen in den Ländern des realen Sozialismus. Sozialismus muß vor allem die Idee der Lösung der gesellschaftlichen Probleme durch die Gesellschaft selbst sein — das ist die Idee der demokratischen Lösung. Sozialismus ist Demokratie, Freiheit, wirtschaftliche Selbstbestimmung, materieller Wohlstand, soziale Sicherheit, eine hohe Kultur und Vielfalt des Lebens auf der Basis demokratischer Eigentums- und Verkehrskriterien. Sozialismus muß an den Idealen des Kommunismus orientiert werden, der humanistischen Alternative für die Entwicklung der Geschichte, die bisher die Geschichte der Klassengesellschaft war.

Historische Aufgabe des Sozialismus ist die Lösung — der Kernfrage der bürgerlichen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) d. h. der demokratischen Revolution — der Kernfrage der sozialistischen Revolution, der sozialen Frage (Ausbeutung und Entfremdung, die Eigentumsfrage) und dies insbesondere im globalen Maßstab — der neuen Fragen der Beziehungen zu den natürlichen Lebensgrundlagen (Ökologie) und die Frage nach dem Überleben der Gattung (Frieden).

Der Kampf um den Sozialismus als Kampf der Gesellschaftsordnungen ist heute mehr denn je ein Kampf um die besseren Ideen, um die Köpfe der Menschen und dies im internationalen Maßstab. Dies ist der Sinn der Gorbatschow-Initiative („Bis zum Jahr 2000 atomwaffenfrei“), dessen Schlußbemerkung die Herausforderung an die Welt des Imperialismus beinhaltet, die Systemfrage als friedlichen Wettbewerb anzunehmen.

Dies bedeutet für uns, die wir unterhalb dieses imperialistischen Gesellschaftssystems leben, daß wir die Aufgabe wahrnehmen müssen, die aggressive, auch vor dem kollektiven Selbstmord nicht zurückweichenden Kräfte zu zügeln. Es ist die Verantwortung, aus der Spitze der Klassenkämpfe, die wir

durchaus mit revolutionärem Ziel tragen, und stimulieren keine Überlebensfrage der Gattung Mensch werden zu lassen, d. h. Klassenkampf revolutionärer Übergang nicht um jeden Preis.

In der Idee von der „Kommunion der Vernunft“ sehe ich eine geringe Verwandtschaft und einen direkten Anknüpfungspunkt für eine Politik auf der Basis des Verfassungskonsens.

VI Ich bin dafür, daß wir diesen Gedanken aufgreifen, daß wir unsere Revolutionen als friedlichen Kampf um die geringe Hegemonie definieren. Der Sozialismus setzt sich durch, wenn diese Idee von den Massen getragen wird. Und setzt ein anderes Verhältnis zu anderen Linkskräften und ein anderes Selbstverständnis voraus. Dies setzt auch ein anderes Sozialistisches Bewußtsein. Die Frage Sozialismus und Revolution muß neu aufgeworfen werden.

Unter „friedlichem Weg“ verstehe ich einen politischen Kampf der den Bürgerkrieg als Kulminationspunkt der Auseinandersetzung nicht nur nicht wünscht, sondern prinzipiell ausschließt, indem wir alles tun, um den Gegner (aber auch die ultralinken Hitzköpfe) daran zu hindern, ein Ableiten dahin herbeizuführen. „Friedlicher Weg“ ist die Beschränkung der politischen Mittel auf die verfassungsmäßigen, also der Verzicht auf Waffengewalt, Putch, Konspiration zur Durchsetzung seines eigenen Willens, aber auch der Verzicht auf die Abschaffung elementarer Freiheits- und Menschenrechte durch den sozialistischen Staat, was unweigerlich einen „unfriedlichen Widerstand“ des Gegners provoziert und leichter legitimieren würde.

„Friedlicher Weg“ beinhaltet die Entwerfung einer hohen demokratischen Empfindlichkeit, eines breiten Wertebewusstseins hinsichtlich verfassungsmäßiger und rechtsstaatlicher Verhältnisse, an dem sich sowohl der Gegner als wir selbst messen lassen müssen.

Darum müssen in diesem Punkt unsere Aussagen zu eindeutig sein, daß keinerlei Fehlinterpretationen möglich sind. Es darf kein Offenhalten der Gewaltfrage (Anwendung nachverfassungsmäßiger Gewalt) geben. Gerade im Hinblick auf die dem Imperialismus wesensfremde Aggressivität müssen wir eine breite geistige und politische Basis zum Schutz der demokratischen Freiheiten gegen ihren Ab-

bau durch den bürgerlichen Staat schaffen. Der Impuls dieser demokratischen Bewegung muß nahtlos in die sozialistische Bewegung hineinwirken. Diese darf in ihren Werten und Maximen der demokratischen Bewegung nicht widersprechen. Sozialismus ist die höhere Form der Demokratie. Bisher wurden theoretische Überlegungen in der DKP hauptsächlich in die Richtung angestellt, wie die politischen Gegner des Sozialismus von der Machtausübung ferngehalten werden können. Dabei sind primär administrative Lösungen vorgeschlagen worden. Wir sollten mehr darüber nachdenken, wie wir die demokratische Bewegung zu einer starken Kraft machen, und wie wir in dieser Beziehung das bürgerliche Lager spalten können.

Strikte Verfassungsmäßigkeit schließt natürlich Kampfformen wie Streiks, Demonstrationen usw., aber auch Formen des gewaltfreien Widerstands wie Blockaden, Boykotts usw. mit ein, die geringfügige Ordnungswidrigkeiten sind, aber nicht auf die Demontage der verfassungsmäßigen Verhältnisse hinauslaufen.

Wie sich der Sozialismus konkret gestalten wird, das entscheidet sich nicht irgendwann einmal, sondern schon in der Gegenwart werden die Weichen gestellt, die einmal grundlegend für die Entwicklungen der Zukunft werden können. Die Beziehungen der Klassen zueinander (Härte des Kampfes) und der politischen Kräfte, die sich heute herausbilden, sind die Grundlage für die politischen Beziehungen auch in Zukunft. An diesem Punkt wird das Programm der DKP ziemlich verworren. Da werden Möglichkeiten und Präferenzen genannt (ständig hebt es nur „strebt an“, „hängt ab von“), aber keine klaren und eindeutigen Festlegungen im Hinblick auf die Beschränkung der Kampfmittel, den Verzicht nicht verfassungsmäßiger Gewalt.

Die Festlegung auf den „friedlichen Weg“ ergibt sich notwendigerweise auch aus der Anhäufung der materiellen Repressivmittel des kapitalistischen Klassenstaats, quasi seiner militärischen Logistik. Man studiere einmal den Aufwandsplan der Bolschewiki 1917 und frage sich, ob das heute noch in dieser Weise denkbar ist. Schließlich war die Oktoberrevolution auch erst möglich, nachdem der Krieg das Land zerrüttet und die Armee sich zersplittert hatte.

Fortsetzung von Seite 38

Thesen —

( )

These 7

Konsequente Einstellung auf neue subjektive Bedingungen!

Einstellung auf Umbruch bedeutet konsequente Umsetzung neuer subjektiver Bedingungen, die durch die Umbruchsituation geschaffen wurden oder sich in ihr verdichten.

Das betrifft zum einen die Präzisierung dessen, was wir unter „revolutionärem Subjekt“ verstehen — sowohl in bezug auf die Arbeiterklasse (neue Strukturen, Angestelltenpolitik, Kerne, innere Differenzierung, Frauen, Scharniergruppen) als auch außerhalb (Intelligenz, lohnabhängige Mittelschichten etc.).

Wie setzen wir in Theorie und Praxis politisch, ideologisch und organisatorisch die Einsicht um, daß die demokratischen Massenbewegungen in den kapitalistischen Ländern „vorne Hauptkraft der revolutionären Weichenstellung“ geworden sind? — „Nur“ bündnispolitisch oder mit einer ausgewiesenen „Erweiterung“ unserer Identität?

( )

These 8

Mut zu organisationspolitischen Veränderungen!

Ohne auch organisationspolitische Weiterentwicklung ist die Einstellung der DKP auf den Umbruch kaum vorstellbar.

Organisationsprinzipien und -strukturen sind historische Größen. Marxisten haben sich organisatorisch immer wieder auf neue Bedingungen einstellen müssen — was sie es nicht taten, war es in der Regel zugleich mit Weichenstellungen für negative politische Entwicklungen verbunden (Nivellierungsrevolution und fehlende Partei neuen Typs. Scheitern in den zwanziger Jahren und fehlende „Bolschewisierung“; sozialfaschistische und NS-Regime; usw.). Deswegen ist es auch keineswegs ein Zufall, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen Fragen der Organisationspolitik und -strukturen in der Bremer Parteidiskussion einen herausragenden Stellenwert haben.

Welche Anforderungen ergeben sich heute aus dem Umbruch?

1. Die konkrete historische Ausprägung des demokratischen Zentralismus.

Das fundamentale Organisationsprinzip der kommunistischen Parteien muß den neuen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Parteiliederschaft entsprechen und den neuen Aufgaben andererseits entsprechen. Die Partei muß demokratisch und zentralistisch werden.

Demokratisch heißt — mehr reale Mitentscheidungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der einzelnen Mitglieder auf Gruppen- und Kreis- bzw. Bezirksebene.

— größeres Gewicht der Beschlussorgane, abgelegt MV, der Kreis-Bezirks- und... Mitglieder auf Gruppen- und Kreis- bzw. Bezirksebene.

— größeres Gewicht der Beschlussorgane, also der MV, der Kreis-Bezirks- und Parteivorstände bzw. entsprechender Delegiertenkonferenzen gegenüber Sekretariaten bzw. -vorständen.

— Transparenz in der Entscheidungsfindung, d. h. Qualifizierung (nicht nur auf atmosphärischer, sondern auch inhaltlich-moralischer) der Diskussionskultur; klare Positionen, zugesprochene Entscheidungsalternativen, gezielte Maßnahmen zur Befähigung aller Mitglieder, Position beziehen zu können.

— Mehr Kompetenz der Partei auch bei Personalfragen, d. h. sowohl mehr Durchblick über Zustandekommen und Kriterien von Personalausstellungen als auch reale Einflussmöglichkeiten.

Zentralistischer heißt

— bewußter Umgang mit der Notwendigkeit einheitlichen Handelns nach außen und dem Erfordernis, sich als Mehrheit der Mehrheit unterzuordnen — klarere, aber auch überzeugendere und realistischere Handlungsorientierungen der übergeordneten Leitungen.

Beide Seiten des demokratischen Zentralismus sind insofern verantwortungsvoll zu handhaben, als abschbar ist, daß in der Partei über einen längeren Zeitraum, möglicherweise (als Folge des Umbruchs) auch permanent, auch in nicht unwesentlichen Fragen Meinungsverschiedenheiten existieren und existieren werden.

( )

Anmerkung  
Aus Platzgründen ausgelassen haben wir den Vorplatz der These 2 zu Ursachen und Verlauf der Krise der Partei. In These 8 die Ausführungen über die konkreten Veränderungen der Organisationsstrukturen und -funktionen sowie die These 9 „Die Frauenfrage mit der notwendigen Radikalität neu angehen“ und 10 „Wie geht es weiter?“ (Angriff oder Beharrung?)

# Leninismus?

Im Rahmen der derzeitigen Diskussion in der DKP über die innerparteiliche Demokratie ist ein Partei-Bildungsheft zum Thema erschienen. Aus diesem Heft wird einleitend die UZ — aus gegebenem Anlaß! — einen Abschnitt „Was sind Fraktionen?“, an dem der Bezug auf Lenin interessant ist.

„In der Diskussion um die organisationspolitischen Prinzipien einer kommunistischen Partei taucht zuweilen der Begriff 'Fraktion' auf. Im Programm der DKP wird ausdrücklich festgesetzt: Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln der Partei.“ (S. 87).

„Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln der Partei.“ (S. 87).

Manche meinen, Fraktionen seien nicht anderes als die Äußerung unterschiedlicher Auffassungen in der Partei, wenn man Fraktionen als unzulässig erklärt, verhandelt man die Meinungsfreiheit, die Meinungspluralität, letztlich die Diskussion.

Diese Vermutungen sind nicht richtig. Fraktionen ist nicht, wenn Parteimitglieder andere Meinungen als die der offiziellen Parteipolitik oder die der Parteiführung vertreten. Das ist aller Genossinnen und Genossen Recht. Fraktionsbildung ist auch nicht, wenn Mitglieder gefasste und somit für alle verbindliche Beschlüsse für nicht richtig halten.

Fraktionsbildung aber ist zu Beispiel, wenn Mitglieder sich insgesamt oder offen untereinander absprechen, einen Beschluß nicht auszuführen.

Fraktionsbildung ist, wenn Mitglieder sich zu Gruppen außerhalb des Organisationsaufbaues der DKP zusammenschließen, also Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuscheiden zu bilden. So Lenin (Bd. 32, S. 245-248).

Lenin weiter: „Die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei muß so gehandhabt werden, daß jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form ohne jegliche Verschleppung an die örtlichen und zentralen Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird. Jeder, der Kritik übt, muß außerdem, was die Form der Kritik betrifft, Rücksicht nehmen auf die Lage der Partei ... und in Bezug auf den Inhalt der Kritik durch seine eigene unmittelbare Teilnahme an der ... Parteiarbeit prüfen, wie die Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mitglieder in der Praxis korrigiert werden können.“ (Ebenda).

Lenin betont die Notwendigkeit, daß die Kritik rein sachlich geführt wird und

keinesfalls Formen annimmt, die den Klassenfeinden des Proletariats förderlich sein könnten.“ Es seien alle, die im Inneren der Partei sich solchen Vorgehens mit der größten Aufmerksamkeit zu prüfen und „in der praktischen Arbeit“ zu erproben.“ (UZ, Bd. 4 H. 1).

Daß Fraktionen abzulehnen „impraktisch“ sind, ist Allgemeinut in der DKP. Auch der im letzten AK interviewte Erklärer: „Es ist Peter-Wolke Euhorn, der sich ausdrücklich Gedanken über „Basisdemokratie“ macht, lehnt in seinem Papier „Erfahrungen mit dem Demokratischen Zentralismus in der DKP“ Fraktionen als „schädlich“ und „in einer demokratischen Organisation nicht notwendig“ ab. Interessant ist die Herleitung der Ablehnung von Fraktionen in der UZ. Üblicherweise wird sie zunächst zum Dogma erklärt, indem Lenin berufen wird, der zumindest in der Geschichte der russischen SDAPR mehrfach die Fraktionsbildung dann nicht scheitert hat, wenn es es politisch für ratsam hielt. Man kann vermuten, daß damit in der DKP ein Prinzip als unumstößlich angesehen wird, selbst von Kritikern am jetzigen Zustand der Partei. Dabei wird im oberschiedenen UZ-Artikel immerhin angegeben, wo man Lenins Aussagen zur Fraktionsbildung nachlesen kann, und wer wirklich nachliest, dem mußten vor allem die Punkte, die auf den UZ nicht Rücksicht müssen bei Kritik genommen werden auf die Lage der Partei, „die von den Feinden umgeben ist“, läßt die UZ aus. Natürlich könnte der Parteivorstand dies heute auch für die DKP sagen, doch dürfte man sich etwas dabei gedacht haben, dieses Sätzchen wegzulassen. Lenins Aussagen zur Fraktionsbildung auf dem X. Parteitag der KPR im März 1921 sind nämlich vor einem ganz konkreten Hintergrund gemacht worden. Der junge Sowjetstaat stand nach Intervention, Bürgerkrieg und Hungersnot vor dem Scheitern der Politik des „Kriegskommunismus“ und im unmittelbaren Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP). Die Illusion des schnellen Aufbaus des Kommunismus wurde von der Wiederaufnahme des vorgekauften Gewinns abgelöst. Markt, Geld, Lohnarbeit und Kapital waren damals erneut präsent wie im Reich Gorbatschows im Jahre 1988.

Die Unzufriedenheit mit der Politik der Bolschewiki entzündete sich u. a. im Klotz niedergeschlagenen Standes von Krasnodar, der zugleich zu dem Parteitag stattfand, auf dem die Fraktionsbildung als „parteilich“ erklärt wurde. Dies richtete sich konkret gegen linke Fraktionen in der KPR, die „Arbeiteropposition“ und die Gruppe „demokratischer Zentralismus“ — jene „anarcho-syndikalistische Abweichung“ (Lenin). Wer Lenins „Ursprünglichen Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei“ (Werke Bd. 32, S. 245f.) genau liest, dem fallen zumindest einige Besonderheiten auf. Da ist die Rede von der Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Partei „im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verstärkt“ hat. Da wird diese „Willeinheit der Avantgarde des Proletariats“ als „Grundbedingung für den Erfolg der Diktatur des Proletariats“ gesehen sowie als notwendig für die „Aufklärung über die Eigenart der neuesten russischen Arbeiter der Feinde der Sowjetmacht“. Auch wenn die konkrete Entwicklung der KPR anders war, läßt diese Entscheidung des Augenblicks aus heutiger Sicht problematisch die Reversibilität einer solchen Maßnahme erkennen. Mal ganz abgesehen davon, daß herüber unter heutigen Kampfbedingungen auch dann anders diskutiert werden müßte, wenn Lenin diese Einschränkungen nicht gemacht hätte. Wo ist denn heute eine annähernd vergleichbare Situation für die DKP und ähnliche Organisationen? Wo hat Lenin verdient, daß er immer wieder zum Kronzeugen für ernannten Dogmatismus gemacht wird? Und warum kann man nicht Folgen der damaligen Auseinandersetzungen benennen: Bei allem inhaltlichen Scheitern traten die linken Oppositionsfraktionen in der KPR gegen die Bürokratisierung auf und forderten zentral die Rückkehr zum Prinzip der Wahlbarkeit der Kader eine Forderung, die 67 Jahre später in der Sowjetunion hochaktuell ist.

Bleibt nachzutragen, daß der X. Parteitag der KPR der letzte war, der öffentlich vorbereitend wurde auf der Grundlage fraktioneller Plattformen (bekanntgeworden als „Gewerkschaftsdiskussion“). Dabei erhielt die von Lenin unterstützte Fast 80%, die beiden linken von Trotzki/Bucharin (1) sowie der Arbeiteropposition (Schlapnikow/Kollontaj) knapp 3% der Delegiertenstimmen.

Die Unzufriedenheit mit der Politik der Bolschewiki entzündete sich u. a. im Klotz niedergeschlagenen Standes von Krasnodar, der zugleich zu dem Parteitag stattfand, auf dem die Fraktionsbildung als „parteilich“ erklärt wurde. Dies richtete sich konkret gegen linke Fraktionen in der KPR, die „Arbeiteropposition“ und die Gruppe „demokratischer Zentralismus“ — jene „anarcho-syndikalistische Abweichung“ (Lenin). Wer Lenins „Ursprünglichen Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei“ (Werke Bd. 32, S. 245f.) genau liest, dem fallen zumindest einige Besonderheiten auf. Da ist die Rede von der Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Partei „im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verstärkt“ hat. Da wird diese „Willeinheit der Avantgarde des Proletariats“ als „Grundbedingung für den Erfolg der Diktatur des Proletariats“ gesehen sowie als notwendig für die „Aufklärung über die Eigenart der neuesten russischen Arbeiter der Feinde der Sowjetmacht“. Auch wenn die konkrete Entwicklung der KPR anders war, läßt diese Entscheidung des Augenblicks aus heutiger Sicht problematisch die Reversibilität einer solchen Maßnahme erkennen. Mal ganz abgesehen davon, daß herüber unter heutigen Kampfbedingungen auch dann anders diskutiert werden müßte, wenn Lenin diese Einschränkungen nicht gemacht hätte. Wo ist denn heute eine annähernd vergleichbare Situation für die DKP und ähnliche Organisationen? Wo hat Lenin verdient, daß er immer wieder zum Kronzeugen für ernannten Dogmatismus gemacht wird? Und warum kann man nicht Folgen der damaligen Auseinandersetzungen benennen: Bei allem inhaltlichen Scheitern traten die linken Oppositionsfraktionen in der KPR gegen die Bürokratisierung auf und forderten zentral die Rückkehr zum Prinzip der Wahlbarkeit der Kader eine Forderung, die 67 Jahre später in der Sowjetunion hochaktuell ist.



# Die „Entnazifizierung“ Heideggers

Betrifft: Es wird wieder interpretiert, AK 294

Kaum hat man sich an die eine Katastrophe halbwegs gewöhnt, kommt die nächste, die uns mit Luchsaugen ausgestattete AK-Redakteure erbarmungslos emhüllen. Frisch, frisch, dynamisch die Präsentation des Artikels zu Heidegger und „Schöpfung“. Philosophie ist wieder in ... (Ähnlich treffsicher wäre die Meldung: „Schreiben ist wieder in“, „Rechnen ist wieder in“, „Physik ist wieder in“; worauf bezieht sich das ultigke Adverb?) Von der Apo zur Apokalypse ... Die Renaissance bürgerlicher Philosophie ... Es kommt noch schlimmer: „Es wird wieder interpretiert, interpretiert, spekuliert ... Kein Wunder also, wenn man als alarmierende Hauptüberschrift: „Es wird wieder interpretiert“ liest. Was soll das alles heißen? Daß ein Revolutionär nach dem Geschick des Autors die Wahrheit „entpindelt“ oder sie ihm ins Gesicht springt — die berühmte Macht der nackten Fakten —, und ruckzuck wird dann verändert, oder wie oder was? Ist „philosophieren, interpretieren, spekulieren“ für den Autor auf jeden Fall „bürgerlich“ und führt gelegentlich zum Nazismus (Heidegger)? Das Rätsel bleibt ungelöst. Tatsächlich heißt die Formel von Marx (Deutsche Ideologie): „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern“ (Hervorhebung von mir). Nun heißt es im AK: „diesmal berichten und polemisieren wir ausführlich zu Heideggers Entnazifizierung...“. Wieder eine dieser nicht eingelösten Versprechen. Denn weder zur Ent- noch zur „Entnazifizierung“ Heideggers wird „ausführlich polemisiert“.

Zum Wesen der Dinge: der Artikel beginnt in seinem zweiten Absatz („Existenziale“ bis „Heidegger-Schüler“) so, daß ich diese Zeilen — wüßte ich nicht, daß sie tatsächlich 1988 geschrieben wurden — glatt für einen Auszug aus einem so-wjetischen oder deutschdemokratischen so-tatsächlich 1988 geschrieben wurden — glatt für einen Auszug aus einem so-wjetischen oder deutschdemokratischen Aufklärungsbuch über bürgerliche Dekadenz der westlichen Philosophie aus der Wende der vierziger zu den fünfziger Jahren halten würde: sie sind vom selben un-nachahmlichen wehlaufigen Charakter und Esprit. Die Methode: der Autor nennt einige „Existenziale“, beispielsweise „Geworfenheit des Menschen in die Zeit“, „Hinaus-Stehen im Nichts“, die er weiter oben und weiter unten ohne weitere Kommentare als „öde Tautologien“ — nein, nicht interpretiert — erkennt. (Es gibt auch jene Zusammenfassung: „die Kritik der ‚Moderne‘ als Abgleiten in die Entfremdung durch die Technik, ins ‚man‘ der demokratischen Massenzivilisation“, dazu später.)

Vorweg: natürlich kann man über Heideggers nachweisbaren Zuspruch zum Nazismus urteilen, ohne das komplette Heideggersche Werk zu kennen, also ohne dieses einzubeziehen. Denn hierzu gibt es genügend deutschsprachige Dokumente von und über Heidegger. Dann soll man das auch so machen. Hier aber geht es um anderes, denn unbestreitbar können nicht nur einzelne Begriffe, sondern ganze Seiten, nicht nur von Philosophen und nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von Marx zitiert, abgedruckt werden, wohl hoffend auf den „gesunden Menschenverstand“, der sich über das „Verschrobene“, „Geschraubte“ auf die Schenkel klatschen soll. Solche „Prämi-“ stimmt unwohl: ob sie tauglich ist, mehr als Ranküne oder Ressentiment des Kastenfremden auszudrücken bzw. an jene Gefühle zu appellieren, geschweige denn den „gesunden Menschenverstand“ — den sich eine kommunistische Zeitung vermutlich nicht als Ideal setzt? — zu verändern, bezweifle ich. Es ist nicht viel mehr und nicht viel weniger als: „Was ich nicht kenne / nicht verstehe, muß idiotisch / bürgerlich sein.“ Für den Befriedenden mag es beruhigend sein. Was vermutlich der einzige Sinn solcher Methode ist: der Autor selbst wird zugeben müssen, daß aus den hier genannten Begriffen sich keine Zustimmung Heideggers zum Nazismus deduzieren läßt, was doch irgendwie Thema des Artikels ist.

Nachdem also einige „Existenziale“ aus dem Heideggerschen Repertoire der hoffentlich kopfschüttelnden Leserschaft geliefert wurden, kommt der wunderbare Satz: diese „ließen ihn zum Hauptinterpreten bürgerlichen Selbstverständnisses nach dem Ersten Weltkrieg werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg avancierte er zum Stichwortgeber des sich in Frankreich entwickelnden Existenzialismus, insbesondere in der von Sartre und Camus begründeten französischen Schule, obwohl er sich später von Sartre distanzierte. Leute wie Günther Anders, wie Ludwig Marcuse sind Heidegger-Schüler.“ Die zutreffenden Angaben in diesen zwei Sätzen: Sartre hat Heidegger gelesen, Camus vielleicht, und Herbert Marcuse hat bei ihm

studiert, 1928, der Nazismus kam, Marcuse ging, also emigrierte 1933.

Sartre hat Heidegger gelesen. Und zwar einen Sammelband, *Was ist Metaphysik?*, von Henri Corbin übersetzt, das einzige, was es damals an Heideggerscher Literatur auf dem französischen Markt gab. Eine vollständige Übersetzung von *Sein und Zeit* — 1927 in Deutschland erschienen — gibt es in Frankreich erst seit drei Jahren, seit 1985. Der Hinweis auf Corbin lohnt: seine Übertragung ins Französische lieferte die Prämissen zur sogenannten „existentialistischen“ Lektüre Heideggers, da er beispielsweise das „Seiende“, eine grundlegende Heideggersche Kategorie, in „Existierendes“ (existent), die „Eigentlichkeit“ in „Authentizität“ (authenticité), „Un-Wesen“ in „Nichts“ (néant), „Dasein“ in „menschliche Realität“ (réalité humaine) etc. übertrug. Welche Bedeutung Übertragungen, also Übersetzungen zu-kommt, kann man umgekehrt am Beispiel von Sartres Überlegungen zur Judenfrage nachprüfen: ganz abgesehen vom Titel, *Reflexions...*, der im Deutschen kontemplativ-verklärend „Betrachtungen“ heißt, wird hier der „authentische“ bzw. „inauthentische“ zum „verschämten“, „unaufrichtigen“, gar „unehrlichen“ Juden; ein weiteres Beispiel betrifft die bis vor kurzem noch übliche deutsche Übersetzung von „Engagement“, ein zentraler Begriff im Sartreschen Vokabular, als „Bindung“. Das ist das eine Wissenswerte zur Frage der „Stichworte“, das andere: eben die Heideggerschen Begriffe und Themen des „man“, des Selbstseins, der Entwurzelung, der Bodenständigkeit, der Achse Griechenland — Deutschland als Heimat des Seins etc. pp. ganz zu schweigen von der Heideggerschen „Kritik der ‚Moderne‘“ (Heideggers Spätwerk hat bei ihm ohnehin keine Rolle gespielt), kommen bei Sartre erst gar nicht vor. So hat sich auch Heidegger nicht „später“ vom Sartreschen Existenzialismus — mit dessen „Schule“ und „Begründung“ Camus im übrigen wenig „*Simone de Beauvoir* (!) jedoch viel zu tun hat — distanziert, sondern *sophistic* (sophistisch) im Sartreschen *Das Sein und das Nichts* in Frankreich, 1945 kannte Heidegger Sartre nur aus gelegentlichen Zeitschriftenaufsätzen, und schon 1946 weiterte er sich in seinem *Brief über den Humanismus*, mit Sartres Existenzialismus assoziiert zu werden, was eine „grundlegende Mißdeutung“ seines Denkens sei (ist).

F. scheint das anders zu sehen, was sein gutes Recht ist, dafür muß er aber zwei Fragen beantworten: Worin ist Sartre ein „bürgerlicher Philosoph“? Und welche bitte sind die dem deutschen NSDAP-Mitglied Heidegger und dem französischen Autor der 1946 veröffentlichten *Überlegungen zur Judenfrage* gemeinsamen „Stichworte“? Sartres weiteres umfassendes Engagement — in Leben und Werk — setze ich als bekannt voraus und erspare mir daher an dieser Stelle, es zu referieren. Ein Kleinbürger, eine nihilistische, dekadente, individualistische mit dem Füllfederhalter bewaffnete Hyäne: Fa-knapper Spotz zu Sartre und Heidegger läßt diesen moskowschen Originalton von Ende der 40er Jahre dumpf mit vibrieren, der sich, wie so vieles andere auch, in der DDR länger zäh am Leben gehalten hat.

In selben saloppen-ungezwungenen Stil geht es weiter: „Leute wie ... Marcuse“ seien ebenfalls Schüler des bürgerlichen Stichwortgebers gewesen. Neben weiteren Aufsätzen, Interviews etc. zu diesem Thema, beispielsweise einem Aufsatz, den er 1934 aus dem Pariser Exil zu einem nationalsozialistischen Aufruf des Rektors Heidegger geschrieben hatte, hat Marcuse auch 1977 unter dem Titel „Enttäuschung“ einen kurzen Text zum „Lehrer“ geschrieben: „*Sein und Zeit* erschien in der Niedergangsphase der Weimarer Republik: die Nähe des Naziregimes, die kommende Katastrophe war überall spürbar ... Heideggers Werk schien mir und meinen Freunden ein *Neu-Beginnen*: wir erlebten sein Buch ... endlich als eine konkrete Philosophie: hier war von der Existenz die Rede, unserer Existenz, von Angst und Sorge und Langeweile usw. (...) Nur allmählich merkten wir, daß die Konkretheit des Heideggerschen Philosophierens im hohen Grade eine scheinhafte war. (...) Ich verließ Freiburg im Jahre 1933. (...) Erst später versuchten wir, eine Affinität zwischen seiner Philosophie und seiner Politik herzustellen. Heute scheint es mir schamlos, Heideggers Bekenntnis zum Hitlerregime als (kurzen) Fehltritt oder Irrtum abzutun: ich glaube, daß ein solcher Philosoph sich solchen ‚Irrtum‘ nicht leisten kann, ohne seine eigene und eigentliche Philosophie zu desavouieren“ (in: *Erinnerung an Martin Heidegger*, Neske,

1977, 162f.)

Doch das Frappierendste an F.s Beitrag ist folgendes: seine „ausführliche Polemik zu Heideggers Entnazifizierung“ verschweigt genau das, wozu auch M.H. bis zum Schluß eben „entschlossen“ schwierte: Antisemitismus und Judenver-nichtung. Es gibt dutzende und aberdutzende Philosophen, die nicht vorhaben, die Welt revolutionär-demokratisch zu verändern, es gibt dutzende und aberdutzende von Menschen, die, ob aus Überzeugung, aus Feigheit, aus Karriere-sucht oder aus allen Gründen zusammen, der NSDAP beigetreten sind und ihren Beitrag bis ’45 pönklich bezahlt haben. Die Anspielung auf eine trübe Banalität meint keine Entschuldigung. Es gibt heute immer noch, und immer wieder, aberdutzende von Menschen, die der „Technik“, der „Moderne“, dem „Amerikanismus“ die Reinheit der Natur, die Idylle von Feld- bzw. Holzwegen, das Archaische u.ä.m. vorziehen und sozusagen „die ‚Moderne‘ als Abgleiten in die Entfremdung durch die Technik, ins ‚man‘ der demokratischen Massenzivilisation“ kritisieren, wie F. formuliert. Hieran könnte man das Thema des „Stichwortgebers“ vermutlich ergiebiger als an dem Beispiel Marcuse oder Sartre studieren. Obnehin stellt sich die Frage, ob Heideggers Kritik am „man“ oder an der „Jemenigkeit“ so elitär-aristokratisch ist, wie der Begriff zunächst suggeriert, wo diese Denkweise seiner Zeit nicht gerade einer Minderheit vorbehalten blieb, ganz abgesehen von ihrem Platz innerhalb der deutschen philosophischen Tradition.

Heidegger soll seinen Einsatz für den NS als „große Dummheit“ bezeichnet haben. Vermutlich ärgerte ihn vor allem seine „dumme“ Lehrsuhlsuspendierung nach der deutschen Niederlage durch

eine französische Säuberungskommission. Mehr hat er nämlich dazu nicht ver-raten. Trotz wiederholter Bitte, beispielsweise seitens des Dichters Paul Celan. Mit einer Ausnahme. In einem Bremer Vortrag über *Technik und Gelassenheit* an der Wende der vierziger zu den fünfziger Jahren verglich er das „*Wesen der modernen motorisierten Nahrungsindustrie*“ mit dem „*Wesen der Leichenherstellung in Gaskammern und Todeslagern*“. Wer so hartnäckig dazu schweigt, der wird, so „spekuliere“ ich mal, dem zustimmen.

Daß ihm ein Antisemitismus nicht fremd gewesen ist, läßt sich mühelos aus Heideggers Thematik ablesen, aus dem, was er verabscheute, eben die Moderne, die Welt der Wechsler, das Geschäftliche, das Planerische, das Rechnerische, die Urbanität schlechthin, die Entwurzelung: alles Leitmotive des Antisemitismus, die von F. erwähnt werden, aber nicht diesem konkreten und, wie man weiß einigermaßen virulenten, historischen-politischen Kontext zugeordnet werden, was doch sonst eine bei Nichtspekulierern geschätzte Interpretationsmethode ist. Daher beweist es auch F.s unbedingte Gedanken „kontinuität“, wenn die zwei Klammern, zwischen die Victor Farias selber Heideggers Leben und Werk setzt, was geneigte Rezensenten am meisten geärgert hat (von Hanjman in der FAZ bis Jürgen Buchs im *Pflasterstrand*), und wie ferne der erwähnte *Konkret*-Artikel ebenfalls wiedergibt, bei F. schlicht *abwesend* sind (eine Lappalie!). Die beiden Reden Heideggers zu Öster-reich (Abraham a Sancta Clara aus dem 17. Jahrhundert, die eine als Einundzwanzigjähriger, die zweite als Fünfundsiebzigjähriger gehalten. Reden zu Ehren eines Menschen, der die Juden als größte

Feinde der Deutschen ausmachte, und die wohl in dem uns leider vertrauten historischen-gesellschaftlichen Kontext unbedingt der Hervorhebung wert sind. Heidegger soll seine NS-Zeit als eine „Dummheit“ bezeichnet haben. Jahrzehnte „danach“ ehrt er einen antisemitischen Augustinermönch als „Meister unseres Denkens und unserer Sprache“. Beide Male wird er kaum gelogen haben. Daß Goethe, daß Schiller Gefallen an der „pittoresken“ Sprache Abraham a Sancta Clara gefunden haben, ehrt beide nicht. Wer aber zu Auschwitz rigide schweigt und ansonsten solche Elogen verfaßt, gibt zu denken. Ob in Frankreich, wo die Heidegger-Debatte schon 1946 begonnen hat, und zwar genau in der von Sartre und Beauvoir gegründeten Zeitschrift *Les Temps Modernes*, oder in der BRD — gerade diese Herausstellung von Victor Farias ist in das Zentrum der Auseinandersetzung gerückt. Mit Ausnahmen, Beispielsweise: der AK.

E.

\* Zwei Lesehinweise: in *Mein Leben in Deutschland* vor und nach 1933 (Metzler, 1986) berichtet der frühere Heidegger-Schüler Karl Löwith (Denker in dürftiger Zeit) einerseits über „Heideggers Übersetzung des ‚eigenen Daseins‘ in das ‚deutsche Dasein‘“ sowie über sein „letztes Wiedersehen mit Heidegger in Rom 1936“, wohn Löwith emigriert war. Bei diesem Treffen, wo es der Freiburger Philosoph nicht einmal beim Besuch seines früheren jüdischen Schülers für nötig hielt, sein Hakenkreuzabzeichen abzunehmen, stimmte Heidegger zu, daß seine Parteinahme für den NS im Wesen seiner Philosophie läge und daß der NS „der für Deutschland vorgeschriebene Weg“ sei (S. 56f). Zu Sartre-Heidegger siehe in Sartre, *im Kongreß* (Rowohlt, 1968) den Aufsatz von Georges-Arthur Goldschmidt „*Est de jérusalem? Gemeinschaft oder Gesellschaft — Heidegger oder Sartre?*“ (S. 429ff).

## Vom neuen Draculaismus

Zur Schopenhauer-Nietzsche-Heidegger-Debatte

Merkwürdig genug. Wie aus dem Sarg wiederauferstanden, geht ein philosophischer Dracula um, will es scheinen, und die wechselnde Gestalt, in der er sich naht, heißt Heidegger, heißt Nietzsche, Schopenhauer. Freilich, die Linke sollte doch wissen — es gibt keine Geister, es sei denn in deren eigenem Reich, wo sie sich, sei's drum, tummeln mögen, solange sie lustig sind. Wenn also, wie nun auch im AK registriert wird, aus allerlei Gegenden etwas „herüberschwappt“ zu uns — soll heißen: in die westdeutsche philosophisch-politische Diskussion —, wäre dies doch belanglos, handelte es sich dabei um eine bloße Mode in bürgerlich-akademischen Philosophenkreisen und ihrem medienvermittelten Umfeld. Daß es dabei dann auch zu Wiederbelebungen einer anrüchlichen Tradition kommen mag, wäre in Erinnerung an die Preisträgerschaft eines Jüngers, an geplante Museen für Deutsche Geschichte, an Historikerstreitigkeiten etc. nicht allzu erstaunlich. Was wäre schließlich die dracula-wäre Auferstehung anderes als (wenn zwar nicht gerade Zeichen einer „Wende“, so doch immerhin) Hauch des „berühmten Zeitgeistes“, der derzeit bekanntlich aus wechselnden bürgerlichen Richtungen bläst?

Ich plädiere dafür, die beschriebene Wahrnehmungstrategie, soweit sie ein Element Beruhigungssillusion enthält, aufzugeben. Illusionär und beruhigend wäre es, sozusagen „von außen“ zu beobachten, was sich auf fremdem Territorium abspielt — auf dem verworrenen, geschichtsphilosophisch allemal schon erledigten Gelände spätkapitalistischen Bürgerdenkens. Sowie schaut mensch sich gegebenenfalls durch Löcher im Zaun an, im übrigen gilt ihr: Betreten verboten! Eltern haften für ihre Kinder!

In Wahrheit aber gibt es den Zaun wo-möglich gar nicht, und wo wessen Gelände beginnt und aufhört, ist keineswegs ausgemacht. Die begonnene Diskussion (AK 293 und 294) sollte deshalb in jedem Fall eine explorative sein: Betreten fremden Geländes erwünscht und notwendig!

Folgende Punkte, schlage ich vor, sollten dabei zum Erkundungsprogramm gehören:

1. Was sich jetzt bereits in der Tagespresse darstellt, ist ersichtlich die aktuelle Zuspitzung eines seit langem laufenden Prozesses. (Ich beziehe mich auf die west-deutsch/westeuropäische Diskussion; im Gegensatz dazu wäre, was die DDR bzw. gar die Sowjetunion angeht, ja vielleicht doch von Verhältnissen auszugehen, die eine deutlich getrennte Betrachtung notwendig machen. Was natürlich nicht

heißt, daß eine dortige Nietzsche-Diskussion nicht auch ein Reflex auf und ein Eingreifen in ideologische Prozesse des Westens ist). Die neuerliche Beschäftigung Farias mit Heideggers Faschismus-Allianz ist ja keineswegs eine nur privat motivierte und im Zeitpunkt beliebige Abrechnung. Sie reagiert, von „links“, auf die Situation, daß sowohl in Frankreich wie mittlerweile auch in der BRD Nietzsche und Heidegger zum festen Bestandteil arrivierter Zeitdignostik gehören. In Frankreich geht die Aufnahme Heideggers, u.a. durch Sartre, bis in die Kriegszeit und die frühen Nachkriegsjahre zurück, und speziell seit den 60er Jahren wird die dracula'sche Philosophie dort systematisch etabliert, durchaus aber nicht etwa in Enklaven Konservativer und Ewiggestriger. Auf Nietzsche und Heidegger berufen sich gerade solche Philosophen und Gesellschaftstheoretiker, die als Linke mit einem wie auch immer varierten Marxismus starteten und nach 1968 zwar noch immer nicht bereit waren, die bestehende als die beste aller denkbaren Welten zu akzeptieren, dafür aber statt Marx jetzt Nietzsche und Heidegger bemühten. Zwischen Deleuze und Derrida und Foucault und selbst Glücksmann und Lévy etc. mögen erhebliche Unterschiede nach Anspruch, Qualität und Aufrichtigkeit bestehen, — sie umstandslos als „rechtes Lager“ sich vorzustellen, das sich jetzt „in Verteidigung“ ihrer Nietzsche-Heidegger-Philosophie befindet (angesichts einer „Offensive von links“) — das wäre denn doch allzu gefällig sortiert. Der ideologische Ort des wiederauferstehenden Heidegger (er stelltvertretend für den Draculaismus insgesamt) ist doch wohl eher eine zerfallende, verunsicherte, nach neuer Orientierung suchende Linke — oder doch: ehemalige Linke.

Wie in Frankreich, so in der Bundesrepublik. Bei allen Unterschieden und historischen Besonderheiten der west-deutschen Situation, erst mit dem Zer- und Verfall des linken Ideologieschubs nach 1968 gerieten Nietzsche und Heidegger ins Zentrum des „Zeitgeistes“ und zwar, denke ich, nicht als Phänomene eines endlich wieder sich ausbreitenden Konservatismus, sondern als Ausdruck einer Nicht-mehr-Linken. Beispielfhaft etwa nachzulesen in Sloterdijks „Kritik der zynischen Vernunft“, die nun auch schon seit fünf Jahren auf dem Markt ist. Die durchaus rechte Tradition, für die Heidegger ungebrochener Vordenker blieb seit der Weimarer Republik und dem NS-Regime, war selbstverständlich nie

ganz tot. Geradezu gegen den herrschenden „Zeitgeist“ der 50er und 60er Jahre stellte Adorno seine Auseinandersetzung mit Heidegger („Jargon der Eigentlichkeit“) — vier Jahre vor 1968. Durch Frankfurter Schule und diverse orthodoxe und Neo-Marxismen wurde diese Heideggeri jedoch schließlich bis in die späten 70er Jahre hinein so weit abgedrängt, daß sie in staubigen Universitätsböden oder vergräbten Rechtszirkeln verweilte. Von da ging, würde ich meinen, kein Impuls für eine Neu-Heideggeri aus, wie überhaupt, was mich heute abspielet, keine Neuauflage der 50er/60er Jahre ist. 2. Die komplizierte Historie des Draculaismus (wie sie hier sicher nur ganz unzureichend angedeutet werden kann) legt immerhin nahe, allzu vorläufigen Abwehrmaßnahmen zu militärisieren. Ich führe, eine Tabuisierungstrategie beispielsweise, die unter bestimmten Bedingungen sowohl nützlich als auch hinreichend und also sinnvoll sein kann, ist in der gegebenen Situation nicht geeignet, der Wiederauferstehung Heideggers gerecht zu werden. Instrument einer Tabuisierung kann der Nachweis sein, daß Heidegger mit dem NS-Faschismus paktierte. Sein persönliches Verhalten, sein hochschulpolitisches Taktieren, seine kulturpolitischen Erklärungen („Rektorsrede“) — vor wie nach 1945 — lassen keinen Zweifel, er hat paktiert. Das war im Prinzip und ist erneut durch Farias' Recherchen bekannt. Was heute Heidegger aufgeführt wird, stößt das jedoch allemal nicht auf „ignorante Verblöpfung“. Durchaus in Kenntnis des Pakts zwischen Heidegger und den Faschisten und des Vorwurfs, Heidegger sei ein faschistischer Philosoph, befassen sich Derrida bis Sloterdijk mit der Erneuerung seiner Philosophie. Was innerhalb eines engen linken und antifaschistischen Kodex' noch hinreichen mag, einen Ideologen zu diskreditieren, ist offensichtlich nicht ausreichend vor erweitertem Publikum. Der neue Heideggerismus operiert mit dem Argument, zwischen dem Faschistenfreund H. und dem Kern — oder gewissen Teilen — seiner Philosophie könne und müsse getrennt werden. Das mag so sein, das mag nicht so sein. Diese neue Rezeption Heideggers mag willkürlich, grotesk, verlogen sein — nachweisen läßt sich das nicht ohne Heideggers Texte, ohne die Inhalte seiner Philosophie. Ihre Attraktivität hat sich schließlich gegen die Hemmnisse der Person, der Regimeloyalität, der schrecklichen Sprache durchgesetzt.

Fortsatzung nächste Seite



Die GRÜNEN/SH — nicht wählbar?

Anmerkungen zu „Anstand siegt“, ak 294, Seite 2

Im letzten ak sind die Grünen/SH reichlich überheblich als nicht wählbar dargestellt worden. Einige KBlerInnen sehen das anders und hätten zumindest eine differenzierte, sachlichere Darstellung des Grünen-Wahlkampfes erwartet. Das bezieht sich auf folgende Punkte:

1. Die Rahmenbedingungen dieser Wahl schränken die Erfolgsaussichten der Grünen erheblich ein: Einmal kann die SPD traditionsgemäß auf ihr linkes Image verweisen und damit linken Kritikern/Konkurrenten viel Wind aus den Segeln nehmen. Schleswig-Holstein hat eine überwiegend konservativ geprägte Wahlbevölkerung und eine relativ geringe entfaltete Linksoption. Hinzu kam bei diesem Wahlkampf das enorme „Betroffenheits-Plus“ der SPD als „Leid“-Tragende der Barschel-Affäre. All das bewirkt zumindest eine hohe SPD-Wähler-Mobilisierung und einen außerordentlichen Schulterschluss der SPD.

Diese ungemein nachteiligen Startbedingungen werden bei der Beurteilung der Grünen vernachlässigt, sie werden als mögliche Meßlatte ignoriert, während unterschwellig der Eindruck erweckt wird, als sei ein absehbares Resultat unter 5% „selbstverschuldet“.

2. Stattdessen erhebt der Artikel eher grundsätzliche Unzulänglichkeiten und Schwächen der Grünen zum Gradmesser seiner Beurteilung: „Kein politikfähiger Faktor“, kein „politisch-pointierter Wahlkampf“. Ja, wann hatten wir das je, in welchem Landes- oder Ortsverband? Oder umgekehrt: Warum sind für uns die Grünen ein „Wahlverein“ und „ein Kind der 5%-Hürde“? Bei dieser Meßlatte hätten wir die Grünen kaum je empfehlen dürfen.

Korrektweise sollte auch erwähnt werden, daß die Grünen zu einigen wichtigen Themen eine zwar wenig spektakuläre, aber solide Arbeit geleistet haben: Zu nennen wären z.B. ihre Antifaschismus-Agitation, umrahmt durch die „Weltbühnen“-Revue des Katakombentheaters, Frankfurt, die ein sehr interessantes, weil Grünen-untypisches Publikum anzog. Oder die AKW-Ausstieg-Problematik (der Konflikt Jansen-Engholm, der Lübecker SPD-Skandal), umrahmt durch den immerhin medienwirksamen Anti-Atom-Törn.

3. Der ak-Artikel übernimmt unbedacht die „Iaz“-Behauptungen, daß den Grünen zu „Barschel“ überhaupt nichts einfällt. Das ist zunächst einmal falsch: Sowohl in ihrer Wahlzeitung, in ihrer Wahlkampf-Eröffnungspressekonferenz sowie in einem Wahlkampf-Flugblatt „Barschel, Pfeiffer, die CDU und die Schwulen“ nahmen sie zu dem Thema Stellung. Das mag zu wenig gewesen sein — nur, damit hätte man sich auseinandersetzen müssen!

Überhaupt „Barschel“: Ob das Thema „unweigerlich polarisierend gewirkt“ hätte — ich möchte das bezweifeln. Schließlich ist das zuerst einmal ein SPD-Thema und jedes Aufgreifen wirkt bei unserem heutigen Kenntnisstand über die Affäre selbst als SPD-Wahlhilfe — es stärkt schließlich deren Betroffenheits-Mythos. Andere und weiterführende Schlußfolgerungen müssen sich davon erst einmal freischwimmen — ein schier unmögliches Unterfangen bei der hiesigen Medienlandschaft.

4. Den linken Grünen wird das Scheitern ihrer (angeblichen) Versöhnungsstrategie gegenüber den Realos angekreidet. Belegt wird das damit, daß sowohl „Iaz“ als auch die Realo-Prominenz „abgewunken“ hätten. Mal ganz davon ab, daß das so nicht stimmt (Fischer, Schoppe und Co. haben ihr — Mini-

Pflichtprogramm absolviert: Das Abdriften der „Iaz“-Macher auf eine immer offener SPD-Unterstützung als Beleg für einen links-grünen Fehlschlag heranzuziehen, verkennt völlig die Entwicklung. Schließlich finden diese Vorstöße gegen Grün für SPD zu einem Zeitpunkt statt, wo die Grünen in der Koalitionsfrage den Realos klein beigeben. Heute reicht das nicht mehr — selten wurde so deutlich, daß die Forderung nach Koalitionsbereitschaft bei diesen „Alternativen“ um Mehr und Hartung nur ein Vehikel war (oder ist), um der SPD selbst den Weg freizuschaffen.

5. Mensch mag den Grünen vorhalten, sie hätten viel zu zäh, zu defensiv usw. agiert. Aber es gibt für die explizite Behauptung, sie hätten einen „unscheinbaren Koalo-Wahlkampf“ gemacht, keine Belege (wenn einmal von dem resonanzlosen Vorstoß einiger Lars Hennings-Getreuer abgesehen wird).

Durch die schrofte Engholm-Abgrenzung („... weder inhaltlich noch personell hätten die Grünen der SPD viel zu bieten“) waren die Grünen in ihren Reden, Flugblättern und Interviews herausgefordert, den „kleinen Unterschied“ zur SPD zu betonen. Das hat vor allem auch die SPD immer wieder verärgert festgestellt.

6. Gerade weil die SPD für ihren Überwarter Björn Engholm eine quasi „kostenlose“ Unterstützung auch aus dem Lager der Linken und Alternativen verbuchen konnte (nur der Regierungswechsel, der Anstand zählte; verbindliche Reformzusagen wurden ja gar nicht erwartet) — gerade darum wiegt natürlich jede Stimme, die sich diesem unpolitischen Sog entzieht, doppelt.

Das wäre schon Grund genug gewesen, zur Wahl der Grünen aufzurufen.

kn, Flensburg

Karambolage

Nach einer längeren Pause ist wieder eine Jugendzeitschrift erschienen, die von der KB-Jugendgruppe Hamburg herausgegeben wird. Im letzten Jahr ist das Zeitungsprojekt „CLINCH“ zerbröckelt, an dem wir mit anderen politischen Strömungen zusammengearbeitet hatten. Diese Entwicklung traf sich damit, daß in der KB-Jugend verschärft Interesse daran aufkam, die Herausgabe eines Jugendmagazins als praktischen Arbeitsschwerpunkt anzugehen.

Anfang März erschien die erste neue

— Institutionen der imperialistischen Blöcke Fitzumachen. Interessenten können sich bei der unten angegebenen Adresse melden.

In der jetzt erschienenen Sommernummer sind einige Artikel aus anderen Orten, diese Karambolage ist auch die erste, die in zwei Ausgaben erscheint: Einmal als Hamburger Jugendmagazin und darüberhinaus auch als bundesweit verkaufte Ausgabe.

Aus dem Inhalt:

Karambolage

Nach einer längeren Pause ist wieder eine Jugendzeitschrift erschienen, die von der KB-Jugendgruppe Hamburg herausgegeben wird. Im letzten Jahr ist das Zeitungsprojekt „CLINCH“ zerbröckelt, an dem wir mit anderen politischen Strömungen zusammengearbeitet hatten. Diese Entwicklung traf sich damit, daß in der KB-Jugend verschärft Interesse daran aufkam, die Herausgabe eines Jugendmagazins als praktischen Arbeitsschwerpunkt anzugehen.

Anfang März erschien die erste neue Karambolage. Sie ist auch noch bei uns erhältlich. Anfang Juni erscheint jetzt Karambolage Nr. 6, rechtzeitig zum Sommer. Mit der letzten Karambolage hatten wir ein gemischtes Echo. Nicht nur beifälliger Zuspruch erreichte uns, sondern auch Kritik. Seis nun, daß das verehrte Publikum teilweise mit heftig abweichenden Ann- & Beibewegungen auf das rote Teufelszeug reagierte (da können wir dann wirklich nicht weiterhelfen), oder was auch vorkam, waren Kritiken wie ihr seid ja gar nicht hip, wo ist denn bei euch die positive Strahlung. Wir haben uns also bemüht, ein positives Magnetfeld zu entwickeln, wir haben uns mit einem Affenzahn um unseren eigenen Bauchmabel gedreht, und uns ward Erfolg beschieden: Mit einem lauten Boiling lösten sich die stahlhart geschmiedeten Hammer & Sichel von der Wand und tanzten Tango mit einem anonymen Bombenwecker. Wir wollen selbstredend auch eine vielseitige, bunte, allüberall erhältliche, radikale Karambolage machen. Aber: Erstens haben wir nur sehr wenig Geld, zweitens leben wir nicht nur für die Politik, so daß viele Ideen verpuffen, weil wir's einfach nicht schaffen, auch noch daddazu was zu machen und sich noch hierdort einzumischen. Wir sind zwar unmäßig neugierig, aber überall können wir unsere Nasen auch nicht reinstecken (Gruß an Nick Knatterton).

Was soviel heißt, wie daß wir jede Menge Möglichkeiten zur Beteiligung an unserer Karambolage und an unserer „kommunistischen Jugendpolitik“ sehen, für diejenigen unter euch, die ähnliche Sachen wie wir im Kopf haben. Am 8. Mai, dem Feiertag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, haben wir uns mit KB-Jugendlichen aus verschiedenen Orten (und der BWK-Jugendgruppe Schleswig) getroffen und eine breitere Beteiligung an der Karambolage nicht nur aus Hamburg besprochen. Außerdem wollen wir anfangen, gemeinsame Wochenendseminare zu machen zu Themen, die allüberall auf Interesse stoßen. Vom 17.-19. Juni wollen wir gemeinsam ins Grüne fahren, um uns zum Thema IWF/Weltbank

— Institutionen der imperialistischen Blöcke Fitzumachen. Interessenten können sich bei der unten angegebenen Adresse melden.

In der jetzt erschienenen Sommernummer sind einige Artikel aus anderen Orten, diese Karambolage ist auch die erste, die in zwei Ausgaben erscheint: Einmal als Hamburger Jugendmagazin und darüberhinaus auch als bundesweit verkaufte Ausgabe.

Aus dem Inhalt:

— Jamaika aus Tourisicht — Ein Reisebericht — Imperialismus — Versuch einer Erklärung — Ist der WG-Schlaff ein heimlicher RAFff? — Terrorfahndung mit Eignungstest — Jugendbewegung im Baskenland — Ein Interview mit Jugendlichen von Ke-

men —

— Widerstand gegen Schulschließungen in Bremen

— „Die Europäer haben ... die Eingeborenen gelehrt“ — Die „III. Welt“ im Schulbuch —

— Der „neue“ Weg der Jungen Union, mit reaktionären Ideologien zum Ziel

— Asyl für die von Todesstrafe bedrohten Chilenen

— DGB-Apparat zermahlt Stullenclub

— Harburger DGBeton —

— Die neue Bewegung — Gedanken

men —

— Widerstand gegen Schulschließungen in Bremen

— „Die Europäer haben ... die Eingeborenen gelehrt“ — Die „III. Welt“ im Schulbuch —

— Der „neue“ Weg der Jungen Union, mit reaktionären Ideologien zum Ziel

— Asyl für die von Todesstrafe bedrohten Chilenen

— DGB-Apparat zermahlt Stullenclub

— Harburger DGBeton —

— Die neue Bewegung — Gedanken

— Unzerstörbarer Zerstörer Asbest —

Ein Baustoff, der krank macht —

Bestellen läßt sich die Karambolage bei der KB-Jugend c/o Hamburger Satz- & Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2 Hamburg 20.



Fortsetzung von vorheriger Seite

Ist das nun ein Programm der Entlastung und Aufwertung? Eher nicht. Wenn Heideggers Bedeutung als einer der zentralen Denker der Nach- und Vorkriegsphase sich bestätigen soll, muß seine Attraktivität über „Sprach-Chauvinismus“ und „provinziell-sentimentalische Tautologie-Wüsten“ wesender Wesenheiten hinausgehend. Sollte an ihm aber tatsächlich nur, wie an irgendwelchen anderen Schreibern, der reine Wiedererkennungs- und Wiederherstellungswert zu bemerken sein, den er jenen bietet, die ihn heute als Diagnostiker des entfremdeten, verdinglichten Lebens lesen und sein Therapieangebot suchen. Die im AK zitierte Anekdote des späten Heidegger ist da ein beruhigender Hinweis: „Der Nationalsozialismus ist zwar in die Richtung gegangen (die Heidegger vorschwebt), diese Leute aber waren viel zu unbedarft im Denken, um ein wirklich explizites Verhältnis zu dem zu gewinnen, was heute geschieht und seit drei Jahrhunderten unterwegs ist.“ Die anschließende Interpretation schlußfolgert: „Bitte! Die Nazis waren nicht auf dem falschen Weg, sie waren nur nicht konsequent genug.“ Wie soll das zu verstehen sein: Heidegger als Propagandist einer noch barbarischeren SS, eines noch umfassenderen und viel früher einsetzenden Vernichtungsprogramms, einer viel grundlegenderen Aufordnungsmedizin, einer Ausrottung des Sozialismus schon im Kindergarten? Läßt sich Heideggers Tadel, die Nazis seien nicht „explizit“ genug im Denken und Handeln gegenüber der seit drei Jahrhunderten eingeleiteten Gegenwart gewesen, auf diese Art als die Vorstellung von einem „konsequenten“ Nazismus lesen? Heideggers Aktualität könnte stattdessen darin bestehen, daß er Stichworte für eine ganz unnazistische, radikal erneuerte Moderne liefert — so wie im realen Faschismus Züge einer Modernisierungstendenz des Kapitalismus enthalten sind, was verschiedene Analysen lauten. Was Heidegger da vorschwebt, wäre aber erst einmal zu begreifen: nicht auszuschließen, daß sich dann erst dann der volle Schrecken über sein Philosophieren entfaltet. So — mit einem scharfen Blick auf den Modernisierer Heidegger — wäre dann auch das postmoderne Spiel mit dem Draculismus anzugreifen.

3. Tatsächlich geht es ja nicht um richtiges Heidegger-Lesen, auch nicht um seine Philosophie (oder Nietzsches/Schopenhauers) allein. Die draculische Linie ist Teil einer Orientierungssuche, die — ob zu Recht oder Unrecht so genannt, sei dahingestellt —, als Postmoderne auftritt oder als solche thematisiert wird. „Es wird wieder philosophiert, interpretiert, spekuliert“, heißt es im AK quasi über- rascht, obwohl doch, längst vor dem Schopenhauer-Jahr und Farias' Streitschrift um Heidegger, genau das getan wurde, rechts wie links. Wie sollte es auch anders sein, wenn (von der Rechten

ist hier natürlich nicht zu handeln) mit dem überkommenen Instrumentarium marxistischer Ideologie weder eine stabile politische Praxis in den kapitalistischen Ländern noch eine befriedigende Annäherung an Sozialismus in den nach-kapitalistischen zu verbinden ist; und wenn die linke Theorie sozusagen den vertrackten Verhältnissen hinterherhetzt, um schließlich von Impulsen zu leben, die von außen hereingekommen werden (war etwa das Aufbrechen der Lebensnormen nach 1968 ein sozialistischer Impuls? Ist die feministische Bewegung auf sozialistischem Mist gewachsen? Hat sich das ökologische Bewußtsein aus sozialistischer Theorie abgeleitet? Hat die Sozialökonomie der sozialistischen Tradition dem Strukturwandel der kapitalistischen Länder theoretisch stundgehalten?)

Für das Aufleben des Draculismus gibt es ein klassisches Erklärungsmodell: Im Niedergang und in der Krise greift die bürgerliche Gesellschaft zu Vorstellungen, die pessimistisch, anti-libertär, reaktionär, totalitär, repressiv sind. So nach 1848, so nach 1917/18, so 1933/45. Mit wachsender Unfähigkeit, sich selbst zu retten, greift sie ins Arsenal angehäuften Krisendenkens zurück, was alles immer noch schlimmer macht. So entfaltet sich eine Linie fortschreitender „Zerstörung der Vernunft“ (Lukács mit dem Endpunkt Faschismus/Barbarei).

Schopenhauer, Nietzsche, Heidegger heute — wieder wird ins gleiche Arsenal gegriffen; die Implikationen — sofern das Erklärungsmodell etwas taugt — liegen auf der Hand.

Der Lukács'sche Ansatz hat Überzeugungskraft, solange seine Frage: Wie konnte es zum Faschismus kommen, wohin entwickelt sich die bürgerliche Gesellschaft? sich beantworten läßt: Sie zerstört sich selbst — aber, und das ist Lukács' Voraussetzung — ihre Zerstörung ist nicht ohne eine Alternative, die gerade so deutlich daucht, wie der Weg des Bürger-tums in den Abgrund führt.

Die Vernunftlinie der Aufklärung, der Französischen Revolution, des Sozialismus, der Oktoberrevolution, wird doch geradezu von den Dächern gepfliffen; wer Augen hat zu sehen, der sehe, usw. —

Heute, denke ich, dürfte sich das alles etwas weniger gewiß ausnehmen. Die Ängste und Desillusionierung und Fragen und Utopieversuche der postmodernen Verwirrung sind zum guten Teil solche, die die Linke selbst hat — oder auch: haben sollte.

Für Verharmlosung, Verdrehung und Verherrlichung eines Nietzsches oder Heideggers — des Draculismus — kann das gewiß kein Alibi sein. Die an den Nietzsches und Heideggers sich entzündende Suche allerdings sollte uns alle brennend interessieren.

R., Hamburg

den Modernisierer Heidegger — wäre dann auch das postmoderne Spiel mit dem Draculismus anzugreifen.

3. Tatsächlich geht es ja nicht um richtiges Heidegger-Lesen, auch nicht um seine Philosophie (oder Nietzsches/Schopenhauers) allein. Die draculische Linie ist Teil einer Orientierungssuche, die — ob zu Recht oder Unrecht so genannt, sei dahingestellt —, als Postmoderne auftritt oder als solche thematisiert wird. „Es wird wieder philosophiert, interpretiert, spekuliert“, heißt es im AK quasi über- rascht, obwohl doch, längst vor dem Schopenhauer-Jahr und Farias' Streitschrift um Heidegger, genau das getan wurde, rechts wie links. Wie sollte es auch anders sein, wenn (von der Rechten

geradezu von den Dächern gepfliffen; wer Augen hat zu sehen, der sehe, usw. —

Heute, denke ich, dürfte sich das alles etwas weniger gewiß ausnehmen. Die Ängste und Desillusionierung und Fragen und Utopieversuche der postmodernen Verwirrung sind zum guten Teil solche, die die Linke selbst hat — oder auch: haben sollte.

Für Verharmlosung, Verdrehung und Verherrlichung eines Nietzsches oder Heideggers — des Draculismus — kann das gewiß kein Alibi sein. Die an den Nietzsches und Heideggers sich entzündende Suche allerdings sollte uns alle brennend interessieren.

R., Hamburg

abi-deform viel böse, schule viel gut?

Wie vergessen ist die Schülerpower vom letzten Sommer? Damit nicht alles, was in der SchülerInnenbewegung so an Inhalten rumgestert, jetzt wieder in der Versenkung von linken Archiven verschwindet, sondern die verbliebenen Aktivist:innen sich noch schlauer machen können, ist jetzt eine „Materialsammlung: Abi-Deform, SchülerInnenbewegung und Bildungspolitik“ für 4 DM erschienen.

Sie soll ausgewähltes Hintergrundmaterial zur Auswertung und Analyse liefern. Damit wir nicht beim nächsten Protest wieder ganz von vorne diskutieren, damit wir aus der Bewegung Positionen weiterentwickeln können.

Es war auffällig, daß die „Abi-Deform“-Bewegung zum Teil auf recht wackeligen Füßen stand, so daß beispielsweise die Mitgliedschaft der SPD als Vertreterin von Kapitalinteressen im Bildungsbereich oft außer acht gelassen wurde. Viele hatten auch Probleme, über den gymnasialen Tellerrand hinauszublicken. Emanzipatorische SchülerInnenpolitik muß auch Bezug nehmen auf die Interessen der in der BRD am meisten unterdrückten Jugendlichen. Also auf diejenigen, für die die kapitalistische Gesellschaft nur eine Ausbildung zum „Arbeits-tier“ vorsieht. Es geht darum, sich durch Analysenschluss zu machen, um den reaktionären Angriffen überlegen entgegenzutreten zu können. Die Textauswahl ist eine Anregung zur Diskussion auch darum, als linker im Blick zu haben, wenn irgendwo eine Bewegung keimt. Und dort mit Inhalten bepackt mitzumischen.

Die Broschüre ist eine Ansammlung von Materialien aus Veröffentlichungen der BWK-Jugend (Jugendgruppe im Bund Westdeutschen Kommunisten), der KB-Jugend (Kommunistischer Bund —

Jugend) und dem Maulwurf (Jugendzeitung für feministische und sozialistische Aktion). Als gemeinsames Produkt deshalb, weil die Gruppen beim Mischen in der SchülerInnenbewegung auf ähnliche Art versucht haben, die Bewegung mit unseren Analysen zu bereichern. Uns interessiert auch die Diskussion und Kritik von anderen linken Jugendgruppen.

Der Inhalt der Broschüre ist in vier Blöcke unterteilt. Im ersten

— „Abi-Deform“ und SchülerInnenbewegung geht es um die gelaufenen Proteste 87. Der zweite

— zur herrschenden Bildungspolitik, ist der materialreichste. Einerseits wird versucht, einmal etwas gründlicher die Kapitalinteressen an der Umstrukturierung der Bildung zu belegen, andererseits wird die Bildungspolitik in einzelnen Bundesländern genauer beleuchtet. Der dritte Block

— Positionen und Dokumente bringt ein paar Originaltexte vom DGB, SPD, dem Kapitalistenverband BDI (der ganz genaue Maßstäbe für die gymnasiale Oberstufe aufgestellt hat) und ein kurzer Text von Mao. Im vierten Block

— Schulkritik / Für eine Schule, die Spaß macht geht es um Kritik an dem Notensystem, an der Maschinerie Schule.

Also eine recht nährstoffreiche Broschüre, die viele Auseinandersetzungen bereichern kann!

Zu Bestellen ist die Broschüre bei: KB-Jugend c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20.

ende/gut/alles/gut!



## Klassenfrage

Betr.: Palästina-Diskussion

In der im AK/KB stattfindenden Diskussion um die Palästina-Solidarität haben sich zwei apodiktische Positionen eingefunden, die m.E. in einer marxistischen, auf Emanzipation zielenden Organisation nichts zu suchen haben. Da wird zunächst prinzipiell behauptet, daß grundsätzlich jedes Volk das Recht hätte, sich als Nation zu konstituieren. Hat es das wirklich? Erstens gibt es wohl erhebliche empirische Probleme, das eine Volk vom anderen exakt zu trennen. Sind die Nordfriesen, die sich über Jahrhunderte die eigene Sprache und diverse Bräuche erhalten haben, Teil des deutschen Volkes, oder nehmen wir die dänische Minderheit in Süd-Schleswig, allesamt mit deutscher Staatsbürgerschaft nach herrschendem Recht Mitglieder des dänischen Volkes? Wenn da nicht die Feinheit wäre, daß in einer deutschen (ich kehre Euren Spieß gegen Euch) Redaktionsstube über das Recht der Völker, genauer das Recht an den Völkern, befunden wird, mir wäre es so ziemlich scheißegal. Ausgehend von den immer noch mit Füßen getretenen Ideen der Aufklärung über die Gleichheit aller Menschen, nicht nur vor dem Gesetz, und neben den materialistisch begründeten Forderungen sozialer Emanzipation, abgeleitet aus einer Kritik der politischen Ökonomie, gibt es heute zum zweiten eine Reihe von Problemen, bei denen das Denken in Kategorien von Volk und Staatlichkeit nicht weiterführt. Um diese Frage erfolgreich angehen zu können, müssen alle Formen des Rassismus mit seinen Erscheinungsformen der Fremdiskriminierung, des ethnischen und kulturellen Rassismus, der Religion (Erlös- und Unerlös- und des Nationalismus mit jacobinischer Härte angegangen werden. Wer in der heutigen Zeit Kategorien des Völkischen und des Nationalen über die Klassenfrage und die aus ihr entspringenden Probleme stellt, düngt die blutigen Äcker von gestern neu.

Der Satz, der israelische Staat sei die verwirklichte Form des Selbstbestimmungsrechts von 3,3 Millionen Juden, hat den gleichen Wahrheitsgehalt wie der Satz, das Deutsche Reich in den Grenzen von 10.8.1939 sei die materialisierte Form des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes. Sicherlich gibt es in Israel nicht dieselbe Bestialität, die der deutsche Staat bereits zu diesem Zeitpunkt an den Tag legte. Statt der von Euch gewählten Beurteilungsgrundlage erwarte ich von einer kommunistischen Organisation, daß sie eine Gesellschaft nach ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung, der Politik nach innen und außen und ihrer internationalen Stellung beurteilt.

Be., Westberlin

## Bayern

Wom 10.8.1939 sei die materialisierte Form des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes. Sicherlich gibt es in Israel nicht dieselbe Bestialität, die der deutsche Staat bereits zu diesem Zeitpunkt an den Tag legte. Statt der von Euch gewählten Beurteilungsgrundlage erwarte ich von einer kommunistischen Organisation, daß sie eine Gesellschaft nach ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung, der Politik nach innen und außen und ihrer internationalen Stellung beurteilt.

Be., Westberlin

## Bayern

Betr.: „Tour de Terror“ (AK 294)

„Dös is scho a Hund“, ein Sauhund sogar — provoziert und beleidigt sitzt also nun der Dilettantismus über der Schreibmaschine und rütselt, wer der geheimnisvolle Erkenn (ersten unbekannten Meldungen zufolge soll es ja eine Frau sein) sein könnte. Ich weiß ja nicht, in welchen Münchner Kneipen Du Dich herumtreibst, die schon um halb eins zumachen sollen, und ich weiß auch nicht, in welchen Kreisen Du verkehrst, in denen die Punks alle mit 750-Mark-Gürteln herumlaufen. Und vielleicht hast Du auch zwischen Ikea-Regalen und von alten Hamburger KB-Zeiten träumend den zwar nicht Hamburger und Berliner Ausmaße annehmenden, aber doch im bundesdeutschen Durchschnitt liegenden WAA-Widerstand verschlafen.

Nein, im Ernst: Dein Groll über den Dampf und die Provinzialität ist vollkommen berechtigt — auch mich packen Auswanderungsgelüste —, trotzdem geht Dein Brief aber an der Realität größtenteils vorbei und freut lediglich alle Norddeutschen, die die Münchner Probleme unter dem Stichwort „Naja, ist halt Bayern“ getrost abhaken können. Das Münchner Problem ist aber letztlich ein bundesweites: Wie kann sich eine radikale Linke in einer Stadt halten, in der ihr durch vorausschauende Sozialplanung, heimliche Kriminalisierung und Entzug von Öffentlichkeit jeglicher Nährboden entzogen wird?

Die verbotene „Tour de Terror“-Veranstaltung sollte gerade ein Ansatz sein, eine radikale Perspektive für München zu eröffnen und München aus der intellektuellen Provinz zu befreien. Dafür hätte aber eine perfekte Vorbereitung — eben auch juristisch — sowie eine Solidarität der Münchner Linken vorhanden sein müssen. Beides war nicht gegeben. (Du glaubst, es gäbe keine miteinander streitenden linken Gruppierungen. Mein Gott, Du hättest mal die elenden Grabenkämpfe im Veranstaltungsvorfeld z.B. zwischen Autonomen und dem Anti-

Atom-Plenum — als Veranstalter — erleben sollen ...)

Nun ist es ja nicht so, daß dem Anti-Atom-Plenum Erfahrungen fehlten; es ist nur das passiert, was auch ein Kennzeichen der Münchner Linken ist: außerhalb, z.B. in Wackersdorf jahrelang Organisation betrieben und alles Verbotene mildurchgesetzt zu haben — aber in München kein Bein auf den Boden zu kriegen. Eine breite Bündnisstrategie zu fahren, hätte vielleicht nicht einmal ein Verbot verhindert, dafür aber auf jeden Fall die Rücknahme radikaler Inhalte bedeutet. Herausgekommen wäre eine Wischi-waschi-Veranstaltung, die uns auch nicht weitergebracht hätte.

Hier ist es so schwierig, weil München die ersten großen Straßenschlachten in der BRD erlebte, eben nämlich jene Schwabinger Krawalle 1962. Danach entwickelten vor allem OB Hans-Jochen Vogel und Polizeipräsident Manfred Schreiber (ja, genau der) ein sozialdemokratisches Konzept der Aufstandsbekämpfung, an dem sich die Münchner Linke bis heute die Zähne ausbeißt. Während der Polizei in anderen Städten nichts besseres als der Knüppel einfiel, wurden die Münchner in allen Bereichen präventiv tätig und hatten damit schon 1968 ein Konzept, als die anderen Städte unvorbereitet von der Studentenbewegung überrollt wurden. Zu diesem Konzept gehören nicht nur Versammlungs- und Zeitungsverbote; das geht hin bis zur Kulturintegration bzw. -vernichtung und dem Verstecken der durchaus vorhandenen Armut unter dem Image von Biergarten, Schickleria und High-Tech, auf das leider auch viele Linke reinfallen ...

Der Münchner Linke muß jedenfalls was einfallen, wenn sie sich nicht für alle Zeiten ein Veranstaltungsverbot festschreiben lassen will. Dazu sind wohl folgende Vorbedingungen unerlässlich: — das Ablegen des Dilettantismus der Veranstalter selbst (mehr oder weniger dilettantisch sind aufgrund ihrer internen Struktur selbst die erfahrensten Gruppen. Genau dies ist angesichts der Perfektion des Feindes hier aber nicht mehr erlaubt!); — eine breite Solidarität innerhalb der Münchner Linken; — eine bundesweite Solidarität (die aber wohl von München aus ausgegangen werden müßte) angesichts des bundesweiten Vorbildcharakters der Münchner Sicherheitspolitik.

Und nicht zuletzt wäre zu wünschen, daß Du und alle anderen Erkennen sich mal selbst irgendwo einklinken und ihre Qualitäten zur Verfügung stellen würden — es muß ja nicht unbedingt das dilettantische Anti-Atom-Plenum sein. Denn gerade hier in München haben wir schon genug Generationen von Besserwissern, die ihre gesammelten Erfahrungen resigniert hinter Ikea-Regal und Esoterik verstecken.

Der Dilettantismus — einer, der es besser weiß

VOLKSDIKTANDER MIT BEWÜBTER AKTIONSPOLITIK

Und nicht zuletzt wäre zu wünschen, daß Du und alle anderen Erkennen sich mal selbst irgendwo einklinken und ihre Qualitäten zur Verfügung stellen würden — es muß ja nicht unbedingt das dilettantische Anti-Atom-Plenum sein. Denn gerade hier in München haben wir schon genug Generationen von Besserwissern, die ihre gesammelten Erfahrungen resigniert hinter Ikea-Regal und Esoterik verstecken.

Der Dilettantismus — einer, der es besser weiß

## Schiffbruch

Betr.: Das schwierige Erbe der Rosa L. (AK 294)

Loh gebührt dem sehr informativen Artikel über die Vereinnahmungen und Verläschungen der Rosa L. durch Spezialdemokraten einerseits und DDR-Offizielle andererseits.

Trotzdem sehe ich ein grundlegendes Problem in der Anlage des Artikels: die Art und Weise, wie der Autor — indirekt jedenfalls — das System der DDR bzw. deren Freiheitsverständnis im Verhältnis zu ihren Bürgern gegenüber der Sozialdemokratie zu verteidigen sucht, kann nur in Schiffbruch enden.

Deutlich wird dies in der Einleitung des Artikels. Der Autor meint, nur ein kleiner Teil der DDR-Opposition würde mit dem Tragen der Luxemburg-Parole das Anliegen der Urheberin des Zitats verfolgen: die Verwirklichung von Demokratie im Sozialismus. Das Anliegen der Rosa L. würde von all denjenigen verdrängt, die sich des wohlklingenden Freiheitssatzes bedienen, um ihr Glück nicht in der sozialistischen Demokratie, sondern im kapitalistischen Westen zu suchen.

Das reizt Fragen auf. Steckt darin die Empfehlung an die DDR-Opposition, sie solle ihr Glück im DDR-„Sozialismus“ versuchen, der da bloß als verwandelter Prinz eingehergt? Welch kuriose linke Empfehlung, wenn das DDR-System eben den Massen eine Latte politischer (!) Freiheiten nicht gewährt, die im kapitalistischen Westen — jedenfalls aktuell — eine Selbstverständlichkeit sind.

Gehören wir nicht zu denjenigen, die das Recht (!) auf Meinungsfreiheit gerade in der politischen Auseinandersetzung als äußerst wertvoll einstufen? Dieses Recht, das in der DDR günstigstenfalls als zensurierte Duldung existiert. Auch wissen wir zu gut, daß Leute unseres Schlages längst im Kaut von Bautzen vergammeln würden oder, wenn's dem

Westen nutzt, im Austausch gegen High-tech in die BRD verschubt würden.

Oder vielleicht noch brisanter die DDR-Ausreisefreiheit, die nur in Gestalt des Straftatbestandes der „Republikflucht“ existiert. Oder die Praxis der Todeschüsse entlang der DDR-Mauer, die die „autonom Ausreisenden“ zur Strecke bringt und nicht etwa einfallende Imperialistenknechte. Soviel Mittelalter kann sich im Westen gerade noch ein Stroesser oder Pinochet leisten.

Deswegen bin ich der Meinung, daß es an den vorübergehlichen Zügen des DDR-Systems absolut nichts zu verteidigen gibt. Es klingt nicht gerade unwahrscheinlich, wenn eine Reihe DDR-Oppositioneller das DDR-System deswegen möglicherweise weiter von demokratischen Zuständen entfernt sieht als das kapitalistische im Westen. Demokratie läßt sich eben nicht aufschiebend bedingen durch den Zusatz „SED-Sozialismus“.

Solange also die DDR-Opposition solche Freiheiten einfordert, muß die wir für uns im kapitalistischen Westen auch als Linke als für selbstverständlich erachten, sehe ich keinen Grund, diese DDR-Oppositionellen zu verunglimpfen als Erbschleicher der Rosa L. Da kümmerst mich wenig, wenn die Nachfolger von Noske und Konsorten ihren Brei rühren.

Hermann Gimpl, Nürnberg

## Arroganz

Betr.: Einer trage den anderen Last (AK 293)

Nach der Lektüre der Filmkritik von Gerd Eggeling habe ich mich gefragt, ob ich diese auch dann so haarsträubend gefunden hätte, wenn ich den Film gar nicht gesehen hätte, sondern wenn ich mich ausschließlich über die Arroganz des Schreibers hätte aufregen können.

Gerd Eggeling klärt uns darüber auf, daß die Ost-Berliner Karl-Marx-Allee früher Stalin-Allee hieß, womit nun endlich auch die Leserschaft des AK an Informationen gelangt, die bis dahin zum

Die AK-Reisedredaktion empfiehlt Italien-Urlaubern:

## „Unità am Montag“ lesen!

AGNELLI DISSE:

E' ORA CHE I

Die AK-Reisedredaktion empfiehlt Italien-Urlaubern:

## „Unità am Montag“ lesen!

AGNELLI DISSE:

E' ORA CHE I  
COMUNISTI ENTRINO  
NELLE STANZE DEL  
GOVERNO!



AGNELLI (1) SPRACH:

„Es ist Zeit, daß die Kommunisten in die Räume der Regierung einziehen!“

Die Urlaubszeit steht bevor. Italien-Reisenden mit ausreichenden Sprachkenntnissen, die dann und wann auch mal einen Blick in eine italienische Zeitung werfen wollen, sei an dieser Stelle die „Unità“, Zentralorgan der KPI, empfohlen. Allerdings nur die „Unità am Montag“: Die ungeheuer informative „Repubblica“ erscheint am Montag nicht; die „Unità“ dagegen enthält an diesem Tag die Satirebeilage „Tango“, die „Wochenschrift für Satire, Humor und unwiderstehliche Leidenschaft“. „Tango“ bietet acht Seiten Karikaturen und Bildergeschichten (viele Zeichnungen, wenig Text!), in denen nicht zuletzt die eigene Partei zur Zielscheibe des Spotts gemacht wird (nebenstehend eine Kostprobe des dort gepflegten Schwarzen Humors).

Allen Anfechtungen seitens der Parteiführung zum Trotz ist „Tango“ mittlerweile 109mal erschienen und hat die Montagsauflage der „Unità“ um mehr als 20.000 Exemplare gesteigert.

### Realsatire

Der bissige Humor von „Tango“ beginnt mittlerweile auch auf die Redaktion des Zentralorgans abzufärben. Am



en. Mehr Dampf im Arbeiter Kampf!

## Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Privileg der regelmäßigen FAZ-Leser gehörten. Dort also läuft ein Film, in dem sich einer der Hauptdarsteller dadurch lächerlich macht, daß er sich „die Zeit mit Lenin-Lektüre vertreibt“. Dämmer noch als der Lenin lesende Kommunist sind da nur noch die Zuschauer, über die wir erfahren, daß sie in Scharen in diesen Film laufen. Dort lachen diese Einfaltspinsel dann über einen „Film für Angetrunkene“, und „eine Häufung von Alberheiten“ sorgt für „Heiterkeit unter den Werk-tätigen“.

Worum geht es in dem Film, den ich so ganz anders erlebt habe, und mit mir das Publikum im ausverkauften Kino, das weder angetrunken noch einfältig war, sondern nach dem Film zu Hunderten im Kino blieb und mit großem Ernst und auf beeindruckendem politischen Niveau mit dem Regisseur über seinen Film diskutierte?

Herausgerissen aus ihren gewohnten Arbeits- und Lebenszusammenhängen müssen im Jahr 1950 zwei junge Männer für längere Zeit ein Zimmer in einem Lungen-sanatorium teilen. Der eine ist Christ, der andere Kommunist, beide sind extrem moralisch und idealistisch. Gegenseitige Missionierungsversuche bleiben erfolglos, führen aber immerhin zur Heiterkeit im Kino („Eine nostalgische Umarmung unserer radikalen Kinderkrankheiten“, Der Sonntag, DDR). Am Schluß akzeptieren sich die beiden nicht nur menschlich, sondern sie respektieren auch die jeweilige Überzeugung des anderen.

Da steckt denn auch die Botschaft des Regisseurs, denn die aktuelle gesellschaftliche Verallgemeinerung dieser sehr überzeugend geschilderten und vermutlich sogar authentischen Geschichte zweier Individuen aus den 50er Jahren ist natürlich das Arrangement von Kirche und sozialistischem Staat heute.

Diese Politik braucht Gerd Eggeling natürlich nicht richtig zu finden, und die konterrevolutionären Aktivitäten der Kirche in Polen liefern ja auch manchen Stoff, solche Positionen zu hinterfragen. Wenn man aber grundsätzlich die Zusammenarbeit von Christen und Kommunisten ablehnt und sich dabei auch noch, wie Gerd Eggeling, auf Marx und Lenin beruft, dann wäre es schon interessant zu erfahren, ob er damit auch den Rat an die Sandkisten verbindet, nicht nur die Zusammenarbeit mit den Christen einzustellen, sondern auch endlich die Pfaffen aus der sundunistischen Regierung herauszusäubern.

Diese Politik braucht Gerd Eggeling natürlich nicht richtig zu finden, und die konterrevolutionären Aktivitäten der Kirche in Polen liefern ja auch manchen Stoff, solche Positionen zu hinterfragen. Wenn man aber grundsätzlich die Zusammenarbeit von Christen und Kommunisten ablehnt und sich dabei auch noch, wie Gerd Eggeling, auf Marx und Lenin beruft, dann wäre es schon interessant zu erfahren, ob er damit auch den Rat an die Sandkisten verbindet, nicht nur die Zusammenarbeit mit den Christen einzustellen, sondern auch endlich die Pfaffen aus der sundunistischen Regierung herauszusäubern.

R., Braunschweig

Montag, den 9.5., schien der Satireteil schon auf der Titelseite zu beginnen. Mitterand hatte am Vortag gloriös gesiegt und die „Unità“-Redaktion in helle Begeisterung versetzt: Mitterand, einziger erfolgreicher Titelverteidiger unter den französischen Präsidenten, betritt nicht allein deshalb als Lebender den imaginären Pantheon der Großen Männer, denen Frankreich ein Stück seiner nationalen Identität verdankt. (...) Das ganze demokratische Europa, die gesamte europäische Linke müsse einem Wahlergebnis Beifall zollen, das den Mann belohnt, der mit Aufrichtigkeit

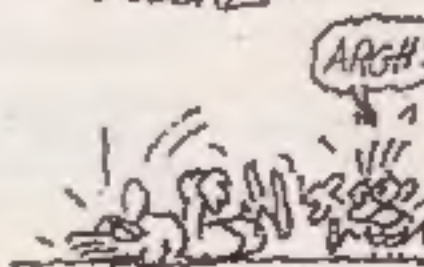
ziale Gerechtigkeit und menschliche Solidarität verteidigt hat ...

In weniger großen Lettern, aber gleichfalls auf der Titelseite feiert die „Unità“ das zweite weltgeschichtliche Ereignis des 8. Mai: „il terremoto politico — das politische Erdbeben“ in Schleswig-Holstein. — „Schleswig-Holstein ist seit gestern das röteste der Bundesländer, roter als die traditionellen Hochburgen wie Hamburg, Bremen oder NRW, und der Leader, der diesen Erfolg konstruiert hat, Björn Engholm, betritt mit Energie den Club („il gotha“, wörtlich „Adelskalender“) Ann. AK) der jungen Parteiführer, denen es gelungen ist, die SPD aus der Krise und zurück zum Sieg zu führen.“ Das von der „Unità“ ausgemachte Fundament des sozialdemokratischen Erfolges ist „die Glaubwürdigkeit, die die SPD zu gewinnen oder wiederzugewinnen wollte — wegen ihrer Fähigkeit, die vor allem in Norddeutschland akute wirtschaftliche und soziale Krise zu meistern ...“ Das würde nicht einmal der umschmeichelte junge „Leader“ von seiner Partei behaupten. Aber Übertreibung ist eben ein unverzichtbares Mittel der Satire.

Js./Hamburg

Alessandro Natta (2) bekam vor Überraschung einen Infarkt —

ALTRI DEL PICCI' LO  
EBBERO PER IL  
DOLORE —



Andere aus der KPI bekamen ihn vor Schmerz —



Wieviela Genossen werden noch dem Kapitalismus zum Opfer fallen?

### Anmerkungen:

1) Giovanni Agnelli, FIAT-Chef und Sponsor der Republikanischen Partei (PRI)  
2) Alessandro Natta, Sekretär der KPI, der kürzlich tatsächlich einen Herzinfarkt erlitt.



# Mit gebrochener Feder

Ausstellung albanischer Karikaturen

Das waren noch Zeiten, als Albanien-Fans der KPD/ML Beamten des Auswärtigen Amtes telefonisch auf die Nerven gingen, weil eine albanische Delegation kein Visum für die BRD und damit keine Gelegenheit erhalten hatte, auf einem Kongreß der „Roten Garde“ die Faust für Ernst Aust zu ballen. Enver Hoxha ist tot, Ernst Aust ist tot, und manch MLer kommt allmählich in die Wechseljahre. Albanien, das ein bekannter chinesischer Steuermann mal „das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa“ nannte, hat im Oktober vergangenen Jahres diplomatische Beziehungen mit der BRD aufgenommen. Derzeit residiert die bundesdeutsche Botschaft in Tirana noch provisorisch im Nobel-Hotel „Dajti“ am Boulevard der Helden der Nation — schräg gegenüber dem Stalin-Denkmal, aber ein protziges Botschaftsgebäude ist schon im Bau und kündigt von weitgesteckten Zielen. In Bonn interessiert man sich zunehmend für die Sozialistische Volksrepublik an der Adria. Albanien verfügt über die drittgrößten Vorkommen an Chromerz in der Welt, hinter Südafrika und der Sowjetunion. Grund genug für Strauß und Genscher, die Erz-Stalinisten im Land der Skipetaren näher kennenzulernen.

Um Freundschaft mit Albanien bemüht sich bereits seit 1971 die „Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft“ (DAFG), die sich von einer Filiale der KPD/ML mittlerweile zu einem pluralistischen Forum vom Neostalinisten bis zum Briefmarkensammler gemauert hat. Tauchte der Verein zu den wilden ML-Zeiten noch im Verfassungsschutzbericht auf, durften die Vorstandsmitglieder als Krönung ihrer Arbeit auf ihrer 15-Jahr-Feier 1986 den verdienten Internationalisten Jürgen Möllemann begrüßen. Stolz erzählen DAFG-Vorstandsmitglieder heute herum, wie es ihnen dank der Unterstützung von Franz-Josef Strauß gelang, zwar nicht den Klassenkampf, aber immerhin eine Klassenreise für Schüler nach Albanien zu organisieren. Acht Jahre und damit schon mehrere Ewigkeiten ist es her, als Strauß gegen die „ML“er wegen deren immerhin origineller Parole „Wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg“ prozeßierte. Hätte man den Genossen vor zehn Jahren prophezeit, daß sie sich dereinst noch über Strauß freuen werden, sie wären einem mit dem Hintern ins Gesicht gesprungen.

Wo Freundschaft und Handelsbeziehungen gedeihen sollen, muß ein bißchen Kultur gepflegt werden. Hierfür bieten sich Kunstausstellungen an. Eine eben Kultur gepflegt werden. Hierfür bieten sich Kunstausstellungen an. Eine Ausstellung albanischer Karikaturen zeigt die DAFG derzeit in verschiedenen Städten der BRD, ab 8. Mai in der Freien Akademie der Künste in Hamburg und ab Mitte Juni in Hildesheim. Die Ausstellung steht unter Schirmherrschaft des Leiters der Kulturredaktion des Auswärtigen Amtes, Herrn Ministerialdirektor Barthold C. Witte. Die Exposition zeigt Karikaturen verschiedener albanischer Künstler aus der Satirezeitschrift „Hosteni“. Im Text des Katalogs (der im Unterschied zur Ausstellung nicht von Genscher u. Co. subventioniert wird) ist den Machern der albanische Esel durchgegangen, und Alfred L. Lorenz, langjähriger Redakteur des DAFG-Organ „Albanische Hefte“, zieht vom Leder wie



Agin Sulay  
Freunde  
muß man  
haben  
(Tempera)

einmal bei Aust: „Nicht, daß die Albaner etwas gegen Stalin hätten“, heißt es dort munter, und wie anno dunnemals im „Roten Morgen“ bekommt man den Beweis dafür serviert, daß „im sozialistischen Albanien die Arbeiterklasse an der Macht“ ist, denn: „Das ist Fakt. Das steht in der Verfassung.“ Da kriegen „Revisionisten“ eins übergeben und werden Leser über die Weltlage orientiert: „Bedroht ist die Unabhängigkeit der Völker durch die Sowjetunion!“ „Hosteni“-Chefredakteur Niko Nikolla schwadroniert in einem Beitrag im Stil der traditionellen albanischen Hausmannskost über die „aggressive Politik der Supermächte“, als hieße der Generalsekretär der KPD/ML George Bush. Von dieser Ausgewogenheit sind viele Karikaturen geprägt, die in künstlerisch oft ansprechender und anspruchsvoller Form Szenen zeigen, in denen die USA und die Sowjetunion sich verschwören, um die Friedenstaube abzumurksen. Neben einigen Bildern vom russischen Bären, die aus der FAZ stammen könnten, zeigt die albanische Karikaturenausstellung auch einige hübsche Arbeiten, die den USA-Imperialismus ohne diplomatische Rücksichtnahme aufs Korn nehmen. Albanien hat keinerlei Beziehungen mit den USA.

Zahlreiche Karikaturen sind einem innergesellschaftlichen Phänomen in Albanien gewidmet, dem Bürokratismus. Diese teils recht bissigen Zeichnungen könnten naive Betrachter zu der Schlußfolgerung verleiten, als gäbe es für albanische Karikaturisten keine Tabus. Die „Bürokratismus“-Kritik der Künstler bewegt sich auf der Linie der Politik der Partei der Arbeit Albaniens, die gelegentlich zum Kampf gegen konkrete Auswüchse der von ihrem Regime selbst geschaffenen Überzentralisierung aufruft. Der junge albanische Karikaturist Ilir Pojani sagt in einem Interview in dem Katalog: „Wenn man die Funktion, den

Geist der Karikaturen in Albanien richtig verstehen will, dann muß man begreifen, welche Rolle die Partei bei uns spielt.“ Da wäre es gänzlich undenkbar, sich etwa mit den blutigen Säuberungsweihen des Enver Hoxha-Regimes zwischen Ende der vierziger und Anfang der achtziger Jahre zu beschäftigen. „Kritisiert wird fast alles, was nicht die Partei der Arbeit Albaniens und ihre Führung betrifft“, urteilt das ehemalige KPD/ML-Politbüromitglied Horst-Dieter Koch (heute Spitzenfunktionär der VSP) in der „SoZ“ (5.11.87) über die Ausstellung.

Die Politik des albanischen Politbüros ist aber nicht das einzige Thema, von dem albanische Karikaturisten heute die Finger lassen müssen. In früheren Jahren hat die Satirezeitschrift „Hosteni“ viele Karikaturen über ein Thema veröffentlicht, das spätestens seit dem „Freundschaftsbesuch“ von Franz-Josef Strauß im Land der Skipetaren in albanischen Veröffentlichungen gemieden wird: der BRD-Imperialismus. Während die Karikatureschau noch einige Spitzen gegen den 1982 verbliebenen Leonid Breschnew zeigt, sucht man eine der flotten Karikaturen über die deutschen Imperialisten aus den „Hosteni“-Heften der siebziger Jahre vergeblich unter den Exponaten.

Gerd Eggeling

## Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,—    ☐ Förderabo DM 50,—  
☐ Jahresabo DM 60,—    ☐ Förderabo DM 100,—  
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203  
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Absender: ..... An die Hamburger Satz- und Verlagskooperative Lindenallee 4

..... 2000 Hamburg 20

### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr. .... BLZ ..... bei der mittels Lastschrift einzuziehen

Ort, Datum

Unterschrift

den

(Unterschrift)

## INHALT

### aktuell

- § 218 — bundesweite Aktionen gegen das Beratungsgesetz ..... 2  
 Bankenaktionstag: Kein Geld für Apartheid! ..... 3  
 Grüne SH: Von einer Niederlage in die nächste ..... 2  
 Engholms bayerischen Verhältnisse ..... 2

### AIDS

- Wird AIDS im AK verharmlost? ..... 32

### Antifa

- Göttingen: Volksfront gegen Neonazis ..... 17  
 Kühnen und FAP: Aufmarsch im Ruhrgebiet ..... 19  
 Der neonazistische Einzelgänger .....  
 Ralf Tegethoff — Drahtzieher der Bonner Neonazis ..... 18

### Arbeiterbewegung

- „Beschäftigungsgesellschaft“ — Hi oder Niets? ..... 15  
 Bücher zur Stahlkrise ..... 13  
 Gespräche zum Ergebnis von Rheinhausen mit Wolfgang Kolditz und Dietmar Hauschke ..... 13  
 Theo Steegmann ..... 11  
 Gerd Pfisterer ..... 14

### Atomaffen

- Die schwedische Atombombe ..... 7  
 Schweiz will Supermacht werden ..... 9

### Diskussion

- Die GRÜNEN/SH — nicht wählbar? ..... 40  
 Vom neuen Draculismus — Zur Philosophie-Debatte ..... 39  
 Die „Ennazifizierung“ Heideggers ..... 39

### Europa

- Le Pen und das kolonialistische Erbe — Interview mit Claude Bourdet ..... 20  
 Aufstand in Kanak — Europäisches Parlament wäscht Hände in Unschuld ..... 20  
 Wer versteckte Aldo Moro? — Zum 10. Todestag des DC-Politikers ..... 19

### Genetechnologie

- „Weder panisch noch fortschrittsgläubig“ — Interview mit dem Gen-ethischen Netzwerk ..... 29

### Grüne

- Gewaltfreiheit bei den GRÜNEN: Ein neuer Vorstoß der „Mitte“ ..... 6  
 Offener Brief von Joschka Fischer, Iris Blaul u.a. ..... 4  
 Offene Antwort von Regina Michalik, Christian Schmidt u.a. ..... 3  
 Dokument: Schwangerschaftsabbruch ist Tötung ..... 6  
 Priorität für Opferschutz oder Tätertherapie? ..... 4  
 Interview mit der Vorstandssprecherin Regina Michalik ..... 4  
 Hauen und Stechen — oder: Eine Partei wird erwachsen ..... 6

### Kirche

- Kampf der Klerikalisierung von Staat, Gesellschaft und den Grünen ..... 34

### Kultur

- Mit gebrochener Feder — Ausstellung albanischer Karikaturen ..... 42

### Links

- Wie weiter DKP? — Ein Beitrag zur Krisen-debatte ..... 35  
 Debatte um „Neues Denken“ in der DKP ..... 37  
 DKP: „Ein anständiger Kommunist ist auf dem Ostermarsch“ .. 38  
 Trotzkisten zu Palästina ..... 23  
 Ist der Ruf erst ruiniert, plaudert sich's ganz ungeniert „taz“-Journalist gibt Berufsgeheimnisse bei der Polizei preis .... 10

### Nahost

In den besetzten Gebieten existiert heute Chile — Interview

### Nahost

- „In den besetzten Gebieten existiert heute Chile“ — Interview mit Gideon Spira, Bewegung „Es gibt eine Grenze“ ..... 24  
 Der zweite palästinensische Volksaufstand und die demokratische Lösung ..... 26  
 „Der Status quo ist zerlegt“ — Gespräch mit Uri Avnery über den palästinensischen Aufstand ..... 21  
 Buchbesprechung Uri Avnery: Mein Freund der Feind ..... 22  
 Verweigerung des Kriegsdienstes in den besetzten Gebieten ..... 25  
 Türkei: Schlaglichter auf die „Demokratisierung“ ..... 27  
 Türkei: Protest gegen die Polizeiuniversität ..... 28

### Polizei

- Polizeipsychologen werben für „Demos ohne Zoff“ ..... 33  
 I. Mai in Kreuzberg — Kampftag der Bullen ..... 16

### Staat

- Der Rechtsstaat fordert heraus — Die neuen Sicherheitsgesetze setzen das Versammlungsgesetz außer Kraft ..... 10

### Lesertipps

- ..... 41

